



ISSN: 1612-5940

Historisches Forum

3 • 2004

Anfang August 2004 jährte sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum neunzigsten Mal: die "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts", wie der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan den Krieg mit einem mittlerweile viel zitierten Wort bezeichnet hat. In einer Eruption der Gewalt zerstörten die Jahre 1914 bis 1918 die fragilen Ordnungssysteme des 19. Jahrhunderts und eröffneten das "Zeitalter der Extreme" (Eric Hobsbawm).

Die Erfahrungen des Krieges, des massenhaften sinnlosen Sterbens und der blinden Zerstörung gewachsener ziviler Ordnungen, bildeten die schwere Hypothek, mit der das "kurze 20. Jahrhundert" in Europa an den Start ging. Insofern weist selbst noch die Nachkriegsordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf seine Anfangskatastrophe hin. Grund genug

den Blick zurückzuwenden und nach den Wirkungen und Konsequenzen des Ersten Weltkrieges für die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu fragen.

Die in diesem Band zusammengeführten Artikel stellen eine Artikelserie dar, die durch Zeitgeschichte-online veröffentlicht wurde. Ergänzt wurde diese durch themennahe Rezensionen des Fachforums H-Soz-u-Kult. Weitere Beiträge können unter dem Themenportal von Clio-online und seiner Kooperationspartner eingesehen werden:

<http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de>

ISBN: 3-86004-179-7

Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges

Herausgegeben für Zeitgeschichte-online und H-Soz-u-Kult
von Klaus Große Kracht und Vera Ziegeldorf



http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/3

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2



Historisches Forum ist eine Reihe von Themenheften des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten historischen Fachportals Clio-online (<http://www.clio-online.de>) und seiner Kooperationspartner. Die Reihe bündelt ausgesuchte Beiträge geschichtswissenschaftlicher Online-Foren und herausragende Artikel, Debattenbeiträge, Kontroversen und Berichte zu ausgewählten historischen Fragestellungen. Sie erscheint in Kooperation mit den Verbundpartnern von Clio-online und der Humboldt-Universität zu Berlin. Jedes Heft wird von einem oder mehreren Herausgebern redaktionell betreut und enthält außer einer Einführung in das Thema auch ergänzende Verweise auf die Forschungsliteratur und andere Informationsquellen zum Thema. Die Veröffentlichung erfolgt über den Dokumenten- und Publikationsserver der HUB: http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/.

[Historisches Forum]

Historisches Forum. - Berlin: Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin

Gesamttitle: Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2

ISSN: 1612-5940

Erscheinungsweise: ca. 3-4 Hefte pro Jahr.

Bd. 3: **Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges** / hrsg. für Zeitgeschichte-online und H-Soz-u-Kult von Klaus Große Kracht und Vera Ziegeldorf / (Historisches Forum: Bd. 3) - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, 2004
ISBN: 3-86004-179-7

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Es unterliegt den Nutzungsbedingungen des Dokumenten- und Publikationsservers der Humboldt-Universität Berlin (<http://edoc.hu-berlin.de>). Es darf und soll zu wissenschaftlichen Zwecken und zum Eigengebrauch kopiert und ausgedruckt werden. Die weiteren Rechte an den einzelnen Texten verbleiben bei den Autoren. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Serverbetreibern und den redaktionell verantwortlichen Herausgebern ausdrücklich verboten.

Redaktionsschluss und letzte Überprüfung der Internet-Adressen: 30.11.2004

Geschäftsführende Herausgeber:

Rüdiger Hohls – Wilfried Nippel
in Verbindung mit Clio-online (Max Vögler), H-Soz-u-Kult (Karsten Borgmann – Vera Ziegeldorf) und Zeitgeschichte-online (Jürgen Danyel – Jan-Holger Kirsch).

Technische Leitung:

Daniel Burckhardt

Verantwortliche Redakteure und Herausgeber für dieses Heft:

Klaus Große Kracht
Zentrum für Zeithistorische Forschung
Am Neuen Markt 1
D-14467 Potsdam
Telefon: ++49-(0)331/28991-17
E-Mail: gkracht@zzf-pdm.de

Vera Ziegeldorf
H-Soz-u-Kult Redaktion
Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I, Institut für Geschichtswissenschaften
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
Telefon: ++49-(0)30/2093-2541
E-Mail: ziegeldorfv@geschichte.hu-berlin.de

Umschlaggestaltung:

Christina Dicke

Bildnachweis:

Kamerateam des kinematographischen Dienstes (Sezione Cinematografica) der italienischen Streitkräfte im Karstgebirge (Jahr unbekannt). Mit freundlicher Genehmigung der Bibliothek für Zeitgeschichte, Archivalische Sammlungen, Stuttgart.

© 2004 Clio-online

Historisches Forum

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

Historisches Forum 3 · 2004

Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges

Herausgegeben für
Zeitgeschichte-online
und
H-Soz-u-Kult

von Klaus Große Kracht und Vera Ziegeldorf



http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/



Zeitgeschichte-online

H | Soz | U | KULT
Humanities. Sozial- und Kulturgeschichte

ISBN: 3-86004-179-7

Artikel	1
<i>Klaus Große Kracht</i>	
Zur Einführung: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges	1
<i>Dirk H. Schumann</i>	
Gewalterfahrungen und ihre nicht zwangsläufigen Folgen. Der Erste Weltkrieg in der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts	7
<i>Steffen Bruendel</i>	
Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“. Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs	29
<i>Klaus Große Kracht</i>	
Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiografische Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges	61
<i>Gerhard Hirschfeld</i>	
Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg: Kriegserfahrungen in Deutschland. Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich	83
<i>Gundula Bavendamm, Kristiane Burchardi, Rainer Rother</i>	
Erinnerung und Erfahrung - Die langen Schatten des Ersten Weltkrieges	109
Rezensionen	129
<i>Volker Ackermann</i>	
Literaturbericht: 'Erster Weltkrieg'	129
<i>Gerhard Altmann</i>	
Sammelrez: Der Erste Weltkrieg	161
<i>Patrick Krassnitzer</i>	
B. Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration	176

<i>Rainer Pöppinghege</i>	
H. Leidinger u.a.: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr	180
<i>Hans-Georg Hofer</i>	
P. Lerner: Hysterical Men	184
<i>Steffen Bruendel</i>	
V. G. Liulevicius: Kriegsland im Osten	190
<i>Christian Teichmann</i>	
E. Lohr: Nationalizing the Russian Empire	196
<i>Steffen Bruendel</i>	
St. Martus u.a. (Hgg.): Schlachtfelder	201
<i>Patrick Krassnitzer</i>	
A. Wirsching u.a. (Hgg.): Violence and Society after the First World War	208
Register	215
Autorinnen und Rezensenten dieser Ausgabe	215
Autorinnen und Herausgeber der rezensierten Werke	216

Zur Einführung: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung

Artikel

Zur Einführung: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges

von Klaus Große Kracht

Anfang August 2004 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum neunzigsten Mal: die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, wie der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan den Krieg mit einem mittlerweile viel zitierten Wort bezeichnet hat. In einer Eruption der Gewalt zerstörten die Jahre 1914 bis 1918 die fragilen Ordnungssysteme des 19. Jahrhunderts und eröffneten das „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm).

Seit den 1890er-Jahren lebten die europäischen Gesellschaften an der Grenze ihrer politischen Belastbarkeit: Das Spannungsgefüge moderner Massengesellschaften, eine ungebändigte imperialistische Expansionspolitik, die Freisetzung neuer, bis dahin ungeahnter technisch-industrieller Möglichkeiten, die rasante Beschleunigung von Kommunikation, Handel und Urbanisierung sowie nicht zuletzt ein tiefer Erfahrungs- und Wertewandel in den meinungsführenden Eliten Europas ließen ein globales Konfliktpotenzial entstehen, das durch die traditionellen Methoden alteuropäischer Kabinettspolitik nicht mehr gebändigt werden konnte. Vermutlich hätte die Katastrophe vermieden werden können, doch dazu hätte es in den einzelnen europäischen Nationen - vor allem in Deutschland - anderer Mittel und Wege bedurft als eines vom Vertrauen auf die räumliche und zeitliche Eingrenzbarkeit des Krieges getragenen Spiels mit dem Risiko. So begann der Erste Weltkrieg als eine Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln; am Ende diktierte er der Politik sein Gesetz.

Die Erfahrungen des Krieges, des massenhaften sinnlosen Sterbens und der blinden Zerstörung gewachsener ziviler Ordnungen, bildeten die schwere Hypothek, mit der das „kurze 20. Jahrhundert“ in Europa an den Start ging. Die Folgen von Inflation und Kriegswirtschaft, instabile, durch Revolutionen und Nationalitätenkonflikte be-

drohte politische Strukturen, vor allem aber das Millionenheer von Kriegsversehrten und desorientierten Soldaten, die in die Heimatgesellschaften wieder einzugliedern waren, erschwerten die Ankunft in jenem kurzen Frieden, der bereits 1939 wieder sein Ende fand, als der ehemalige Gefreite Adolf Hitler in einem neuen Exzess der Gewalt den Ersten Weltkrieg durch einen Zweiten zu überbieten versuchte. Dessen Zerstörungswerk, insbesondere der Holocaust, stellt alles bis dahin Gewesene - auch die Brutalität der kriegerischen Auseinandersetzungen der Jahre 1914 bis 1918 - in den Schatten; dennoch scheint der Zweite Weltkrieg ohne den Ersten kaum denkbar. Insofern weist selbst noch die Nachkriegsordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf seine Anfangskatastrophe hin. Schon Hans Rothfels schrieb Anfang der 1950er-Jahre in seiner Bestimmung der „Zeitgeschichte“, dass mit dem Doppelereignis des Kriegseintritts der USA und der russischen Oktoberrevolution ein neues Zeitalter begonnen habe: 1917 zeigten sich die Akteure des Kalten Krieges erstmals auf der europäischen Bühne.

Grund genug auch für Historikerinnen und Historiker späterer - heißer und kalter - Kriege den Blick zurückzuwenden und nach den Wirkungen und Konsequenzen des Ersten Weltkriegs für die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu fragen. Dies gilt umso mehr in Deutschland, wo die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg die Gedächtnisspuren des Ersten überlagern. Während in Frankreich der „große Krieg“ der Jahre 1914 bis 1918 - „la grande guerre“ - immer noch ein nationales Referenzereignis ersten Ranges darstellt, spielt er im öffentlichen Erinnerungshaushalt der Deutschen eine eher geringe Rolle. Die hier veröffentlichten Beiträge wollen dazu anregen, den Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs auf den Verlauf der deutschen, aber auch der europäischen Geschichte insgesamt nachzuspüren. Der Krieg selbst mag nach vier Jahren sein Ende gefunden haben. Die mentalen Prägungen, mit denen er die Kombattanten in den Frieden entließ, begleiteten diese jedoch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.

Klaus Große Kracht

Dirk Schumann (Washington) geht den Gewalterfahrungen der Kriegsteilnehmer und dem Ausmaß ihrer Brutalisierung nach. Gegen die nahe liegende These der Zunahme an Gewaltbereitschaft durch die Erfahrung des Krieges verweist er auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit an seinem Ende. Die gleichwohl vorhandene Zunahme an öffentlicher Gewalt in einzelnen europäischen Gesellschaften nach 1918 scheint durch die Kriegserfahrung zwar mit bedingt, jedoch nicht verursacht. Wichtiger als der militärische Konflikt waren die politischen Veränderungen, die das Kriegsende in den jeweiligen Gesellschaften begleiteten, vor allem der Sezessions-Nationalismus in Ostmitteleuropa und die bolschewistische Revolution in Russland.

Steffen Bruendel (Bielefeld/Frankfurt) untersucht die deutsche Ideenpolitik im Ersten Weltkrieg und verfolgt ihre Spuren in der Zwischenkriegszeit. In den „Ideen von 1914“ zeigten sich die Konturen eines gemeinschaftsorientierten Ordnungsdenkens, das sowohl partizipatorische wie ausgrenzende Elemente beinhaltete. Die Idee der „Volksgemeinschaft“ fand sich während des Krieges in unterschiedlichen politischen Lagern und konnte je nach Zielsetzung sowohl zur Stärkung autoritärer politischer Strukturen als auch zu ihrer Demokratisierung herangezogen werden. Die nationalsozialistische Füllung des Begriffs im Sinne eines rassistisch homogenen, exklusiven Volkskörpers ist demgegenüber eine spätere Prägung, die ihren Erfolg gleichwohl der Ideenschmiede des Ersten Weltkriegs verdankt.

Klaus Große Kracht (Potsdam) fragt nach den Konsequenzen der Niederlage für die Beschäftigung mit den Kriegsursachen auf Seiten der deutschen Historiker. In den Jahren nach 1918 bedeutete „Zeitgeschichte“ in Deutschland vor allem, den Nachweis der *Kriegsunschuld* Deutschlands zu erbringen. Der nationale Abwehrreflex prägte die deutsche Zeitgeschichtsforschung bis weit über 1945 hinaus. In der Bundesrepublik konnte der Bann dieser frühen ‚Kriegschuldforschung‘ erst in den 1960er-Jahren gebrochen werden, als Fritz Fischer die Frage nach der Verantwortung des deutschen Kaiserreichs für den Ausbruch des Weltkriegs neu stellte.

Zur Einführung: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung

Gerhard Hirschfeld (Stuttgart) knüpft daran an und stellt neuere Ansätze der Geschichtswissenschaft vor, die sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr der alltäglichen Erlebniswirklichkeit des Kriegsgeschehens zugewandt hat. Gerade auf dem Gebiet der Forschungen zum Ersten Weltkrieg wurden methodische Neuerungen erreicht, von denen nicht zuletzt die Erforschung des Zweiten Weltkriegs profitieren kann. Gerade eine vergleichende Geschichte beider Weltkriege, der jeweiligen Kriegserfahrungen und Kriegsdeutungen, scheint heute mehr denn je gefordert, um die Prozesse der Entgrenzung kriegerischer Gewalt im Europa des 20. Jahrhunderts analytisch überzeugend in den Blick zu bekommen.

Rainer Rother, Gundula Bavendamm und *Kristiane Burchardi* (Berlin) nehmen schließlich die von ihnen am Deutschen Historischen Museum (DHM) betreute Ausstellung über den Ersten Weltkrieg zum Anlass, das „kurze 20. Jahrhundert“ zwischen den Schüssen in Sarajevo 1914 und den neuen Balkankriegen der 1990er-Jahre als einen gemeinsamen europäischen Erfahrungs- und Erinnerungsraum auszuweisen. Neuere Museumsprojekte in verschiedenen europäischen Ländern, nicht zuletzt auch in Osteuropa, haben den Krieg seiner heroisch-nationalistischen Inszenierung entkleidet, in der die Erinnerung an ihn über Jahrzehnte eingesperrt war. Die im Mai 2004 eröffnete Ausstellung im DHM knüpft daran an und präsentiert den Weltkrieg in einer breiten internationalen Perspektive, in der die Erfahrungen der Menschen an den unterschiedlichen Fronten seiner Wahrnehmung, auch über 1918 hinaus, im Mittelpunkt stehen.

Die in diesem Band zusammengeführten Artikel stellen eine Artikelserie dar, die durch *Zeitgeschichte-online* veröffentlicht wurde. Ergänzt wurde diese durch themennahe Rezensionen des Fachforums H-Soz-u-Kult. Weitere Beiträge können unter dem Themenportal von *Clio-online* und seiner Kooperationspartner eingesehen werden: www.Erster-Weltkrieg.clio-online.de.

Klaus Große Kracht, Zeitgeschichte-online

Klaus Große Kracht

Zitierempfehlung:

Klaus Große Kracht, Zur Einführung, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkungen und Wahrnehmungen des Ersten Weltkrieges, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Vorwort-GKracht>>

Gewalterfahrungen und ihre nicht zwangsläufigen Folgen

Gewalterfahrungen und ihre nicht zwangsläufigen Folgen Der Erste Weltkrieg in der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts von Dirk H. Schumann

In den vierjährigen Kämpfen des Ersten Weltkriegs verloren über 9 Millionen Soldaten ihr Leben, über 15 Millionen wurden verwundet.⁰ Hinzu kam eine nicht genau bestimmbare, aber in die Millionen reichende Zahl ziviler Todesopfer, die Hunger und Entkräftung erlagen. Übergriffe von Besatzungstruppen trafen auch viele Frauen. Kaum einer Familie in den am Krieg beteiligten Nationen blieb die Konfrontation mit seinen Leiden erspart. So hinterließ die Gewalt des Krieges neben unzähligen individuellen Narben vielfältige Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Kriegsoffer mussten versorgt, Formen der Kriegserinnerung und -deutung gefunden und gegen konkurrierende Interpretationen verteidigt werden.

Welche Wirkungen die ausgeübte und erlittene Gewalt des Krieges in den Jahrzehnten danach entfaltete, lässt sich nicht getrennt von den großen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Zeit bestimmen. Wie sich individuelle Gewalterfahrungen in kollektive Verhaltensdispositionen und organisierte politische Bewegungen umsetzten, vollzog sich im Einklang mit den Mustern der Kriegserinnerung und -deutung auf nationaler Ebene. Hinzu kamen als wichtiger, aber mit dem Krieg nur mittelbar verbundener Faktor, die Reaktionen, welche die bolschewistische Revolution außerhalb Russlands auslöste. Im Ganzen gesehen kann von einer durchgängigen Brutalisierung der europäischen Gesellschaften als Folge des Ersten Weltkriegs nicht die Rede sein. Während sich in England und Frankreich nach 1918 relativ einheitliche und tendenziell pazifistische Erinnerungskulturen herausbildeten, prägte der Streit um die Deutung des Krieges die politische Kultur in Deutschland und trug zu ihrer Militarisierung bei. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs wan-

⁰Ich danke Benjamin Ziemann für seine Kommentare und Anregungen.

delte sich jedoch auch in Deutschland der Erste zum Symbol sinnlosen Massensterbens.

Die Gewalterfahrungen des Krieges

Wie verbreitet die Kriegsbegeisterung im August 1914 tatsächlich war, ist neuerdings fraglich geworden.¹ Doch unabhängig davon, wie viele Soldaten auf ein umfassendes Erneuerungserlebnis hofften, wie viele allein aus patriotischer Entschlossenheit zu den Fahnen eilten oder nur dem Zwang des Gestellungsbefehls folgten – die meisten erwarteten einen Krieg, der nach wenigen Wochen oder allenfalls Monaten vorüber sein und dem Muster der deutschen Einigungskriege folgen würde. Das populäre Kriegsbild der Jahre vor 1914 war von raschen Vormärschen und kurzen Durchbruchsschlachten bestimmt, die hinreichend Gelegenheit boten, sich durch persönliche Gewandtheit und Tapferkeit auszuzeichnen.² „Wir Jungen hatten nur eine Angst: es könne wirklich zu Ende sein, bevor wir dabeigewesen waren,“ notierte der Kriegsfreiwillige Carl Zuckmayer.³ Auch die Militärexperten orientierten sich vor 1914 am Modell des Bewegungskrieges. Sie waren sich jedoch bewusst, dass die Soldaten in künftigen Schlachten eine Feuerzone überwinden mussten, die angesichts neuer Waffenentwicklungen weitaus gefährlicher und tödlicher war als jemals zuvor. Artilleriegeschütze, die nicht mehr nach jedem Schuss nachjustiert werden mussten, und das nun vielerorts eingesetzte Maschinengewehr würden jeden Frontalangriff zu einem verlustreichen Unternehmen werden lassen.⁴

¹Verhey, Jeffrey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

²Schumann, Dirk, *Der brüchige Frieden. Kriegserinnerungen, Kriegsszenarien und Kriegsbereitschaft*, in: Frevert, Ute (Hg.), *Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900*, Göttingen 2000, S. 113-145; Rohkrämer, Thomas, *Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914*, München 1990, S. 276-283.

³Zuckmayer, Carl, *Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft*, Frankfurt am Main 1966, S. 194.

⁴Storz, Dieter, *Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg*, Herford 1992.

Schon in den ersten Kriegswochen wurden solche Annahmen zur traurigen Realität. Als im November 1914 nach drei Monaten die Front im Westen von der Nordsee bis zu den Vogesen erstarrte, waren hier allein auf deutscher Seite eine halbe Million Soldaten gefallen oder verwundet worden.⁵ Niemand gab sich mehr der Illusion hin, dass der Krieg bald zu Ende sein werde. Während er im Osten als Bewegungskrieg weiterging, der den Mittelmächten große Geländegewinne bescherte, wurde er im Westen zum Stellungskrieg mit einem Doppelgesicht. Längeren Ruhephasen folgten groß angelegte Offensiven, die endlich den entscheidenden Durchbruch durch die feindlichen Linien erzielen sollten. Die von Februar bis Juli 1916 sich hinziehende Schlacht um Verdun hinterließ eine halbe Million Tote und Verwundete auf deutscher und französischer Seite, der englische Vorstoß an der Somme im Juli 1916 kostete allein am ersten Tag fast 20.000 Angreifer das Leben. Ähnliche katastrophale Fehlschläge waren die alliierten Offensiven 1917 bei Passchendaele und am Chemin des Dames.⁶ Während solche verlustreichen Unternehmungen die Kampfbereitschaft der meisten Soldaten sinken ließen und 1917 sogar zu massenhaften Befehlsverweigerungen in der französischen Armee führten, versuchten die Militärs beider Seiten, aus Fehlern zu lernen. Auch die deutsche Frühjahrsoffensive vom März 1918 lief sich nach einigen Wochen und erheblichen Verlusten fest, doch hatten ihre Stoßtrupps gezeigt, wie erfolgreich kleine, beweglich operierende, aber mit großer Feuerkraft ausgestattete Einheiten im Prinzip sein konnten. Nach demselben Muster, nun aber mit frischeren Truppen, größeren Reserven und massiver Unterstützung durch die neuen „Tanks“ unternahmen die Alliierten ihre ungleich erfolgreichere Gegenoffensive im Sommer 1918.⁷

⁵Chickering, Roger, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002, S. 42.

⁶Krumeich, Gerd, Art. „Verdun“, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hgg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 942-944; Simkins, Peter, Art. „Somme“, in: ebd., S. 851-855; Bourne, John M., Art. „Flandern“, in: ebd., S. 489-494; Pöhlmann, Markus, Art. „Chemin des Dames“, in: ebd., S. 411f.

⁷Becker, Jean-Jacques, Art. „Meutereien in der französischen Armee“, in: *Enzyklo-*

Es war kein Zufall, dass in den faschistischen Bewegungen der Nachkriegszeit die Angehörigen jener Stoßtrupps und Sturmbataillone, der „Arditi“ in Italien, eine prominente Rolle spielten. Doch sie verkörperten nur eine kleine Minderheit der Frontsoldaten. Überhaupt wäre es verfehlt, von einer einheitlichen Front- und Gewalterfahrung der Soldaten auszugehen. Das lässt sich am deutschen Beispiel anschaulich zeigen. Über 13 Millionen und damit 85% aller deutschen Männer im wehrfähigen Alter (von 18 bis 49 Jahren) wurden zum Militärdienst eingezogen. Zwar gehörten drei Viertel von ihnen dem Feldheer an, immerhin ein Viertel aber dem Besatzungsheer. Doch auch die Soldaten des Feldheeres, soweit sie an der Westfront eingesetzt waren, lagen von 1914 bis 1918 keineswegs dauernd im Trommelfeuer der feindlichen Artillerie. Im Durchschnitt verbrachte keiner von ihnen mehr als 15 Monate im Feldheer. An der Front selbst wechselte der fünf bis sieben, manchmal bis zu zehn Tage dauernde Dienst in der vordersten Linie mit Bereitschaftsdienst gleicher Länge und mehrtägigen Ruhephasen in rückwärtigen Quartieren. Hinzu kam gelegentlicher Urlaub, besonders für Mannschaften bäuerlicher Herkunft.⁸ So wurden die Bindungen zum Zivilleben nicht vollständig gekappt. Weiterhin ist wichtig festzuhalten, dass die Soldaten sich durchaus nicht als kaltblütige Tötungsmaschinen erwiesen, wenn sie in ein Gefecht verwickelt wurden. Über drei Viertel aller von 1914 bis Ende 1917 verletzten französischen Soldaten hatten ihre Verwundungen durch Artilleriegeschosse, also nicht durch Gewehrfeuer oder im Nahkampf erhalten. Gleiche Relationen darf man für ihre Gegner annehmen.⁹

pädie (Anm. 6), S. 710f.; Groß, Gerhard P., *Das Dogma der Beweglichkeit. Überlegungen zur Genese der deutschen Heerestaktik im Zeitalter der Weltkriege*, in: Thoß, Bruno; Volkmann, Hans-Erich (Hgg.), *Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegerlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 143-166, hier S. 151-153.

⁸Ziemann, Benjamin, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923*, Essen 1997, S. 58f., 77.

⁹Ders., Art. „Soldaten“, in: *Enzyklopädie* (Anm. 6), S. 155-168, hier S. 157. Vgl. allg. Kühne, Thomas; Gleichmann, Peter (Hgg.), *Massenhaftes Töten. Kriege und Genozide im 20. Jahrhundert*, Essen 2004.

So konnten die Kämpfe und Schlachten des Ersten Weltkriegs in ganz unterschiedlicher Weise erfahren, erinnert und gedeutet werden. Die Bandbreite reichte vom Krieg als Inbegriff des sinnlosen Opfers von Millionen, massenhaften Sterbens, seelischer und körperlicher Verstümmelung bis hin zu seiner Interpretation als Geburtsstätte eines neuen Menschentypus, des unerschrockenen, harten und entschlossenen (männlichen) Kämpfers, der nach dem Krieg den Wiederaufbau der Nation anführen sollte.¹⁰ Auch wenn diese Position im Lauf der 1920er-Jahre in Deutschland in den Vordergrund rücken sollte, war sie keineswegs unumstritten und repräsentativ nur für eine Minderheit der Frontsoldaten.

Zur Gewaltgeschichte des Ersten Weltkriegs gehörte auch Gewalt, die außerhalb der eigentlichen militärischen Operationen stattfand. Gut untersucht sind mittlerweile die Übergriffe der deutschen Truppen bei ihrem Vormarsch durch Belgien im August 1914. Unter dem Zeitdruck des Schließenplans und vom Widerstand der belgischen Armee überrascht, glaubten die deutschen Soldaten sich durch hinterhältige Angriffe der belgischen Zivilbevölkerung bedroht. Das deutsche Oberkommando verstärkte diese Kollektivpsychose durch seine Befehle, die zum rücksichtslosen Brechen jeden Widerstandes aufriefen. Geiselnahmen und Deportationen, die Zerstörung einer ganzen Reihe von Dörfern und Städten, vor allem aber die Erschießungen von über 5.000 Zivilisten, darunter auch Geistlichen, waren die Folge. Außerdem kam es zu zahlreichen Vergewaltigungen; sie sind auch für die russische Invasionsarmee in Ostpreußen und die österreichisch-ungarischen Truppen in Serbien belegt.¹¹ 1916/17 verbrachten die deutschen Besatzungsbehörden unter Bruch der Haa-

¹⁰Prümm, Karl, Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918-1933). Gruppenideologie und Epochenproblematik, Kronberg im Taunus 1974; Müller, Hans-Harald, Der Krieg und die Schriftsteller. Der Kriegsroman der Weimarer Republik, Stuttgart 1986.

¹¹Horne, John; Kramer, Alan, War Between Soldiers and Enemy Civilians, 1914-1915, in: Chickering, Roger; Förster, Stig (Hgg.), Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, New York 2000, S. 153-168; Dies., Deutsche Kriegsgreuel 1914: die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

ger Landkriegsordnung zehntausende Belgier zur Zwangsarbeit nach Deutschland und ließen erst nach internationalen Protesten davon ab. 30.000 Frauen und Mädchen wurden um Ostern 1916 als ‚unnütze Esser‘ zum Verlassen von Gebieten an der Westfront gezwungen. Noch brutaler ging das russische Militär vor, als es 1915 auf seinem Rückzug vor den deutschen Verbänden 1,5 Millionen Balten, Polen und Juden, die es der Zusammenarbeit mit dem Feind verdächtigte, nach Osten deportierte.¹²

Beim gegenwärtigen Stand der Forschung lassen sich nur mit Vorsicht Verbindungen zwischen solchen Übergriffen deutscher Truppen gegen die feindliche Zivilbevölkerung im Ersten und den um vieles brutaleren im Zweiten Weltkrieg herstellen. Schließlich waren es Polen und die Sowjetunion, nicht Westeuropa, wo Wehrmacht und Einsatzgruppen ihre Vernichtungsfeldzüge führten. Man wird genauer zu untersuchen haben, welche Wirkungen die Misshandlung der Zivilbevölkerung bei den beteiligten deutschen Soldaten hinterließ. Für die an der Ostfront eingesetzten hohen Wehrmachtsgeneräle aber hat Johannes Hürter kürzlich erste Ergebnisse vorgelegt. Danach erlebten sie den Umgang mit der Zivilbevölkerung im besetzten Belgien und Frankreich während des Ersten Weltkriegs als sozialdarwinistisch gerechtfertigten Traditionsbruch und waren, so lässt sich vermuten, auch deshalb später im Osten bereit, noch weiter zu gehen.¹³

Zum Inbegriff einer schrecklichen neuen Qualität von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg ist der Völkermord an den Armeniern geworden. Jungtürkischer Nationalismus, tief verwurzelte Ressentiments gegenüber einer andersgläubigen Minderheit und die allgemeine Mobilisierung für den Krieg standen hinter dem Beschluss der türkischen Militärführung vom April 1915, die Armenier aus den Grenzgebieten zum Kriegsgegner Russland zu deportieren und dann ihrem Schicksal zu überlassen. Männer, Frauen und

¹²Kramer, Alan, Art. „Deportationen“, in: Enzyklopädie (Anm. 6), S. 434f.

¹³Hürter, Johannes, Kriegserfahrung als Schlüsselerlebnis? Der Erste Weltkrieg in der Biographie von Wehrmachtsgenerälen, in: Thoß, Volkmann (Hgg.), Erster Weltkrieg (Anm. 7), S. 759-771, bes. S. 766-768.

Kinder wurden zusammen getrieben und auf Todesmärsche durch das anatolische Hochland geschickt oder in Viehwaggons gepfercht und nach Süden verbracht. Insgesamt kamen 1,5 Millionen Armenier ums Leben: erschossen, erschlagen, verhungert oder an Entkräftung und Krankheit gestorben. Während internationale Beobachter, unter ihnen auch deutsche, die Ereignisse mit Entsetzen wahrnahmen, beteiligten sich deutsche Offiziere an den Deportationen. Die Reichsleitung verzichtete darauf zu intervenieren, um die Zusammenarbeit mit dem verbündeten Osmanischen Reich nicht zu stören.¹⁴

Parallelen zwischen dem Genozid an den Armeniern und dem Holocaust sind offensichtlich, doch wäre es verfehlt, einen direkten Kausalzusammenhang herzustellen. Die mörderische Energie war 1915 geringer und die Kriterien für die Auswahl der Opfer waren weniger klar als 25 Jahre später. Mehrere hunderttausend Armenier überlebten die Todesmärsche oder konnten fliehen, und die armenischen Gemeinden in Konstantinopel und Smyrna, wo die Zahl ausländischer Beobachter erheblich größer war, blieben weitgehend verschont. Die Konversion zum Islam rettete tausenden Armeniern das Leben – getauften Juden dagegen bot ihr neuer Glaube keinen Schutz vor der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime. Es ist nicht gesichert, dass Hitler in einer Rede vor Wehrmachtsgenerälen wenige Tage vor dem Überfall auf Polen tatsächlich das Schicksal der Armenier im Ersten Weltkrieg als Beleg dafür angeführt hat, dass im Krieg alles erlaubt sei und den Sieger niemand nach seinem Recht frage.¹⁵ Doch auch wenn es so gewesen sein sollte: Der mörderische Antisemitismus und die Gewaltbereitschaft gegenüber polnischen und russischen „Untermenschen“, die sich unter dem NS-Regime entfalten, wurzelten in sozialdarwinistischen Überzeugungen, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten. Ihre Radika-

¹⁴Naimark, Norman N., Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 29-75; Gust, Wolfgang, Der Völkermord an den Armeniern, München 1993.

¹⁵Naimark, Hass (Anm. 14), S. 77; vgl. Kershaw, Ian, Hitler 1936-1945, Stuttgart 2000, S. 295, der einen solchen Bezug zu den Armeniern nicht erwähnt.

lisierung begann im Ersten, vollzog sich aber vor allem im Zweiten Weltkrieg. Der Völkermord an den Armeniern mag als verstärkender Faktor hinzugetreten sein, ursächlich war er nicht.

Die Reorganisation militärischer Gewalt

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs, vor allem in seiner zweiten Hälfte, waren neue Waffensysteme zum Einsatz gekommen, die Feuerkraft und Beweglichkeit in besonders effizienter Weise zu kombinieren versprachen: U-Boote, Jagd-, Aufklärungs- und Bombenflugzeuge und ähnlich eingesetzte Luftschiffe sowie die zunächst als „Tanks“ bezeichneten Panzer. Hervorgebracht von den hoch entwickelten Industrieländern der großen europäischen Nationen schienen sie eben diesen Nationen den Weg zu weisen, auf dem sich eine Wiederholung des vierjährigen Abnutzungskriegs mit seinen belastenden Folgen für die Zivilbevölkerung auf allen Seiten würde vermeiden lassen. Nach 1918 versuchten die militärischen Planer deshalb, jene Waffensysteme zu perfektionieren und ihnen im Rahmen der jeweiligen strategischen Prioritäten eine Schlüsselrolle zuzuweisen. Damit rückten gut ausgebildete und lange dienende Spezialisten ins Zentrum der Armeestrukturen. Zugleich hielten die Planer, je nach Nation mit unterschiedlichem Nachdruck, am Konzept des Massenheeres fest. Eine Elite von Kämpfern würde die hochwirksamen Gewaltmittel des Zukunftskrieges bis weit ins feindliche Hinterland tragen und für eine schnelle Kriegsentscheidung sorgen, doch sollten alle wehrfähigen Männer weiterhin in der Lage sein, an jener Gewaltmaschinerie mitzuwirken.

Die Sowjetunion war das einzige Land, das in der Zwischenkriegszeit eine Armee aufzubauen versuchte, die sowohl ein Massenheer als auch umfassend mit moderner Waffentechnik ausgestattet war. Geheimdienstlich-politische Kontrolle auf allen Ebenen sollte ihre Zuverlässigkeit gewährleisten. Stalins Verfolgungswahn sorgte dann freilich dafür, dass ihr beim deutschen Überfall 1941 die kompetente Führung fehlte. In Frankreich, wo der Gedanke der allgemeinen Volksbewaffnung gerade von der Linken emphatisch vertreten wur-

de, sollten schlagkräftige kleine Verbände einen durch die Maginot-Linie nach Norden gelenkten deutschen Vormarsch aufhalten, um der allgemeinen Mobilisierung ausreichend Zeit zu verschaffen. Auch das britische Militär wollte mit einem hoch technisierten, auf Panzerverbände gestützten Expeditionskorps in einen Krieg auf dem Kontinent eingreifen, während es in einer ausdifferenzierten Luftwaffe die Möglichkeit sah, den Krieg vom eigenen Land fernzuhalten, ihn durch den Einsatz im feindlichen Hinterland rascher zu entscheiden und die eigenen Opfer dabei gering zu halten.¹⁶

Die deutsche Reichswehr stand in den 1920er-Jahren vor dem besonderen Problem, durch den Versailler Vertrag einer Beschränkung auf 100.000 Mann zu unterliegen und die modernen Waffensysteme nur zum Teil nutzen zu können. Es ist seit langem bekannt, wie die Militärführung versuchte, diese Auflagen durch die geheim gehaltene Zusammenarbeit mit der Roten Armee auf dem Gebiet der Waffentechnik und durch den verdeckten Aufbau von Reserveformationen zu umgehen. Dabei verstand der erste Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, die Reichswehr in erster Linie als Eliteformation, die sich in möglichst großer Unabhängigkeit von den gegebenen politischen Verhältnissen darauf konzentrieren sollte, die Grundlagen für einen späteren Ausbau zu legen. Jüngere Studien haben im Anschluss an die Forschungen Michael Geyers herausgearbeitet, wie intensiv die Fachleute des Truppenamtes insbesondere nach dem Abgang Seeckts 1926 für eine Armee planten, die so eng mit der Gesellschaft verwoben war, dass sie deren Ressourcen möglichst umfassend nutzen konnte. Dazu baute die Reichswehr unter anderem institutionalisierte Kontakte zu Unternehmen und Verwaltungsinstanzen auf und suchte durch Beziehungen zu den rechten „Wehrverbänden“, an erster Stelle

¹⁶Showalter, Dennis E., Plans, Weapons, Doctrines. The Strategic Cultures of Interwar Europe, in: Chickering, Roger; Förster, Stig (Hgg.), The Shadows of Total War. Europe, East Asia, and the United States, 1919-1939, New York 2003, S. 55-81; Strachan, Hew, War and Society in the 1920s and 1930s, in: ebd., S. 35-54; Förster, Stig (Hg.), An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1939, Paderborn 2002.

dem „Stahlhelm“, die vormilitärische Ausbildung der Jugend zu fördern. Die ausgreifende Kontaktpflege der Reichswehr stieß allerdings auf den Widerstand der – 1932 auch aus diesem Grund gestürzten – preußischen Regierung, während die wehrsportlichen Aktivitäten der rechten Verbände nicht die gleiche Attraktivität entfalteten wie die Angebote der allgemeinen Sportverbände. Man wird deshalb für die Zeit vor 1933 die Breitenwirksamkeit der Mobilisierungsbemühungen der Reichswehr mit Skepsis beurteilen müssen. Nach dem Machtverlust der SA 1934 und der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 war die Führung der zur Wehrmacht gewordenen Reichswehr freilich in einer Position, in der sie mit Hilfe des Staates für einige Jahre ihr Konzept in die Tat umsetzen konnte, bis das nationalsozialistische Regime das Heft an sich riss und auf einen Krieg zusteuerte, den die Militärs so nicht, oder jedenfalls noch nicht, hatten führen wollen.¹⁷

„Brutalisierung“ durch den Krieg?

Die unheilvollste Erbschaft des ersten nahezu totalen Krieges wird oft in einer nachhaltigen „Brutalisierung“ der an ihm beteiligten Gesellschaften gesehen. Ein Beispiel von vielen ist Eric J. Hobsbawms Charakterisierung des Krieges als einer „Maschine zur Brutalisierung der Welt“.¹⁸ Andere Autoren benutzen die These vor allem zur Deutung der deutschen Nachkriegsgeschichte, ohne ihre prinzipielle Gültigkeit in Frage zu stellen.¹⁹

¹⁷Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik, Wiesbaden 1980; Kroener, Bernhard R., Mobilisierungsplanungen gegen Recht und Verfassung. Kriegsvorbereitungen in Reichsheer und Wehrmacht 1918 bis 1939, in: Thoß, Volkmann (Hg.), Erster Weltkrieg (Anm. 7), S. 57-77; Groß, Dogma (Anm. 7), S. 153-159.

¹⁸Hobsbawm, Eric J., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 163. Vgl. Stone, Norman, Europe Transformed 1878-1919, Oxford 2¹⁹⁹⁹, S. 277; Renouvin, Pierre, La Crise Européenne et la Première Guerre Mondiale (1904-1918), Paris 1969, 742-43; Payne, Stanley G., Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München 2001, S. 100; Audoin-Rouzeau, Stéphane; Becker, Annette, 14-18. Understanding the Great War, New York 2002, S. 32-36.

¹⁹So besonders Mosse, George L., Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993, S. 195-222; neuerdings etwa Mallmann, Klaus

Ihre ersten Versionen entstanden schon bald nach 1918 im Anschluss an Sigmund Freuds Überlegungen zur menschlichen Destruktivität und einem ihr zugrunde liegenden „Todestrieb“. Die These stützt sich in erster Linie auf die literarischen Werke und Selbstzeugnisse der Vertreter des „soldatischen Nationalismus“ und anderer Künstler und Intellektueller, die zur nicht sehr großen Zahl der Kriegsfreiwilligen aus dem Bürgertum gehörten. Die Gewalt des Krieges erlebten sie als Schock, der sie der bürgerlichen Welt tief entfremdete. Diese Desillusionierung und die Bejahung von Gewalt als elementarer Kraft zur Erneuerung der Nation, die aus den Schriften des „soldatischen Nationalismus“ sprach, wurde in der Brutalisierungsthese ohne weiteres *allen* Soldaten zugeschrieben. Damit schien im Blick auf die deutsche Geschichte ein wesentlicher Grund für die Attraktivität des Nationalsozialismus gefunden zu sein.²⁰

Neuerdings ist die These durch eine Reihe von Studien in Frage gestellt worden. Ihre Kritik richtet sich sowohl auf die vermeintlichen Ergebnisse des Brutalisierungsprozesses als auch auf seine Mechanismen.²¹ Zu ihrem Verständnis ist es hilfreich, zwei Sachverhalte analy-

M., Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 226; Ferguson, Niall, *The Pity of War*, New York 1999, S. 357-366; Reichardt, Sven, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA*, Köln 2002, S. 616.

²⁰Zur Entstehung der Brutalisierungsthese im Einzelnen Ziemann, *Front* (Anm. 8), S. 9-18. Die Entwicklung der These steht im Zusammenhang mit den Versuchen deutscher Emigranten (wie George L. Mosse), sozialpsychologische Erklärungen für den Massenzulauf zum Nationalsozialismus zu finden, die über den einfachen Verweis auf die Weltwirtschaftskrise oder die Anziehungskraft der Person Hitlers hinausreichten. Zur Debatte über Desillusionierung und Brutalisierung in England und Frankreich vgl. Bourke, Joanna, *Dismembering the Male. Men's Bodies, Britain, and the Great War*, Chicago 1996, S. 18-22; sowie Fussell, Paul, *The Great War and Modern Memory*, London 1975; Hynes, Samuel, *A War Imagined. The First World War and English Culture*, London 1990; Cruickshank, John, *Variations on Catastrophe. Some French Responses to the Great War*, Oxford 1982.

²¹Bourke, *Dismembering* (Anm. 20); Ziemann, *Front* (Anm. 8); Schumann, Dirk, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik, 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001; Wirsching, Andreas; Schumann, Dirk (Hgg.), *Violence and Society after the First World War* (*Journal of Modern European History* 1 (2003)); vgl. die Aufnahme der Diskussion bei Dülffer, Jost; Krumeich, Gerd (Hgg.), *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002.

tisch zu trennen, die von der Brutalisierungsthese undifferenziert als Einheit behandelt werden, obwohl sie nicht notwendig miteinander zusammenhängen:

1) die Brutalisierung der Frontsoldaten als Individuen durch die ausgeübte und erlittene Gewalt im Sinn eines den Krieg überdauernden Abbaus von Hemmungen gegenüber gewaltsamem Verhalten,

2) die Brutalisierung der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit, die sich in politisch motivierter Gewalt niederschlug.

Wenn sich die erste der beiden Versionen als nicht haltbar erweist, ist damit die zweite noch keineswegs hinfällig. Jedoch wird dann ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Brutalisierung und dem Kriegserlebnis nicht mehr zwingend. Die Diskurse, Rituale und Symbole der politischen Kultur treten damit in den Vordergrund.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass in einer Reihe europäischer Länder die Jahre nach 1918 von politisch motivierter Gewalt in einem nie da gewesenen Ausmaß gekennzeichnet waren und dass ehemalige Frontsoldaten daran einen besonderen Anteil hatten. Das galt vor allem für Deutschland und Italien, für die neue Sowjetunion und ihre westlichen Randgebiete, aber auch für andere Staaten Ost- und Südosteuropas. Die Freikorps, die in Berlin und München, im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Deutschlands Arbeiteraufstände niederschlugen, die „Black and Tans“, die mit ähnlicher Härte gegen die irische Unabhängigkeitsbewegung vorgingen, oder die italienischen „Squadristi“, die mit ihren blutigen Strafaktionen gegen die Linke den Weg zur Machtübernahme der Faschisten 1922 bahnten, rekrutierten sich zum größten Teil aus ehemaligen Soldaten. Rechtsnationalistische „Wehrverbände“, an erster Stelle der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, der zur Mitte der 1920er-Jahre etwa 300.000 Mitglieder zählte, militarisierten die politische Kultur in Deutschland und scheuten vor begrenzter Gewalt nicht zurück, um gegenüber der politischen Linken ihren Anspruch auf die Straße geltend zu machen. Neben dem ehemaligen Gefreiten Adolf Hitler spielten Kriegsteilnehmer wie der Ex-Hauptmann Ernst Röhm und der bekannte Kampf-

flieger und „Pour-le-Mérite“-Träger Hermann Göring eine prominente Rolle beim Aufstieg des Nationalsozialismus.²² Unmittelbar nach dem Waffenstillstand gab es zudem auf Sieger- wie Verliererseite die Angst, die heimkehrenden Soldaten könnten zu einem Sicherheitsproblem werden.²³

Neuere Studien lassen jedoch die erste Version der Brutalisierungsthese, wonach die große Mehrheit der Soldaten durch die Teilnahme am Krieg eine lange nachwirkende Bereitschaft zur Gewaltanwendung erworben habe, als nicht mehr haltbar erscheinen. Das lag zum einen an den unterschiedlichen Einsatzerfahrungen, ihren Rhythmen und der Anonymität des Tötens in den ‚Materialschlachten‘, wie sie oben skizziert wurden. Zum anderen zeigen die Analysen von vielen tausend Feldpostbriefen, dass die meisten Soldaten in regelmäßigem Kontakt mit ihren Angehörigen standen und an deren Alltag intensiven Anteil nahmen. Soldaten bäuerlicher Herkunft gaben Anweisungen für die Arbeiten auf dem Hof und konnten bei gelegentlichen Urlauben sogar persönlich daran mitwirken. Der Bruch zwischen ihrem zivilen Leben und dem Leben als Soldat war auch deshalb keineswegs so groß, wie in der älteren Forschung angenommen.²⁴ Als nicht stichhaltig, jedenfalls nicht auf mittlere Sicht, erwiesen sich die Befürchtungen, jeder heimkehrende Soldat sei ein potenzieller Gewalttäter. Zwar deuten die verfügbaren Statistiken auf eine Zunahme der Tötungsdelikte in den unmittelbaren Nachkriegs-

²²Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard 1969; Lucas, Erhard, Märzrevolution im Ruhrgebiet. März/April 1920, 2 Bde., Frankfurt am Main 1973/74; Bennett, Richard, The Black and Tans, London 1959 (Neuausgabe London 1970); Bergahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966; Reichardt, Kampfbünde (Anm. 19); Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

²³Kingsley Kent, Susan, Making Peace. The Reconstruction of Gender in Interwar Britain, Princeton 1993; Lawrence, Jon, Forging a Peaceable Kingdom. War, Violence, and Fear of Brutalization in Post-First World War Britain, in: Journal of Modern History 75 (2003), S. 557-589; Bessel, Richard, Germany after the First World War, Oxford 1993, S. 243f.; Schumann, Gewalt (Anm. 21), S. 67-69.

²⁴Bourke, Dismembering (Anm. 20), S. 124-170; Ziemann, Front (Anm. 8), S. 229-308; Ulrich, Bernd, Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933, Essen 1997.

jahren hin. Doch hatte sich in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre der Vorkriegstrend des stetigen Rückgangs der Zahl an Gewaltverbrechen wieder durchgesetzt.²⁵ 1910 hatte die Mordrate in England bei 0,81 gelegen; 1920 stieg sie leicht auf 0,83, um bis 1930 auf 0,75 zu sinken.²⁶ Die Rate der Vergewaltigungen war in Frankreich mit 1,6 in den 1920er-Jahren weitaus niedriger als zwischen 1901 und 1910 (2,1).²⁷ Und in Deutschland lag die Zahl der einfachen und gefährlichen Körperverletzungen selbst im Chaos der Hyperinflation 1923 deutlich niedriger als in der Vorkriegszeit. Die hier im Ganzen stark gestiegene Kriminalität der Nachkriegszeit in Deutschland war in erster Linie Eigentumskriminalität, die mit der Inflation zusammenhing, nicht Gewaltkriminalität.²⁸

Die deutschen Freikorps mobilisierten 1919/20 insgesamt 400.000 Mann, allerdings waren nicht mehr als 250.000 zum gleichen Zeitpunkt einsatzfähig. Hinter dieser Zahl verbargen sich jedoch viele verschiedenartige Verbände und keineswegs nur brutale Gewalttäter. Das Landesjägerkorps, die größte Einheit, wurde professionell geführt und kämpfte im Ganzen diszipliniert. Ein Vielfaches an Mitgliedern wiesen dagegen die „Einwohnerwehren“ auf, die sich 1919 überall in Deutschland zum Schutz der ‚Ordnung‘ vor dem Chaos einer kommunistischen Revolution bildeten und vorwiegend aus dem Bürgertum und dessen Kriegsteilnehmern rekrutierten.²⁹ Als aber 1920 der Kapp-Putsch eine Aufstandsbewegung in Teilen der Arbeiterschaft auslöste und eine solche zweite Revolution zumindest in den Bereich des Möglichen rückte, blieben die Einwohnerwehren weitgehend untätig. Auch in Frankreich und in Großbritannien bildeten sich

²⁵Chesnais, Jean-Claude, Histoire de la violence en Occident de 1800 à nos jours, Paris 1982, S. 53-55, 68, 159; Liepmann, Moritz, Krieg und Kriminalität in Deutschland, Stuttgart 1930, S. 33f.

²⁶Gregory, Adrian, Peculiarities of the English? War, Violence and Politics: 1900-1939, in: Wirsching, Schumann, Violence (Anm. 21), S. 44-59, hier S. 45.

²⁷Chesnais, Histoire (Anm. 25), S. 159.

²⁸Liepmann, Krieg (Anm. 25), S. 38-40; Bessel, Germany (Anm. 23), S. 240-246.

²⁹Diehl, James N., Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington, Ind. 1977, S. 23-74.

in den großen Streikbewegungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre bürgerliche Selbstschutzformationen, die „Unions Civiques“ und „Citizen's Guards“. Doch blieben sie noch passiver als ihr deutsches Gegenstück.³⁰ Die Furcht des Bürgertums vor den Kommunisten, so ausgeprägt sie gewesen sein mag, führte nicht zu einem massiven Ausbruch gegen sie gerichteter Gewalt. Solange keine unmittelbare Gefahr für das eigene Leben und Eigentum bestand, sahen die besitzenden Bürger offenbar keinen Grund, zur Waffe zu greifen.

Wenn sich die Frontsoldaten organisierten, taten sie es keineswegs in erster Linie als Angehörige gewaltbereiter und den Krieg glorifizierender Organisationen wie der faschistischen „Squadristi“. 3,4 Millionen Mitglieder zählten die französischen Veteranenverbände, unter ihnen die „Union Nationale“ und die den Sozialisten nahe stehende „Union Fédérale des Combattants“. Sie schlossen sich 1927 unter einem Dachverband zusammen, kämpften für eine bessere Kriegsoferversorgung und vertraten außenpolitisch eindeutig pazifistische Positionen.³¹ In Deutschland organisierten sich 1,4 Millionen Veteranen in Interessenverbänden der Kriegsbeschädigten. An der Spitze stand mit über 600.000 Mitgliedern im Jahr 1921 der den Sozialdemokraten nahe „Reichsbund“. Auch das 1924 als Gegenkraft gegen die rechten Wehrverbände gegründete und mehr als eine Million Mitglieder umfassende „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ war den Sozialdemokraten verbunden und setzte sich für internationale Verständigung ein, nicht zuletzt zusammen mit der „Union Fédérale“ in Frankreich.³² Der

³⁰Schumann, Gewalt (Anm. 21), S. 70-83; Wirsching, Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1939. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 119-124; Branson, Noreen, Britain in the Nineteen Twenties, Minneapolis 1976, S. 30-32, 192-197.

³¹Prost, Antoine, In the Wake of War: ‚Les Anciens Combattants‘ and French Society, 1914-1939, Oxford 1992.

³²Whalen, Robert Weldon, Bitter Wounds. German Victims of the Great War, 1914-1939, Ithaca 1984; Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Ziemann, Benjamin, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband

zehnte Jahrestag des Kriegsausbruchs 1924 sah Massendemonstrationen der in den fünf Jahren davor stetig gewachsenen „Nie-Wieder-Krieg“-Bewegung.³³ Selbst der „Stahlhelm“, um den sich in den mittleren Weimarer Jahren alle rechtsnationalistischen Kräfte versammelten, war in seinen Anfängen eine politisch neutrale Organisation zur Vertretung materieller Interessen der Veteranen.³⁴

Die weit überwiegende Mehrheit der Soldaten, so darf man aus all diesen Befunden schließen, war durch ihre Erlebnisse an der Front nicht nachhaltig brutalisiert worden. Größere Plausibilität als der ersten lässt sich allerdings der zweiten Version der Brutalisierungstheorie zusprechen. Politische Gewalt belastete in der Zwischenkriegszeit viele Länder. Sie war jedoch nicht einfach eine Fortsetzung der militärischen Gewalt des Krieges, sondern variierte nach Form und Ausmaß zwischen den von ihr betroffenen Regionen. Grob vereinfacht lassen sich zwei Hauptformen unterscheiden:

1) der Bürgerkrieg, in dem größere Verbände von militärisch Bewaffneten mit dem Ziel aufeinander trafen, den Gegner zu vernichten, und die angewandte Gewalt zur schnellen Entgrenzung tendierte,

2) der Straßenkampf, in dem sich kleinere Gruppen gegenüberstanden, die nur in Einzelfällen über Schusswaffen verfügten und in erster Linie ihre Gegner einschüchtern, aber nicht unbedingt schwer verletzen wollten, um ihren Anspruch auf Kontrolle des öffentlichen Raumes zu manifestieren.

In Russland und den westlichen Grenzgebieten der sich herausbildenden Sowjetunion ging der Erste Weltkrieg bruchlos in einen blutigen, mehrere Jahre dauernden Bürgerkrieg über. In Deutschland blieb es zwischen 1919 und 1921 bei punktuellen Bürgerkriegskämpfen. Abgesehen von einzelnen spektakulären Morden spielte sich die

der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift 267 (1998), S. 357-398.

³³Lütgemeier-Davin, Reinhold, Basis-Mobilisierung gegen den Krieg. Die Nie-Wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik, in: Holl, Karl; Wette, Wolfram (Hgg.), Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981, S. 47-76.

³⁴Berghahn, Stahlhelm (Anm. 22), S. 13-26.

politische Gewalt der Jahre danach in Form des Straßenkampfes ab, der zwar immer mehr Regionen erreichte, aber selbst in den letzten Jahren der Weimarer Republik weitaus weniger Opfer forderte als der punktuelle Bürgerkrieg der ersten Jahre. In dem von zahlreichen Wahlkämpfen und politischer Hochspannung gekennzeichneten Jahr 1932 starben bei solchen Auseinandersetzungen auf der Straße 155 Menschen und damit so viele wie in den Jahren 1929 bis 1931 zusammen – doch allein im März 1919 waren bei den Bürgerkriegskämpfen in Berlin mehr als tausend Menschen ums Leben gekommen.³⁵ Auch in Italien standen die Nachkriegsjahre im Zeichen von Kämpfen um die Straße, die hier aber mit massiverer und tödlicherer Gewalt verbunden waren als in Deutschland und 1922 zur Machtübernahme der Faschisten führten. Auch Frankreich erlebte in den unmittelbaren Nachkriegsjahren Auseinandersetzungen in der Form des Straßenkampfes, dann erst wieder um die Mitte der 1930er-Jahre, doch mit erheblich weniger Opfern als in Italien oder Deutschland. Von der blutigen Unterdrückung der irischen Unabhängigkeitsbewegung abgesehen, die nach öffentlichen Protesten gegen das Vorgehen der „Black and Tans“ 1921 abgebrochen wurde, blieb Großbritannien bis in die 1930er-Jahre von politischer Gewalt verschont. Als die Faschisten Oswald Mosleys vergleichsweise harmlose Krawalle provozierten, verloren sie rasch an Zulauf.³⁶

Offensichtlich lassen sich die skizzierten Unterschiede nicht einfach auf den Sieg oder die Niederlage im Ersten Weltkrieg zurückführen. Vielmehr scheinen sich in ihnen Unterschiede der politischen Traditionen und Kulturen auszudrücken, die ihre Wurzel in den unterschiedlichen Wegen der Nationalstaatsbildung hatten. Nach einer von Theodor Schieder vorgeschlagenen Typologie entstanden die Nationalstaaten in Westeuropa in Folge innerstaatlicher Revolutionen, danach die Nationalstaaten in Mitteleuropa und Italien durch

³⁵Schumann, Gewalt (Anm. 21), S. 306f., 320; Wirsching, Weltkrieg (Anm. 30), S. 130.

³⁶Reichardt, Kampfbrände (Anm. 19); Wirsching, Andreas, Political Violence in France and Italy after 1918, in: Ders., Schumann, Violence (Anm. 21), S. 60-79; Gregory, Peculiarities (Anm. 26).

Einigungsbewegungen und schließlich in Osteuropa durch Sezessionsbewegungen, die zum Teil erst durch den Zerfall der Habsburger Monarchie im Ersten Weltkrieg zum Abschluss kamen.³⁷ Nach 1918 war entgrenzte Gewalt in weitem Ausmaß für die Länder des Sezessions-Nationalismus typisch. Die vereinzelt bürgerkriegsartig aufflackernde, die demokratischen Verfassungen letztlich zerstörende Gewalt paramilitärischer Gruppen charakterisierte die Staaten des Einigungs-Nationalismus. In den alten Nationalstaaten konnte die Gewalt dagegen unter Kontrolle gehalten werden und gefährdete die politischen Systeme nicht prinzipiell. Das Ausmaß der politischen Gewalt in der Nachkriegszeit hing demnach entscheidend davon ab, wie umstritten Staatsgrenzen waren und auf welche Traditionen demokratische Institutionen zurückblicken konnten.³⁸

Den wichtigsten Anstoß für die politische Gewalt der Zwischenkriegszeit gab jedoch die bolschewistische Oktoberrevolution in Russland. Sie brachte den radikalsten Flügel der Arbeiterbewegung an die Macht, der seine Gegner mit Vernichtung bedrohte und ebenso radikale Reaktionen hervorrief. Ohne den Ersten Weltkrieg hätten sich die Bolschewisten kaum durchgesetzt, aber sie hatten sich auf dem Boden des Zarenreiches lange vorher entwickelt. Auch ihre radikalen Gegner, die europäischen Faschisten, waren einerseits ein Produkt des Krieges, aus dem sie ihr militarisiertes Auftreten und ihre Gewaltbereitschaft mitbrachten. Aber auch sie wurzelten andererseits in den Vorkriegstraditionen der europäischen Rechten.³⁹ So war die Brutalisierung der politischen Kultur im Europa der Zwischenkriegszeit nur mittelbar ein Produkt des Weltkrieges, in erster Linie aber das Ergebnis einer extremen Zuspitzung des Konflikts zwischen der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihren Gegnern im nationalen

³⁷Schieder, Theodor, Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa, in: Historische Zeitschrift 202 (1966), S. 58-81.

³⁸Weitere Überlegungen dazu bei Schumann, Dirk, Europa, der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Eine Kontinuität der Gewalt?, in: Wirsching, Ders., Violence (Anm. 21), S. 24-43.

³⁹Allgemein zum europäischen Faschismus: Payne, Faschismus (Anm. 18).

Lager, und zwar dort, wo dieser nicht durch integrierende nationale Traditionen entschärft werden konnte. Die Kriegserfahrung, die Anteil an der gewaltsamen Zuspitzung dieses Konflikts hatte, war nicht so sehr die des Weltkriegs selbst, sondern vielmehr die des russischen Bürgerkriegs mit seinen regionalen Weiterungen. Er war kein moderner Maschinenkrieg; traditionelle Waffen und der Kampf Mann gegen Mann spielten die zentrale Rolle.⁴⁰ Deutschen Freikorpsoldaten, die im Baltikum gegen die Rote Armee gekämpft hatten, zeichneten sich nachher in Deutschland durch besondere Brutalität aus. Gleiches gilt für die Teilnehmer an den Kämpfen gegen polnische Verbände um die Grenzen Oberschlesiens im Jahr 1921. Aus beiden Gruppen rekrutierten sich später nicht wenige SA-Führer. Die meisten SA-Mitglieder jedoch hatten den Weltkrieg als Kinder und Jugendliche erlebt.⁴¹ Wenn sie zu Anfang der 1930er-Jahre weitaus rücksichtsloser gegen ihre Gegner auf der Straße vorgingen als der „Stahlhelm“ und andere Wehrverbände ein Jahrzehnt vorher, so war dies das Ergebnis eines schrittweisen Radikalisierungsprozesses, nicht jedoch einer vorhergehenden Kriegserfahrung. Die Brutalisierung der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit war auch dort, wo sie eintrat, nicht unausweichlich und durch den Ersten Weltkrieg mitbedingt, aber nicht erzwungen.

Epilog

Die Gewalterfahrungen des Ersten Weltkriegs wurden durch die des Zweiten gleichsam überschrieben oder doch mindestens relativiert. Die weitaus größere Zahl der Opfer, gerade auch unter der Zivilbevölkerung, die Entgrenzung der Gewalt im Krieg gegen die Sowjetunion und vor allem der Holocaust ließen die Gewalt des Ersten

⁴⁰Beyrau, Dietrich, Der Erste Weltkrieg als Bewährungsprobe. Bolschewistische Lernprozesse aus dem ‚imperialistischen‘ Krieg, in: Wirsching, Schumann, Violence (Anm. 21), S. 96-124.

⁴¹Waite, Robert G. L., Vanguard of Nazism: the Free Corps Movement in Postwar Germany 1918-1923, New York 1952; Schumann, Gewalt (Anm. 21), S. 137; Longerich, Bataillone (Anm. 22), bes. S. 145f.; Merkl, Peter H., The Making of a Stormtrooper, Princeton 1980.

Weltkriegs als Vorstufe eines beispiellosen Abstiegs in die Barbarei erscheinen. Während des Zweiten Weltkriegs war der Erste durchaus als Erfahrungsraum präsent: Das oft erwähnte Fehlen von Kriegsbegeisterung in Deutschland in den ersten Septembertagen 1939 ist ebenso ein Beleg dafür wie Hitlers Furcht vor den sein Regime destabilisierenden Folgen einer umfassenden Frauendienstpflicht oder seine Haltebefehle für die Ostfront im Jahr 1942 und deren flexible Handhabung durch die Truppe.⁴²

Nach 1945 konnte der Erste Weltkrieg in Deutschland nicht mehr in jenem heroischen Modus erinnert werden, den in der Zwischenkriegszeit die politische Rechte benutzt hatte, um die vom Versailler Vertrag ausgelösten Emotionen gegen die Siegermächte zu schüren und einer aggressiven Außenpolitik das Wort zu reden.⁴³ In national-konservativen Kreisen konnte man allenfalls noch verklärende Erinnerungen an die Frontgemeinschaft des Krieges pflegen.⁴⁴ Einen ganz anderen Akzent setzte Carl Zuckmayers 1955 erschienene Novelle „Engel von Loewen“ (1956 unter dem Titel „Ein Mädchen aus Flandern“ von Helmut Käutner verfilmt), die Geschichte der Liebe zwischen einem deutschen Leutnant und einer Belgierin. Für den ehemaligen Kriegsfreiwilligen Zuckmayer war der Erste Weltkrieg jetzt ein Universum von Zerstörung und Korruption, das die Liebenden voneinander trennte und dann, als sie sich wiederfanden, den sicheren Tod zu bereiten schien, dem sie nur dank eines unverhofft glücklichen Umstandes enttrinnen konnten. Auch auf alliierter Seite, wo jetzt der Zweite Weltkrieg zum unumstrittenen Symbol eines Feldzugs für die gerechte Sache wurde, trat eine Deutung des Ersten in den Vordergrund, die in ihm vor allem den Inbegriff sinnlosen Massensterbens sah. Die beißende Kritik des US-amerikanischen Filmre-

⁴²Vgl. Kershaw, Hitler (Anm. 15), S. 735; Groß, Dogma (Anm. 7), S. 162-165.

⁴³Vgl. Kester, Bernadette, Film Front Weimar. Representations of the First World War in German Films from the Weimar Period (1919-1933), Amsterdam 2002.

⁴⁴Echternkamp, Jörg, Zwischen Selbstverteidigung und Friedenskampf - Der Erste Weltkrieg im Vergangenheitshorizont der Deutschen 1945-1960, in: Thoß, Volkmann (Hgg.), Erster Weltkrieg (Anm. 7), S. 641-668, hier S. 649f.

gisseurs Stanley Kubrick am menschenverachtenden Ehrgeiz französischer Generäle in „Paths of Glory“ von 1957 (mit Kirk Douglas in der Hauptrolle) ist ein frühes Beispiel, dem nicht zuletzt mehrere britische folgten, im Kino wie im Fernsehen. Auch wenn sich in Peter Weirs „Gallipoli“ von 1981 australischer Nationalstolz manifestierte, folgte sein Film, der den Fehlschlag des von britischen Generälen geführten Landungsunternehmens auf den Dardanellen 1915 schilderte, demselben Grundmuster.⁴⁵ Die Soldaten des Ersten Weltkrieges erschienen im öffentlichen Bewusstsein jetzt vorrangig als Opfer einer anonymen Gewaltmaschinerie, nicht mehr als Männer, die Gewalt auch zugefügt hatten. Heroische Kämpfer oder aber gefährliche Gewalttäter wurden nun unter den Soldaten des Zweiten Weltkrieges gesucht. Für immer weniger Zeitgenossen war der Erste Weltkrieg Teil der gelebten Erfahrung, und in Deutschland mag er sich endgültig in einen Gegenstand der Geschichtswissenschaft verwandelt haben. In Frankreich jedoch kam es zum 80. Jahrestag des Kriegsendes zu einer heftigen öffentlichen Kontroverse darüber, wie viel Verständnis den erschossenen Meuterern von 1917 entgegenzubringen sei.⁴⁶ Die Gewalt des Ersten Weltkrieges hat manche Wunden aufgerissen, die auch heute noch nicht verheilt sind.

PD Dr. Dirk Schumann

Deutsches Historisches Institut/German Historical Institute

1607 New Hampshire Ave. N.W.

Washington, D. C. 20009-2562

Zitierempfehlung:

Dirk Schumann, Gewalterfahrungen und ihre nicht zwangsläufigen Folgen. Der Erste Weltkrieg in der Gewaltgeschichte des 20. Jahr-

⁴⁵Kelly, Andrew, *Cinema and the Great War*, London 1997, S. 162-180; Yorke, Edmund J., *Cultural Myths and Realities. The British Army, War, and Empire as Portrayed on Film, 1900-1990*, in: Stewart, Ian; Carruthers, Susan L. (Hgg.), *War, Culture, and the Media. Representations of the Military in 20th Century Britain*, Trowbridge 1996, S. 91-100, hier S. 97-99.

⁴⁶Offenstadt, Nicolaus, *Les fusillés de la Grande guerre et la mémoire collective, 1914-1999*, Paris 1999.

hunderts, in: *Zeitgeschichte-online*, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkrieges, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Schumann>>

Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“
Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“
Gesellschaftsentwurfs
von Steffen Bruendel

Dienstag, 4. August 1914, mittags: Im weißen Saal des Berliner Schlosses wird die außerordentliche Sitzung des Reichstags eröffnet. In seiner Thronrede beschreibt der Kaiser die aktuelle Lage als Ergebnis der feindlichen Einkreisung und ruft die Deutschen zum gemeinsamen Schutz des Vaterlandes auf. Nachdem er geendet hat, ergreift er noch einmal, spontan, so scheint es, das Wort und sagt: „Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche.“ Begeisterung ergreift alle Anwesenden.¹ Um 15 Uhr tritt der Reichstag zusammen. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg appelliert an die Einheit des deutschen Volkes. Hinter den deutschen Truppen stehe das „ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!“ Am Schluss seiner Rede vermerkt das Protokoll: „Andauernder lebhafter Beifall. Der Reichstag erhebt sich.“² Um 17 Uhr kommt das Parlament zur Schlussitzung zusammen. Es spricht der SPD-Fraktionsvorsitzende Hugo Haase, der zum linken Flügel der Partei gehört. Er verliest die mit Spannung erwartete Erklärung, an der noch bis kurz zuvor gefeilt wurde und konstatiert, dass die Anstrengungen der SPD, den Krieg zu verhindern, vergeblich gewesen seien. Jetzt stehe Deutschland vor „der ehernen Tatsache des Krieges“. Es drohten die Schrecken einer feindlichen Invasion: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus [...] viel, wenn nicht alles auf dem Spiel“. Er fährt fort: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. [...] Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, [...] ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

¹Krieger, Bogdan, *Der Kaiser im Felde*, Berlin o.J. (1916), S. 15 (Zitat ebd.).

²v. Bethmann Hollweg, Theobald, *Sechs Kriegsreden des Reichskanzlers*, Berlin 1916, S. 11f.

Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“

Und dann sagt er den entscheidenden Satz: „Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.“³ Es war das erste Mal, dass die Sozialdemokraten einem Reichshaushalt bzw. einem Ergänzungshaushalt zustimmten. Über diese denkwürdige Sitzung notierte der dem rechten SPD-Flügel angehörende Abgeordnete Eduard David, seit 1912 Mitglied des Fraktionsvorstandes, in sein Kriegstagebuch: „Der ungeheure Jubel der gegnerischen Parteien, der Regierung, der Tribünen, als wir uns zur Zustimmung erheben, wird mir unvergessen sein. Es war im Grunde eine uns dargebrachte Ovation.“⁴ Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten markierte die grundsätzliche Abkehr der Sozialdemokraten von ihrem Rollenverständnis als Staatsopposition im Kaiserreich. Im „Geist von 1914“, so der zeitgenössische Terminus, stellte sich die SPD äußerlich geschlossen hinter die Politik der kaiserlichen Reichsregierung.⁵

Wie kam es dazu? Am 28. Juni 1914 war der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo ermordet worden. Sofort begannen in allen europäischen Staaten vielfältige Aktivitäten, um einerseits die Krise zu begrenzen, andererseits aber diplomatische Vorteile aus ihr zu ziehen. Offiziell bemühte sich die Reichsleitung sowohl gegenüber den Westmächten und Russland als auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit und der Sozialdemokratie um Konfliktvermeidung durch Vermittlung. Inoffiziell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit wie des Reichstages aber stimmte sie ihre Schritte mit der österreichisch-ungarischen Regierung ab und betrieb eine Außenpolitik des „kalkulierten Risikos“.⁶ Sie gehorchte damit, „einem Ge-

³Pohl, Karl Heinrich, *Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion vom 4.8.1914*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), S. 758-775 (Zitate ebd., S. 758f.).

⁴Miller (Bearb.), Susanne, *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, Düsseldorf 1966, S. 12.

⁵Dies., *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 9f., 31f.

⁶Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1967, S. 60. Vgl. auch Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914*, München 1995, S. 1152-1168.

bot der Existenznotwendigkeit“, das ihr subjektiv „als letzten Endes defensiv erschien“. ⁷ Die russische Generalmobilmachung am 31. Juli schien zu bestätigen, dass ein Angriff Russlands unmittelbar bevorstehe. Mit der folgenden deutschen Mobilmachung konnte es für die SPD nicht mehr um die Verhinderung des Krieges, sondern nur mehr um ihre Haltung zu ihm gehen. Aufgrund der Situation wie der einseitigen Information durch die Regierung waren auch die sozialdemokratischen Abgeordneten davon überzeugt, dass Deutschland verteidigt werden müsse. ⁸ Diese Überzeugung wurde von anderen benachteiligten oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen geteilt, die sich nun ebenfalls für die Unterstützung der deutschen Verteidigungsanstrengungen aussprachen: die Deutsche Friedensgesellschaft, die katholische Kirche, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und die deutschen Frauenvereine. In einem dezidiert staatstreuen Verhalten während des Krieges erblickten sie die Chance, ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden. ⁹

Die am 2. August begonnene Mobilmachung verlief planmäßig und wurde seit dem 4. August von einer gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung begleitet: „Jubelnd folgten die Einberufenen zu den Fahnen“, beschrieb der Berliner Staatsrechtler Otto v. Gierke die Situation und bemerkte, dass die „zwei Millionen“ Kriegsfreiwilligen gar nicht alle aufgenommen werden konnten. ¹⁰ Diese – viel zu hohe, wie neuere Forschungen ergeben haben ¹¹ – Zahlenangabe wurde

⁷Herzfeld, Hans, *Der Erste Weltkrieg*, München 1969, S. 38.

⁸Miller, Burgfrieden (Anm. 5), S. 40-61. Vgl. auch Mai, Gunther, *Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg*, München 1993, S. 38ff.

⁹Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg*, Berlin 1989; Carsten, Francis L., *War Against War. British and German Radical Movements in the First World War*, London 1982, S. 18f.; Hürten, Heinz, *Die katholische Kirche im Ersten Weltkrieg*, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 725-735; Picht, Clemens, *Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im Ersten Weltkrieg*, in: ebd., S. 736-755.

¹⁰v. Gierke, Otto, *Krieg und Kultur*, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit*, Bd. 1, Berlin 1914, S. 75-102, hier S. 89.

¹¹Ulrich, Bernd, *Die Desillusionierung der Kriegsfreiwilligen*, in: Wette, Wolfram (Hg.), *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München 1995,

nicht hinterfragt, weil sie sowohl den Charakter des Verteidigungskrieges als auch die nationale Einheit unterstrich. Schriftsteller und Dichter priesen die neue Eintracht und begleiteten mit dieser „poetischen Mobilmachung“ (Julius Bab) die Transformation der Friedens- in die Kriegsgesellschaft. ¹² Wenngleich sich kaum jemand der „Suggestion der Ereignisse“ (Rudolf Hilferding) entziehen konnte, variierte die Stimmungslage in der Bevölkerung je nach Region, Schichtzugehörigkeit und persönlicher Betroffenheit zwischen Angst, Begeisterung, Fatalismus, Stolz, Ärger, Resignation und Zuversicht. ¹³ Gleichwohl wurde der Ereignisverlauf zwischen dem 2. und dem 31. August – der Mobilmachung und dem Sieg bei Tannenberg – insgesamt als Ausnahmesituation erlebt. Wie wurde diese von den Zeitgenossen gedeutet?

Von der Ausnahmesituation zum „Augusterlebnis“

Intellektuelle – Schriftsteller, Dichter und Gelehrte – fühlten sich zum „Kriegsdienst mit der Feder“, so nannte es der Marburger Altphilologe Theodor Birt, berufen und deuteten das Erleben in zahllosen Schriften. ¹⁴ Unter dem Eindruck der umfassenden Mobilisierung konstruierten sie ein idealisiertes August-Erlebnis: eine Einheit des gesamten Volkes, in gleicher Weise erlebt in Stadt und Land und ohne Unterschied der Partei, des Standes, der Religion oder Konfessi-

S. 110-126, hier S. 111-115.

¹²Fries, Helmut, *Die große Katharsis. Der Erste Weltkrieg in der Sicht deutscher Dichter und Gelehrter*. Band 2: *Euphorie – Entsetzen – Widerspruch: Die Schriftsteller 1914-1918*, Konstanz 1995, S. 5ff.; Utz, Joachim, *Der Erste Weltkrieg im Spiegel des deutschen und englischen Hassgedichts*, in: Assmann, Jan; Harth, Dietrich (Hgg.), *Kultur und Konflikt*, Frankfurt am Main 1990, S. 373-413.

¹³Verhey, Jeffrey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 116ff., 129-193; Kruse, Wolfgang, *Kriegsbegeisterung? Zur Massens Stimmung bei Kriegsbeginn*, in: Ders. (Hg.), *Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914-1918*, Frankfurt am Main 1997, S. 159-166.

¹⁴Vgl. Mommsen, Wolfgang J. (Hg.), *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München 1996; Flasch, Kurt, *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2000; Bruendel, Steffen, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

on. Zwar wurden die Wochen des Kriegsbeginns, wie neuere Forschungen ergeben haben, in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Regionen unterschiedlich erlebt,¹⁵ aber gerade die verschiedenen „Augusterlebnisse“ begünstigten eine einheitliche Deutung. Es führt daher nicht weiter, die Ausnahmesituation des August 1914 unter Hinweis auf unterschiedliche zeitgenössische Erfahrungen als „Legende“¹⁶ zu verwerfen. Ohne die reale Erfahrung kollektiver Erregung, ohne die wechselnden Gefühlslagen, ohne Ängste und Hoffnungen hätte der Mythos allgemeiner Begeisterung nicht konstruiert werden können. Die Devise der Deutungsträger lautete: „Was alle fühlten, sollte auf die Höhe eines gemeinsamen Erlebens gebracht werden“.¹⁷ Die Euphorie der Intellektuellen war keine Propaganda, sondern Ausdruck einer nationalen „Selbstbegeisterung“¹⁸ über den Burgfrieden aller Parteien, Klassen, Religionsgemeinschaften und Organisationen, deren Anlass, nicht deren Grund, der gerade begonnene Krieg war. Insofern ist der gemeinhin gebrauchte Terminus der „Kriegsbegeisterung“ missverständlich. Die Mobilisierungseuphorie, eine wohl präzisere Bezeichnung, animierte insbesondere Universitätsprofessoren zu „patriotischen Besinnungen“ (Werner Sombart). Dementsprechend erinnerten sie an das „Erlebnis“ des August – ein häufig verwendeter Begriff – und priesen die neue nationale Einheit.¹⁹

¹⁵Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 116ff., 129-193; Kruse, Kriegsbegeisterung (Anm. 13), S. 159-166; Geinitz, Christian, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914, Essen 1998; Ziemann, Benjamin, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997; Stöcker, Michael, „Augusterlebnis 1914“ in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Darmstadt 1993.

¹⁶So bspw. Ullrich, Volker, Die Legende vom Augusterlebnis, in: Die Zeit 31, 29.7.1994.

¹⁷Diese Formulierung findet sich im Vorwort des Ende 1914 herausgegebenen ersten Bandes der „Deutschen Reden in schwerer Zeit“ (Anm. 10), S. VIII.

¹⁸Jeismann, Michael, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918, Stuttgart 1992, S. 301, 318.

¹⁹Vgl. Schwabe, Klaus, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969, sowie

Der Berliner Germanist Gustav Roethe sprach öffentlich vom „Wunder“ der Einheit, da mit der deutschen Mobilmachung die „Erlösung“ gekommen sei „und mit ihr jene herrlichen Stunden, da unser Kaiser zu seinem Volke sprach und da dieses Volk auf einmal [...] entdeckte, daß es nicht sein könne ohne Kaiser und Reich“. Wer die Tage zwischen dem 1. und dem 4. August durchlebt habe, könne „ihren heiligen Gewinn nicht wieder verlieren. Das ungeheure Erlebnis, es bindet zusammen, es reinigt uns, und es wird uns reinigen und läutern [...] bis in fernste Tage, so lange die Erinnerung diese Schicksalsstunde des Deutschen Reiches, des Deutschen Volkes festhält“.²⁰ In den von vielen Gelehrten verwendeten Religionsmetaphern zeigt sich der Erlösungscharakter, der dem August 1914 zugeschrieben wurde. Die neue innere Eintracht war das Entscheidende. Das deutsche Volk sei jetzt, schrieb Friedrich Meinecke, „eine einzige, mächtige, tief atmende Gemeinschaft“²¹ geworden. Die Überwindung von Parteikampf und Klassenantagonismen wurde vielfältig ausgeschmückt: „Der erste Sieg, den wir gewonnen haben, noch vor den Siegen im Felde, war der Sieg über uns selbst“, verkündete der Berliner Philosoph Alois Riehl und fuhr fort: „Noch niemals war unser Volk so einig wie in jenen ersten Augusttagen, den unvergeßlichen. [...] Jeder von uns fühlte, jeder lebte für das Ganze, und das Ganze lebte in uns allen. Unser enges Ich mit seinen persönlichen Interessen war aufgegangen in das große geschichtliche Selbst der Nation. Das Vaterland ruft! Die Parteien verschwinden. [...] So ging dem Kriege eine sittliche Erhebung des Volkes voran“.²² Neben der parteiübergreifenden Einheit wurde auch eine religiöse Einigkeit beschworen, denn im August habe man gemeinsam gebetet, egal „ob der Nebenmann ka-

Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14).

²⁰Roethe, Gustav, Wir Deutschen und der Krieg, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, Bd. 1 (Anm. 10), S. 15-46, hier S. 18.

²¹Meinecke, Friedrich, Die deutschen Erhebungen von 1813, 1848, 1870 und 1914, in: Ders., Die deutsche Erhebung von 1914, Vorträge und Aufsätze, Stuttgart 1914, S. 9-38, hier S. 29.

²²Riehl, Alois, 1813 – Fichte – 1914, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, Bd. 1 (Anm. 10), S. 191-210, hier S. 207.

tholisch oder Jude oder Protestant oder sonst etwas war“.²³ Der Berliner Neutestamentler Adolf Deißmann erblickte darin die Entstehung einer „Volksgemeinde“. Es habe eine konfessionsunabhängige „Mobilmachung nationaler und religiöser Kraft“ stattgefunden, die er als Ausdruck einer „religiösen Erhebung“ oder „religiösen Erweckung von 1914“ bezeichnete.²⁴

Vom „Geist von 1914“ zu den „Ideen von 1914“

Schon bald wurde der neue Zusammenhalt, d.h. die Überwindung der politischen, sozialen und konfessionellen Konflikte als „Geist von 1914“ bezeichnet. Im August sei, schrieb der Münsteraner Staatswissenschaftler Johann Plenge im Herbst 1914, ein „neuer Geist geboren: der Geist der stärksten Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und aller staatlichen Kräfte zu einem neuen Ganzen, in dem alle mit dem gleichen Anteil leben“.²⁵ Dieser Geist eines korporativen Miteinanders sollte „nicht verwehen, ohne auf Jahre hinaus das deutsche Gemütsleben zu vertiefen“.²⁶ Dementsprechend forderten der linkskonservative Bibliotheksdirektor des Preußischen Herrenhauses Friedrich Thimme und der Gewerkschaftsvorsitzende Carl Legien eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie.²⁷ Stand, Konfession oder Religion sollten nicht mehr trennen, alle Deutschen in die nationale „Volksgemeinschaft“ integriert werden. Diese Zukunftsvisionen wurden seit Ende 1914 als „Ideen von 1914“ bezeichnet, ein Begriff, der von Plenge geprägt und in der Folgezeit popularisiert wurde.²⁸ Während der „Geist von 1914“

²³So der Berliner Altphilologe v. Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich, Krieges Anfang, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, Bd. 1 (Anm. 10), S. 1-14, hier S. 13.

²⁴Deißmann, Adolf, Der Krieg und die Religion, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, Bd. 1 (Anm. 10), S. 281-324, hier S. 297, 285, 294, 291.

²⁵Plenge, Johann, Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1915, S. 189.

²⁶So im Dezember 1914 der ev. Theologe Rolffs, Ernst, Der Geist von 1914, in: Preußische Jahrbücher 158,3 (1914), S. 377-391, hier S. 391.

²⁷Ratz, Ursula, „Die Arbeiterschaft im Neuen Deutschland“. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 13 (1971), S. 1-26.

²⁸Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14), S. 110ff., 119.

die retrospektive Beschreibung einer neuen, gemeinschaftsorientierten Haltung war, verkörperten die „Ideen“ die Umsetzung dieses Geistes in ein politisches Reformprogramm. Zwar hatte das einstimmige Votum für die Kriegskredite zunächst das bestehende Institutionensystem gestärkt, aber durch das Integrationsversprechen des Kaisers, fortan „nur Deutsche“ zu kennen, zugleich ein grundsätzliches Reformangebot an die ehemaligen „Reichsfeinde“ enthalten. Professoren, die sich in besonderer Weise als nationale Sinnstifter begriffen wie Philosophen, Theologen, Juristen und Nationalökonomien, formulierten nun Reformvorschläge und planten den „neuen deutschen Staat“ (Plenge). Sie deuteten die „Ideen von 1914“ als Überwindung der „Ideen von 1789“ und stellten den Werten der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – deutsche Gegenwerte gegenüber: „deutsche Freiheit“, „Kameradschaft“ und „Sozialismus“.

„Deutsche Freiheit“ bedeutete überindividuelle Bindung sowie die freiwillige Einordnung in die Gesamtheit der Nation. Grundlage dieser verbreiteten Freiheitsauffassung war die Überzeugung, dass jedes Individuum ohnehin in verschiedene Rahmenbedingungen und Konstellationen eingebettet war, es mithin gar keine umfassende Freiheit geben konnte, wollte man nicht in Anarchie und Chaos enden. Folgerichtig sprach für die organisierte „deutsche Freiheit“, dass Selbstbeschränkung und Einbindung nicht autoritär erzwungen werden mussten, sondern innerer Überzeugung entsprangen.²⁹ „Kameradschaft“ war das Gegenstück zur verpönten Gleichheit westlicher Prägung, die als „Gleichmacherei“ abgelehnt wurde. Von natürlicher Ungleichheit ausgehend, propagierten prominente Vertreter der „Ideen von 1914“ – Gelehrte unterschiedlicher Fachrichtungen und politischer Couleur wie Ernst Troeltsch, Reinhold Seeberg, Paul Natorp, Edgar Jaffé, Franz Oppenheimer und Johann Plenge – eine organische Gleichheit im Sinne der militärischen „Kameradschaftlichkeit“ (Adolf v. Harnack). Der durch die Wehrpflicht geformte wahr-

²⁹Ebd., S. 116.

re „Geist der Gleichheit“, so der Neukantianer Hermann Cohen, habe die Deutschen „gleich gemacht als Kämpfer für das Vaterland“. Kameradschaft, die „Gleichheit des Dienstes“ (Plenge), symbolisierte die kollektive Pflichterfüllung ohne Änderung der sozialen Hierarchie.³⁰ „Sozialismus“ oder „nationaler Sozialismus“ (Plenge) bzw. „Staatssozialismus“ (Troeltsch, Seeberg) galt schließlich als spezifisch deutsche Form von „Brüderlichkeit und Einheit“ (v. Harnack). Westlicher Konkurrenzkapitalismus sollte durch eine Gemeinschaftsverpflichtung aller „Volksgenossen“ beseitigt werden und die „Brüderlichkeit des echten Sozialismus“ (Plenge) den Bindungsgedanken der „deutschen Freiheit“ umsetzen.³¹

Rechte Sozialdemokraten, die sich zu den „Ideen von 1914“ bekannten, waren ebenfalls davon überzeugt, dass das liberale Zeitalter durch das sozialistische abgelöst werden würde, verstanden als eine umfassende Organisation. Aufgrund seiner etatistischen Traditionen bringe das Reich die besten Voraussetzungen mit, um das Modell dieser sozialistischen Ordnung zu werden.³² Inhaltlich stimmten die von Plenge und anderen entworfenen Konzepte des „Kriegssozialismus“, dessen Begriffsurheberschaft der Sozialdemokrat Paul Lensch, ein promovierter Nationalökonom, für sich reklamierte, weitgehend überein.³³ Lensch unterstellte dem Krieg eine objektiv revolutionäre Tendenz. Zusammen mit Heinrich Cunow und Konrad Haenisch, die wie er bis zum Krieg dem linken Parteiflügel zugerechnet wurden, begründete er eine eigene Position innerhalb der Sozialdemokratie.³⁴ Nationale Solidarität hieß das Gebot der Stunde. Sie sollte aus der

³⁰Ebd., S. 117f.

³¹Ebd., S. 118f.

³²Vgl. Weißmann, Karlheinz, Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933, München 1998, S. 145.

³³Schildt, Axel, Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874-1963), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), S. 523-570, hier S. 537-541. Vgl. auch Krüger, Dieter, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, Göttingen 1983, S. 124-140.

³⁴Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 146. Vgl. auch Sigel, Robert, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg, Berlin 1976.

Verteidigungsgemeinschaft eine „Volksgemeinschaft“ machen. Dieser Begriff, seit den 1860er-Jahren bei Antisemiten wie Zionisten gleichermaßen nachweisbar, war um die Jahrhundertwende von der Jugendbewegung aufgegriffen und dann zunehmend auch von liberalen Imperialisten, jungdeutschen Ideologen und völkischen Militaristen verwendet worden.³⁵ Die Volksgemeinschaftsidee war der Gegenentwurf zur intransigenten Klassengesellschaft des Kaiserreiches und zur revolutionären Staatsvision der Arbeiterschaft. Er verhiess Sozialisten wie Nationalisten einen Interessenausgleich zwischen den sozialen Gruppen, d.h. den Verzicht auf Klassenkampf zugunsten einer solidarischen Produktionsweise.³⁶ War der Volksgemeinschaftsgedanke schon in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts im rechten Flügel der SPD als Verheißung nationaler Integration rezipiert worden, bot er sich im Krieg erst recht an, um die Integration der SPD in die Nation auszudrücken. So sprach Cunow 1915 vom „Volksgemeinschaftsgefühl“, während Haenisch 1916 feststellte, dass die sozialdemokratische Zustimmung zu den Kriegskrediten das „Zusammenstehen mit der Volksgemeinschaft in Not und Tod“ symbolisiere.³⁷

Die „Volksgemeinschaft“: Autoritäres Ordnungsmodell mit partizipatorischen Elementen

Die „Volksgemeinschaft“ war aber mehr als nur eine nationale Solidaritätsformel. Aus ihr wurden konkrete politische und wirtschaftliche Reformforderungen abgeleitet. Zwar bedeutete „nationaler Sozialismus“ keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber eine Zusammenfassung aller Produktivkräfte. Trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen war eine planwirtschaftliche, dem Gemeinwohl dienende Volkswirtschaft das Ideal zahlreicher akademischer Sinnstifter. Sie forderten eine zentrale staatliche Lenkung von Wirtschaft und Verwaltung sowie ein Mitbestimmungssystem in der

³⁵Mai, Gunther, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900-1925), in: Michalka, Weltkrieg (Anm. 9), S. 583-602, hier S. 590.

³⁶Ebd., S. 591.

³⁷Ebd. (Zitate ebd.).

Wirtschaft.³⁸ Mit Walther Rathenau und Wichard v. Moellendorff arbeiteten zudem zwei Wirtschaftsführer mit der Reichsleitung zusammen, die ähnliche Gemeinwirtschaftskonzepte vertraten und die deutsche Volkswirtschaft einer zentralstaatlichen Planung unterwarfen.³⁹ Nicht zuletzt ihrem Einfluss ist es zu verdanken, dass sich der staatliche Interventionalismus im Zusammenhang mit den „Ideen von 1914“ zu einem regelrechten „Reforminterventionismus“⁴⁰ entwickelte, der seit 1916 einen Interventionsstaat mit korporativen Konsultationsmechanismen ausbildete. Viele der Bestimmungen des im Dezember 1916 verabschiedeten „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“ entsprachen den Kernelementen korporativer Ordnungsideen. Das Gesetz sah eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahr vor, die – sofern nicht an der Front – zum Hilfsdienst in der Wirtschaft, der Landwirtschaft und anderen wichtigen Stellen herangezogen werden konnten. Der staatliche Zwang wurde mit sozialpolitischen Maßnahmen kompensiert: In allen Betrieben mit über 50 Mitarbeitern mussten ständige Betriebsausschüsse eingerichtet werden.⁴¹ Damit wurde das korporative Arbeitsrecht, mithin die Tarifautonomie, eingeführt und die Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter anerkannt. Insofern hatte das Gesetz für die Fortentwicklung des deutschen Sozialstaats eine grundlegende Bedeutung.⁴² Zwar war es ein Bestandteil von Ludendorffs „System des Militärabsolutismus“ (Hans-Ulrich Wehler) und eine Reaktion

³⁸Krüger, Dieter, Kriegssozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914-1918, in: Michalka, Weltkrieg (Anm. 9), S. 506-529, hier S. 506-516; Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14), S. 110ff., 120f.

³⁹Michalka, Wolfgang, Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“, in: Ders., Weltkrieg (Anm. 9), S. 485-505, hier S. 497ff. Vgl. auch Werth, Christoph H., Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, S. 73ff., 83f.

⁴⁰Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3 (Anm. 6), S. 668.

⁴¹Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1978, S. 114f.

⁴²Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 117f.

auf den „totalen“, d.h. Front und Heimat umfassenden Krieg, aber es war auch das Resultat einer in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmenden Verflechtung von Arbeitnehmerorganisationen, Wirtschaft und Staatsverwaltung, die an die Stelle freier Marktmechanismen trat. Die Defizite der Marktentwicklung sollten durch zielgerichtete staatliche Eingriffe ausgeglichen werden. Angestrebt wurde der politisch gesteuerte Kompromiss, bei dem ein Kartell der Interessenverbände von Wirtschaft und Arbeiterschaft den Markt unter staatlicher Mitwirkung zu regulieren versuchte.⁴³ Staatliche Organisation, d.h. Führung, sollte liberale Selbststeuerung ersetzen, während Mitbestimmung Partizipation am Gemeinwesen verhielt.

Eine spezifische Mischung aus Führung und Mitbestimmung kennzeichnete die korporativen Reformvorstellungen hinsichtlich der ökonomischen wie der politischen Ordnung. Die Vision einer „Volksgemeinschaft“ implizierte die Vorstellung vom Volk als organischer Einheit. Daraus folgte, dass nicht unterschiedliche Individualinteressen, sondern das Gesamtinteresse des Volkes im Mittelpunkt staatlicher Politik zu stehen hatten. Aus dem Primat des Gemeinwohls ergab sich die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens. Ein Wahlrecht, das unterschiedlichen Interessen Rechnung trug, war daher zweitrangig. Dementsprechend betrachtete die Mehrheit der korporativistischen Deutungsträger um Plenge das Parlament nicht als Entscheidungs-, sondern als beratendes Expertengremium. Die aus Fachbeamten bestehende Regierung sollte ihrer Meinung nach „über den Parteien“ stehen. Grundlage dieser Ordnungsidee war die Utopie einer konfliktfreien, harmonischen Gemeinschaft.⁴⁴ Demgegenüber strebte eine Minderheit der Gelehrten nach einer aus Parteien gebildeten Regierung sowie nach der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Auf diese Weise sollte in der deutschen konstitutionellen Monarchie ein Gleichgewicht zwischen Monarch und

⁴³Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3 (Anm. 6), S. 662, 665, 668-675, 680.

⁴⁴Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14), S. 110, 125ff.

Parlament hergestellt werden. Diese konstitutionelle Reformvorstellung drückte sich im Begriff „Volksstaat“ aus, welcher die Selbstregierung mündiger Staatsbürger symbolisierte. Die Staatsrechtler Hugo Preuß und Gerhard Anschütz, zwei prominente Vertreter des Konstitutionalismus, sprachen sich dafür aus, den Obrigkeitsstaat durch die verantwortliche Beteiligung der Parteien an der politischen Willensbildung zu überwinden.⁴⁵ Indem Korporativismus und Konstitutionalismus einen Institutionenwandel implizierten, delegitimierten sie die Staatsordnung Bismarckscher Prägung.

Von der inklusiven zur exklusiven „Volksgemeinschaft“

Die Vertreter beider Reformvorstellungen, sowohl der Volksgemeinschafts- als auch der Volksstaatsidee, setzten auf gesamtgesellschaftliche Integration. Einen „inneren Feind“ sollte es nicht mehr geben. Vor dem Hintergrund des Augusterlebnisses wurden ein sozialer, ein konfessioneller und religiöser Frieden sowie ein Nationalitätenfrieden gefordert. Die vor dem Krieg noch als „Reichsfeinde“ angesehenen Sozialdemokraten und Katholiken sollten künftig ihren Platz in der deutschen Gesellschaft haben. Auch für die deutschen Juden und die nationalen Minderheiten – die „preußischen Polen“ und die französischsprachigen Lothringer – galt das Integrations- bzw. Inklusionsversprechen.⁴⁶ Gleichwohl war die Beendigung der inneren Feindschaft nicht von langer Dauer. Eine Ursache für das Wiederaufbrechen alter Gegensätze lag in der Kriegszieldiskussion: Je länger der Krieg dauerte und je weniger ein Ende abzusehen war, desto heftiger wurden die Auseinandersetzungen um Kriegsziele und Friedensschluss. Was zunächst 1915 mit einer versteckten Agitation nationalistischer Professoren und alldeutscher Kreise begann, entwickelte sich seit der Freigabe der Kriegszieldiskussion zu einer regelrechten Kampagne, die zunehmend auch gegen die Person Bethmann Hollweg gerichtet war. Die Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“ im August 1917

⁴⁵Ebd., S. 104-108.

⁴⁶Ebd., S. 107, 129f.

markierte die Spaltung der Kriegsgesellschaft und den endgültigen Bruch des Burgfriedens.⁴⁷ Eine zweite Ursache lag im unerfüllten Reformversprechen: Je länger substantielle Ergebnisse der Reformdiskussion ausblieben, desto mehr wuchs der Unmut innerhalb der SPD. In der Reichstagssitzung vom 24. März 1916 sprach sich Hugo Haase nun gegen die Bewilligung der Kriegskredite aus. Zusammen mit anderen oppositionellen Abgeordneten gründete er eine separate „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG). Die Gründung der USPD im April 1917 besiegelte die Spaltung der Arbeiterschaft.⁴⁸ Damit hängt die dritte Ursache zusammen: die Wiederkehr des „inneren Feindes“ in Gestalt sowohl der USPD als auch der Reichstagsmehrheit, die sich im Frühsommer aus SPD, Liberalen und Zentrum gebildet hatte und von rechts bekämpft wurde. In diesem Zusammenhang ist auch der seit 1916 rapide ansteigende Antisemitismus zu erwähnen, zumal alldeutsche und nationalistische Kreise dem Judentum vorwarfen, es beherrsche die Presse und die Linksparteien und instrumentalisieren sie für eigene Zwecke.⁴⁹ Aber auch der Antikatholizismus nahm wieder zu, so dass chauvinistische Professoren wie der Berliner Historiker Georg v. Below die „rote“, die „goldene“ und die „schwarze“ Internationale zum Feindbild erklärten und somit Sozialdemokraten, Juden und Katholiken aus der „Volksgemeinschaft“ ausschlossen.⁵⁰

Indem die Radikalnationalisten die Spaltung der Gesellschaft öffentlich reflektierten, verstärkten sie diese zugleich. Die „Volksge-

⁴⁷Hagenlücke, Hans, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 119ff. Vgl. auch Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 42), S. 125ff.

⁴⁸Miller, Burgfrieden (Anm. 5), S. 75ff., 92ff., 125f.; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 42), S. 122ff.

⁴⁹Friedländer, Saul, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Mosse, Werner E. (Hg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, 1916-1923, Tübingen 1921, S. 27-65, hier S. 33ff.; Picht, Zwischen Vaterland und Volk (Anm. 9), S. 745ff.; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 42), S. 128-134.

⁵⁰v. Below, Georg, Der Nuntius kommt, in: Deutschlands Erneuerung 2,7 (1918), S. 478-485, hier S. 482.

meinschaft“ wurde von den Anhängern der Vaterlandspartei und ihrem Umfeld exklusiv definiert. Aus der Notwendigkeit der Abgrenzung vom äußeren Feind ergab sich fast zwangsläufig die Exklusion im Innern. Indem Integration angestrebt wurde, entwickelte sich zugleich ein Verlangen nach Homogenität, so dass die Integrationsbemühungen paradoxerweise gerade soziale Desintegration implizierten. Aufgrund der zunehmend angespannten innenpolitischen Situation büßte das Augusterlebnis seine Funktion als zentraler Bezugspunkt der Zukunftsdeutungen ein. Die Radikalnationalisten um v. Below und seinen Kollegen Dietrich Schäfer vertraten einen völkischen Korporativismus, d.h. sie wollten dem berufsständisch gegliederten, ethnisch, religiös und konfessionell möglichst homogenen Volk die Mitbestimmung im Staatswesen ermöglichen. Nicht ein Parlament als Volksvertretung, sondern eine Ständeversammlung als Berufsgruppenvertretung sollte das Organ politischer Partizipation sein. Die Gliederung des Volkes in Berufsstände analog der mittelalterlichen Stände wurde als kongeniale Verbindung traditionaler und moderner Elemente gedeutet und als eigenständige, spezifisch deutsche Staatsform interpretiert.⁵¹ Die Forderung nach einer „Erneuerung“ des Volkes, die mit einer scharfen Kritik an der pluralistischen Moderne einherging, stand in der Tradition völkischer Vorstellungen und Rassetheorien, die bereits im 19. Jahrhundert entwickelt worden waren und im radikalen Nationalismus ihren Niederschlag gefunden hatten.⁵² Das Umfeld insbesondere der exklusiv-völkischen Korporativisten war wesentlich größer als das derjenigen, die einen erneuerten Konstitutionalismus oder einen inklusiven Korporativismus im Sinne der „Ideen von 1914“ anstrebten. Die Mehrheit der Deutungsträger befürwortete bis zum Kriegsende korporative Staatsmodelle, d.h. eine wie auch immer definierte „Volksgemeinschaft“.

⁵¹Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14), S. 275-286.

⁵²Vgl. Breuer, Stefan, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001, S. 47-104, 329-355.

Reformen und Revolution 1918/19: Neubegründung der „Volksgemeinschaft“?

Im Zuge der von der Obersten Heeresleitung nach dem Scheitern der deutschen Sommeroffensiven 1918 veranlassten Oktoberreformen kam es zunächst zu einer Parlamentarisierung des Reiches. Mit der Einführung der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Berufung von Vertretern der Reichstagsmehrheit in die Regierung wurde eine wesentliche Reformforderung der Konstitutionalisten erfüllt und die Institutionalisierung der Volksstaatsidee hatte begonnen. Da die Reformen jedoch nicht sofort erkennbar wirksam waren, schien das alte System fortzubestehen. Weil außerdem das von der neuen Regierung auf Druck der OHL unmittelbar nach Amtsantritt erfolgte Waffenstillstandsersuchen zu der schockierenden Erkenntnis führte, den Krieg verloren zu haben, wurden die Verfassungsänderungen öffentlich kaum wahrgenommen und weitere Reformschritte von der Entwicklung überholt. Als Ende Oktober die „Admiralsrebellion“ – der unautorisierte Befehl zum Auslaufen der Flotte – die Meuterei der Matrosen und damit die Revolution auslöste, die am 9. November Berlin erreichte, überschlugen sich die Ereignisse: Reichskanzler Prinz Max von Baden gab eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt und übergab die Kanzlerschaft an Friedrich Ebert. Die Monarchie endete, als der sozialdemokratische Abgeordnete Philipp Scheidemann und der Sozialist Karl Liebknecht konkurrierend die Republik ausriefen und der Kaiser von seinem Hauptquartier aus ins holländische Exil floh.⁵³ Im Kampf um die politische Neuordnung Deutschlands 1918/19 standen sich nun die Ordnungsidee der parlamentarischen Demokratie und die Idee einer Räterepublik gegenüber. Trotz der Verbreitung exklusiver Volksgemeinschaftsdeutungen hofften viele liberale Intellektuelle, die Revolution werde eine Erneuerung des „Geistes von 1914“ bewirken und die Republik den Weg ebnen „zu einem neuen Gemeinschaftsgefühl“ (Theodor Heuß). Mit Publikationen der „Zentralstelle

⁵³Mai, Ende (Anm. 8), S. 147-172, insb. S. 158ff.

für Heimatdienst“, der Vorläuferin der heutigen „Bundeszentrale für politische Bildung“, versuchte die Regierung, die Revolution öffentlichkeitswirksam als „Anfang der Gemeinschaft des Volkes“ zu deuten und beschwor den „Geist der neuen Volksgemeinschaft“.⁵⁴

Im Rahmen der Neuordnung versuchte das Reichswirtschaftsministerium unter dem Sozialdemokraten Rudolf Wissell und dem von ihm zum Staatssekretär berufenen Moellendorff 1919, Strukturen der Kriegswirtschaft, d.h. des Kriegs- bzw. Staatssozialismus zu erhalten. Wenngleich sie der staatlichen Verwaltung nun nicht mehr den Vorrang einräumten, konnten sie ihre Pläne wegen eines – auch durch den Misserfolg des Vaterländischen Hilfsdienstes bedingten – „allgemeinen Anti-Etatismus“ nicht umsetzen.⁵⁵ Schon während des Krieges hatten die Planwirtschaftsgedanken Rathenaus und Moellendorffs die Unternehmer weitaus mehr beunruhigt als die sozialistischen Ideen der Sozialdemokraten, so dass seit 1917 versucht worden war, das Hilfsdienstgesetz zu modifizieren.⁵⁶ Der Versuch, 1919 einen moderaten Staatssozialismus zu etablieren, scheiterte.⁵⁷ Gleichwohl wurden bestimmte Elemente der Kriegswirtschaft in die neue republikanische Staatsordnung überführt. So waren verschiedene Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung, die einen „Kompromiß zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Lagern“⁵⁸ repräsentierte, bereits im Zusammenhang mit den „Ideen von 1914“ formuliert worden. Zum Beispiel entsprachen die – realiter allerdings bedeutungslosen – Maßgaben für die Einrichtung eines Wirtschaftsparlaments, des so genannten Reichswirtschaftsrats, den Forderungen

⁵⁴Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 346ff. (Heuß-Zitat S. 347); Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 195/Fn. 42.

⁵⁵Krüger, Kriegssozialismus (Anm. 38), S. 523 (Zitat ebd.). Vgl. auch Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 83f., 88ff.; Feldman, Gerald D., Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft. Die Diskreditierung des „Sozialismus“ in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Michalka, Weltkrieg (Anm. 9), S. 456-484, hier S. 456f.; Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 195.

⁵⁶Feldman, Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft (Anm. 55), S. 480.

⁵⁷Krüger, Kriegssozialismus (Anm. 38), S. 523.

⁵⁸Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 107.

sowohl der Arbeiter- und Soldatenräte als auch denen der äußersten Rechten, die dadurch ihre Vorstellungen von einer berufsständischen Kammer verwirklichen wollte.⁵⁹ Hervorzuheben ist auch die Verankerung des bereits im „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“ begründeten Gedankens der Tarifpartnerschaft und –autonomie in Artikel 165 der neuen Verfassung⁶⁰ – der wohl wirkungsvollsten Neuerung, der die „Ideen von 1914“ den Weg bereitet hatten.

Verschiedene Volksgemeinschaftstopoi in der Weimarer Republik

Zwar war der Begriff „Volksgemeinschaft“ in der zweiten Kriegshälfte von Rechtsintellektuellen und Radikalnationalisten zunehmend völkisch-exklusiv gedeutet worden, aber auch in der Weimarer Republik gab es „eine sozialdemokratische und eine liberale Variante des Volksgemeinschaftstopos“.⁶¹ Die sozialdemokratische Variante reflektierte die Akzeptanz des Verteidigungskonsenses von 1914 und sollte als „Organisationsmodell einer Notgemeinschaft“ nach dem Krieg zu einem selbstverwalteten sozialen Interessenausgleich führen. Für den SPD-Abgeordneten Eduard David stand die „Volksgemeinschaft“ über den Parteiinteressen und für Reichspräsident Ebert war sie das Symbol innerer Geschlossenheit und einer über allen Klassenegoismen liegenden nationalen Solidarität.⁶² Die liberale Variante des Volksgemeinschaftstopos bezeichnete die von Gustav Stresemann angeregte große Koalition von SPD bis DNVP als „parlamentarische Volksgemeinschaft“ und bezog sich außerdem auf das Zusammenwirken von Unternehmern und Gewerkschaften.⁶³ Die republiktreuen Parteien hofften, eine „Volksgemeinschaft“ mit Hilfe der neuen Verfassung und demokratischer Strukturen herausbilden zu können. 1924 betonte Preuß, der Schöpfer der Weimarer Reichsver-

⁵⁹Ebd., S. 102f.

⁶⁰Ebd., S. 103. Vgl. auch Krüger, Nationalökonomien (Anm. 33), S. 165ff.

⁶¹Kolb, Eberhard, Geistige Mobilmacher. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Wie sich Gelehrte die Zukunft vorstellten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.2003.

⁶²Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 591ff. (Ebert-Zitat S. 591/Fn. 41).

⁶³Ebd., S. 593.

fassung, mit Blick auf die Verfassungsdiskussion während des Krieges, dass sich „Volksgemeinschaft“ und „Parteikampf“ keineswegs ausschließen, sofern letzterer auf dem Boden der Weimarer Verfassung geführt werde, welche die „Grundlage einer echten Volksgemeinschaft“ sei.⁶⁴ Versuche, die Gedenkfeier des Kriegsbeginns 1924 zur Verbindung der republikanischen Verfassung mit dem „Geist von 1914“ zu nutzen, waren allerdings erfolglos. Es gelang den demokratischen Parteien nicht, das Augusterlebnis positiv für die neue Staatsordnung zu vereinnahmen. Ab 1925 wurde der Jahrestag des August zumeist ignoriert.⁶⁵ Dessen ungeachtet blieb die „Volksgemeinschaft“ mit dem Kriegsbeginn verbunden: So wies der Rechtsprofessor Gustav Radbruch, der Anfang der 1920er-Jahre kurzzeitig Reichsjustizminister gewesen war und seit 1926 in Heidelberg lehrte, in seiner Verfassungsrede 1928 darauf hin, dass die demokratischen Bemühungen zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“ nicht nur das Resultat der Revolution von 1918/19 seien, sondern auch ein Ergebnis der Erfahrungen von 1914.⁶⁶

Mit den Begriffen „Volksgemeinschaft“, „Gemeinwirtschaft“ und „Sozialismus“ wurde eine Gemeinschaft des Volkes beschworen, die von allen politischen Richtungen angestrebt, aber unterschiedlich definiert wurde: Die Vorstellung von einer „demokratischen Volksgemeinschaft“ war Auffassungen von einer „Volksgemeinschaft“ als völkisch definierter Abstammungsgemeinschaft diametral entgegengesetzt.⁶⁷ Der steigenden Desintegrationsfurcht in der Nachkriegszeit stellten Radikalnationalisten eine neue Integrationshoffnung entgegen, die um den Begriff „Volk“ kreiste. Als anthropologische Letztbestimmung rückte er ins Zentrum radikaler Exklusionsprinzipien. Betroffen von der Exklusion waren insbesondere die Juden, aber auch die Sozialdemokraten wurden nunmehr hemmungslos angegriffen.

⁶⁴Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 349; Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 593/Fn. 46.

⁶⁵Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 337ff., 344.

⁶⁶Ebd., S. 348f.

⁶⁷Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“ (Anm. 35), S. 594.

Durch scharfe Exklusion und privilegierende Inklusion sollte nach Kriegsende ein überlegener Solidarverband geschaffen werden: die völkisch begründete „Volksgemeinschaft“. Nach dem Zerfall der alten Staatsordnung, dem Verlust der Kolonien, nach der militärischen Entmachtung und den großen Gebietsverlusten, die das Deutsche Reich 1919 hinnehmen musste, schien nur noch ‚das deutsche Volk‘ Kontinuität zu gewähren und Homogenität zu verheißen.⁶⁸ Es stellte eine „Integrationssubstanz“ dar, „die durch kritische Reflexion nicht mehr überwunden werden konnte“.⁶⁹ Um das Volk vor ‚Zersetzung‘ zu schützen, wurde die „arische, alle Juden und Fremdvölkischen, Linken und ‚Erbkranken‘ ausschließende [...] ‚neue‘, ‚junge Nation‘“ zur Handlungseinheit erhoben.⁷⁰ Mit Blick auf die künftige Staatsordnung entwickelten rechtsintellektuelle Deutungsträger Plenges Symbiose von Nationalismus und Sozialismus weiter.⁷¹

Schriftsteller und Publizisten wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und Paul Tafel übernahmen den Terminus „nationaler Sozialismus“ und verwendeten ihn als Kampfbegriff gegen die ‚undeutsche‘ demokratische Staatsform, die in Deutschland eingeführt worden war. Sie strebten einen „sozialistischen“ Staat an, der sich vom westlichen ebenso wie vom russisch-bolschewistischen System unterscheiden sollte.⁷² Wie für viele rechtsnationale Sozialisten war auch für die Intellektuellen im Umkreis von Eugen Die-

⁶⁸Wehler, Hans-Ulrich, Radikalnationalismus – erklärt er das „Dritte Reich“ besser als der Nationalsozialismus?, in: Ders., Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 47-64, hier S. 54ff. Vgl. auch Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 308ff.; Tanner, Klaus, Die fromme Verstaatlichung des Gewissens. Zur Auseinandersetzung um die Legitimität der Weimarer Reichsverfassung in Staatsrechtswissenschaft und Theologie der zwanziger Jahre, Göttingen 1989, S. 263.

⁶⁹Graf, Friedrich Wilhelm, Die Nation – von Gott erfunden? Kritische Randnotizen zum Theologiebedarf der historischen Nationalismusforschung, in: Krumeich, Gerd; Lehmann, Hartmut (Hgg.), „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 285-317, hier S. 308.

⁷⁰Wehler, Radikalnationalismus (Anm. 68), S. 55.

⁷¹Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 352.

⁷²Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 196.

derichs Zeitschrift „Die Tat“ die Organisation der Kriegswirtschaft, von Zeitgenossen auch nach dem Krieg noch oft „Kriegssozialismus“ genannt, die zentrale wirtschaftspolitische Erfahrung. Ihre Konzepte zur Ordnung der nationalen Volkswirtschaft beruhten auf den Gemeinwirtschaftsmodellen von Rathenau und Moellendorff. Autarkie stand im Mittelpunkt ihrer Überlegungen und damit verbunden auch Planwirtschaft, Binnenwirtschaft und Bedarfsdeckung sowie eine vom Ausland unabhängige Geldpolitik.⁷³ Der „deutsche Sozialismus“ wurde definiert als das Zurücktreten des Individuums zugunsten des nationalen Gemeinschaftslebens: „Aus der Gemeinschaft entsteht der Sozialismus, der nur innerhalb der Grenzen bleiben, nur national sein kann“.⁷⁴ Indem die Vertreter des Rechtssozialismus die nationale Gemeinschaft als große Fabrik deuteten, wollten sie die maschinelle Steuerung der Volkswirtschaft auf die Gesamtgesellschaft übertragen. Folgerichtig wurde der Mensch nur noch als Maschinenteil, als Rädchen im Getriebe gesehen. Technische Fortschrittsbegeisterung mischte sich hier mit Sozialromantik, patriarchalische Gemeinschaftsvorstellungen mit einem mechanischen Maschinenkonzept.⁷⁵ Die „Volksgemeinschaft“ als Konzernbelegschaft – so kann man die rechtssozialistische Vorstellung pointiert beschreiben.

Von der künftigen „Volksgemeinschaft“ gab es auch eine nationalbolschewistische Vorstellung. Während der ‚bürgerliche‘ Nationalbolschewismus der außenpolitischen Überlegung entsprang, die Nachkriegsordnung im Verein mit Russland zu überwinden, propagierte der ‚antibürgerliche‘ Nationalbolschewismus einen nationalistischen Kommunismus und hob die Bedeutung der Arbeiterschaft für die Einheit der Nation hervor.⁷⁶ Die Hamburger Nationalkommunisten um Heinrich Laufenberg und Friedrich Wolffheim, aber auch Einzelgänger wie Paul Eltzbacher verbanden ihre Vorstellung

⁷³Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 162, 153ff.

⁷⁴So Ferdinand Fried (= Ferdinand Friedrich Zimmermann), einer der Redakteure der „Tat“, zit. in Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 159.

⁷⁵Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 280f.

⁷⁶Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 68), S. 161.

gen von einer planwirtschaftlichen „nationalen Volksorganisation“ mit ihrer Forderung nach außenpolitischer Annäherung an Sowjetrussland, von der sie sich ein rasches Wiedererstarken Deutschlands versprachen.⁷⁷ Ernst Niekisch, in der Revolutionszeit kurzzeitig Vorsitzender des Zentralrats der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, wurde in den 1920er-Jahren zu einem der pointiertesten Publizisten des nationalkommunistischen Spektrums. Ein mythisch überhöhtes Preußen sowie Russland waren für ihn Vorbilder, insbesondere hinsichtlich ihres Widerstandes gegen westliche Fremdherrschaft. Kapitalismus und „Versailles“ als westlich-bürgerliches Joch waren für ihn identisch und beides zu bekämpfen. Nur eine deziert national gesinnte Arbeiterschaft konnte seiner Meinung nach die bürgerlich-kapitalistische Ordnung überwinden. Hier ähnelten seine Vorstellungen denen des Sozialdemokraten August Winnig, mit dem er vorübergehend zusammengearbeitet hatte. Ganz wie die Rechtsintellektuellen stellte auch Niekisch den Staat in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Der Sozialismus gab der Arbeiterschaft ihren Platz in der von Ordnung und Staatshingabe geprägten „Volksgemeinschaft“.⁷⁸ Die Ablehnung des Versailler Vertragswerkes sowie der französischen Ruhrpolitik brachte Teile der deutschen Nationalkommunisten in die Nähe der jungen Nationalisten. Ihr Einfluss blieb jedoch gering. Weder wurde die nationalkommunistische Richtung offizielle Linie der Partei noch waren ihre Anhänger zahlreich. Dennoch ist die ideologische Verschränkung von national orientiertem Kommunismus und sozialrevolutionärem Nationalismus bemerkenswert, war sie doch symptomatisch für die Radikalisierung der ideenpolitischen Auseinandersetzung in den 1920er-Jahren, in der sich Extreme berührten.⁷⁹

Neuem Nationalismus und marxistischem Sozialismus war ein

⁷⁷Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 196.

⁷⁸Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 131ff., 137; Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 68), S. 162ff.; Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 183.

⁷⁹Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 68), S. 162. Vgl. auch Weißmann, Sozialismus (Anm. 32), S. 196.

antibürgerlicher, antikapitalistischer Grundzug gemein. Insofern war auch der Übergang von der Idee eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zum Konzept der als „deutscher Sozialismus“ bezeichneten „Volksgemeinschaft“ fließend. Marxisten und Rechtssozialisten räumten dem Kollektiv, der „Gemeinschaft“, unbedingten Vorrang ein und verliehen dem Gemeinwohl eine höhere Bedeutung als dem autonomen Individuum. Individualismus galt, wie im Krieg, als westlich, verweichlicht und undeutsch.⁸⁰ Die Intellektuellen aus dem Umfeld der einflussreichen Zeitschrift „Die Tat“ sowie nationalorientierte Sozialisten wie Moeller van den Bruck, Nationalkommunisten wie Niekisch und rechte Sozialisten wie Ernst Jünger waren keine „konservativen Revolutionäre“. Sie wollten nichts konservieren, sondern die bestehende Gesellschaft zerschlagen. In ihrem „ästhetizistisch elitären Protesthabitus“ (Friedrich Wilhelm Graf) beschworen sie eine korporativistische Gesellschaftsordnung und hielten Gesinnungen für wichtiger als Institutionen. Das Unbestimmte ihrer Vorstellungen sowie die Vieldeutigkeit ihrer Begriffe erlaubten es ihnen, sich als Verkünder einer höheren Ordnung, als Propheten eines dereinst kommenden „dritten Reiches“ zu gerieren.⁸¹ Die begriffliche Vieldeutigkeit korrespondierte mit der ihnen eigenen Widersprüchlichkeit: Intellektuelle, die den Individualismus verwarfen, sich aber als geistige Führer der Massen inszenierten, Antisemiten, die der völkischen Erneuerung das Wort redeten, aber Rathenau bewunderten, Ästhetiker, die das Proletariat verachteten, aber „den Arbeiter“ zum männlichen Idol stilisierten.

Vieldeutigkeit kennzeichnete auch die Anhänger der NSDAP, die sich in besonders radikaler Weise dem Kampf gegen die Republik verschrieben hatten. Die Heterogenität des am 20. Februar 1920 verkündeten nationalsozialistischen Parteiprogramms bot die Möglich-

⁸⁰Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 68), S. 342; Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 277.

⁸¹Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 281. Vgl. auch Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1989, und Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993.

keit zur Projektionsfläche von Hoffnungen und Sehnsüchten vielfältiger Art.⁸² Quintessenz des Programms war die Einigung der Nation unter einem „nationalen Sozialismus“ und die Versöhnung aller Stände in einer „Volksgemeinschaft“, wenngleich dieser Begriff im Gegensatz zur Rhetorik im Programm nicht vorkam.⁸³ Auch die von diversen Rechtsintellektuellen bewunderte Kriegswirtschaft Rathenauscher Prägung war für Hitler kein Vorbild für eine künftige Planwirtschaft, denn unter dem „Deckmantel der Kriegsgesellschaften“ hätten die Juden einen „infame[n] Beutezug [...] gegen das deutsche Volk“ organisiert.⁸⁴ Hitler besaß „kaum ein inneres Verhältnis zum Programm des ‚nationalen Sozialismus‘“.⁸⁵ Stattdessen vermied er programmatische Festlegungen und hielt sich ideologische Optionen offen. Dementsprechend suchten sich die Vordenker seiner Partei aus den Schriften der Rechtsintellektuellen die Versatzstücke aus, die ihnen passten, und kombinierten sie mit dem Parteiprogramm. Im Vergleich zum Programm ist der „Deutsche Sozialismus“ der NS-Linken als die „ernsthafte und geistreichere Variante“ beschrieben worden.⁸⁶ Das theoretische Konzept fußte auf dem Gedankengut der rechtsintellektuellen Kreise Berlins, zu denen die Brüder Otto und Gregor Strasser Kontakte unterhielten. Für sie waren – ebenso wie für den befreundeten Moeller van den Bruck – Kapitalismus und westlicher Liberalismus das Feindbild schlechthin, während der Marxismus als dessen Unterart ebenfalls abgelehnt wurde.⁸⁷

Für die NS-Linke bedeutete Sozialismus, so die Formulierung Otto Strassers, „Anteil am Besitz, Anteil am Gewinn, Anteil an der Leitung der Wirtschaft“. Aufgabe der Wirtschaft sei die Bedarfsdeckung,

⁸²Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 228f. Vgl. auch Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969, S. 86ff.

⁸³Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 92; Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 228f.

⁸⁴Hitler, Adolf, Mein Kampf, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1937, S. 622.

⁸⁵Bracher, Diktatur (Anm. 83), S. 93.

⁸⁶Broszat, Martin, Der Staat Hitlers, München 1989, S. 37.

⁸⁷Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 244f., 285.

nicht das Profitstreben. Dem nationalen Freiheitskampf müsse die innere sozialistische Befreiung vorangehen, damit jeder „Volksgenosse“ den Anteil an der Nation habe, der ihn „zu einem mitbesitzenden, mitbestimmenden Staatsbürger der deutschen Volksgemeinschaft“ macht.⁸⁸ Einer „nationalbolschewistischen“ Öffnung nach links, wie vom Strasser-Flügel gefordert, stand Hitler aus machttaktischem Kalkül misstrauisch gegenüber, strebte er doch eine Unterstützung seiner Bewegung auch durch bürgerliche Honoratioren und großindustrielle Kreise an.⁸⁹ Der Sozialismusbegriff des Nationalsozialismus war ein „ideologisches Accessoire“ (Christoph Werth), das geschickt eingesetzt wurde. Das galt auch für die bedeutungsvollste Aneignung aus dem semantischen Reservoir der Rechtsintellektuellen, den Begriff „Drittes Reich“, den Goebbels von der programmatischen Schrift Moeller van den Brucks für die NS-Propaganda übernahm.⁹⁰ Chiliaistische Metaphern wie die vom „dritten Reich“ entsprachen einer in den 1920er-Jahren verbreiteten Erlösungshoffnung, die sich auch in der Sehnsucht nach einem charismatischen Führertum zeigte. Dass sie „keineswegs nur Allgemeingut der Rechten“ war,⁹¹ sollte sich nicht zuletzt an der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 zeigen. Auch der Bismarckkult der 1920er-Jahre repräsentierte das verbreitete Verlangen nach einem starken Führer. In der Verherrlichung des Reichsgründers vereinigten sich „Führermythos und Reichsvision“.⁹² Die Wiederkehr einer vergleichbaren Persönlichkeit wurde herbeigesehnt. So hieß es auf der Reichsgründungsfeier der DNVP im Jahre 1924: „Noch fehlt der große Führer [...] Aber er wird

⁸⁸Ebd., S. 245ff. (Strasser-Zitate ebd., S. 245 und 247).

⁸⁹Ebd., S. 256.

⁹⁰Ebd., S. 268, 284.

⁹¹Wehler, Radikalnationalismus (Anm. 68), S. 54.

⁹²Schreiner, Klaus, Politischer Messianismus, Führergedanke und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Hettling, Manfred (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 237-247, hier S. 239. Vgl. auch Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 68), S. 280ff.

kommen“.⁹³

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“

Die rechtsintellektuellen Verkünder des nationalen Sozialismus wurden vom schnellen Aufstieg des Nationalsozialismus ebenso überrascht wie dessen politische Führungsriege. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise erhielt die Partei einen zuvor ungeahnten Zulauf. Was den Berliner Rechtsintellektuellen bisher gefehlt hatte, lieferte die NSDAP: die Massenbasis. Die ideologischen Versatzstücke, deren sich die Nationalsozialisten bedienten, wurden je nach Zielgruppe propagandistisch-flexibel eingesetzt. Die meisten Autoren des „Tat“-Kreises dienten sich den neuen Machthabern an, um als ideologische Vordenker gewürdigt zu werden.⁹⁴ Auch Plenge versuchte, als geistiger Ahnherr des Nationalsozialismus anerkannt zu werden. So deutete er den Nationalsozialismus 1933 als Verwirklichung des von ihm antizipierten „neuen deutschen Staates“ und betonte, dass die Schlagworte „Volksgenossenschaft“ und „das dritte Reich“ von ihm ausgegangen seien.⁹⁵ Die neuen Machthaber verboten sich indes diese – in ihren Augen – Impertinenz des Begründers der „Ideen von 1914“.⁹⁶ Außerdem drängte Hitler die sozialistischen Vorstellungen des Strasser-Flügels kontinuierlich zurück. Sozialen Ideen der klassenlosen „Volksgemeinschaft“ stand er weiterhin gleichgültig gegenüber; die Ideen der Rechtssozialisten wurden bei Hitler überlagert von sozialdarwinistischen Überzeugungen und einem radikalen Rassendenken, das eindeutig Vorrang hatte.⁹⁷ Schließlich wurde der parteiinterne Streit um die Rolle des Sozialismus in der Partei 1934 im

⁹³Zit. nach Schumann, Dirk, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Mommsen, Hans (Hg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 83-105, hier S. 105.

⁹⁴Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 283f.

⁹⁵Johann Plenge in einem Brief vom 15.4.1938 an seinen Schüler Hans Teschemacher, in: Nachlass Plenge, Universitätsbibliothek Bielefeld.

⁹⁶Schildt, Prophet (Anm. 33), S. 565ff.

⁹⁷Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 259, 269, 285.

Zuge des so genannten „Röhm-Putsches“ beendet, als neben dem SA-Führer und seinen Gefolgsleuten Gregor Strasser ebenfalls ermordet wurde. Auch wenn mit der Eliminierung des Strasser-Flügels der Sozialismus vollends zur Worthülse wurde, blieb dessen Integrationsfunktion erhalten, indem er den proletarisch-sozialistischen Teil der Basis weiterhin einband.⁹⁸

Eine entscheidende Integrationsfunktion hatte auch der Bezug auf den „Geist von 1914“, den die nationalsozialistische Propaganda für ihre Zwecke vereinnahmte. Als die NSDAP an die Macht gekommen war, bemühte sich die offizielle Propaganda um die Konstruktion einer Kontinuität zwischen dem Januar 1933 und dem August 1914. Den Bezugspunkt stellten dabei nicht die inklusiven „Ideen von 1914“ dar, sondern die Aufbruchsstimmung zu Kriegsbeginn. Der Jubel im Januar 1933, so Hermann Göring im Rundfunk, sei „nur mehr zu vergleichen [...] mit jenem August 1914“.⁹⁹ Diese Deutung war nicht nur verordnet, sondern entsprach auch einem verbreiteten Bedürfnis nach Kontinuität. Deshalb kann die Bedeutung des am 21. März 1933 inszenierten „Tags von Potsdam“ nicht hoch genug eingeschätzt werden, sollte er doch die Verbindung von preußisch-deutscher Tradition und neuem, „drittem“ Reich symbolisch besiegeln. In seiner Festpredigt betonte der preußische Generalsuperintendent Otto Dibelius, „daß dieses Ereignis einer ‚Wiedergeburt des Geistes von 1914‘ gleichkomme“.¹⁰⁰ Auch am 1. Mai 1933, nun „Tag der nationalen Arbeit“ genannt, weckte man Assoziationen zum Augusterlebnis. So verkündete Goebbels: „Am heutigen Abend findet sich über Klassen, Stände und konfessionelle Unterschiede hinweg das ganze deutsche Volk zusammen, um endgültig die Ideologie des

⁹⁸Ebd., S. 256ff.

⁹⁹Zit. nach Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 362f.

¹⁰⁰Zit. nach Mommsen, Wolfgang J., Der Geist von 1914. Das Programm eines politischen „Sonderwegs“ der Deutschen, in: Ders., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 1992, S. 407-421, hier S. 420. Vgl. auch Freitag, Werner, Nationale Mythen und kirchliches Heil. Der „Tag von Potsdam“, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379-430, hier S. 390ff., insbes. S. 389-404.

Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen“.¹⁰¹ Neben der rhetorischen Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ waren es auch die Massenorganisationen der Partei, die der ganz konkreten Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung dienten. Als Institutionen „zur Überwindung früherer Klassengegensätze“ und „zur Anziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes“, so Hitler in einer Rede im Mai 1933, erweckten sie – nicht zuletzt auch durch die kollektive Uniformierung – den Eindruck neuer sozialer Gleichheit, freilich im kameradschaftlichen Sinne.¹⁰² Die „Volksgemeinschaft“ des Dritten Reiches, die 1933 etabliert wurde, ließ – da exklusiv definiert – keinen Raum für abweichende Vorstellungen und setzte das Prinzip der Exklusion durch Eliminierung aller Andersdenkenden brutal durch. Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ bekämpfte zuerst die als „innere Feinde“ diffamierten Minderheiten und die Opposition, um dann den Krieg gegen die „äußeren Feinde“ wiederaufzunehmen. Im Unterschied zu 1914 gab es 1939 allerdings keine Aufbruchsstimmung bei Kriegsbeginn, aus der ideenpolitische Perspektiven hätten abgeleitet werden können.¹⁰³

Resümee: Die „Volksgemeinschaft“ als konkrete Utopie

Der entscheidende Bezugspunkt für die Entstehung und Verbreitung der Volksgemeinschaftsvision war das so genannte „Augusterlebnis“. Der durch die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten im August 1914 symbolisierte Geist gesamtgesellschaftlicher Eintracht, das kollektive Hintanstellen sämtlicher Individualinteressen, wurde zur Grundlage der neuen deutschen „Volksgemeinschaft“ stilisiert. Dieser „Geist von 1914“ sollte das Fundament eines künfti-

¹⁰¹Im Rundfunk, zit. nach Ranke, Winfried, Linke Unschuld? Unbefangener oder unbedachter Umgang mit fragwürdig gewordener Vergangenheit, in: Vorsteher, Dieter (Hg.), Parteauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1996, S. 94-112, hier S. 95.

¹⁰²Werth, Sozialismus und Nation (Anm. 39), S. 262.

¹⁰³Maier, Hans Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), S. 525-542, hier S. 531ff.

gen Miteinanders sein und gab den Anstoß für politische Reformforderungen. Als sich im Laufe des Krieges zeigte, dass die Einheit des gesamten Volkes eine Chimäre war und Interessenkonflikte wieder aufbrachen, wurde der „Geist von 1914“ nicht etwa hinterfragt, sondern erst recht zu einem „Narrativ“¹⁰⁴, das von allen politischen Parteien und rechten wie linken Sinnstiftern geteilt wurde. Intellektuelle Deutungsträger versuchten, aus dem „Geist von 1914“ ein korporatives Reformprogramm, die „Ideen von 1914“, abzuleiten. Das Ideal einer konfliktfreien, harmonischen Gemeinschaft besaß während des Krieges, aber auch in der Nachkriegszeit eine besondere Überzeugungskraft. Begriffe wie „Gemeinschaft“, „Gemeinwirtschaft“ und „nationaler Sozialismus“ stellten ein semantisches Identifikationsangebot für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dar. Mit den Neubestimmungen vor allem der Begriffe „Revolution“ und „Sozialismus“ machten die „Ideen von 1914“ sozialistisches Vokabular auch für das rechte politische Spektrum akzeptabel. Unter dem Primat der Nation schillerte der Sozialismus zwischen linkem wie rechtem Antikapitalismus und wurde mit unterschiedlichen politischen Ansichten kompatibel. Die „Ideen von 1914“ machten ihn „zu einem Komplement der nationalen Idee“.¹⁰⁵ Der flexible propagandistische Einsatz ideologischer Versatzstücke durch die Nationalsozialisten, ihre dezidiert exklusive Deutung der „Volksgemeinschaft“ und der Vorrang sozialdarwinistischer Überzeugungen vor sozialen oder sozialistischen Ideen bei Hitler zeigen, dass die „Ideen von 1914“ kaum als präfaschistische Ideologeme bezeichnet werden können, wie in der Forschung häufig geschehen.¹⁰⁶ Der entscheidende Unterschied der „Ideen von 1914“ zum Ideenkonglomerat des Nationalsozialismus lag im Fehlen völkisch-biologischer und antisemitischer Gedan-

¹⁰⁴Verhey, Geist von 1914 (Anm. 13), S. 377.

¹⁰⁵Meinecke, Friedrich, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1947, S. 47.

¹⁰⁶So z.B. bei Rürup, Reinhard, Die Ideologisierung des Krieges: Die „Ideen von 1914“, in: Böhme, Helmut; Kallenberg, Fritz (Hgg.), Deutschland und der Erste Weltkrieg, Darmstadt 1987, S. 121-141, und Mommsen, Geist von 1914 (Anm. 100). Vgl. dagegen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat (Anm. 14), S. 311ff.

ken. Als Repertoire, dessen sich verschiedene politische Strömungen bedienen konnten – die Radikalnationalisten taten dies besonders geschickt –, teilten die „Ideen von 1914“ das Schicksal solcher Gedankenkomplexe, „die im Kampf gegen die parlamentarische Demokratie einem System vorarbeiteten, das sie radikal-einseitig zu Ende dachte und – dadurch pervertiert – realisierte“.¹⁰⁷

Die „Geburt des nationalen Sozialismus im Weltkrieg“¹⁰⁸ und die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“ hängen unmittelbar miteinander zusammen. Das Besondere der intellektuellen Debatte über die innenpolitische Neuordnung Deutschlands in den Jahren 1914 bis 1918 lag nicht in einer Vorbestimmung der politischen Entwicklung, sondern in der Überwindung des bestehenden politischen Systems. Im August 1914 wurden auf ideenpolitischer Ebene das Ende des Kaiserreiches und der Übergang zu einer anderen politischen Ordnung eingeleitet. Die Diskussion über die ideale Staatsordnung war 1918 keineswegs zu Ende, sondern wurde in den 1920er-Jahren fortgeführt. Dabei wurde der Begriff „Volksgemeinschaft“ von Politikern und Intellektuellen der gemäßigten Linken, der Mitte und der Rechten gleichermaßen und in positivem Sinne verwendet. Die „Volksgemeinschaft“ sollte der nationalen Überlieferung entsprechen, aber auch den Lebensbedingungen in einer industrialisierten Massengesellschaft durch neue Formen der Integration, der Repräsentation und der Partizipation gerecht werden. Zwar wurde das Volksgemeinschaftsparadigma von der politischen Rechten in der Form der radikal nationalistisch überlagerten exklusiven Volksgemeinschaftsidee vereinnahmt, aber bis 1918 und darüber hinaus nicht zu ihrem ideologischen Alleinbesitz. Erst der inflationäre Gebrauch durch die Nationalsozialisten und die Exklusion durch Elimination im NS-Staat hat den Begriff „Volksgemeinschaft“ kontaminiert.

¹⁰⁷Becker, Josef J., Deutscher Sozialismus und das Problem des Krieges 1914-1918. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens in Deutschland (Diss.), Heidelberg 1957, S. 254.

¹⁰⁸Sieferle, Rolf Peter, Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Frankfurt am Main 1995, S. 45.

Steffen Bruendel

Dr. Steffen Bruendel

*Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie der
Universität Bielefeld*

*Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld*

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

*Grüneburgweg 105
60323 Frankfurt*

Zitierempfehlung:

Steffen Bruendel, Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“. Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Bruendel>>

Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland Historiografische Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges von Klaus Große Kracht

Die Zeitgeschichte ist ein Kind des Krieges. Das zeigt bereits ein Blick zurück auf ihre Anfänge bei Thukydides, dessen Darstellung des Peloponnesischen Krieges als Urschrift der Zeitgeschichte gilt. Denn hier schreibt bereits jemand an einer Geschichte, die „noch qualmt“:¹ Thukydides erzählt die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Athen und Sparta, an der er selbst auf der Seite Athens teilgenommen hat. Und er schreibt als Besiegter, der sich nach der Rückkehr aus der Verbannung Klarheit über die jüngsten Ereignisse verschaffen will, die zum Niedergang seiner Heimatstadt führten.

Thukydides blieb nicht der Einzige, der Zeitgeschichte als kritische Reflexion einer enttäuschten Gegenwart betrieb. Die Reihe besiegter Kriegsteilnehmer unter den Zeithistorikern ließe sich un schwer bis ins 20. Jahrhundert fortsetzen. Reinhart Koselleck hat die These aufgestellt, dass die Geschichte kurzfristig zwar von den Siegern gemacht, die Historie langfristig aber von den Besiegten geschrieben werde. Denn Letztere „geraten, wenn sie überhaupt methodisch reflektieren, in eine größere Beweisnot, um zu erklären, warum etwas anders und nicht so gekommen ist, wie gedacht“.² Doch Koselleck weiß zugleich ein Gegenbeispiel aus der neueren Zeit zu nennen: die deutsche Zeitgeschichtsschreibung nach 1918. In der Tat schauten die deutschen Neuzeithistoriker in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wie gebannt auf das Geschehene, ohne nach den tief greifenden Ursachen von Kriegsausbruch und Niederlage zu suchen. Stattdessen setzten sie alles daran, den im Versailler Vertrag festgeschriebenen Vorwurf der ‚Kriegsschuld‘ vom Deutschen Reich abzuwehren. Sie

¹Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Die neueste Zeitgeschichte. „Geschichte schreiben, während sie noch qualmt“, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 5-28 (in Übernahme eines Zitates von Barbara Tuchman).

²Koselleck, Reinhart, Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze, in: Ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt am Main 2000, S. 27-77, hier S. 68.

sahen darin geradezu eine patriotische Pflicht und kamen dieser umso lieber nach, als die Geschichtswissenschaft seit Ende des 19. Jahrhunderts ihre angestammte Bildungsfunktion für das politische Bewusstsein der führenden Schichten immer mehr zu verlieren drohte. Die Abwehrhaltung gegenüber dem Kriegsschuldvorwurf während der Weimarer Republik bildete gewissermaßen den ‚habitualen Konsens‘ der deutschen Zeitgeschichtsforschung, der das geistige Sozialisationsmilieu für die nachfolgende Historikergeneration bereitstellte. Erst in den 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts konnte der Bann dieser frühen ‚Kriegsschuldforschung‘ in der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsschreibung definitiv durchbrochen und ein kritischerer Blick auf die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs durchgesetzt werden. Der Begriff der ‚Zeitgeschichte‘ blieb von den Debatten um die Kriegsschuldfrage in Deutschland nicht unberührt.

Zeitgeschichte als nachhistoristische Alternative

Bekanntlich spielten die deutschen Neuzeithistoriker im ideologischen „Kulturkrieg“ der Jahre 1914-1918 eine zentrale Rolle.³ Friedrich Meinecke, Otto Hintze, Hermann Oncken und viele andere mehr standen an der propagandistischen Heimatfront, um „die junge, kraftvoll emporgekommene Macht, die das Deutsche Reich in der politischen Welt“ nun einmal darstelle,⁴ gegen den „Ansturm der westlichen Demokratie“⁵ mit den Waffen ihrer Gelehrsamkeit zu verteidigen. „Deutschland ist der Held und der Gegenstand dieses Krieges“, so brachte es der Freiburger Neuzeithistoriker Erich Marcks auf den

³Vgl. Cornelißen, Christoph, Politische Historiker und deutsche Kultur. Die Schriften von Georg von Below, Hermann Oncken und Gerhard Ritter im Ersten Weltkrieg, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hg.), Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996, S. 119-142; Schulin, Ernst, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Ders.; Küttler, Wolfgang; Rösen, Jörn (Hgg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 4: Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrung und Innovation 1880-1945, Frankfurt am Main 1997, S. 165-188.

⁴Hintze, Otto; Meinecke, Friedrich; Oncken, Hermann; Schumacher, Hermann, Vorwort, in: Dies. (Hgg.), Deutschland und der Weltkrieg, Leipzig 1915, S. III f.

⁵Troeltsch, Ernst, Der Ansturm der westlichen Demokratie, in: von Harnack, Adolf u.a., Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge, Gotha 1917, S. 79-113.

Punkt: „Es ist der alte Strom unserer und der europäischen Geschichte, heute breiter als jeder frühere Kampf, aber es ist die Fortsetzung der alten Kämpfe, von 1700 und 1760 und 1800 [...]. Ein großer Zusammenhang umschließt all dieses Völkerringen und trägt uns heute hoch empor, auf die Höhe der Notwendigkeit und des Lebenskampfes: er muß sein, er geht um alles, um Vergangenheit und Zukunft, er reißt uns mit sich, bis zum Äußersten unserer Kraft, er ist uns heilig.“⁶

Auf einmal, so musste es scheinen, empfing die Geschichtswissenschaft, die sich in den Jahren vor dem Krieg immer wieder dem Vorwurf bloßen Spezialistentums und lebensferner Fragestellungen ausgesetzt sah, einen neuen Impuls aus der politischen Konstellation der Gegenwart. Den Preis, den sie dafür bezahlte, war jedoch häufig genug eine ideologische Trübung des historischen Blicks und eine nationalistische Voreingenommenheit, der sich selbst jene Historiker, die wie Friedrich Meinecke die „tiefe Ehrfurcht vor den Tatsachen und Quellen“ anmahnten, nicht völlig entziehen konnten.⁷ Auch ihn, so schrieb Meinecke 1916, habe „der Krieg auf den allgemeinen Kampfplatz der nationalen Kräfte gerufen“.⁸ Doch habe er feststellen müssen, dass die Historie dem deutschen Volk nicht mehr das Gleiche bedeute wie in den Zeiten der Einigungskriege zwischen 1848 und 1871.⁹ Umso mehr hoffte er - noch gegen Ende des Krieges - auf eine neue Synthese aus historischer Bildung und Gegenwartsbewusstsein: „Modern und geschichtlich zugleich zu denken“, so Meinecke, sei gerade jetzt, in einer „Welt des Lebens und der Trümmer“, nicht „nur möglich, sondern notwendig“.¹⁰ Nur so könne die „bedrängte Persönlichkeit“ unter dem „Druck des falschen, schulmäßig mecha-

⁶Marcks, Erich, *Wo stehen wir? Die politischen, sittlichen und kulturellen Zusammenhänge unseres Krieges*, Stuttgart 1914.

⁷Meinecke, Friedrich, *Die deutsche Geschichtswissenschaft und die modernen Bedürfnisse*, in: Ders., *Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1918, S. 462-471, hier S. 468.

⁸Ebd., S. 469.

⁹Ebd.

¹⁰Ders., *Persönlichkeit und geschichtliche Welt* (1918), in: Ders., *Zur Theorie und Philosophie der Geschichte* (Werke Bd. IV, hrsg. v. E. Kessel), Stuttgart 1959, S. 30-60, hier S. 57.

nierten Historismus“ wieder zu innerer Selbstbestimmung zurückfinden.¹¹

Nicht zufällig sprach Meinecke hier vom lastenden Druck des „Historismus“. Bereits Nietzsche hatte dem Gefühl, dass sich die geschichtliche Bildung vom Leben entfernt habe und die freie Persönlichkeit zu ersticken drohe, in seiner *Zweiten Unzeitgemäßen Betrachtung* Ausdruck gegeben.¹² Seitdem war es von seinen zahlreichen selbsternannten Schülern immer wieder gegen die Bildungsansprüche der Historie ins Feld geführt worden. Statt dem Leben in der Gegenwart zu dienen, so der virulente Vorwurf, habe die Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus dieses völlig aus den Augen verloren und vormals feste Wertmaßstäbe in einen unendlichen Strom von historischen Lebensmöglichkeiten aufgelöst.¹³ Im allgemeinen Krisenbewusstsein nach dem Ersten Weltkrieg, als in Deutschland ein neues politisches Gemeinwesen auf den Trümmern des Kaiserreichs zu errichten war, musste diese Kritik umso mehr zu Buche schlagen. „Am schärfsten“, so schrieb Ernst Troeltsch 1922 in seinem berühmten Essay über *Die Krisis des Historismus*, „ist die Krise natürlich in Deutschland, dem Mutterlande der modernen Historie [...]. Hier hat der Weltkrieg insbesondere alles historische Denken völlig durcheinandergeworfen, alte Konstruktionen und Maßstäbe entwertet und völlig neue Probleme aufgegeben, freilich auch zugleich gegen alle Historie doppelt und dreifach skeptisch gestimmt“.¹⁴

Troeltsch hoffte, der von ihm diagnostizierten Krise des aus dem 19. Jahrhundert ererbten Geschichtsdenkens durch eine neue Refle-

¹¹Ebd., S. 56f.

¹²Nietzsche, Friedrich, *Unzeitgemäße Betrachtungen*. Zweites Stück: *Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben*, in: Ders., *Kritische Studienausgabe*, Bd. 1, hrsg. v. G. Colli und M. Montinari, München 1988, S. 243-334.

¹³Vgl. Oexle, Otto Gerhard, *Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus*. Studien zur Problemgeschichte der Moderne, Göttingen 1996.

¹⁴Troeltsch, Ernst, *Die Krisis des Historismus*, in: Ders., *Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 14: *Schriften zur Politik und Kulturphilosophie* (1918-1923), hrsg. v. G. Hübingen in Zusammenarbeit mit J. Mikuteit, Berlin 2002, S. 437-455, hier S. 451.

xion auf die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft begegnen zu können. Was ihm vorschwebte, war der Versuch einer neuen kulturgeschichtlichen Synthese, um, wie er schrieb, „Geschichte durch Geschichte [zu] überwinden“.¹⁵ Doch der Berliner Kulturphilosoph war zu sehr auf die theoretische Grundlegung bedacht, um die praktischen Veränderungen in der akademischen Geschichtswissenschaft, insbesondere im Bereich der neueren Geschichte, ausreichend mit in den Blick zu nehmen. Denn hier zeichnete sich, angestoßen durch den Ersten Weltkrieg, eine neue Art geschichtswissenschaftlicher Forschung ab, die in ihrer dezidierten Hinwendung zur Zeitgeschichte von dem Bewusstsein getragen war, die zerrissenen Fäden zwischen Wissenschaft und Leben, Vergangenheit und Gegenwart wieder neu zu verknüpfen.¹⁶

Zu den deutschen Historikern, die die Erfahrung des Ersten Weltkriegs auch als eine Herausforderung an ihr eigenes Fach begriffen, gehörte der Bonner Privatdozent Justus Hashagen, der 1917/18 in der Leitung des „Vaterländischen Unterrichts“ beim Stellvertretenden Generalkommando in Koblenz tätig war.¹⁷ Kurz vor Kriegsende hatte Hashagen die „Historikerpflichten“, die sich seiner Meinung nach aus dem Krieg ergaben, in einem kurzen Artikel für die Kulturzeitschrift *Der Kunstwart* umrissen: „Auch dem deutschen Historiker erwachsen aus dem Krieg neue Pflichten. Die äußerliche wäre, daß er sich der internationalen Geschichte der jüngsten Vergangenheit mit größerem Eifer als bisher zu widmen [...] hätte. Die Zeitgeschichte, einst ein Lieblingsgegenstand des Studiums deutscher Historiker, zumal im Zeitalter der deutschen Einigungskriege, müßte

¹⁵Ders., *Der Historismus und seine Probleme*. Erstes Buch: Das logische Problem der Geschichtsphilosophie, Tübingen 1922, S. 772; vgl. Graf, Friedrich Wilhelm (Hg.), Ernst Troeltschs ‚Historismus‘ (Troeltsch-Studien 11), Gütersloh 2000.

¹⁶Zum Krisenbewusstsein deutscher Historiker nach dem Ersten Weltkrieg siehe: Reuveni, Gideon, *Geschichtsdiskurs und Krisenbewusstsein*. Deutsche Historiographie nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 25 (1996), S. 155-186.

¹⁷Zu Hashagen vgl. die biografische Skizze von Borowsky, Peter, Justus Hashagen, ein vergessener Hamburger Historiker, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 84 (1998), S. 163-183.

aus der gedrückten Stellung eines Stiefkindes, was sie vor dem Kriege war, herausgehoben werden.“¹⁸ Zu dieser äußeren Pflicht müsse sich, so Hashagen weiter, zugleich ein „innerlich“ neuer Geist gesellen, um nicht nur den Pflichten gegenüber der Vergangenheit, sondern auch „den Pflichten gegenüber der Gegenwart“ gerecht zu werden, ohne dabei allerdings, wie er ausdrücklich hinzufügte, die fachlichen Standards der Erforschung der Vergangenheit - „Sachlichkeit, Gründlichkeit, unbestechliche Wahrheitsliebe“ - aufzugeben.¹⁹ Dem Konflikt zwischen „Wissenschaft und Leben“ sei dabei nicht zu entrinne; im Gegenteil: Es sei geradezu die Pflicht der „Zeitgeschichte“, „solchen Konflikten nicht mehr aus dem Wege zu gehen, sondern sie mutig durchzukämpfen und eine vaterländische Lösung zu erstreben“.²⁰ „Zeitgeschichte“ bezeichnete für Hashagen somit nicht nur einen möglichen Gegenstand historischer Forschung, sondern zugleich den Auftrag, sich nicht in weltflüchtiger Kontemplation zu verlieren, sondern den Kontakt mit der Gegenwart zu suchen, und sei es um den Preis des Widerstreits von wissenschaftlichen und praktischen Interessen.

Wie eine solche „Zeitgeschichte“ in praktischer Absicht für Hashagen näher aussehen sollte, hatte er bereits zu Beginn des Krieges in seiner Abhandlung *Das Studium der Zeitgeschichte* dargelegt.²¹ So unterscheidet er hier deutlich zwischen einer „Zeitgeschichte“, die stets auf die Gegenwart zielt, und einer reinen „Vergangenheitsgeschichte“, in der sich unschwer die Konturen des in die Krise geratenen Historismus wieder erkennen lassen.²² Denn während Letztere von den Bedürfnissen der Gegenwart nahezu vollständig abgekoppelt sei, komme der „Zeitgeschichte“ eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Wissenschaft und Leben zu: Gerade sie solle „zwi-

¹⁸Hashagen, Justus, *Neue Historikerpflichten*, in: *Deutscher Wille*. *Des Kunstwarts* 31. Jahr, 2. Augustheft 1918, S. 109f.

¹⁹Ebd.

²⁰Ebd.

²¹Ders., *Das Studium der Zeitgeschichte*, Bonn 1915.

²²Ebd., S. 10.

schen der reinen, nur der schlechthinnigen Vergangenheit zugewandten Historie und der Gegenwart eine Verbindung herstellen“.²³ Konsequenterweise löst Hashagen den Begriff der „Zeitgeschichte“ deshalb auch von seiner starren zeitlichen Eingrenzung auf die jüngste Vergangenheit und versucht ihn stattdessen als eine Art gegenwartsbezogene Parallelerzählung zur bloßen „Vergangenheitsgeschichte“ zu denken: „Man möchte statt Zeitgeschichte vielmehr sagen: Geschichte, sofern sie mit der Gegenwart zusammenhängt, sofern sie den gegenwärtigen Zustand erklärt. [...] Diese die Zeitgeschichte ausmachende Vorgeschichte der Gegenwart ist [...] zeitlich fast unbegrenzt. Der Begriff der Zeitgeschichte wird jedenfalls dadurch nicht im mindesten geklärt, daß man ihm nach rückwärts irgendeine zeitliche Grenze setzt. Warum soll die Zeitgeschichte nicht z.B. bis ins Mittelalter zurückgehen?“²⁴

„Zeitgeschichte“ erscheint bei Hashagen also nicht als eine spezifische *Epoche*, sondern vielmehr als eine spezifische *Perspektive* der historischen Betrachtung: als Blick der Gegenwart in ihre Vorgeschichte, ganz gleich, wie weit diese in die Vergangenheit zurückreicht. Als gegenwartsbezogene Geschichtsforschung gerät sie dabei jedoch unvermeidbar in die normativen Kämpfe der Gegenwart. Dass sie diesen nicht entgehen kann und die von Hashagen erstrebte ‚vaterländische Lösung‘ einen hohen ideologischen Preis erfordert, lässt sich nicht zuletzt an seinen eigenen Schriften aus dem zeitlichen Umfeld des Ersten Weltkriegs deutlich ablesen.²⁵ Denn je mehr sich die Geschichtswissenschaft in den Jahren nach 1918 von der reinen „Vergangenheitsgeschichte“ des Historismus getrennt hat, desto mehr geriet sie in das Fahrwasser der politisch-ideologischen Weichenstellungen der damaligen Zeit. Und diese waren zu Beginn der

²³Ebd.

²⁴Ebd., S. 15.

²⁵Vgl. nur seine politisch-publizistischen Arbeiten während des Krieges, u.a.: Hashagen, Justus, *Kriegerische Demokratien in Vergangenheit und Gegenwart*, Stuttgart 1917; Ders., *Vorgeschichte des Weltkrieges seit Bismarcks Entlassung, Saarbrücken 1918*.

1920er-Jahre durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags für die deutsche „Zeitgeschichte“ eindeutig gestellt.²⁶

Zeitgeschichte als Kriegsschuldforschung

Nach Beendigung des Krieges fand der deutsch-nationale Historiker Justus Hashagen eine Anstellung als „Hilfsarbeiter für Kriegsschuldfrage“ im Auswärtigen Amt in Berlin.²⁷ Hier hatte sich ein eigenständiges „Kriegsschuldreferat“ gebildet, um die in Artikel 231 des Versailler Vertrags festgeschriebene Kriegsschuld des Deutschen Reiches mit Hilfe publizistischer Aktivitäten, insbesondere umfassender Quelleneditionen aus dem eigenen Bestand, zu widerlegen.²⁸ Vor allem das groß angelegte, vierzig Bände umfassende Dokumentenwerk *Die große Politik der Europäischen Kabinette* (1922-1927), das auf Initiative des Auswärtigen Amtes entstand, sollte die deutsche Vorkriegspolitik materialreich entlasten und die ‚Einkreisungspolitik‘ der Entente in den Vordergrund rücken. Während die Aktenedition, die trotz ihrer politischen Zielsetzung auch heute noch als „insgesamt durchaus zuverlässig“ gelten kann,²⁹ sich vor allem an die internationale Experten-Öffentlichkeit wandte, wurde die inländische publizistische Kampagne gegen den Kriegsschuldvorwurf vor allem über zwei Kanäle gesteuert: Zum einen sollte über den 1921 gegründeten „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ der Kampf gegen den Versailler ‚Schuldspruch‘ in die unterschiedlichen Gruppen der deutschen Gesellschaft getragen und als nationaler Konsens veran-

²⁶Vgl. Cornelißen, Christoph, „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919-1933, in: Krumeich, Gerd (Hg.), *Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung*, Essen 2001, S. 237-258.

²⁷Borowski, Justus Hashagen (Anm. 17), S. 166.

²⁸Vgl. hierzu und zum Folgenden: Heinemann, Ulrich, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983; Jäger, Wolfgang, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, Göttingen 1984, S. 46ff.

²⁹Krumeich, Gerd; Hirschfeld, Gerhard, *Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg*, in: Dies.; Renz, Irina (Hgg. in Zusammenarbeit mit Markus Pöhlmann), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 304-315, hier S. 306.

kert werden. Zum anderen bemühte sich das Auswärtige Amt über die Einrichtung einer sich betont wissenschaftlich gebenden „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“, fachlich ausgewiesene Historiker für den publizistischen Abwehrkampf zu gewinnen.

Als gemeinsame Plattform der zeitgeschichtlichen ‚Kriegsschuldforschung‘ in Deutschland wurde 1924 eine eigene Zeitschrift von der „Zentralstelle“ des Auswärtigen Amtes ins Leben gerufen, die allein der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Kriegsschuldvorwurf gewidmet war: *Die Kriegsschuldfrage. Monatschrift für internationale Aufklärung*. Die von Alfred von Wegerer, einem ehemaligen Generalstabsoffizier, herausgegebene Zeitschrift, die 1929 in *Berliner Monatshefte* umbenannt wurde, entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit zum zentralen Mitteilungs- und Diskussionsforum der Erforschung der Kriegsursachen mit eindeutiger nationalapologetischer Tendenz. Während in der *Historischen Zeitschrift* zwischen 1914 und 1933 insgesamt nur neun Aufsätze über den Weltkrieg erschienen,³⁰ veröffentlichte die „Zentralstelle“ monatlich Arbeiten und Materialien zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs in einem Umfang von sechzig bis hundert Seiten. Auch wenn nicht wenige der deutschen Neuzeithistoriker aufgrund der eindeutig politischen Zielsetzung der Zeitschrift zu ihr eher Distanz hielten, konnte von Wegerer in den 1920er und 1930er-Jahren doch immer wieder mit Unterstützung aus Fachkreisen rechnen: So veröffentlichten u.a. Hans Delbrück, Friedrich Thimme, Hermann Oncken und Fritz Hartung sowie der inzwischen nach Hamburg berufene Justus Hashagen im Organ der „Zentralstelle“; gerade „unter der beherrschenden und verdienstvollen Leitung dieser Zeitschrift und ihrer Mitarbeiter“, so Hashagen 1934, habe die deutsche Kriegsschuldforschung erhebliche Fortschritte erzielt.³¹

³⁰Ebd.

³¹Hashagen, Justus, Die europäische Krise 1904-1918 in französischer Beleuchtung, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 867-874, hier S. 874. Von den zuvor Genannten gehörten Delbrück und Thimme in den 1920er-Jahren zu den regelmäßigen Autoren; Hartung veröffentlichte 1930 und 1932 jeweils einen Aufsatz, Oncken steuerte 1930 einen kleineren Beitrag bei. Seit Ende der 1920er-Jahre nahm die Beteiligung führender

Neben den Vertretern der ‚alten Garde‘ der deutschen Neuzeithistoriker finden sich aber auch eine Anzahl jüngerer Fachvertreter unter den Autoren der Zeitschrift, so z. B. Hans Herzfeld und Hans Rothfels. Während Herzfeld allerdings nur mit einem Beitrag vertreten ist, obwohl er sich in den 1920er-Jahren intensiv mit der Vorgeschichte des Weltkriegs beschäftigte,³² publizierte Rothfels hingegen regelmäßig in den ersten Jahrgängen der Monatschrift und stritt hier u.a. mit Hans Delbrück über die deutsche Englandpolitik zwischen 1890 und 1914. Während der Berliner Ordinarius, der schon während des Krieges für einen Verständigungsfrieden eingetreten war, der deutschen Vorkriegsdiplomatie vorwarf, die englischen Bündnisondierungen durch eine überambitionierte Flottenpolitik leichtfertig verspielt zu haben,³³ verwarnte sich Rothfels in Fragen der Ursachenforschung zum Weltkrieg gegen jegliche „captatio benevolentiae“ gegenüber der Siegermacht.³⁴ Da Großbritannien sich bereits 1912 eindeutig auf die Seite Frankreichs gestellt habe, sei jede Form der Verständigungspolitik von deutscher Seite spätestens seit diesem Zeitpunkt zum Scheitern verurteilt gewesen. Ganz ähnlich hatte bereits einige Jahre zuvor Hans Herzfeld in seiner Habilitationsschrift über *Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege* geurteilt und insbesondere dem ehemaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg mit schroffen Tönen vorgeworfen, zu lange auf eine Verständigungsmöglichkeit mit England gehofft zu haben, anstatt die eigene militärische Stärke aus-

Historiker jedoch merklich ab.

³²Herzfeld, Hans, Die Limankrise und die Politik der Großmächte in der Jahreswende 1913/14, in: *Berliner Monatshefte* 11 (1933), S. 837-858; 973-993; zu Herzfelds Schriften in den 1920er-Jahren und ihrer politischen Zielsetzung vgl. Ritter, Gerhard A., Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk, in: Büsch, Otto (Hg.), Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk, Berlin 1983, S. 13-91, bes. 22ff.

³³Delbrück, Hans, England und der Weltkrieg, in: *Die Kriegsschuldfrage* 3 (1926), S. 410-412; Ders., Der deutsche Flottenbau und der Weltkrieg, in: ebd., S. 552-554.

³⁴Rothfels, Hans, Entgegnung, in: ebd., S. 413-418, hier S. 418; Ders., Entgegnung, in: ebd., S. 554-558; Anlass der Debatte zwischen Rothfels und Delbrück war ein Artikel von Rothfels über „England und die ‚Aktivierung‘ der Entente im Jahre 1912“, in: ebd., S. 201-211.

zubauen.³⁵ In ihrer Sicht auf die deutsche Vorkriegsgeschichte - insbesondere hinsichtlich der u.a. auch von Friedrich Meinecke positiv eingeschätzten deutsch-englischen Bündnismöglichkeit³⁶ - trafen sich die beiden nationalkonservativen Historiker Herzfeld und Rothfels mit dem seit 1925 in Freiburg lehrenden Gerhard Ritter, der 1928 apodiktisch erklärte: „Die Erzählung von der leichtfertig verschmähten englischen Freundschaft ist Legende.“³⁷ Kritische Stimmen wie diejenigen Eckart Kehrs oder Arthur Rosenbergs, die die außenpolitische Isolierung Deutschlands auf lang angelegte gesellschaftliche Spannungen im Deutschen Kaiserreich zurückführten, waren demgegenüber in den 1920er-Jahren nur vereinzelt wahrnehmbar und wurden bewusst missachtet.³⁸ Kehr, so schrieb Ritter 1931 in einem Brief an Hermann Oncken, solle sich „lieber gleich in Rußland“ habilitieren: „Denn da gehört er natürlich hin: einer der für unsere Historie ganz gefährlichen ‚Edelbolschewisten‘.“³⁹

Rosenberg und Kehr erlebten die Zeit nach 1945 nicht mehr. Herzfeld, Ritter und Rothfels spielten hingegen eine zentrale Rolle beim Aufbau der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre ersten Erfahrungen im Bereich der Zeitgeschichte machten sie in den 1920er-Jahren auf dem Gebiet der Ursachenforschung zum Ersten Weltkrieg, den sie selbst hautnah als Soldaten an der Front er-

³⁵ Herzfeld, Hans, *Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege*, Bonn 1923.

³⁶ Meinecke, Friedrich, *Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890-1901*, München 1927.

³⁷ Ritter, Gerhard, *Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898/1901*, Freiburg 1929, S. 39; zu Ritter vgl.: Cornelißen, Christoph, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001.

³⁸ Kehr, Eckart, *Englandhaß und Weltpolitik. Eine Studie über die innenpolitischen und sozialen Grundlagen der deutschen Außenpolitik um die Jahrhundertwende (1928)*, in: Ders., *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965, S. 149-175; Rosenberg, Arthur, *Die Entstehung der Deutschen Republik*, Berlin 1928; zu Rosenberg siehe: Keßler, Mario, *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943)*, Köln 2003.

³⁹ Schwabe, Klaus; Reichardt, Rolf (Hgg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard am Rhein 1984, S. 236f.

lebt hatten.⁴⁰ Wie auch immer sie die Detailprobleme der deutschen Außenpolitik vor 1914 im Einzelnen bewerteten, mit ihren Argumenten bewegten sie sich stets innerhalb des revisionistischen Konsenses der Zurückweisung des Versailler Kriegsschuldvorwurfs. Dieser bildete gewissermaßen das diskursive Laboratorium der neuen Zeitgeschichtsforschung in Deutschland, die politische Gegenwartsinteressen und wissenschaftlich-methodische Standards miteinander zu verbinden suchte. „Die politisch-moralische Anklage“, so brachte es Hans Rothfels 1926 auf den Punkt, „erwies sich wider ihren Willen als ein heuristisches Prinzip ersten Ranges, als Wünschelrute, die verborgene Quellen zum Springen bringt“.⁴¹

Die methodischen Ansätze, mit denen diese Wünschelrute geführt wurde, verblieben zunächst im Bereich einer traditionellen Politik- und Diplomatiegeschichte, die kaum über die 1890er-Jahre hinaus in die Geschichte zurückgriff. Je mehr sich der historiografische Abwehrkampf gegen den Versailler Vertrag jedoch von der engen Kriegsschuldfrage löste und sich der 1919 neu gezogenen deutschen Ostgrenze zuwandte, erweiterte sich das zeitgeschichtliche Methodenarsenal um weit ausgreifende siedlungs- und bevölkerungshistorische Ansätze. Auch hier spielte Hans Rothfels eine zentrale Rolle, der seit seiner Berufung nach Königsberg im Jahr 1926 die Erforschung der „Ausstreuung deutschen Volkstums über das gesamte nordöstliche und südöstliche Vorfeld“ in einen engen Zusammenhang mit dem „Kampf gegen die Kriegsschuldthese“ rückte.⁴² Denn mit dem Versuch, deutschen Kultureinfluss in Ostmitteleuropa als über die Jahrhunderte hinweg prägend aufzuweisen, konnten Gebiets- und Hegemonialansprüche historisch begründet wer-

⁴⁰ Vgl. Cornelißen, Christoph, *Die Frontgeneration deutscher Historiker und der Erste Weltkrieg*, in: Dülffer, Jost; Krumeich, Gerd (Hg.), *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 311-337.

⁴¹ Rothfels, Hans, *Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik*, in: *Archiv für Politik und Geschichte* 7 (1926), S. 599-615, hier S. 600.

⁴² Ders., *Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten*, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 3-24, hier S. 3, 5; Ders., *Die Universitäten und der Schuldspruch von Versailles*, Königsberg 1929.

den, die direkt auf eine Revision der Versailler Nachkriegsordnung zielten.⁴³ Hier nahm die von Justus Hashagen angedachte „Zeitgeschichte“ des Mittelalters konkret Gestalt an.

In den Jahren nach 1933 verlor die eigentliche ‚Kriegsschuldfrage‘ in Deutschland hingegen zunehmend an wissenschaftlicher Bedeutung, zumal ein ‚Führerwort‘ sie kategorisch entschieden und jede weitere Diskussion überflüssig gemacht hatte: „Weder der Kaiser, noch die Regierung, noch das Volk haben diesen Krieg gewollt“, so zitierte Alfred von Wegerer 1934 in seiner Zeitschrift *Adolf Hitler in der Hoffnung*, dass die „Ehre der Nation“, die durch den Versailler Vertrag „aufs schwerste verletzt worden“ sei, nun endlich in „vollem Umfang wiederhergestellt“ werde.⁴⁴

Der antisemitische Maßnahmenstaat, auf den nun so mancher der Kriegsschulforscher seine Hoffnung setzte, forderte jedoch auch unter diesen seine Opfer. Rothfels und Herzfeld verloren, da sie den rassistischen Ordnungsvorstellungen der neuen Machthaber nicht entsprachen, ihre akademischen Betätigungsmöglichkeiten: Rothfels wurde aus Deutschland vertrieben, Herzfeld vorübergehend inhaftiert und in eine Nischenexistenz gezwungen. In Haft geriet schließlich auch Gerhard Ritter, der der außenpolitischen Revisionspolitik Hitlers anfänglich durchaus Anerkennung gezollt hatte, dem Regime jedoch zunehmend kritisch gegenüberstand und zum weiteren Umfeld des Goerdeler-Kreises gehörte.

Zeitgeschichte und das Problem der Kontinuität

Im September 1949 trafen die Historiker Deutschlands zu ihrer ersten Verbandstagung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in München zusammen. Den Eröffnungsvortrag hielt Gerhard Ritter, der zum ersten Vorsitzenden des neu geschaffenen Historikerverbandes gewählt

⁴³Siehe hierzu ausführlich: Haar, Ingo, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000.

⁴⁴von Wegerer, Alfred, *Versailles und die Ehre der Nation*, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 1f.

wurde.⁴⁵ In seiner Rede forderte Ritter von allen Teilnehmern die Bereitschaft, sich mit „ehrlichem und tapferem Wahrheitssinn“ an die „Aufräumung der ungeheuren Schuttmassen“, die das ‚Dritte Reich‘ hinterlassen habe, zu machen und verglich die aktuelle Situation mit der Zeit nach 1918: „Schon die sog. Kriegsschuldfrage von 1914 hatte sich zu einer Spezialwissenschaft ausgewachsen, deren Quellstoff bald kein Mensch mehr vollständig übersah. Heute haben wir es mit einem Vielfachen der damaligen Schuttmassen zu tun.“⁴⁶ Um dieser Aufgabe Herr zu werden, empfahl er die Errichtung eines eigenen „zentralen Forschungsinstitutes“, das sich unter Leitung eines „erfahrenen Fachhistorikers“ an die Aufarbeitung des Aktennachlasses der NS-Zeit machen sollte.⁴⁷ Gegenüber dieser neuen Forschungsaufgabe geriet die Auseinandersetzung mit der ‚Kriegsschuldfrage‘ des Ersten Weltkriegs zunehmend aus dem zeithistorischen Blickfeld, zumal, wie Ritter 1949 in München ausführte, der „Kampf um die sog. ‚Kriegsschuldfrage‘“ in der Weimarer Republik „schließlich zum Welterfolg der deutschen Hauptthesen geführt“ habe.⁴⁸ Alles Wichtige schien auf diesem Feld somit bereits gesagt zu sein: „In der unermesslichen internationalen Spezialforschung“, so Ritter an anderer Stelle, „hat sich die deutsche These, daß von einem lang vorbedachten Überfall der Mittelmächte auf ihre Nachbarn keine Rede sein könne, bald allgemein durchgesetzt.“⁴⁹

Ritter schloss damit 1949 an den historiografischen Abwehrkonsens der Weimarer Republik unmittelbar an. Das allgemeine Bewusstsein, dass die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs hinlänglich geklärt sei, mag auch zu der neuen Begriffsbestimmung von „Zeitgeschichte“ beigetragen haben, mit der Hans Rothfels 1953 die *Viertel-*

⁴⁵Vgl. Schulze, Winfried, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, S. 159ff.

⁴⁶Ritter, Gerhard, *Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 170 (1950), S. 1-22, hier S. 18.

⁴⁷Ebd., S. 19.

⁴⁸Ebd., S. 16.

⁴⁹Ders., *Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1 (1950), S. 81-96, 129-137, hier S. 92.

jahrshefte für Zeitgeschichte eröffnete. Bekanntlich definierte Rothfels, der inzwischen aus den USA in die Bundesrepublik zurückgekehrt war, „Zeitgeschichte“ in doppelter Hinsicht: Zum einen fasste er sie zeitlich fließend als die „Epoche der Mitlebenden“, zum anderen aber chronologisch fixierend als die „neue universalgeschichtliche Epoche“, die „mit den Jahren 1917/18“ begonnen habe.⁵⁰ Für ihn, den 1891 Geborenen, mochten beide Definitionen zusammenfallen; doch es fällt auf, dass die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, mit der sich Rothfels zu Beginn seiner zeitgeschichtlichen Forschung in den 1920er-Jahren so intensiv beschäftigt hatte, aus seiner neuen Epocheneinteilung hinausfällt. Der Erste Weltkrieg war für ihn jetzt, zumindest in seinen Anfängen, lediglich „ein in die Welt verlängerter nationalstaatlicher Konflikt“ des 19. Jahrhunderts. „Erst mit dem eigentümlich zusammengeordneten Doppelereignis, dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und dem Ausbruch der Russischen Revolution, wurde die Konstellation wirklich universal“; erst jetzt, so das Argument von Rothfels, könne von einer echten Epochenschwelle gesprochen werden.⁵¹ Die Einheit der Jahre 1914 bis 1918 wird mit dieser Definition gewissermaßen aufgespalten und die Grenze der „Zeitgeschichte“ mitten in sie hineinverlegt: auf der einen Seite die Vorgeschichte des Krieges und die ersten Jahre des militärischen Konflikts, auf der anderen Seite seine globale Ausweitung und Nachgeschichte.

In letzter Konsequenz bedeutete dies aber die Ausklammerung des Weltkriegs aus der Zeitgeschichtsschreibung: Nur noch seine Nachwirkungen hatten den Zeithistoriker im engeren Sinn zu interessieren, seine Vorgeschichte konnte hingegen getrost der „Vergangenheitsgeschichte“ im Sinne Hashagens übergeben werden. Zugleich

⁵⁰Rothfels, Hans, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 1-8, hier S. 2, 6. Der Begriff des ‚Mitlebenden‘ findet sich übrigens schon bei Hashagen, *Das Studium der Zeitgeschichte* (Anm. 21, S. 12), siehe dazu den Hinweis von Mathias Beer auf der Münchner Rothfels-Tagung im Juli 2003 (Tagungsbericht von Jochen Kirchner: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=278>).

⁵¹Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe* (Anm. 50), S. 6.

ließ sich damit die Frage der Kontinuität vom ‚Zweiten‘ zum ‚Dritten Reich‘ unter der Hand ausblenden: Zeitgeschichtliche Ursachenforschung zum Nationalsozialismus hatte mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zu beginnen, nicht jedoch schon 1914 oder gar mit seiner Vorgeschichte und den innen- und außenpolitischen ‚Krisenherden‘ des Kaiserreichs.⁵² Denn das von Bismarck geschaffene Reich, so hatte Rothfels bereits auf dem Münchner Historikertag 1949 ausgeführt, stehe mit dem Nationalsozialismus in keinerlei Verbindung, vielmehr zeige sich, „daß das Zweite Reich im Entscheidenden und in prinzipieller Grenzsetzung genau gegen all das stand, was das Dritte Reich propagierte oder tat“.⁵³

Mit seiner Rede auf dem Münchner Historikertag wandte sich Rothfels gegen all jene Versuche in- und ausländischer Autoren, die Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus weit in die deutsche Geschichte zurückzuverfolgen und wahlweise Luther, Friedrich den Großen oder Bismarck für das Scheitern des deutschen Nationalstaats im 20. Jahrhundert verantwortlich zu machen.⁵⁴ Ganz ähnlich hatte Gerhard Ritter bereits im Jahr zuvor davor gewarnt, „das Hitlerium als das konsequente Endprodukt in der Entwicklung preußisch-deutschen Staatsdenkens zu betrachten“; vielmehr sei der Nationalsozialismus innerhalb der deutschen Geschichte „etwas grundsätzlich Neues“ gewesen, das „erst nach dem Ersten Weltkrieg“ ebenso „unerwartet in Erscheinung“ trat wie der Faschismus in Italien und der Bolschewismus in Russland.⁵⁵ Insbesondere der Versuch, Hitlers Hegemonialpläne mit den außenpolitischen Bestrebungen des Deut-

⁵²Siehe Conrad, Sebastian, *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan, 1945-1960*, Göttingen 1999, S. 219ff.

⁵³Rothfels, Hans, *Bismarck und das 19. Jahrhundert* (1950), in: Gall, Lothar (Hg.), *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln/Berlin 1971, S. 84-96, hier S. 95.

⁵⁴Vgl. Solchany, Jean, *Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zéro (1945-1949)*, Paris 1997; Eberan, Barbro, *Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945-1949*, München 1983.

⁵⁵Ritter, Gerhard, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948, S. 193f.

schen Reiches im Ersten Weltkrieg in Zusammenhang zu bringen, könne nicht überzeugen: „Daß die deutsche Reichsregierung niemals an Eroberung der Weltherrschaft oder auch nur an gewaltsame Erweiterung der deutschen Grenzen in Europa gedacht hat, braucht man heute der Welt nicht mehr zu beweisen; die rückhaltlose Veröffentlichung ihrer diplomatischen Akten hat es gezeigt [...]“⁵⁶

Vor diesem Hintergrund werden die bestürzten Abwehrreflexe Ritters und anderer deutscher Neuzeithistoriker verständlich, mit denen diese Anfang der 1960er-Jahre auf die Veröffentlichung von Fritz Fischers *Griff nach der Weltmacht* reagierten, schien hier doch die Kriegsschuldfrage der Weimarer Zeit auf die Agenda der „Zeitgeschichte“ zurückgekehrt zu sein. Dabei hatte Fischer in seinem 1961 veröffentlichten Werk nichts anderes getan, als den Kriegszielen des Deutschen Reiches in den Jahren 1914-1918 in einer akribischen Aktenübersicht nachzugehen.⁵⁷ Im Potsdamer Zentralarchiv war er dabei auf das so genannte ‚Septemberprogramm‘ des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg aus dem Jahr 1914 gestoßen, das in Erwartung eines raschen Kriegsendes weitreichende Annexionen in Frankreich und den Beneluxstaaten sowie koloniale Erwerbungen in Zentralafrika vorsah. Deutschland, so legten es die Quellen nahe, war also keineswegs rein defensiv in den allgemeinen Krieg ‚hineingeschlittert‘, sondern hatte von Anbeginn an weitreichende hegemoniale Ziele verfolgt. Als Nachkriegsordnung, so konnte der Hamburger Neuzeithistoriker zeigen, schwebte den verantwortlichen Stellen die Schaffung eines von Deutschland beherrschten ‚Mitteleuropa‘ vor, das sich als Zollverband unter deutscher Führung von Frankreich bis Polen erstrecken sollte.

In seinem Vorwort hatte Fischer ausdrücklich darauf hingewiesen,

⁵⁶Ebd., S. 140.

⁵⁷Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht*. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961; vgl. bereits zuvor Ders., *Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918* (zuerst: HZ 188, 1959), in: Graf Lynar, Ernst W. (Hg.), *Deutsche Kriegsziele 1914-1918. Eine Diskussion*, Frankfurt am Main 1964, S. 18-83.

dass sein Buch weder „Anklage noch Verteidigung“ sei.⁵⁸ Allerdings weise es über seinen Gegenstand hinaus, indem es, wie er schreibt, „bestimmte Denkformen und Zielsetzungen für die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg aufzeigt, die weiterhin wirksam geblieben sind. Von daher gesehen dürfte es auch ein Beitrag zu dem Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg sein“.⁵⁹ Damit war die Frage der Kontinuität zwischen Kaiserreich und ‚Drittem Reich‘, gegen die Rothfels und Ritter Ende der 1940er-Jahre angegangen waren, in die Auseinandersetzung der Historiker zurückgekehrt. Auch wenn Fischer selbst diesen Aspekt in seinem Buch von 1961 nicht weiter verfolgte, trat die Provokation, die von ihm ausging, sofort ins Bewusstsein der Leser: „Unheimlich und unabweisbar“, so reagierte beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung*, erhebe sich im Hintergrund des Buches „die große Frage nach der Kontinuität der deutschen Geschichte von 1890 bis 1945“: „Die Karten, die für den Osten und für den Westen die Kriegsziele 1914/18 anschaulich machen, ähneln erschreckend den Ausarbeitungen, die wir aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 kennen. Was wir gerne als Ausschweifungen einer zügellosen Machtpolitik des Dritten Reiches ansehen, hier ist es vorgezeichnet.“⁶⁰ Noch deutlicher urteilte *Die Zeit*, die in Fischers Werk die These von der deutschen ‚Alleinschuld‘ am Ersten Weltkrieg bestätigt sah, was Fischer in einem Leserbrief allerdings umgehend richtig stellte.⁶¹ Denn von ‚Alleinschuld‘, wie es der *Zeit*-Artikel suggerierte, hatte er in seinem Buch keineswegs gesprochen, wohl aber davon, dass Deutschland die militärische Auseinandersetzung mit Russland und Frankreich bewusst in Kauf genommen habe und damit, so sein Fazit, „einen erheblichen Teil der historischen

⁵⁸Fischer, *Griff nach der Weltmacht* (Anm. 57), S. 11.

⁵⁹Ebd., S. 12.

⁶⁰Knauss, Bernhard, *Deutschlands imperialistische Ziele im Ersten Weltkrieg*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.11.1961.

⁶¹Sethe, Paul, *Als Deutschland nach der Weltmacht griff*. Professor Fischers These von der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg wird noch viele Diskussionen auslösen, in: *Die Zeit*, 17.11.1961; Fritz Fischer, *Die Schuld am Ersten Weltkrieg*, in: ebd., 24.11.1961.

Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“ trage.⁶²

Doch schon diese vorsichtige Äußerung - die Fischer im Laufe der Kontroverse allerdings immer weiter zuspitzte, um schließlich doch davon zu sprechen, „daß im Juli 1914 ein Kriegswille einzig und allein auf deutscher Seite bestand“⁶³ - reichte aus, um mit dem Abwehrkonsens der frühen Kriegsschuldforschung, an die Gerhard Ritter und andere nach dem Zweiten Weltkrieg anzuknüpfen versucht hatten, vollständig zu brechen. So sprach für Ritter aus Fischers Buch letztlich auch nichts anderes als die „Erneuerung der Schuldanklage von Versailles“. Mit Fischers Deutung werde ein „Gipfel“ in der „politisch-historischen Modeströmung unserer Tage“, der „Selbstverdunkelung deutschen Geschichtsbewußtseins“, erreicht.⁶⁴ Selbst Hans Herzfeld, der sich in weit größerem Maße als Ritter von seiner nationalapologetischen Grundeinstellung der 1920er-Jahre gelöst hatte und auf Fischers Forschungsergebnisse zunächst sehr sachlich reagiert hatte,⁶⁵ sah sich veranlasst, deutlichere Töne anzuschlagen und Fischers radikaler „Schwarz-Weiß-Interpretation“ eine Sicht der Dinge entgegenzusetzen, die „nicht nur kritisiert, sondern auch versteht“.⁶⁶ Bei Fischer seien die „Urteilsmaßstäbe“ hingegen „so massiv vereinfachend angesetzt“, dass „die ganze Summe des zähen und erbitterten Ringens um die Vermeidung einer nationalen Katastrophe darüber zu kurz“ komme.⁶⁷ Ganz ähnlich argumentierte schließlich auch Hans Rothfels, der zwar durchaus bereit war, manches der

⁶²Fischer, *Griff nach der Weltmacht* (Anm. 57), S. 97.

⁶³Ders., *Vom Zaum gebrochen - nicht hineingeschlittert. Deutschlands Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: *Die Zeit*, 3.9.1965; vgl. Ders., *Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1965.

⁶⁴Ritter, Gerhard, *Eine neue Kriegsschuldthese. Zu Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“?* (zuerst: HZ 194, 1962), in: Lynar (Hg.), *Deutsche Kriegsziele* (Anm. 57), S. 121-144, hier S. 144.

⁶⁵Herzfeld, Hans, *Zur deutschen Politik im Ersten Weltkriege. Kontinuität oder permanente Krise?* (zuerst: HZ 191, 1960), in: Lynar (Hg.), *Deutsche Kriegsziele* (Anm. 57), S. 84-101.

⁶⁶Ders., *Die deutsche Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 11 (1963), S. 224-245, hier S. 244f.

⁶⁷Ebd., S. 239.

frühen Kriegsschuldforschung der Weimarer Zeit in Frage zu stellen, aber doch „keineswegs so weitgehend[,] wie es eine neue, nunmehr von einem deutschen Historiker vertretene Kriegsschuldanklage will“.⁶⁸

Trotz der abwehrenden Haltung nahezu aller führenden Zeithistoriker der Bundesrepublik, ja selbst der Einschaltung politischer Instanzen,⁶⁹ setzten sich Fischers Thesen aus *Griff nach der Weltmacht* im Laufe der 1960er-Jahre vor allem in der jüngeren Generation, die selbst keinerlei Erfahrung mit dem Ersten Weltkrieg mehr verband, zunehmend durch. Die zentrale Bedeutung der Fischer-Kontroverse, die zu Recht als eine „Schlüsseldebatte“ der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung gelten kann,⁷⁰ liegt jedoch nicht in der Erneuerung der ‚Kriegsschuldfrage‘, sondern darin, dass sie die Frage der Kontinuität wieder auf die Tagesordnung gesetzt und damit die „Zeitgeschichte“ über das Jahr 1917 hinaus in die Geschichte des Kaiserreichs zurückgeführt hat. Diesen Impuls haben dann vor allem jüngere Historiker wie Wolfgang J. Mommsen und Hans-Ulrich Wehler Ende der 1960er-Jahre aufgegriffen, die Fischers engen politikgeschichtlichen Ansatz u.a. im Rückgriff auf die frühen Arbeiten Eckart Kehrs um sozialgeschichtliche Zugänge erweitert und so die Diskussion um den deutschen ‚Sonderweg‘ vom Kaiserreich bis in das ‚Dritte Reich‘ neu eröffnet haben.⁷¹

⁶⁸Rothfels, Hans, *Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren*, in: Flitner, Andreas (Hg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen*, Tübingen 1965, S. 90-107, hier S. 96.

⁶⁹So sperrte das Auswärtige Amt 1964 die Gelder für eine Vortragsreise Fischers in die USA; vgl. Jarausch, Konrad H., *Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse*, in: Sabrow, Martin; Jessen, Ralph; Große Kracht, Klaus (Hgg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 20-40; siehe auch: Große Kracht, Klaus, *Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus*, in: *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte* 10 (2003), S. 224-252.

⁷⁰Böhme, Helmut, *„Primat“ und „Paradigmata“*. Zur Entwicklung einer bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung am Beispiel des Ersten Weltkrieges, in: Lehmann, Hartmut (Hg.), *Historikerkontroversen*, Göttingen 2000, S. 87-139, hier S. 96.

⁷¹Vgl. u.a. Mommsen, Wolfgang J., *Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914*, in: *Central European History* 6 (1973), S. 3-43; Wehler, Hans-Ulrich, *Das Deut-*

Klaus Große Kracht

Der Bann der frühen Kriegsschuldforschung wurde in der Bundesrepublik somit erst Ende der 1960er-Jahre endgültig gebrochen,⁷² und zwar von einer Generation, die selbst nicht mehr zu den ‚Mitlebenden‘ der Jahre zwischen 1914-1918, der eigentlichen ‚Frontgeneration‘, gehörte. Heute spielt die ‚Kriegsschuldfrage‘ kaum noch eine Rolle in der Erforschung des Ersten Weltkriegs, die sich zunehmend auf kultur- und sozialgeschichtliche Fragestellungen konzentriert und sich von moralischen Bewertungsmaßstäben, die in der Fischer-Kontroverse noch für hitzige Debatten sorgten, getrennt hat.⁷³ Geblieben ist allerdings die Frage, ob der Erste Weltkrieg noch zur Epoche der „Zeitgeschichte“ zählt oder schon Teil einer reinen „Vergangenheitsgeschichte“ ist. Denn ebenso wenig wie 1945 waren die Jahre 1917/18 eine ‚Stunde Null‘, von der aus sich die „Zeitgeschichte“ chronologisch fixieren lassen könnte. Die historiografischen Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs können auf jeden Fall nicht ohne einen Blick auf die Debatten um seine Vorgeschichte geklärt werden.

Dr. Klaus Große Kracht

Zentrum für Zeithistorische Forschung

Am Neuen Markt 1

14467 Potsdam

Zitierempfehlung:

Klaus Große Kracht, Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiografische Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-GKracht>>

sche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973.

⁷²Zur ostdeutschen Rezeption der Thesen Fischers siehe: Stibbe, Matthew, The Fischer Controversy over German War Aims in the First World War and its Reception by East German Historians, 1961-1989, in: The Historical Journal 46 (2003), S. 649-668.

⁷³Vgl. Mommsen, Wolfgang J., Der große Krieg und die Historiker. Neue Wege der Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg, Essen 2002.

Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg: Kriegserfahrungen in Deutschland Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich von Gerhard Hirschfeld

Über Geschichtsschreibung zu den beiden Weltkriegen in einem zeitlich begrenzten Vortrag¹ zu handeln, ist ein vermessenes, vielleicht sogar ein hoffnungsloses Unterfangen. Bereits Anfang der 1980er-Jahre schätzte Andreas Hillgruber die Zahl der Publikationen, die sich allein mit dem Zweiten Weltkrieg befassen, auf mehr als 60.000 Monografien, Aufsätze und Dokumentenwerke.² Kein Historiker, nicht einmal ein Forschungsinstitut oder eine -bibliothek, ist heute noch in der Lage, die international publizierte Literatur auch nur annähernd vollständig zu erfassen, geschweige denn auszuwerten. Es überrascht daher nicht, dass sich kaum eines der nach 1945 in zahlreichen Ländern gegründeten zeitgeschichtlichen Institute und Dokumentationszentren explizit mit der Geschichte *beider* Weltkriege beschäftigt hat: in der Regel stand die unmittelbar zurückliegende Katastrophe des Faschismus bzw. Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg im Zentrum der nationalen Forschungen. Erst in jüngster Zeit richtet sich der Fokus einiger dieser „Zweiter-Weltkriegs-Institute“ (u.a. in Amsterdam und Brüssel) ansatzweise auch auf die „Urkatastrophe Europas“ – wie der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan den Ersten Weltkrieg zutreffend genannt hat.³

Auch in der universitären Geschichtswissenschaft - zumindest der deutschen - lässt sich diese Trennung stets noch aufzeigen: die Zäsur von 1918/19 markiert nicht nur eine Epochengrenze, sondern weist

¹Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags am Willy-Brandt-Zentrum der Universität Breslau (23.6.2003) und am Deutschen Historischen Institut Warschau (25.6.2003).

²Hillgruber, Andreas, Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur, Düsseldorf 1982.

³Kennan, George F., Bismarcks europäisches System in der Auflösung: die französisch-russische Annäherung 1875-1890, Frankfurt am Main 1981, S. 12.

– häufig genug – Lehrenden wie Forschenden ihre jeweiligen Betätigungsfelder zu: hier die Neuere Geschichte, dort die Zeitgeschichte. Das Ergebnis war (und ist) immer noch eine ständig zunehmende Spezialisierung und Differenzierung der Forschungsinteressen und -themen, die eine historische Betrachtung der beiden Weltkriege als aufeinander zu beziehende Ereignisse bislang weitgehend unmöglich machten. Erst vor dem Hintergrund der jüngeren Darstellungen und Diskussionen über das „kurze 20. Jahrhundert“ (von 1914 bis 1989/90) mit seinen Brüchen und Kontinuitäten, seinen Katastrophen und Krisen, haben einige Historiker und Historikerinnen damit begonnen, die Weltkriege und die dazwischen liegende Zeit des *inter-bellum* als eine Einheit zu betrachten: Das Wort vom *zweiten Dreißigjährigen Krieg* macht die Runde.⁴ Dieses vorsichtige Zusammenführen der beiden globalen Großereignisse wiederum führt inzwischen dazu, dass nun auch singuläre historische Entwicklungen und Strukturen im Verlauf der Weltkriege aufgegriffen und in komparativer Absicht analysiert werden.⁵ Allerdings gilt dies bislang weniger für die politischen und militärischen Ereignisse oder die ökonomischen Verhältnisse als für das alltägliche Verhalten der Menschen in den Kriegsgesellschaften (und zwar sowohl an der Front wie in der Heimat), für die kulturellen Veränderungen unter den Bedingungen des Krieges oder für den Umgang mit Krieg und Gewalt in den jeweiligen Nachkriegsdebatten – mithin allesamt Themen, die wir historiografisch der Alltags-, Mentalitäts- oder auch der Kulturgeschichte des Krieges zuordnen. Voraussetzungen für diese erweiterte Sicht war ein (inzwischen häufig erwähnter) Paradigmenwechsel in der historischen Forschung zu den Weltkriegen, wie er sich seit der Mitte der 1980er-Jahre vollzogen hat – zunächst für den Ersten und dann mit ei-

⁴Zuletzt betont dies Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. XIX.

⁵Vgl. hierzu Audoin-Rouzeau, Stéphane; Becker, Annette; Ingrao, Christian; Rousso, Henry (Hgg.), La Violence de guerre 1914-1945. Approches comparées des deux conflits mondiaux, Paris 2002.

ner gewissen zeitlichen Verzögerung auch für den Zweiten Weltkrieg. Im Mittelpunkt dieser Annäherungen an den Krieg standen (und stehen) das so genannte *Kriegserlebnis* und die *Kriegserfahrungen* der Menschen.

Im Folgenden werde ich versuchen, die Gründe zu benennen, die zu diesem Paradigmenwechsel in der Weltkriegsforschung geführt haben und einige der Themenbereiche und methodischen Ansätze aufzeigen, mit denen sich inzwischen (nicht nur deutsche) Historiker und Historikerinnen beschäftigen. Im zweiten Teil dieses Vortrags stelle ich die Frage nach möglichen und sinnvollen Vergleichsebenen für eine gemeinsame analytische Betrachtung beider Weltkriege.

Zunächst eine Vorbemerkung: Die Weigerung mancher deutscher Historiker, sich auf einen parallelen Diskurs über analoge Themen der Weltkriege einzulassen, hat – worauf des Öfteren entschuldigend hingewiesen wird – nur wenig mit dem divergierenden Stellenwert der Kriege in der kollektiven Erinnerung der Europäer zu tun. Allerdings werden die beiden Weltkriege von der Mehrheit der Deutschen höchst unterschiedlich wahrgenommen. Sowohl im „kulturellen“ wie im „kommunikativen“ Gedächtnis (Jan Assmann) der heute lebenden Deutschen haben die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs jene des Ersten inzwischen nahezu völlig verdrängt: ähnlich übrigens wie in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wo der „Große Vaterländische Krieg“ allein schon durch die unermessliche Zahl seiner Opfer die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg weit hin überlagert hat. Dies gilt aus unterschiedlichen Gründen auch für einige andere Länder, die im Ersten Weltkrieg abseits standen wie etwa die Niederlande.⁶ Das deutsche und das russische Gedächtnis verhält sich hier ganz anders als dasjenige der Menschen in Frankreich und insbesondere in Großbritannien (oder auch der ehemaligen Dominions Kanada, Australien und Neuseeland), wo der Erste Weltkrieg noch stets als der „Große Krieg“ (*La Grande Guerre* bzw. *The*

⁶Vgl. Brands, M. C., *The Great War die aan ons voorbijging. De blinde vlek in het historische bewustzijn van Nederland*, in: *Het belang van de Tweede Wereldoorlog*, Den Haag 1997, S. 9-20.

Great War) wahrgenommen wird. Wer einmal englischen Schulklassen in Flandern oder an der Somme begegnet ist, der ist immer wieder überrascht von der Ernsthaftigkeit und dem ausgeprägten Interesse, mit denen sich die Urenkel der Kriegsgeneration den britischen Gedächtnisorten und Schauplätzen der verlustreichsten Schlachten des Ersten Weltkriegs nähern.

Auf dem Weg zu einer Kulturgeschichte der Kriegserfahrung

Während der Erste Weltkrieg für die Mehrheit der Deutschen nach 1945 zunehmend im Schatten von Nationalsozialismus und Holocaust verschwand, hat er für ihre Historiker niemals seine zentrale Rolle in der modernen deutschen und europäischen Geschichte eingebüßt. Allerdings galt es für die westdeutschen Historiker erst, die „Burgsicherungsmentalität“ (Wolfgang Jäger) einer älteren, national geprägten Historikergeneration zu überwinden, ehe eine ernsthafte und kritische Befassung mit dem Ersten Weltkrieg einsetzen konnte.⁷ Mir scheint, dass die Weltkriegsforscher der DDR, ungeachtet ihrer einseitigen Orientierungen an einer marxistischen Sicht der Weltläufe, hierbei zumindest eine Zeit lang die (Forscher-)Nasen vorn hatten.⁸ Erst die Fischer-Kontroverse zu Beginn der 1960er-Jahre, der erste große „Historikerstreit“ in der deutschen Nachkriegsgeschichte, führte schließlich zu einer nachhaltigen Beschäftigung der westdeutschen Historiker mit dem Ersten Weltkrieg.⁹ Fritz Fischers Thesen, die bekanntlich von der überwiegenden Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkrieg ausgingen, bewirkten neben aller Polemik zugleich einen mächtigen Forschungsschub. Das Bild des deutschen „Weltmachtsstrebens“, des „Griffs nach der Weltmacht“, geriet zu-

⁷Krumeich, Gerd; Hirschfeld, Gerhard, *Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg*, in: Dies., Irina Renz (Hgg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 304-315

⁸Klein, Fritz, *Die Weltkriegsforschung der DDR*, in: ebd., S. 316-319.

⁹Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961; vgl. Jarausch, Konrad H., *Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse*, in: Sabrow, Martin; Jessen, Ralph; Große Kracht, Klaus (Hgg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 9-40.

nehmend plastischer: Insbesondere die innenpolitischen und strukturellen Voraussetzungen des aggressiven Charakters der Wilhelminischen Gesellschaft wurden von der Forschung nun zunehmend vertieft.

Diese strukturalistisch-sozialgeschichtliche Sicht bildete in den 1970er-Jahren gleichsam auch die Matrix der wichtigsten Studien über den Ersten Weltkrieg selber. Naturgemäß standen dabei die Organisation der Kriegswirtschaft im Zentrum, aber auch Ursache und Auswirkung der kriegsbedingten Inflation, die Beziehungen auf dem Arbeitssektor sowie allgemein die politischen und ökonomischen Krisen innerhalb der deutschen Gesellschaft als Folge des Krieges. Die beiden wichtigsten und zugleich einflussreichsten Arbeiten dieser Forschungsperiode waren zweifellos die Arbeit des amerikanischen Historikers Gerald D. Feldman über „Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918“¹⁰ sowie Jürgen Kockas brillante, wenngleich in ihrer theoretischen Bezogenheit leicht überfrachtete Studie über die deutsche „Klassengesellschaft im Krieg“.¹¹ Kockas Studie ist ein besonders treffendes Beispiel für das in den 1970er-Jahren einflussreiche Konzept der „historischen Sozialwissenschaft“ mit ihrer -vielleicht sogar notwendigen - Einseitigkeit in Bezug auf die von ihr aufgeworfenen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen.

Seit der Mitte der 1980er-Jahre lässt sich jedoch eine sehr unterschiedliche Herangehensweise der Historiker an die Geschichte des Ersten Weltkriegs beobachten: In dieser Zeit begann die Rückkehr des Individuums auf die historische Bühne und die Entdeckung des methodischen Ansatzes der so genannten „Alltagsgeschichte“ durch die Weltkriegshistoriker. „Alltag“ ist natürlich kein exakter wissenschaftlicher Begriff, eher handelt es sich hierbei um eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Ausprägungen der alltäglichen Er-

¹⁰Dt.: Feldman, Gerald D., *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918*, Berlin 1985.

¹¹Kocka, Jürgen, *Klassengesellschaft im Krieg*. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973.

fahrung von Menschen.¹² Die Vertreter des Konzepts der „Alltagsgeschichte“ sprachen von einem Ansatz „radikaler Pluralität“ ohne theoretische und methodische Überfrachtung.¹³ Nicht von ungefähr wurden sie von ihren Kritikern, darunter den Vertretern der „historischen Sozialwissenschaft“ Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka, wegen ihres Verzichts auf eine explizite theoretische Fundierung als „Barfuß-Historiker“ bezeichnet, für die emotionale Hinwendung zu den Menschen oftmals kritische Reflexion und Analyse ersetzte.¹⁴ Für die Weltkriegsforscher war die Aneignung der methodischen Konzepte einer „Geschichte von unten“, wie die Alltagsgeschichte gern charakterisiert wurde, aber nicht nur ein wissenschaftlicher Reflex auf eine methodische Neu-Orientierung eines Teils der Geschichtswissenschaft. Der damals einsetzende Paradigmenwechsel war auch das Ergebnis eines tief empfundenen Unbehagens mit den bisher beschrittenen historiografischen Wegen: der Politik- und Diplomatiegeschichte und ihrer Betonung der Rolle der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten oder dem Ansatz der „historischen Sozialwissenschaft“, die sich mit ökonomischen und sozialen Strukturen beschäftigte, wobei jedoch das Individuum zumeist in einer abstrakten sozialen Gruppe oder Klasse verschwand. Trotz der zweifellos vorhandenen Wertschätzung sozialhistorischer Konzepte und Ansätze war der Haupteinwand, den die Alltags- und Mentalitätshistoriker gegenüber einer reinen Strukturgeschichte erhoben, dass diese weithin eine „Geschichte des Krieges ohne den Menschen“ (Gerd

¹²Vgl. Peukert, Detlev, *Arbeiteralltag – Mode oder Methode?*, in: Haumann, Heiko (Hg.), *Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung*, Berlin 1982, S. 8-10; Ders., *Alltagsgeschichte – eine andere Perspektive*, in: Ders., *Volksgruppen und Gemeinschaftsfremde*, Köln 1982, S. 21-26.

¹³Vgl. Lindenberger, Thomas; Wildt, Michael, *Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 29 (1989), S. 393-411; vgl. auch Steinbach, Peter, *Geschichte des Alltags – Alltagsgeschichte*, in: *Neue Politische Literatur* 31 (1986), S. 249-273.

¹⁴Vgl. hierzu Lindenberger, Thomas, „Alltagsgeschichte“ oder: Als um die zünftigen Grenzen der Geschichtswissenschaft noch gestritten wurde, in: Sabrow, Jessen, *Große Kracht* (Hg.), *Zeitgeschichte* (wie Anm. 9), S. 74-91.

Krumeich) sei.¹⁵ Strukturgeschichte sei nicht in der Lage, sich mit dem wichtigsten Gegenstand der Geschichte angemessen auseinanderzusetzen, dem Menschen, und sie habe einen zentralen Aspekt der menschlichen Erfahrung des Krieges vernachlässigt, das so genannte „Kriegserlebnis“.

Was verstanden nun diese Historiker und Historikerinnen unter dem „Kriegserlebnis“? Die Antworten wurden von ihnen zumeist in der Form erkenntnisleitender Fragen formuliert: Wie erlebten die Menschen aller Schichten - die Soldaten an der Front wie auch Frauen, Männer und Kinder in der Heimat - den Krieg? Welche Auswirkung und Bedeutung hatte der Krieg für das Leben dieser Menschen? Bis zu welchem Ausmaß beeinflusste er ihr gesellschaftliches Verhalten, ihre Überzeugungen und Wahrnehmungen, etwa die direkte Erfahrung von Überleben und Sterben? Hat der Krieg neue soziale Gegensätze geschaffen oder bestätigte er nur den bestehenden gesellschaftlichen Status? Oder sehr viel konkreter gefragt: Was bedeutete die Trennung der Soldaten von ihren Familien? Wie gestaltete sich das Familienleben ohne den Vater, den Ehemann? Welche Rollen wurden den Frauen innerhalb und außerhalb der Familie zugewiesen? Brachte der Krieg für sie - wie gerne behauptet wird - einen Zugewinn an gesellschaftlicher und politischer Emanzipation? Oder stärker in die politische Wahrnehmungs- und Erfahrungsebene hineinleuchtend: Welches Bild von den Weltkriegsfeinden existierte in der Bevölkerung und welche Mechanismen zu seiner Stabilisierung waren hierfür notwendig? War dies nur ein Ergebnis der staatlichen Propaganda oder wirkten sich hier längerfristige Perzeptionen und Überzeugungen aus? Oder in Bezug auf die Geschichte nach 1918: An welche Ereignisse erinnerten sich später die Menschen und wie gingen sie mit dieser Erinnerung unter den Bedingungen der Nachkriegsgesellschaft um? Dies sind nur einige der Fragen und Themen,

¹⁵Vgl. hierzu im Weiteren Krumeich, Gerd, *Kriegsgeschichte im Wandel*, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hgg.), „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993, S. 11-21.

mit denen sich die neue Generation der Weltkriegshistoriker seit Mitte der 1980er-Jahre beschäftigt hat.

Diese neue Perspektive auf das „Kriegserlebnis“, die sowohl die Erfahrungen der Schützengräben als auch die der „Heimatfront“ darzustellen trachtete, hatte wenig gemein mit jenem soldatischen Blick auf das Kriegserlebnis, der die literarischen und politischen Romane der Weimarer Zeit beherrschte. Zwischen Ernst Jüngers Tagebuch-Beschreibungen des stahlgewitternden Krieges und seiner literarischen Schöpfung eines „Neuen Menschen“ (mithin des kämpfenden Mannes) auf dem Schlachtfeld und der empirischen Rekonstruktion der Kriegswirklichkeit durch die Alltagshistoriker liegen Welten - ganz zu schweigen von Jüngers radikal-ästhetischen und auch politischen Auffassungen. Die Mehrheit der Kriegsteilnehmer konnte sich wohl kaum mit dem von ihm propagierten Draufgängertum der „Fürsten des Grabens mit den harten, entschlossenen Gesichtern, tollkühn, geschmeidig vor- und zurückspringend, mit scharfen, blutdürstigen Augen, Männer, die ihrer Stunde gewachsen waren und die kein Bericht nennt“, identifizieren, wie Jünger die Soldaten an der Westfront in seinem frühen Werk „In Stahlgewittern“ zu charakterisieren suchte.¹⁶ Jüngers heroische Deutung war mithin nicht kommunizierbar: sie war eine ideologische Verzerrung des tatsächlichen Geschehens, das sich - wie Wolfgang J. Mommsen dies formuliert hat - „ohnehin nahezu jeder literarischen Artikulation entzog“.¹⁷ Ebenso deutlich ist, dass es ein einheitliches soldatisches Kriegserlebnis nicht gegeben hat. Gefahren und Entbehrungen, Tod und Verwundungen, Gefangenschaft und Heimkehr waren höchst ungleich verteilt und der jeweiligen Situation und den Umständen geschuldet. Jeder Soldat hatte gewissermaßen sein eigenes Kriegserlebnis, das sich erst in der Summe und damit in der notwendigen Repräsentativität für den Historiker erschließt.

¹⁶Jünger, Ernst, *In Stahlgewittern*, in: *Sämtliche Werke: Tagebücher I. Der Erste Weltkrieg*, Bd. 1, Stuttgart 1978, S. 226.

¹⁷Mommsen, Wolfgang J., *Der Große Krieg und die Historiker: Neue Wege der Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg*, Essen 2002, S. 28.

Die zu Beginn des Krieges weithin propagierten Ideale der individuellen Tapferkeit und des selbstlosen Einsatzes für das Vaterland wurden rasch obsolet; gefragt waren stattdessen Leidensfähigkeit und Durchhaltevermögen unter extremen und widrigsten Verhältnissen. Der heldenhafte Kampf unter den Bedingungen des Stellungskriegs reduzierte sich auf die Erfahrung von Kälte, Schlamm und Nässe, auf das Ertragen von Ungeziefer und Krankheiten und die verzweifelten Versuche, dem feindlichen Artillerie- und Schrapnellbeschuss zu entkommen. Angesichts des weithin anonymen Massensterbens verlor der Tod des Einzelnen seine ihm zugeschriebene Sinnhaftigkeit auch deshalb, weil die Körper der Gefallenen häufig bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den Beschreibungen des „Kriegserlebnisses“ durch die Literaten des Ersten Weltkrieges und der Vorgehensweise der neuen Generation von Weltkriegshistorikern und -historikerinnen betrifft den Umgang mit den Quellen, den Tagebüchern und Erinnerungen, den Bildern und Fotografien sowie vor allem den Kriegsbriefen, die in beiden Richtungen - also zwischen Front und der Heimat - versandt wurden, der so genannten „Feldpost“. Vor allem die Entdeckung der Soldatenbriefe als einer bis vor Kurzem noch weithin ungesicherten *popularen* historischen Quelle erwies sich als wichtige Informationsgrundlage. Feldpostbriefe, wie sie sich zu Tausenden in den Archiven des Londoner *Imperial War Museum* oder der *Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte* finden, stellen eine bedeutende Quelle für die Erforschung der Mentalitäten breiter Bevölkerungsschichten unter den Bedingungen der totalen Mobilisierung und industriellen Kriegführung dar, wie der Tübinger Historiker Aribert Reimann in einem Vergleich zwischen deutscher und englischer Feldpost aufgezeigt hat.¹⁸

Die Heranziehung privater Briefe zur Rekonstruktion des „Kriegsalltags“ (Peter Knoch) ist unerlässlich, um jene Menschen

¹⁸Aribert Reimann, *Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur historischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkriegs*, Essen 2000.

zum Sprechen zu bringen, die ansonsten stumm geblieben wären. Ihre Erlebnisse wie auch ihre Ängste, Hoffnungen und Träume sind normalerweise nicht zugänglich. Einfache Soldaten, Bauern, Arbeiter und Angestellte aber wurden nun im Krieg angehalten - die Soldaten sogar in regelmäßigen Abständen durch die so genannte „Schreibstunde“ an der Front und in der Etappe - über ihre individuellen Erfahrungen und Erlebnisse Rechenschaft abzulegen oder sich einfach nur mitzuteilen. Natürlich gab es eine militärische Zensur, aber diese hatte auf die Art und Weise, wie Soldaten mit der Heimat kommunizierten, relativ geringe Auswirkungen - wie dies der Berliner Historiker Bernd Ulrich in seiner Studie über die „Feldpost“ im Ersten Weltkrieg gezeigt hat.¹⁹ Doch für den Historiker gibt es andere, vor allem methodische Probleme beim Umgang mit dieser Quellenart. Das offenkundige Unvermögen mancher Soldaten, sich angemessen zu artikulieren, oder aber die Absicht der Schreiber, ihren Familien den Horror des Krieges zu ersparen, zwingt den Historiker, der sich mit derartigen populären Quellen beschäftigt, gelegentlich auch einmal „zwischen den Zeilen“ zu lesen oder einzelne Aussagen in den größeren Kontext kollektiven Verhaltens zu stellen. Aribert Reimann hat zudem auf den Umstand verwiesen, dass das jeweilige Kriegserlebnis nicht nur vom Verlauf des Krieges oder den Bedingungen in der militärischen Gruppe abhängig war, sondern dass sich in den Briefen deutlich auch schichten- bzw. klassenspezifische Auffassungen widerspiegeln: So waren die von ihm herangezogenen englischen Kriegsbriefe als Folge der unterschiedlichen Rekrutierungspraxis wesentlich stärker mittelschichtsbezogen als die der deutschen Soldaten.²⁰

Entsprechende Dokumentationen existieren natürlich auch für das „Alltagsleben“ an der „Heimatfront“, so in den Briefen und auch Tagebuchaufzeichnungen von Ehefrauen und Kindern, die den Gatten und Vater über die Ereignisse daheim auf dem Laufenden hal-

¹⁹Ulrich, Bernd, *Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933*, Essen 1997, Kap. II.

²⁰Reimann, *Große Krieg der Sprachen* (Anm. 18), S. 21f.

ten wollten. Private Briefe sind somit - neben Tagebüchern, Fotos und Frontzeitungen - die wichtigste Quellenbasis für die neue historiografische Annäherung an die Alltagsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Doch ganz so neu, wie sie sich vermutlich heute für den Laien ausnehmen, sind derartige private Quellen keineswegs. Die zuerst 1916 publizierte Briefsammlung des Freiburger Germanistikprofessors Philipp Witkop „Kriegsbriefe gefallener Studenten“ stieß nach 1928 sowohl in Deutschland als auch - dank zahlreicher Übersetzungen - nach 1929 im Ausland auf ein auflagenstarkes Echo.²¹ Eine vergleichbare Sammlung von Kriegsbriefen gefallener Soldaten entstand Ende der 1920er-Jahre, vermutlich unter dem Eindruck der Witkop-schen Edition, in England (Sammlung Laurence Housman).²²

Eine große Bedeutung kommt in der deutschen Alltags- und Mentalitätsgeschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg inzwischen den lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen zu. Einige dieser Arbeiten untersuchen die sich verändernden Lebensbedingungen während des Krieges, nicht zuletzt auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern angesichts einer wachsenden Distanz zwischen Heimat und Front. Andere widmen sich den unterschiedlichen Phasen des Krieges, wobei vor allem der Kriegsausbruch intensive Beachtung fand. So wurde etwa der alte „Topos“ von einem einheitlichen „Augusterlebnis“ inzwischen grundsätzlich in Frage gestellt, bzw. erheblich differenziert. Tatsächlich kann von einer sorglosen „Begeisterung“ für den Krieg höchstens für den Bereich der anonymisierten Lebenswelt der Großstädte die Rede sein. Studien zum ländlichen Raum (Bayern) oder zu den Grenzregionen (Freiburg) weisen aus, dass die öffentliche Stimmung bereits in den ersten Tagen des Krieges starken Spannungen unterworfen war, die wiederum von örtlichen Gegebenheiten und schichtenspezifischen Bedingungen geprägt

²¹Vgl. Hettling, Manfred; Jeismann, Michael, Der Weltkrieg als Epos. Philipp Witkops „Kriegsbriefe gefallener Studenten“, in: Hirschfeld, Krumeich, Renz (Hgg.), „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“ (Anm. 15), S. 175-198.

²²Jakob, Neil, Kriegsbriefe, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg (Anm. 7), S. 631f.

waren.²³

Die Historiografie der Mentalitäten und Alltagskultur wird seit einiger Zeit modifiziert und erweitert durch eine auch im internationalen Kontext inzwischen florierende „Kriegskultur“-Forschung. Im großen Thema der „Kriegskulturen“ fließen Mentalitäten, Erfahrungswelten, Propaganda und Ideologie wieder stärker zusammen, als dies in der genuinen „Kriegserlebnis-Forschung“ der 1980er-Jahre der Fall war. Hierbei kann es sowohl um die Rolle der Intellektuellen, Wissenschaftler und Künstler im Krieg gehen als auch um die Ausformungen einer ganz spezifischen „Kriegsbewältigungs-Kultur“, wie sie inzwischen in einigen Studien über Formen der Trauer und/oder der kulturellen Verarbeitung des Weltkriegs, seiner Erinnerungsgeschichte, thematisiert worden sind. Zentrale Anstöße kamen dabei von dem amerikanischen Historiker George L. Mosse, dessen Arbeiten zum „Kult der Gefallenen“ und zum „Mythos des Kriegserlebnisses“ insbesondere auch in Deutschland (und Italien) starke Beachtung fanden.²⁴ Bedauerlicherweise hat die mutmaßlich bedeutendste Studie auf diesem Feld, die Muster kollektiver Wahrnehmungen, literarische Verarbeitungen und private Alltagserfahrungen verbindet - das viel gepriesene Werk des amerikanischen Literaturwissenschaftlers Paul Fussell - in Deutschland bislang keine Nachahmer gefunden.²⁵ Gleichwohl scheint mir die Auseinandersetzung mit den Artefakten des Krieges und der Nachkriegszeit, den Bildern und Mythen, den „Gedächtnisorten“ (Pierre Nora), aber auch den steingewordenen Erinnerungen und Denkmälern inzwischen auf einen guten Weg gebracht. Insbesondere die Arbeiten von Reinhart Koselleck, Michael Jeismann und Sabine Behrenbeck sind überzeugende Beispiele für eine gelungene Darstellung der sich in Deutschland nach dem Ende

²³Vgl. hierzu Ziemann, Benjamin, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997; Geinitz, Christian, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914, Essen 1998.

²⁴Mosse, George L., Gefallen für das Vaterland: nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993.

²⁵Fussell, Paul, The Great War and Modern Memory, London 1975.

des Weltkrieges vollziehenden Auseinandersetzung mit den Symbolen von Massentod und Gewalterfahrung.²⁶ Gleiches kann für die Dokumentation der intellektuellen und ästhetischen Verarbeitungen der Kriegserfahrungen durch die Gelehrten, Schriftsteller und Künstler gelten, wo über den Kreis der literarischen und kulturellen Eliten hinaus nun auch weniger bedeutende, aber gleichwohl wirkungsmächtige Personen in Augenschein genommen werden.

Ebenen vergleichender Weltkriegsforschung

Verglichen mit dem Quantensprung in der Erforschung des Ersten Weltkriegs in Deutschland in den beiden Jahrzehnten nach der Fischer-Kontroverse nahmen sich die Entwicklungen in der Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg zunächst relativ bescheiden aus. Zu Recht haben Thomas Kühne und Benjamin Ziemann jüngst noch einmal darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf methodische und auch konzeptionelle historiografische Neuerungen der Zweite Weltkrieg lange Zeit im Windschatten früherer Kriege und Epochen gestanden habe.²⁷ Weder die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Europa noch der rassenideologische Vernichtungskrieg im Osten gehörten zu jenen Forschungsfeldern, über die in den 1980er-Jahren (auch nicht im so genannten „Historikerstreit“) öffentlich kontrovers debattiert wurde. In Ian Kershaws (gleichwohl vorzüglichem) Aufriss der Geschichtsinterpretationen und Kontroversen zum NS-Staat blieb der Zweite Weltkrieg sogar weitgehend ausgespart:²⁸ Der Krieg war historiografisch gleichsam zum Annex einer Betrachtung der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1939 geraten, seine Dimensionen und Grausamkeiten illustrierten einmal mehr den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes und

²⁶Koselleck, Reinhart; Jeismann, Michael (Hgg.), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994; Behrenbeck, Sabine, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Vierow 1996.

²⁷Vgl. Kühne, Thomas; Ziemann, Benjamin, *Militärsgeschichte in der Erweiterung. Konjunkturen, Interpretationen, Konzepte*, in: Dies. (Hgg.), *Was ist Militärsgeschichte?*, Paderborn 2000, S. 9-46.

²⁸Kershaw, Ian, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg 1988.

seines „Führers“. Ungeachtet der damals begonnenen oder bereits erschienenen internationalen Enzyklopädien und nationalen Gesamtdarstellungen des Weltkrieges schien der Krieg in der Wahrnehmung der meisten Historiker immer noch ein singuläres Dasein zu führen. Die informativen und gründlichen Forschungen außeruniversitärer historischer Einrichtungen in diesem Bereich - so etwa das Ende der 1970er-Jahre begonnene Großprojekt des *Militärsgeschichtlichen Forschungsamtes* in Freiburg (heute Potsdam) „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ - wurden als Handbücher und Referenz dankbar angenommen, ohne dass sich hieraus zunächst wissenschaftliche Herausforderungen für die Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs ableiteten.²⁹

Dies war im Übrigen keine ausschließlich auf Deutschland beschränkte Sicht. Auch in den westeuropäischen Geschichtsdarstellungen über die deutsche Besatzungsherrschaft und die Reaktion der Bevölkerungen stellte sich häufig ein eigentümlicher Paralleldiskurs ein: zwischen den endogenen Ereignissen als Konsequenzen eines zunehmend brutaler agierenden Okkupationsregimes einerseits und den exogenen Bedingungen eines zumeist fernen Krieges andererseits, dessen Auswirkungen auf die Menschen zur Erklärung ihres Verhaltens jedoch kaum betrachtet wurden. Diese Sichtweise trug nicht zuletzt zu der (vor allem, aber nicht nur in Frankreich, den Niederlanden und anderen west- und nordeuropäischen Ländern) jahrzehntelang vorherrschenden Dichotomie von Widerstand und Kollaboration, von Weiß und Schwarz ungeachtet aller Grautöne bei.

Erst allmählich setzte sich seit Beginn der 1990er-Jahre in der deutschen wie internationalen Geschichtsschreibung eine veränderte Sicht des Zweiten Weltkriegs durch. In dem Maße, in dem die Historiker nach der gesellschaftlichen Basis des nationalsozialistischen Krieges zu fragen begannen, öffneten sie sich für eine weiter gehende Betrachtung des Weltkrieges jenseits der Rekonstruktion ereignis-

²⁹Militärsgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1979. Bis 2003 sind insgesamt sieben Bände samt div. Teilbänden erschienen.

und ideengeschichtlicher Zusammenhänge sowie der militärisch-operativen Abläufe.³⁰ Begünstigt wurden diese Forschungstendenzen zum einen durch die „Verlängerung“ einiger sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Untersuchungen über die sechs „Friedensjahre“ des NS-Systems hinaus bis zum Ende des Krieges und teilweise sogar bis in die Nachkriegszeit hinein.³¹ Zum anderen aber geschah dies auch durch eine energische Fokussierung auf die institutionellen und gesellschaftlichen Träger der Rassen- und Vernichtungspolitik, die bislang weitgehend außerhalb der historischen Betrachtung der Verantwortlichkeiten für diese Politik und ihre praktische Umsetzung „vor Ort“ standen.³² Der Mord an den europäischen Juden war nicht länger eine Begleiterscheinung oder gar ein Seitenstrang des Weltkrieges, sondern stand im Zentrum einer weit umfassenderen Vernichtungspolitik, die - so der Bielefelder Historiker Thomas Kühne - „erst im Krieg ihre zerstörerische Gestalt sichtbar werden ließ und an deren Planung und Durchführung praktisch alle institutionellen Säulen des ‚Dritten Reiches‘ partizipierten“.³³

Damit erschienen der Krieg, seine militärischen und zivilen Träger sowie insbesondere seine barbarische Praxis im Osten und auf dem Balkan in einem veränderten und überaus grellen Licht. Mittlerweile stehen diese Themen im Mittelpunkt des Interesses, dank vorzüglicher Studien über die Praxis des rassistischen Vernichtungskrieges in Osteuropa (etwa in den Arbeiten von Thomas Sandküh-

³⁰Vgl. Geyer, Michael, Krieg als Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu neueren Arbeiten über das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 557-601; Ders., Das Stigma der Gewalt und das Problem der nationalen Identität in Deutschland, in: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 673-698.

³¹Vgl. hierzu den detaillierten Forschungsbericht von Kühne, Thomas, Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die „ganz normalen“ Deutschen, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 580-662.

³²Zuletzt hierzu Browning, Christopher, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003; vgl. auch Longenrich, Peter, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1998.

³³Kühne, Vernichtungskrieg (Anm. 31), S. 593.

ler, Dieter Pohl, Christian Gerlach und Bernhard Chiari),³⁴ aber auch befördert durch sowohl öffentlich wie innerhalb der historischen Wissenschaft geführte Debatten und Kontroversen (Stichworte: Goldhagen, Wehrmachts-Deserteure, Denunziationen) und medial inszenierte „Kriegsjubiläen“ (1995: Kriegsende 1945, 2003: Stalingrad). Nicht zuletzt auch der Meinungsstreit über die so genannte *erste* „Hamburger Wehrmachtsausstellung“ von 1995 bis 1999 und die hierdurch angestoßenen öffentlichen Reaktionen und wissenschaftlichen Nachfragen haben dafür gesorgt, dass das Wissen in der Bevölkerung (auch in der „Kriegsgeneration“) um die Involvierung der Wehrmacht als Institution und von Teilen ihrer Angehörigen in die verbrecherische Politik des NS-Regimes fundierter und transparenter geworden ist.³⁵

Der hierbei festzustellende veränderte Umgang nachgeborener Generationen mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs war im Übrigen keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern hat sich - dies sei hier ausdrücklich angemerkt - auch in anderen europäischen Ländern, gewiss mit eigenen Themen und unter anderen Bedingungen, vollzogen. Dies gilt insbesondere für jene Länder wie Frankreich, die Niederlande, die Schweiz und Schweden, deren Bürokratien und Banken in die nationalsozialistischen Untaten während des Krieges verstrickt waren.³⁶

³⁴Chiari, Bernhard, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-1944, Düsseldorf 1998; Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944, Hamburg 1999; Pohl, Dieter, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord: der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt am Main 1993; Sandkühler, Thomas, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996; siehe auch die materialgesättigte Studie von Rass, Christoph, „Menschenmaterial“. Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939-1945, Paderborn 2003.

³⁵Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Hamburg 1999.

³⁶Vgl. hierzu u.a. Aalders, Gerard, Geraubt! Die Enteignung jüdischen Besitzes im Zweiten Weltkrieg, Köln 2000; Baruch, Marc Olivier, Servir l'État français. L'administration en France de 1940 à 1944, Paris 1997; Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkom-

Wo steht die erneuerte Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg heute? Die Forderung des Hamburger Historikers Bernd Wegner nach einer „Sozialgeschichte des Schlachtfeldes“, die er 1990 noch außerhalb des Blickfeldes der deutschen Sozial- und Militärgeschichtler wählte, scheint inzwischen auf den Weg gebracht, ebenso wie die von vielen Seiten seinerzeit angemahnte Geschichte des zivilen und militärischen Alltags.³⁷ Dazu aber war es notwendig, dass sich nun auch die Historiker des Zweiten Weltkrieges jener Ansätze und Fragestellungen bedienen, mit denen ihre Forscherkolleginnen und -kollegen zum Ersten Weltkrieg inzwischen gelernt hatten, erfolgreich umzugehen: mithin alltags-, mentalitäts-, geschlechter-, kultur- und erfahrungsgeschichtlichen Konzeptionen und Methoden.

Die im Herbst 1999 vom *Militärgeschichtlichen Forschungsamt* publizierte Anthologie „Die Wehrmacht – Mythos und Realität“ ist ein guter Indikator dafür, wie weit sich inzwischen auch die Historiker des Zweiten Weltkriegs dieser neuen bzw. gewandelten Ansätze zu einer „Kriegsgeschichte mit zivilistischem Anspruch“ (Gerd Krumeich) bedienen.³⁸ Neben erprobten und konventionellen Artikeln befassen sich eine Anzahl Beiträge dieses Werks auch mit Fragestellungen zu Mentalitäten und Kriegsalltag. Nahezu alle diese Aufsätze basieren auf inzwischen vorliegenden oder kurz vor dem Abschluss stehenden Dissertationen und Habilitationen. Auf zwei dieser Abhandlungen möchte ich besonders hinweisen, scheinen sie mir doch geradezu paradigmatisch zu sein für die neue Erforschung der Wahrnehmung und Erfahrung des Zweiten Krieges durch jene Angehörigen der Wehrmacht, die wir gemeinhin den „einfachen Soldaten“ zurechnen. Allerdings - dies gilt es zuvor kritisch zu bemerken - ist der

mission Schweiz-Zweiter Weltkrieg, Zürich 2002.

³⁷ Wegner, Bernd, Kriegsgeschichte – Politikgeschichte – Gesellschaftsgeschichte. Der Zweite Weltkrieg in der westdeutschen Historiographie der siebziger und achtziger Jahre, in: Rohwer, Jürgen; Müller, Hildegard (Hgg.), Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg. Literaturberichte und Bibliographien, Koblenz 1990, S. 102-129, hier S. 111.

³⁸ Vgl. dazu Krumeich, Gerd, Militärgeschichte für eine zivile Gesellschaft, in: Cornelißen, Christoph (Hg.), Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt am Main 2000, S. 178-193.

„Krieg des kleinen Mannes“ (Wolfram Wette) immer auch der Krieg jener politischen und militärischen Entscheidungsträger, die für diesen Krieg und seine Führung in erster Linie die Verantwortung trugen. Die Kriegserfahrungen einfacher Soldaten lassen sich ohne einen Blick auf die Entscheidungen und Verhaltensweisen der vorgesetzten Offiziere nicht angemessen darstellen.

Erwähnung verdient zunächst die Untersuchung von Thomas Kühne über „Gruppenkohäsion und Kameradschaftsmythos in der Wehrmacht“ (ein Bielefelder Habilitationsprojekt). Gestützt auf Omer Bartovs Theorie einer „Barbarisierung der Kriegführung“ unter den Bedingungen des Ostkriegs und die Primärgruppentheorie von Edward Shils und Morris Janowitz zieht Kühne eine direkte Verbindung zwischen dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Soldaten und dem sich vollziehenden Brutalisierungsprozess.³⁹ Zeitnahe biografische Zeugnisse wie Feldpostbriefe und Tagebücher legen die Vermutung nahe, dass sich beides beeinflusst und sogar verstärkt hat. Mit der propagandistischen Entfaltung des natürlich sehr viel älteren Kameradschaftsmythos stellte die NS-Ideologie gleichsam einen „Setzkasten“ (Kühne) bereit, aus dem sich fanatische Nationalsozialisten ebenso bedienen konnten wie jene Soldaten, die ihrem Kriegseinsatz einen unpolitischen Sinn zu verleihen suchten. Indem die Werte der Kameradschaft und Ritterlichkeit fast ausnahmslos auf die Angehörigen der eigenen sozialen Gruppe, der „Volksgemeinschaft“, bezogen wurden („der Russe ist kein Kamerad!“), wirkten sie als zusätzliche Aggregate für die sich steigernde Brutalisierung des Krieges.

Auch der Historiker Klaus Latzel (ebenfalls Bielefeld) plädiert in einem Aufsatz dafür, Feldpostbriefe des Zweiten Weltkriegs (wie sie als Lebensdokumente etwa im *Berliner Feldpostarchiv* oder der *Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte* lagern) zur Erhellung der „Innenansichten“ von Wehrmachtangehörigen und deutscher Gesellschaft

³⁹ Kühne, Thomas, Gruppenkohäsion und Kameradschaftsmythos in der Wehrmacht, in: Müller, Rolf-Dieter; Volkmann, Hans-Erich (Hgg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 534-549; Ders., Vernichtungskrieg (Anm. 31), S. 625ff.

zu nutzen.⁴⁰ Am Beispiel der Dialektik von tradierten bürgerlichen Hygiene- und Reinlichkeitsvorstellungen im Gewande einer propagierten „Normalität“ einerseits und der nationalsozialistischen Rassenideologie andererseits gelingt Latzel beispielsweise der Nachweis, dass die in den Feldpostbriefen häufig anzutreffende Entsprechung von „deutsch“ und „sauber“ unter den Bedingungen der deutschen Kriegsführung im Osten zugleich das Einfallstor für rassistische Feindbilder abgeben konnte. Das Beispiel weist, ohne dass der Autor dies thematisiert, auf das Fortbestehen entsprechender Deutungsmuster in den deutschen Nachkriegsgesellschaften hin.

Die Beiträge von Kühne und Latzel unterstreichen einmal mehr die große Bedeutung personenbezogener Dokumente für die Interpretation soldatischer Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, wobei sie allerdings auch deren quellenspezifische Grenzen markieren, etwa wenn es um die Annahme einer direkten Umsetzung dieser Deutungen geht. Ob und in welchem Ausmaß die NS-Ideologie oder einzelne ihrer Elemente für die deutschen Soldaten handlungsleitend wurden, ist letztlich allein auf der Basis der privaten Kommunikation nicht zu entscheiden. Hierzu bedarf es der Erkundung zusätzlicher Umstände wie etwa der operativen und situativen Bedingungen im Einsatzgebiet und damit der Heranziehung weiterer (insbesondere militärischer) Dokumente und Nachweise. Die Quelle „Feldpost“ erzwingt (ähnlich wie dies für die Verwendung des Mediums Foto gilt) geradezu die Kontextualisierung der in ihr enthaltenen subjektiven Informationen.

Eine weitere Möglichkeit der Analyse soldatischer „Deutungs- und Handlungsdispositionen“ (Anne Lipp) besteht in der Erforschung der Verweigerungsformen in der Wehrmacht. Welches waren die Motive und Umstände, die vermutlich weit über 100.000 deutsche Soldaten dazu veranlassten, ihre Einheiten zu verlassen, unter-

⁴⁰Latzel, Klaus, Wehrmachtssoldaten zwischen „Normalität“ und NS-Ideologie, oder: Was sucht die Forschung in der Feldpost?, in: ebd., S. 573-588; Ders., Deutsche Soldaten - nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis - Kriegserfahrung 1939-1945, Paderborn 1998, bes. Kap. 8.

zutauchen oder sich, beispielsweise durch Selbstverstümmelung, einem militärischen Einsatz zu entziehen? Auch wenn es sich – verglichen etwa mit den Größenordnungen am Ende des Ersten Weltkriegs – keineswegs um ein massenhaftes Phänomen gehandelt hat, so könnte eine breitere sozialgeschichtlich orientierte Sicht unterschiedlicher Verweigerungsformen zugleich grundsätzliche Erkenntnisse über Integration, Zusammenhalt und Kampfmotivation der Soldaten zulassen. Zu Recht hat der Bochumer Historiker Benjamin Ziemann einen „normativ verengten Widerstandsbegriff“ als ausschließlichen Erklärungsansatz für die Desertion kritisiert und in diesem Zusammenhang auf den hohen Anteil von „Außenseitern“ - vor allem „Volksdeutschen“ und Angehörigen zwangsrekrutierter Nationalitäten - unter den „Fahnenflüchtigen“ verwiesen.⁴¹ Andererseits stellt sich erneut, angesichts eines bis in die letzten Kriegstage vorherrschenden erstaunlichen Grades an Kohäsion, die Frage nach den primären Mechanismen dieses Zusammenhaltes in der Extremsituation des Krieges. Ob die Erfahrung der Kameradschaft (im Sinne der Interpretation von Thomas Kühne) oder vielleicht die Einbindung in eine kollektive Täter- und Opfergemeinschaft ursächlich waren, bleibt als Ergebnis der gegenwärtigen Forschungen (beispielsweise auf der militärischen Ebene der Divisionen) abzuwarten.

Die Arbeiten von Thomas Kühne und Klaus Latzel – es ließen sich noch weitere Namen und Forschungsfelder nennen: etwa René Schilling über den NS-Heldenkult oder Birthe Kundrus über Frauen in der Wehrmacht⁴² - weisen auf analoge oder entsprechende Studien zum Ersten Weltkrieg hin: so etwa auf die Arbeiten von Bernd Ulrich über die „Feldpost“ während und nach dem Ersten Weltkrieg, von Christoph Jahr über die deutschen und englischen Deserteure, von Anne

⁴¹Ziemann, Benjamin, Fluchten aus dem Konsens zum Durchhalten. Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Erforschung soldatischer Verweigerungsformen in der Wehrmacht 1939-1945, in: Müller u.a. (Hgg.), Die Wehrmacht (wie Anm. 39), S. 589-613.

⁴²Schilling, René, Die „Helden der Wehrmacht“ – Konstruktion und Rezeption, in: ebd., S. 550-572; Kundrus, Birthe, Nur die halbe Geschichte. Frauen im Umfeld der Wehrmacht zwischen 1939 und 1945 – Ein Forschungsbericht, ebd., S. 719-735.

Lipp über Meinungslenkung im Krieg oder von Ute Daniel über die Arbeiterfrauen zwischen 1914 und 1918. Die Hamburger Historikerin Birthe Kundrus hat übrigens eine Untersuchung vorgelegt, die sich der Gruppe der „Kriegerfrauen“ und den Themen Familienpolitik und Geschlechterbeziehungen in Deutschland in *beiden* Weltkriegen widmet.⁴³

Womit wir wieder bei der eingangs gestellten Frage nach der thematischen Klammer der kriegerischen und zivilistischen „Parallektionen“ (in Anlehnung an Robert Musil) für die Weltkriege sind. Welche Schneisen vermag der Historiker zwischen den historischen Wirklichkeiten der beiden Weltkriege zu schlagen? Der Potsdamer Historiker Bruno Thoß hat jüngst in einer überaus reflektierten Einleitung zu einem Sammelband des *Militärgeschichtlichen Forschungsamts* drei theoretische Vergleichsebenen zu einer gemeinsamen Betrachtung dieser historischen Großereignisse vorgeschlagen:⁴⁴

1) die *Ausweitung* von kriegerischer Gewalt - und zwar sowohl hinsichtlich der technischen Mittel wie der Methoden - unter den Bedingungen einer industriellen Kriegführung;

2) die *räumliche Ausbreitung* des Krieges in den europäischen Großraum, bei der sich die Deutschen stets einer Übermacht an Feinden gegenüber sahen. Diese sehr realen wie aber auch eingebildeten Konfrontationen führten dazu, dass sich u.a. ihre Erfahrungen von fremden kulturellen Räumen und deren Menschen radikal veränderten;

⁴³Ulrich, Augenzeugen (Anm. 19); Jahr, Christoph, Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Göttingen 1998; Lipp, Anne, Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918, Göttingen 2003; Daniel, Ute, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989; Kundrus, Birthe, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995.

⁴⁴Thoß, Bruno, Die Zeit der Weltkriege - Epochen als Erfahrungseinheit?, in: Thoß, Bruno; Volkmann, Hans-Erich (Hgg.), Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, 1914-1945, Paderborn 2002, S. 7-30.

3) die *Entgrenzung* des Krieges als gesellschaftlicher Prozess, der die soziale Realität an der Heimatfront ebenso beeinflusst hat wie den Kampf um die Deutung des Kriegserlebens. Hierzu gehören m. E. auch die nach beiden Weltkriegen geführten Selbstviktimsierungsdebatten und das besonders in Deutschland ausgeprägte Unvermögen, die Leiden und Opfer der anderen Seite anzuerkennen.

Die von Bruno Thoß entwickelten Parameter sind auch deshalb sinnvoll und weiterführend, weil sie nicht nur die Kriegsereignisse und -realitäten abbilden, sondern auch die kulturellen Bedingungen widerspiegeln, die die Kriegführung und die Kriegserfahrungen in einem hohen Maß geprägt haben. Auffällig ist, dass die Vergleichsebenen allesamt Prozesse der Ausweitung und Entgrenzung benennen, und zwar in ihren räumlichen, militärischen, gesellschaftlichen sowie mentalen Dimensionen. Für den Ersten Weltkrieg stellen der unbegrenzte U-Boot-Krieg, die britische Hungerblockade, die Bombardierungen feindlicher Städte durch Artillerie und Flugzeuge, die systematischen Zerstörungen der Infrastruktur und der Landschaft (etwa beim deutschen Rückzug von der Somme) sowie der Einsatz von Giftgas zweifellos Elemente einer Entgrenzung des Krieges und der dabei angewandten militärischen Methoden dar.

Zu fragen ist allerdings, ob sich nicht noch eine vierte Vergleichsebene in unsere Betrachtung der Weltkriege einbringen lässt: die ideologische und propagandistische Vorbereitung dieser Kriege durch staatliche und gesellschaftliche Instanzen und Personen in der Zeit vor 1914 sowie in der Zwischenkriegszeit. Hierzu zwei Beispiele: Mit seinem Argument, dass Deutschland das Risiko eines künftigen Krieges in Europa nicht scheuen dürfe, da in einem solchen Krieg über die künftige politische und kulturelle Gestaltung des Kontinents entschieden werde, traf sich der preußische Militärschriftsteller Friedrich von Bernhardi mit den Ansichten der wilhelminischen Eliten wie auch weiter Kreise des national-konservativen Bürgertums.⁴⁵ Ebenso lieferte Erich Ludendorff mit seinen Forderungen nach einem „tota-

⁴⁵von Bernhardi, Friedrich, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart 1912.

len Krieg“ den „Gewaltmenschen“ (Volker Berghahn) der Zwischenkriegszeit Ideen und Konzepte für ihre zukünftigen Taten. Ähnlich wie Ludendorff argumentierte auch Ernst Jünger in einem Essay von 1931 mit dem Titel „Die totale Mobilmachung“, mit dem er vor allem auf die mentale Disposition der Menschen zielte.⁴⁶ Zu Recht weist der in New York lehrende Historiker Volker Berghahn in einer knappen, gleichwohl sehr gehaltvollen Studie über „Europa im Zeitalter der Weltkriege“ auf die Bedeutung dieser geistigen „Mobilmachung im Frieden“ für die spätere Entfesselung und Entgrenzung der Gewalt im Zweiten Weltkrieg hin.⁴⁷

Fraglos beschreiben zumindest einige dieser Vergleichsebenen zugleich Elemente einer Kriegführung und kriegerischen Praxis, die von einigen deutschen und amerikanischen Historikern in den letzten Jahren mit dem (inzwischen beinahe inflationär gebrauchten) Begriff des „totalen Krieges“ belegt werden: die Zerstörung des militärischen und ökonomischen Potentials des Gegners, seine völlige Demoralisierung durch propagandistische wie kriegerische Mittel und schließlich - im extremen Fall - die Dezimierung von Teilen der feindlichen Bevölkerung durch Hunger, Arbeit und physische Vernichtung.⁴⁸

Der in Bern lehrende deutsche Historiker Stig Förster hat diesem Katalog *totaler Kriegsmethoden* noch zwei weitere Kategorien angefügt: das Vorhandensein *totaler Kriegsziele*, die „von der Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung des Feindes bis zu dessen physischer Ausrottung“ variieren können, sowie das Vorhandensein einer *totalen Kontrolle*, mit der der Staat in alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche eingreift, um „sie ausschließlich nach der von der Führung propagierten totalen Kriegsanstrengung auszurichten“.⁴⁹ Sowohl das so genannte Hindenburg-Programm von 1916 als

⁴⁶Jünger, Ernst, *Die totale Mobilmachung*, Berlin 1931.

⁴⁷Berghahn, Volker, *Europa im Zeitalter der Weltkriege. Die Entfesselung und Entgrenzung der Gewalt*, Frankfurt am Main 2002.

⁴⁸Vgl. Chickering, Roger; Förster, Stig (Hgg.), *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front*, Cambridge 2000.

⁴⁹Förster, Stig, *Totaler Krieg*, in: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg* (Anm. 7), S. 924ff.

auch die Innenpolitik der Regierung Lloyd-George weisen – so Förster – bereits Merkmale einer versuchten totalen Mobilisierung aller verfügbaren Ressourcen auf. Auch für Frankreich lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen, doch sind sie hier eher für die mentale und ideologische Kriegführung charakteristisch.

Das Schlagwort vom „totalen Krieg“ charakterisiert - und dies ist bezeichnend - zunächst einmal die *Kriegserfahrungen* und *Kriegsdeutungen* an den Heimatfronten des Ersten Weltkriegs, wodurch noch einmal der ursprünglich zivilistische Charakter des Begriffs unterstrichen wird. Der Begriff wurde zuerst 1917 - dies zeigt die Berliner Historikerin Gundula Bavendamm in einer soeben veröffentlichten Studie über die französische Innenpolitik während des Ersten Weltkriegs auf⁵⁰ - in denunziatorischer Absicht von der französischen Rechten (dem Journalisten Léon Daudet) verwendet. Erst im letzten Kriegsjahr und dann nach dem Krieg bemächtigten sich die Militärs (vor allem Ludendorff) dieses Begriffs, dessen Bedeutung sie sogleich in die Zukunft projizierten.

Eine pauschale Anwendung des Begriffs „totaler Krieg“ auf den Ersten Weltkrieg verbietet sich allein schon deshalb, weil er die bestehenden Unterschiede zwischen den militärischen und den heimatlichen Fronten einerseits sowie zwischen den beiden Weltkriegen andererseits verwischt. Denn während die skizzierten Elemente des „totalen Krieges“ im Ersten Weltkrieg größtenteils stecken blieben bzw. gänzlich scheiterten, traten sie im Zweiten Weltkrieg wesentlich stärker in Erscheinung. Insgesamt dürfte jedoch erst der internationale Vergleich zeigen, welche Bereiche (Wirtschaft, Rüstung, Propaganda) sich unter den Bedingungen der Weltkriege insgesamt „totaler“ entwickelten als andere, und so präzise Festlegungen möglich machen. Ich vermute einmal, dass sich angesichts der festzustellenden Divergenzen hinsichtlich des Grades der Mobilisierung der Ressourcen wie auch der Gewalterfahrungen der Menschen durchaus Argumente für

⁵⁰Bavendamm, Gundula, *Spionage und Verrat. Konspirative Kriegserzählungen und französische Innenpolitik, 1914-1917*, Essen 2004.

eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ im Ersten Weltkrieg finden lassen, die uns veranlassen könnten, einige der bislang akzeptierten Kategorien von „Totalität“ noch einmal zu überdenken.⁵¹

Abschließend möchte ich noch auf einen Aspekt der vergleichenden Geschichtsschreibung beider Weltkriege hinweisen, mit dem sich die Historiker, insbesondere die deutschen, bislang schwer getan haben: die vergleichende Betrachtung der genozidalen Kriegführung bzw. der Realisierung von Genoziden im Kontext der beiden Weltkriege. Der Völkermord der Türken an den Armeniern fand im Ersten Weltkrieg statt, der Mord an den europäischen Juden lässt sich ohne die besonderen Bedingungen des deutschen Rasse- und Vernichtungskrieges im Osten und Südosten Europas (also nicht nur in der Sowjetunion und nicht erst seit Juni 1941) kaum denken. Beide Genozide waren ein Ergebnis extremer kriegerischer Gewaltausübung, vor allem aber waren sie ein Produkt moderner Ausgrenzungs- und Vernichtungsideologien, gleichsam Resultat eines „genozidalen Programms“.⁵² Dennoch wird sich, was den Ersten Weltkrieg betrifft, nur schwerlich eine kausale Verbindung zwischen der „Tendenz zum totalen Krieg“ (Förster) und der genozidalen Praxis (Deportationen und Zwangsumsiedlungen) im osmanischen Reich herstellen lassen. Zu fragen bleibt dennoch nach den gesellschaftlichen, politischen und militärischen Umständen ebenso wie nach den diese begünstigenden ideologischen und mentalen Dispositionen, die den Völkermord an den Armeniern *realiter* und als Modell (das jedoch nicht voll verwirklicht wurde) möglich werden ließen. Hitlers angebliche Bemerkung vor hohen Generälen am 22. August 1939 - „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ - bezog sich allerdings nicht auf den Holocaust (der zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs beschlos-

⁵¹Vgl. hierzu Beyrau, Dietrich, Schlachtfeld der Diktatoren: Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000.

⁵²Vgl. Melson, Robert, Revolution and Genocide. On the Origins of the Armenian Genocide and the Holocaust, Chicago 1992; hierzu auch Hirschfeld, Gerhard, Der Völkermord im zwanzigsten Jahrhundert – Plädoyer für eine vergleichende Betrachtung, in: Hummel, Hartwig (Hg.), Völkermord – friedenswissenschaftliche Annäherungen, Baden-Baden 2001, S. 78-90.

sen war), sondern auf die Art und Weise der kommenden Kriegführung gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung.⁵³ Dennoch sehe ich, was die nationalsozialistische Kriegführung angeht, sehr wohl gewisse Vorläufer und Analogien im Ersten Weltkrieg, seien es die von dem amerikanischen Historiker Vejas Gabriel Liulevicius geschilderten Phantasmagorien und Umsetzungen eines deutschen Militärstaats in „Oberost“ durch General Ludendorff oder die Praxis des deutschen „Franktireurskriegs“ im besetzten Belgien und Nordfrankreich im Herbst 1914, wie sie jüngst von den Dubliner Historikern John Horne und Alan Kramer eindrucksvoll beschrieben wurden.⁵⁴ Aber auch hier lassen sich möglicherweise Elemente einer „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ feststellen, die allerdings noch der weiteren Prüfung und Verifizierung harren.

Prof. Dr. Gerhard Hirschfeld
Bibliothek für Zeitgeschichte
Konrad-Adenauer-Straße 8
70173 Stuttgart

Zitierempfehlung:

Gerhard Hirschfeld, Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg: Kriegserfahrungen in Deutschland. Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Hirschfeld>>

⁵³Vgl. Naimark, Norman N., Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 77.

⁵⁴Liulevicius, Vejas Gabriel, Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002; Horne, John; Kramer, Alan, Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

Erinnerung und Erfahrung - Die langen Schatten des Ersten Weltkrieges

von Gundula Bavendamm, Kristiane Burchardi, Rainer Rother

Zur Ausstellung „Der Weltkrieg 1914-1918. Ereignis und Erinnerung“, Deutsches Historisches Museum (Berlin), 13. Mai bis 15. August 2004¹

„Zehn Tage dem Feind im Zuge entgegenfahren, ja wozu denn das, Euer Wohlgeboren. Mag er sich doch zu uns bemühen, da wird er was erleben. Bei uns zu Hause wollen wir den Angreifer schon zusammenhauen, aber ihn aufsuchen?“ Der rotbärtige, fromme Soldat Slobin, ein frisch für den Weltkrieg rekrutierter sibirischer Bauer, hatte schon Recht: „Da stimmt etwas nicht“. Und so wie Slobin haben 1914 viele der plötzlich als Soldaten eingekleideten Zivilisten in allen beteiligten Ländern gedacht und gefragt. Natürlich nicht immer spezifisch bäuerlich motiviert - „Wozu, Euer Wohlgeboren, sollen wir dieses Galizien erobern, wo es hier so schwer zu pflügen ist. Wir sind ja das Pflügen mit Ochsen nicht gewöhnt!“² -, aber die uns in Briefen, Erinnerungen und Tagebüchern überlieferten, schließlich literarisch manifesten Äußerungen der so genannten einfachen Soldaten im Ersten Weltkrieg sind eindeutig: Ihnen fehlte zumeist der Sinn für die „heroische Sache“, für die „historische Sendung“ ihrer jeweiligen Kriegsherren, so unablässig die Propagandamaschinerie auch rotierte und die Sinnproduzenten der veröffentlichten Meinung dafür den Nachschub lieferten. Man denke nur an Tjaden, einen der Protagonisten in Remarques Weltbestseller *Im Westen nichts Neues*, der in einer Kampfpause seine gymnasialen Kameraden fragt, wie Kriege entstehen. „„Meistens so, daß ein Land ein anderes schwer beleidigt“, gibt Albert mit einer gewissen Überlegenheit zur Antwort. Doch Tja-

¹Geringfügig überarbeitete Fassung der Einleitung zum Ausstellungskatalog: Rother, Rainer im Auftrag des Deutschen Historischen Museums (Hg.), *Der Weltkrieg 1914-1918. Ereignis und Erinnerung*, Berlin 2004.

²Stepun, Fedor, *Das Antlitz Rußlands und das Gesicht der Revolution*. Aus meinem Leben 1884-1922, München 1961, S. 236f.

den stellt sich dickfällig. „Ein Land? Das verstehe ich nicht. Ein Berg in Deutschland kann doch einen Berg in Frankreich nicht beleidigen. [...]“. „Bist du so dämlich oder tust du nur so?“ knurrt Kropp. „So meine ich das doch nicht. Ein Volk beleidigt das andere -“. „Dann habe ich hier nichts zu suchen“, erwidert Tjaden, „ich fühle mich nicht beleidigt.“³ Angesichts dieser listigen Konsequenz mag mancher an den braven Soldaten Schwejk denken, der, nach einem Worte Alfred Polgars, an einen Gott glaubte, „der die Flinten wachsen ließ, aber auch das Korn, in das man sie wirft“.⁴

Es ist eine alte Geschichte, die in solchen und anderen Anekdoten und Berichten erzählt wird. Sie handelt von der Gleichzeitigkeit tief verankerter Friedfertigkeit und der offenbar immer wieder weckbaren Bereitschaft zu kämpfen und zu töten. Denn gekämpft haben sie alle, die Slobins und Tjadens des Ersten Weltkrieges, zwar mit zunehmender Dauer mehr und mehr kriegsmüde, oft auch desertierend, befehlsverweigernd, schließlich meuternd, aber in ihrer Mehrheit doch bis zum Schluss ausharrend und immer erneut auch zum Angriff vorgehend.

Jede Ausstellung über den Ersten Weltkrieg hat sich mit dieser erstaunlichen Tatsache zu beschäftigen. Eingebettet in ein komplexes Zusammenspiel von Heimatfront und Front, von Politik und Propaganda und von Kriegswirtschaft und Destruktion war es auch dieses Beharrungsvermögen, das die über vier Jahre anhaltende Katastrophe ermöglichte.

Die neunzigste Wiederkehr seines Beginns mag der Anlass dieser Ausstellung sein, für ihre Begründung reicht sie indes nicht aus. Sie liegt eher in einer Neuorientierung unserer Einschätzung des Ersten Weltkrieges und seiner Bedeutung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts allgemein.

³Remarque, Erich Maria, *Im Westen nichts Neues*. Mit Materialien und einem Nachwort von Tilman Westphalen, Köln 1987, S. 185.

⁴Polgar, Alfred, Zu diesem Buch, in: Jaroslav Hasek, *Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk*, Köln 1956, S. 5-7, hier S. 7.

Das kurze Jahrhundert

Im letzten Dezennium des 20. Jahrhunderts verband sich, so eine weit verbreitete, politik- wie kulturgeschichtlich inspirierte Einschätzung, das Jahr 1914 auf das engste mit dem Jahr 1989. Vor allem in der Konzeption des „kurzen 20. Jahrhunderts“ markieren diese beiden Jahreszahlen Anfang und Ende einer Epoche, die von Eric Hobsbawm mit Recht, jedenfalls in ihrer ersten Hälfte, als das „Zeitalter des Massakers“⁵ bezeichnet wurde. Nicht unbestritten in der genauen Festlegung ihrer Eckdaten, aber doch erstaunlich schnell und weitgehend als Ordnungsschema akzeptiert, bringt diese Konstruktion etliche, in ihrem Koordinatensystem unterschiedlich strukturierte Zeiträume zusammen: den Ersten Weltkrieg, seine Nachkriegszeit, die selbst wiederum zur Vorkriegsperiode wurde, den Zweiten Weltkrieg, den schon in dessen Endphase einsetzenden Kalten Krieg - und schließlich jene seltsam namenlosen Jahre, die auf ihn folgten, bis 1989 der Kalte Krieg zu Ende ging, gewonnen vom Westen, wie die Kommentatoren jedenfalls im Hinblick auf den Zeitpunkt durchaus überrascht feststellten. Die Zäsuren des Kriegsbeginns 1914 und des Endes des Kalten Krieges 1989 markieren in diesem Zusammenhang die Grenzen sowohl zum „langen 19. Jahrhundert“ wie zur jüngsten Zeitgeschichte nach dem Kollaps der Sowjetunion und der von ihr dominierten Länder.

Aus dieser Perspektive wird dem Ersten Weltkrieg eine überragende Bedeutung für den Verlauf des 20. Jahrhunderts zugeschrieben. In dem von George F. Kennan geprägten Wort vom Ersten Weltkrieg als „the great seminal catastrophe of this century“ - das prononciert als „Urkatastrophe des Jahrhunderts“⁶ übersetzt wurde - klingt etwas von dieser Wirkungsmacht des Weltkrieges an, wenngleich Kennan damit nicht in erster Linie die sich in Millionen von Toten manifestierende menschliche Tragödie meinte, sondern auf die Un-

⁵Hobsbawm, Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999, S. 41, 65.

⁶Kennan, George F., Bismarcks europäisches System in der Auflösung: Die französisch-russische Annäherung 1875-1890, Frankfurt am Main 1981, S. 12.

fähigkeit der aus den Fugen geratenen europäischen Politik anspielte, einen dauerhaften Frieden zu etablieren. Seit und mit dem Ersten Weltkrieg war die Gefahr gewachsen, dass sich aus jedem künftigen Konflikt ein Weltkrieg entwickeln und jeder Weltkrieg zu einem bedingungslos mit allen Mitteln geführten, politisch-ideologischen Weltanschauungskrieg zwischen den Großmächten mutieren konnte. Unter diesem düsteren Erwartungshorizont stand bekanntlich noch die Epoche des Kalten Krieges - und vor diesem Hintergrund kam in den Jahren 1989-1991 tatsächlich an ein Ende, was 1914 (und in den folgenden Jahren) begann.

Dabei geht diese unvermeidlich *ex post* gewonnene Perspektive von zwei Voraussetzungen aus: Zum einen folgt sie der prinzipiellen Einsicht, eine historische Epoche lasse sich immer nur von deren Ende her definieren - nur weil „1989“ in diesem Sinn eine so entscheidende, eine definitonische Bedeutung besitzt, kann dieses Jahr die Dekade quasi ordnen -, zum anderen legt sie in diesem speziellen Fall das Epochenende recht genau fest. Beides ist in den umlaufenden Thesen zum „kurzen 20. Jahrhundert“ so eng miteinander verquickt, wie es problematisch bleibt. Reicht tatsächlich schon ein im epochalen Kontext kurzer zeitlicher Abstand von einer Handvoll Jahren aus, um das Jahr 1989 und das mit ihm verbundene Ende des Kalten Krieges zur Zäsur einer ganzen Epoche zu erklären? Sicherlich haben „1914“ und „1989“ eines gemeinsam: die den sensiblen Zeitgenossen dieser Jahre unabweisbare Erfahrung, von nun an stehe die Geschichte unter einem anderen Gesetz. Aber ist das, was „1989“ zu Ende ging, vor allem anderen auch das, was „1914“ begann? Mit anderen Worten, lässt sich aus einem auch nur „kurzen Jahrhundert“, das überdies so voller symbolischer Daten steckt, umstandslos eine kausale Ereignisabfolge konstruieren, in der der Kriegsbeginn 1914 alles Folgende determiniert? Wird nicht generell durch eine solche Epochenbegrenzung und durch die in ihr notwendig definierte Finalität der Ereignisse der Geschichtsverlauf seiner Möglichkeiten beraubt, andere Richtungen einzuschlagen? ‚Es hätte auch ganz anders kommen können‘ - diese

alltagspraktische Einsicht hat durchaus auch für die Geschichte eines Zeitraumes und der in ihm handelnden Menschen ihre Berechtigung. Was 1914 begann, das hätte sich nicht immer, aber doch gelegentlich auch anders lesen, damit auch anders zu einem Ende erzählen lassen können. Der offenkundigste Gegenentwurf war die Setzung des Jahres 1945 als Zäsur. Das Zeitalter der Massaker und Genozide in Europa schien endlich beendet, der nationalsozialistische Krieg im Osten, ideologisch als Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Ersten Weltkriegs verbrämt, als das geächtet, was er eigentlich war: ein rassistisch begründeter Vernichtungsfeldzug. Ein anderes mögliches Datum wäre, zumindest aus deutscher Perspektive, das Jahr 1949 gewesen, in dem die zwei deutschen Staaten entstanden und sich früher oder später in die Geschichtsrhythmisierungen der jeweiligen Siegermächte einfügten. Ja, ohne die Betonung des letztlich Vergeblichen könnte auch die 1926 erfolgte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein gutes Datum abgeben, um den Ersten Weltkrieg zu einem wenn nicht in der Epoche, so doch immerhin in der unmittelbaren Nachkriegsperiode ruhenden Punkt zu führen.

Gegenüber solchen und anderen möglichen Endpunkten einer vom Ersten Weltkrieg her gedachten Geschichte des 20. Jahrhunderts besitzt das Jahr 1989 eine größere Überzeugungskraft. Gewiss, in der Darstellung der geschichtlichen Ereignisse herrscht keine Zwangsläufigkeit. Sie wird vielmehr gemeinhin durch die Erwägung möglicher Alternativen und die Würdigung von Kontingenzen gemildert. Insofern bleiben auch die Epochenjahre 1914 und 1989 so lange für sich genommen gleichsam blind, solange sie nicht in Bezug darauf gewichtet werden, was davor und danach geschah. Als quasi bloß formales, an einzelnen historisch wirksamen Ereignissen sich orientierendes Konzept ist das eines „kurzen 20. Jahrhunderts“ fragwürdig. Zu unterschiedlich sind die ihm eingeschriebenen Signaturen, zu uneindeutig die möglichen Antworten auf die Frage, welche dieser Signaturen das Jahrhundert auf den Begriff zu bringen vermöchte, zu vielfältig endlich jene historischen Entwicklungen, die etwa dem Epo-

chenjahr 1914 vorausgingen und in ihren Wirkungen weit darüber hinaus weisen. Weder der Untergang des noch das 19. Jahrhundert bestimmenden europäischen Mächtesystems durch den Ersten Weltkrieg noch die nach 1945 einsetzende, bipolare Erstarrung der Welt im Kalten Krieg - um nur zwei Beispiele auf der politischen Ebene zu nennen - können in der Analyse ihrer gewiss epochalen Wirkung diese Uneindeutigkeit beseitigen.

Wenn „1989“ daher den Abschluss einer Epoche markiert, dann vor allem deshalb, weil mit den damit assoziierten Ereignissen - Aufweichung der Macht, zunächst in einigen Satellitenregimen, der Fall der Mauer, der Sturz Ceausescus, schließlich die Ablösung der KPdSU und der Untergang des sowjetischen, imperialen Systems - der Blick dafür geschärft wird, was die vorausgehenden Perioden auf der mentalen Ebene entscheidend prägte: eine national, oft auch ethnisch motivierte Politik der gewaltsamen Lösungen und, sie begleitend, eine Kultur der Unversöhnlichkeit, des kategorischen Entweder-Oder, beide in ihrer Stringenz wenn nicht makabres Ergebnis der „Urkatastrophe“ Erster Weltkrieg, so doch durch sie befördert und in ihrer Konsequenz verstärkt. Es ist die Gewöhnung „an das schleichende Siechtum der Friedlosigkeit“, die in den Jahren nach 1914 in die „Menschheit“ einzusickern begann und an deren Folgen sie bis auf den heutigen Tag zu leiden hat.⁷

Von solchen Prämissen wurden selbst noch die zunächst positiv wahrgenommenen Folgen des Ersten Weltkrieges wie etwa die Bildung neuer Nationalstaaten aus den Landmassen untergehender Großmächte bestimmt. Dieser Prozess bildete zwar nur die erste Etappe in der nationalstaatlichen Parzellierung der Welt - die zweite folgte nach 1945, die dritte schließlich nach der Auflösung der Sowjetunion. Doch zeichnete sich schon in der ersten ab, in welchem Aus-

⁷Plessner, Helmuth, Über das gegenwärtige Verhältnis zwischen Krieg und Frieden, in: Ders., Zwischen Philosophie und Gesellschaft. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge, Frankfurt am Main 1979, S. 364-381, hier S. 365. (Grundlage dieses 1949 erstmals publizierten Textes ist die Antrittsvorlesung Plessners in Groningen im Jahr 1939.)

maß dabei die Rechte der jeweiligen nationalen Minderheiten mit Füßen getreten wurden. Kaum einer der neu- oder wiedergegründeten Staaten vermochte es, das ihm aufgegebene Erbe unterschiedlicher Nationalitäten in ein föderales System aufgehen zu lassen. Fast alle diese Staaten durchliefen in ihrer Frühphase Zeitabschnitte, die vom Bürgerkrieg beherrscht wurden. Es will scheinen, dass die mentalen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges dazu beitrugen, innerhalb einer prinzipiell offenen Geschichte regelmäßig jene ‚Lösungen‘ zu favorisieren, die ‚reinen Tisch‘ zu machen versprochen. Die Schatten der Jahre 1914 bis 1918 reichten weit in diesem „kurzen 20. Jahrhundert“.

Nun sollte die innere Logik solcher, aus der wiederum zeitabhängigen, historischen Analyse destillierten Herleitungen nicht vergessen lassen, dass die Auszeichnung historischer Zeiträume als zusammenhängender Epochen zunächst und vor allem ein heuristisches Mittel zum Zweck darstellt. Und vor diesem Hintergrund ist natürlich die Entscheidung, das Jahr 1914 als einen Beginn zu setzen, durchaus nicht unumstritten. In der Neuausgabe des *Handbuchs der deutschen Geschichte* etwa, dem *Gebhardt*, endet das dort ebenfalls recht lange 19. Jahrhundert erst 1918. Die Entscheidung, das Ende des Weltkrieges als den eigentlichen Bruch aufzufassen, ist durch seine Entstehungsgeschichte motiviert, die durch die imperialen Interessen europäischer Großmächte und deren teilweise bedrohliche innere Zerrissenheit bestimmt war und den Krieg zwar nicht unvermeidlich, aber doch wahrscheinlich machte. Und nicht nur das Ende des 19. Jahrhunderts, auch sein Beginn wird hier anders definiert als bei Hobsbawm. Die diesem Jahrhundert gewidmeten Bände reichen von 1806 bis 1918 und entsprechen damit sozusagen einer besonderen deutschen statt der bei Hobsbawm gewählten europäischen Perspektive, die die Grenzen in den Jahren 1789 und 1914 setzt. Man könnte hinzufügen: Aus der russischen Perspektive liegen die Endpunkte wiederum anders, denn hier reicht die Epoche von 1917 bis 1991, und für Ungarn etwa kann sich das Jahr 1920 mit dem Abschluss des Ver-

trages von Trianon als Datum eines entscheidenden Bruchs behaupten, für die Türkei hingegen das Jahr 1923 mit dem Friedensschluss von Lausanne und der Gründung der türkischen Republik.

Ob mit dem Ende des Krieges oder ob nicht vielmehr schon mit seinem Anfang etwas unwiederbringlich verloren ging, ob also die Zäsur 1914 oder 1918 zu legen ist, das beantworteten die Zeitgenossen jedenfalls in Deutschland schon unmittelbar nach dem Krieg vollkommen unterschiedlich - und mit hoher Radikalität gegen die jeweils andere Position gewendet. Die politisch verheerend erfolgreiche Legende vom „Dolchstoß“ oder jene von dem im Felde unbesiegten Heer legten die Zäsur ganz offenkundig auf das Jahr 1918, während liberale und linke Autoren eher dazu neigten, den Kriegsbeginn selbst für den entscheidenden Bruch in der Zivilisation zu halten. Darin stimmten sie mit vielen Intellektuellen und Politikern auch der siegreichen Nationen überein.

Allerdings gilt dieses eher für die Staaten im Westen - für Ost- und Südosteuropa stellte sich die Situation merklich anders dar. Nicht nur in Russland und - wenn auch mit deutlich anderen Konsequenzen und aus einer entschieden anderen Nachkriegsgeschichte heraus - in der Türkei, sondern auch in fast allen nach 1918 neu entstandenen bzw. wiedergegründeten Staaten besaß das Jahr 1914 wenig Chancen, als entscheidende Zäsur in die eigenen Geschichtsbücher einzugehen. Im Falle der neu- oder wiedergegründeten Staaten war dies schon deswegen so, weil der Erste Weltkrieg für sie nie ein „Großer Krieg“, eher dann schon ein fremder Krieg sein konnte. Wiederum gilt dies vor allem aus der Nachkriegsperspektive: Den nun souveränen Staaten war der gerade eben beendete Krieg insgesamt Bestandteil ihrer Vorgeschichte oder genauer eines unterschiedlich lang dauernden Interregnums, in dem noch nicht galt, was fortan (wieder) galt: Die Souveränität der Nation. Wie problematisch sich dabei das Verhältnis von „Staat“ und „Staatsvolk“ gestaltete, wie groß auch die Minderheiten waren und unter welchem starkem Homogenisierungsdruck sie immer standen: Sowohl für die Majorität wie die Minorität markier-

te „1918“ den entscheidenden Bruch. Das galt in gewisser Hinsicht auch dann, wenn die Entscheidungen dieser Jahre vor allem mit der Erfahrung des Verlustes verbunden waren, wie vor allem im Fall Ungarns: Geradezu traumatisch empfunden und bis heute in der Erinnerung nachwirkend, reduzierte der Vertrag von Trianon das Staatsgebiet Ungarns derart erheblich, dass mit dem Kriegsende fast mehr als mit den Verlusten im Kriege selbst die Erfahrung einer Katastrophe verknüpft ist.

Solche fortwährenden, sozusagen innigen Beziehungen zum Ersten Weltkrieg sind jedoch die Ausnahme. Mit der Vorstellung eines „kurzen 20. Jahrhunderts“ wird vielmehr häufig eine entschiedene Grenze zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit gezogen: Vor 1989, das ist die vergangene, eine in gewissem Sinn ganz andere Zeit als die unsere; auch der Erste Weltkrieg verliert damit seine Beziehung zum Aktuellen. Ein Indiz dafür ist die Zitierbarkeit - oder eben Nichtzitierbarkeit - des Epochenbruchs. Eric Hobsbawm hat mit Blick auf den Besuch François Mitterrands in Serbien den Verlust historischer Erinnerung beklagt. In symbolischer Intention und als Parallele zu jenem Tag, da der Erzherzog Ferdinand und seine Gattin 1914 ermordet wurden, reiste der französische Staatspräsident am 28. Juni 1992 ins belagerte Sarajevo. Doch blieb die Geste des französischen Staatspräsidenten in ihrem historischen Bezug weitgehend unbemerkt. „Kaum jemand, abgesehen von ein paar Historikern und älteren Menschen, verstand diese Anspielung. Die historische Erinnerung war nicht mehr lebendig.“⁸ Selbst da, wo die Reminiszenz an das Datum der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo bemerkt wurde, folgte man ihrer symbolischen Implikation nicht. Das Signal fand keinerlei Beachtung, soweit es auf die Bedrohung eines nun zwar von fast aller Furcht vor der russischen Übermacht freien, in seiner Stabilität aber vom Balkankrieg bedrohten Europa hinwies. Die zeitgenössischen Kommentatoren sahen in der Geste denn auch stärker eine Kritik an der Untätigkeit europäischer Re-

⁸Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme* (Anm. 5), S. 17.

gierungen als eine Warnung an Europa. Dass es in seinem Zusammenhalt und seiner Sicherheit durch den neuen Balkankonflikt bedroht gewesen wäre, davon ging kein Beobachter aus.

Entschieden anders tauchte „Sarajevo“ als Chiffre in anderem Zusammenhang auf. Denn der Epochenbruch schien eher mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center oder dem darauf folgenden Krieg der USA gegen den Irak assoziiert zu sein. Der Angriff auf den Hegemon und seine Intervention am Persischen Golf waren Ereignisse, in deren politischer Erörterung „Sarajevo“ wie selbstverständlich zitiert wurde. Vermutlich ist das Fehlen einer ähnlichen Bezugnahme anlässlich der Kriege auf dem Balkan daher nicht nur ein Zeichen für das Absterben historischer Erinnerung, sondern auch ein Zeichen dafür, wie sehr sich Europa im eigenen Selbstverständnis, in seiner politischen Realität und Praxis, aber auch in seiner Macht von jenem Europa entfernt hat, das 1914 in seinen Untergang aufbrach - ein nüchterner Befund, in dessen Perspektive der Erste Weltkrieg nicht als abgeschlossen, sondern folgenreich fortwirkend erscheint. Eine andere Frage ist es, ob aus diesem Machtverlust Europas quasi notwendig eine erst kürzlich wieder von Robert Kagan ausgerufene „amerikanische Weltordnung“⁹ folgt, die zwar nicht in ihrem offenen Ende, aber doch in ihrem Beginn nahezu deckungsgleich mit dem „kurzen 20. Jahrhundert“ ist.

In der skizzierten Diskussion über die mit „Sarajevo“ verknüpften historischen Bezüge blieb indessen ein geschichtlicher Faktor ausgeblendet. Was 1914 mit den Schüssen auf einen künftigen Monarchen begann, hatte sich fast achtzig Jahre später zu einem Anschlag auf ein ganzes Volk, das der bosnischen Muslime, erweitert. Aus dem im Ersten Weltkrieg noch propagierten „Volk in Waffen“ war im „kurzen 20. Jahrhundert“ längst das „Volk als Waffe“ geworden. Diese Entwicklung schloss nicht allein die Inanspruchnahme der Heimat und der Zivilisten als Front und Kriegs Betroffene mit ein, sie führte

⁹Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Bonn 2003, S. 82.

auch, erprobt in den kolonialen Kriegen vor 1914, zu einer Forcierung des Ausrottungs- und Vernichtungskrieges in Ost- und Südosteuropa während des Ersten Weltkrieges und setzte sich in den Konflikten um die Neu- oder Wiederbegründung von Nationalstaaten nach 1918 und 1945 fort. Vor allem die nach 1918 neugegründeten Staatsgebilde gerieten schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg in den Wirkungsbereich des Ost-West-Konfliktes, der nahezu jede lokale militärische Auseinandersetzung zu einem Stellvertreterkrieg werden ließ.

Das immerhin ist mit dem Ende des Kalten Krieges vorbei. Doch sind daraus keine Tröstungen zu beziehen. Wie immer, wenn eine neue Epoche beginnt, ist die Lage unübersichtlich und das Ende offen. Und nach wie vor bleibt die Forderung unerfüllt, die Helmuth Plessner einst im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg stellte, nämlich „als Antwort auf das weltgeschichtliche Novum des totalen Krieges einen ihm gewachsenen totalen Frieden“ zu erhalten.¹⁰

Der erste Weltkrieg im Museum

Die ausbleibende Antwort nährt im Grunde genommen noch das heutige Interesse am Ersten Weltkrieg. Was ihn ermöglichte, steht dabei nicht länger allein im Zentrum. Gleichberechtigt auf den Plan tritt die Frage, warum der Weltkrieg erst so spät wirklich und vollständig zu Ende ging. Damit eng verknüpft aber ist die Suche danach, was dieses „kurze 20. Jahrhundert“ eigentlich im Kern bestimmte. In dieser Perspektive scheint der Erste Weltkrieg plötzlich näher gerückt als je zuvor. Die Ursachen für seinen Ausbruch mögen für Europa als überwunden eingeschätzt werden; ob auch die Folgen dieses Krieges, die zu einer Traumatisierung Europas führten, überwunden sind, scheint durchaus weniger gesichert.

Der veränderte Blick auf den Ersten Weltkrieg hat in den letzten Jahren auch die museale Aufbereitung dieses Konflikts beeinflusst. Neugründungen, die Neu- und Wiedereröffnungen von Dauer- und zahlreiche Wechsellausstellungen belegen diese Entwicklung. Dabei

¹⁰Plessner, Helmuth, Über das gegenwärtige Verhältnis zwischen Krieg und Frieden (Anm. 7), S. 365.

befassen sich die Expositionen mittlerweile kaum mehr mit waffen- oder uniformkundlichen Details oder der militärhistorischen Rekonstruktion einzelner Schlachten. Im Mittelpunkt stehen vielmehr, insbesondere in westeuropäischen Museen, komplexe, zunehmend international abgehandelte Fragen nach der individuellen und kollektiven Kriegserfahrung sowie nach dem Verhältnis von historischem Ereignis und Erinnerungskultur. Einige wenige Beispiele mögen dies verdeutlichen.

Das bereits 1920 per Parlamentsbeschluss gegründete *Imperial War Museum (IWM)* in London eröffnete 1990 im Rahmen der Dauerausstellung neu gestaltete Themenräume zur Geschichte des Ersten Weltkrieges, die *First World War Galleries*. Sie bestechen vor allem durch die überwältigende Zahl und Aussagekraft der Exponate. Überdies werden seit der Eröffnung der *First World War Galleries* in regelmäßigen Abständen Sonderausstellungen organisiert; mit ihnen können die Kuratoren sowohl auf symbolisch bedeutsame Erinnerungsdaten im Lichte neuerer Forschungsergebnisse reagieren als auch neu erworbene Ausstellungsstücke präsentieren. Der Erziehungsauftrag des Museums folgt indessen der Maxime, „that you cannot educate anyone if you are dull and boring“. Nicht zuletzt deshalb besteht der integrale Bestandteil der Präsentation in einer begehbaren Rekonstruktion eines Schützengrabens an der Somme im Herbst 1916. Die Museumsmacher haben dabei auf spezielle Licht-, Akustik- und Geruchseffekte gesetzt, die dem Besucher die Fronterfahrung von 1914/18 vermitteln sollen - ein museologisches Konzept, das gewiss eher traditionellen Ansätzen folgt.

Im Sommer 2002 eröffnete in Manchester das von Daniel Libeskind eigenwillig gestaltete *Imperial War Museum North* seine Tore. Als visionäres Symbol für die Auswirkungen von Kriegen konzipiert und gebaut, deckt das Museum die Geschichte jener militärischen Konflikte ab, in die englische und Commonwealth-Truppen seit 1914 involviert waren. Dadurch ist es auch auf museologischer Ebene möglich, den Ersten Weltkrieg in das Gesamtzenario gewaltsamer Aus-

einandersetzungen des 20. Jahrhunderts einzuordnen.

Andere prominente Beispiele für das Interesse der Museumswelt am Ersten Weltkrieg sind das 1992 eröffnete *Historial de la Grande Guerre* (Péronne/Somme) und das 1993 eröffnete *In Flanders Fields Museum* in Ypern. Beide stehen, am Ort der damaligen Ereignisse, in engem Zusammenhang mit den umliegenden Mahnmalen, Denkmälern, Friedhöfen und Schlachtfeldern. In der Umgebung des *Historial* lassen sich diese auf einem Erinnerungspfad (*Circuit de Souvenir*) erwandern. Der zudem bewusst internationale, auf die Überwindung einer nur nationalen Perspektive abzielende, expositionelle Grundgedanke beider Museen lässt sich an der Entstehungsgeschichte des *Historial* besonders gut nachzeichnen. Mitte der 1980er-Jahre begann der *Conseil Général de la Somme* mit den Planungen und beschloss, ein international ausgerichtetes Weltkriegsmuseum einzurichten. Bewusst wählte man als dessen Sitz nicht die Pariser Region, sondern das historische Kerngebiet der Somme-Schlacht um die Stadt Péronne. Der moderne Teil des Gebäudes (Architekt: Henri-Édouard Ciriani) wurde in eine wuchtige Befestigungsanlage integriert, die wie ganz Péronne während des Ersten Weltkriegs schwere Schäden erlitt. Eine Besonderheit des *Historial de la Grande Guerre* liegt in der engen Kooperation mit dem angegliederten Forschungszentrum (*Centre de Recherche*). Eine international besetzte Expertenrunde war mit daran beteiligt, die museologische Konzeption des Hauses zu entwickeln. Sie zeichnet sich durch ihre durchgängig internationale Perspektive aus. Alle Objekttexte in der Ausstellung sind in drei Sprachen - auf Englisch, Deutsch und Französisch - verfasst. Ein weiteres Beispiel illustriert die neuen Wege, die die Ausstellungsmacher des *Historial* beschritten. So hat man die Uniformteile von Soldaten verschiedener Armeen nicht wie sonst zumeist üblich auf Figurinen arrangiert. Vielmehr sind sie zusammen mit zahlreichen Alltagsgegenständen in Vertiefungen ausgelegt, die im Boden eingelassen sind und die Assoziation an einen Schützengraben hervorrufen. Indem sich die Ausstellungsmacher für die Horizontale entschieden und diese auch

noch ohne Vitrinenschutz einrichteten, erteilten sie jeglicher Heroisierung bewusst eine Absage. Das Konzept wirkte zum Zeitpunkt der Museumsgründung so provozierend, dass sogar einige Leihgeber glaubten, ihre Objekte zurückziehen zu müssen.

Für die museale Aufbereitung des Weltkrieges in ost- und ostmitteleuropäischen Museen ist die Ausgangslage naturgemäß eine ganz andere. Die Erinnerung an den Weltkrieg bleibt hier untrennbar verbunden mit Revolutionen, Bürger- und Freiheitskriegen sowie mit der Erringung nationaler Unabhängigkeit. Jede Museumspräsentation umfasst daher immer auch all diese Ereignisse und beschränkt sich nicht auf den Weltkrieg. Gleichwohl verbindet sich die museale Darstellung seit Anfang der 1990er-Jahre mit einer gänzlich neuen Interpretation der Epoche. Anders aber als in westeuropäischen Museen folgt man hier nicht allein neuen Trends innerhalb der Weltkriegsforschung. Vielmehr geht es in Osteuropa darum, sich überhaupt zum ersten Mal dem Weltkrieg in einer Weise zu nähern, die ihn nicht auf eine bloße Rahmenhandlung für die nachfolgenden Ereignisse reduziert. Dieser neue Zugriff hat weitreichende Konsequenzen für die Museen: Zwar bleibt der Erste Weltkrieg als historisches Ereignis und damit als Thema einer Ausstellung bestehen. In der Einordnung und Bewertung aber gerät er in ein vollkommen neues Licht.

Noch bis 1991 ging es namentlich in den Geschichts- und Armeemuseen darum, die Epoche vor 1917 als zwangsläufige Krise des Kapitalismus zu präsentieren. Der marxistisch-leninistischen Interpretation zufolge war der Erste Weltkrieg das Ergebnis imperialistischen Machtstrebens; er beschleunigte das Heranreifen der proletarischen Revolution, die schließlich den Siegeszug der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung einleitete. Damit war auch die Gliederung der musealen Präsentation vorgegeben: Sie richtete sich ganz auf die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ aus, die gleichsam wie ein Magnet alle Ereignisse zuvor und danach ordnete und interpretativ wertete.

Diese Art der Präsentation findet man in Ost- und Ostmitteleuro-

pa bis heute. Das hängt indessen nur zum Teil mit fehlenden finanziellen Mitteln zusammen, die eine Überarbeitung der Ausstellungen verhindern. Besonders die Militärmuseen, die nicht dem Kultur-, sondern dem Verteidigungsministerium zugeordnet sind, haben nach wie vor mit erstarrten Denkstrukturen zu kämpfen, die einen modernen expositionellen Zugriff unmöglich machen. Aber auch in den historischen und ehemaligen Revolutionsmuseen, die sich heute der „politischen“ und „zeitgenössischen“ Geschichte verschrieben haben, ist auf den ersten Blick eine inhaltliche Neuorientierung für den Museumsbesucher oft nicht erkennbar.

Eine Ausnahme bildet das *Museum für die Politische Geschichte Russlands* in St. Petersburg. Die Präsentation überzeugt durch eine klare inhaltliche Position ebenso wie durch eine besucherfreundliche Ausstellungsarchitektur. So wird die historische Entwicklung nicht wie bisher linear, konzentriert in einer einzigen Dauerausstellung dargeboten, sondern themengebunden in getrennten Ausstellungen aufbereitet. Einer der Themenräume widmet sich der Epoche des Ersten Weltkriegs, der Oktoberrevolution und dem anschließenden Bürgerkrieg. Dieser historische Abschnitt der russischen Geschichte wird inhaltlich in Zusammenhang gebracht mit den Ereignissen des Jahres 1991. In drei Abschnitten werden dem Besucher so die politisch-militärische, die wirtschaftliche und die soziale Situation der Jahre 1917 und 1991 im Vergleich präsentiert. Dadurch ergibt sich, befreit vom Zwangskorsett marxistisch-leninistischer Interpretation, so etwas wie die Aktualisierung vermeintlich revolutionärer „Größe“ vergangener Tage im Lichte ihres endgültigen Unterganges.

Diese inhaltliche Neuinterpretation der Epoche ist begleitet von ebenso neuen Formen der Präsentation. So wird das Thema beispielsweise mit den Mitteln von Farbe und Licht aufbereitet. Zahllose kleinformatige Portraitfotos politischer und gesellschaftlicher Akteure sowie historische Dokumente werden vor rotem Hintergrund gezeigt und durch eine gezielt inszenierte Beleuchtung hervorgehoben. Damit wird eine zweifache Wirkung erzielt: Indem die Gestaltung mit

dem Duktus der Überhöhung einzelner Funktionäre spielt, wird zum einen an die bekannten Muster des Personenkultes und die damit verquickte normative Geschichtsinterpretation erinnert. Zum anderen wird aber durch die große Anzahl der Fotos, die überdies gleichermaßen bekannte und unbekannte Personen zeigen, die Ebene der das sowjetische System beherrschenden Nomenklatura durchbrochen und auf das sie erst ermöglichende große Heer der einfachen Bürger und deren Alltag verwiesen. Zugleich soll der Besucher damit animiert werden, die vertraute Überlieferung der Geschichte neu zu bedenken und Verbindungen zu der aus der eigenen Biografie bekannten Umbruchsituation von 1991 zu ziehen.

Zur Konzeption der Ausstellung

Das 20. Jahrhundert als ein „kurzes Jahrhundert“ zu interpretieren, das macht, wie eine Passage durch verschiedene Kontinuitätsentwürfe verdeutlicht, durchaus Sinn. Wo aber die Grenzen jeweils gesetzt werden, das lässt sich sehr verschieden beantworten - und diese Differenzen sind in der Konstruktion der jeweils eigenen nationalen Geschichte begründet. Die Ausstellung „Der Weltkrieg 1914-18. Ereignis und Erinnerung“ reagiert darauf zunächst mit einer Verschränkung ihrer Perspektiven. Das Ereignis, seine Folgen und die Formen der Erinnerung an den Weltkrieg sind ihre Hauptteile. Das im Sinn einer Initialzündung entscheidende Ereignis der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts wird dabei in einer internationalen Perspektive aufgefasst. Die Gliederung der Ausstellung erlaubt immer wieder den Vergleich zwischen den nationalen Sichtweisen, ja, sie fordert ihn in gewisser Weise geradezu. Der Erste Weltkrieg war ein gesamteuropäisches Ereignis und er prägte den Kontinent entscheidender, als dies in der Freude über den Sieg bei den Alliierten und der Trauer, oft auch Wut und Revanchelust bei den Verlierern zum Ausdruck kam.

Die Ausstellung folgt einer streng thematischen Ausrichtung. Sie beginnt mit einem Ausblick auf das Europa des *Fin de siècle*, auf ein Europa mithin, das durch grenzüberschreitende Vernetzungen, den kulturellen Austausch, aber auch durch Nationalismus und Wettstrü-

ten geprägt war. Der erste Hauptteil versucht sodann, sich der modernen Kriegsrealität anzunähern. Der Krieg selbst, ohnehin in einer Ausstellung auch durch inszenatorische Mittel nicht halbwegs angemessen umsetzbar und schon gar nicht durch Bühnenbilder in eine „Erfahrung“ für den Besucher transformierbar, wird in einer Abfolge von Kapiteln unter den Stichworten der Modernität und Totalität dargestellt. Die Schützengrabenerfahrung kommt hier genauso zur Geltung wie die propagandistischen Anstrengungen der in den Kriegsdienst gestellten Gesellschaften. Im Zentrum der Ausstellung steht weit eher der Krieg des einfachen Soldaten - für den gewissermaßen stellvertretend eingangs die Namen Tjaden und Slobin genannt wurden - als der Krieg der Generäle. Deutlich wird in den ersten Abschnitten vor allem, in welchem Maße der Erste Weltkrieg eine Umwertung, ja Zerstörung des Herkömmlichen und Hergebrachten bewirkte - ein Prozess, der sich als nicht mehr revidierbar erwies. Wie auch in den anderen Abschnitten der Ausstellung richtet sich der Blick hier sowohl auf die für die westeuropäische Erinnerung so prägende Westfront als auch - und in dieser Umfänglichkeit sicherlich erstmals - auf die Kriegsschauplätze im Osten und Südosten. Der „unbekannte Krieg“, wie Winston Churchill die Kämpfe an der Ostfront bezeichnet hat, war tatsächlich weitgehend, auch in Ost- und Südosteuropa, aus der Erinnerung getilgt. Jedenfalls gilt dies bis 1989 und nahezu uneingeschränkt für deren offizielle Ausdrucksformen. Umso bedeutsamer ist es, diesen Aspekt des Weltkrieges nun gebührend zu berücksichtigen.

Der zweite große Teil der Ausstellung widmet sich den Folgen des Krieges für die Staatengemeinschaft und ihre Neuordnung, für die einzelnen Gesellschaften und ihre Reorganisierung in einem Frieden, der unvermittelt wiederum zum Vorkrieg entartete. Die mit dem Versailler Vertrag und den folgenden Pariser Vorortverträgen getroffenen politischen Entscheidungen sowie die dem Nationalitätenprinzip folgende Aufteilung der europäischen Landmasse wollten alte „Probleme“ beseitigen - und schufen neue für die Nachkriegszeit. Auch

die schließlich begonnene deutsch-französische Annäherung und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926 konnten letztlich keine auf Dauer gerichtete Entspannung verwirklichen. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begann der von Deutschland eingeschlagene Weg in einen neuen Krieg, diesmal mit dem erklärten Ziel, ganze Völker zu vernichten oder zu bloßen Heloten in einem nationalsozialistischen Weltreich zu machen. Schon zuvor aber waren große Teile des Kontinents, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, durch Kriege, Bürgerkriege und Revolutionen erschüttert worden. Der Krieg nach dem Krieg, seine für die betroffenen Gesellschaften nicht minder schweren Auswirkungen stehen hier im Zentrum.

Der abschließende dritte Teil ist der nationalen und kollektiven, zugleich jedoch auch der individuell gepflegten Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gewidmet. Die Unterschiede sind eklatant - und sie sind bis heute spürbar. Sie betreffen einerseits die durchaus verschiedenartige Form der Erinnerungspolitik bei den Siegermächten und den Verlierern des Krieges. Sie betreffen aber ebenso einschneidend die ganz anders gelagerte Erinnerung in Osteuropa. Die neu- oder wiedergegründeten Staaten bezogen ihre symbolisch aufgeladenen Erinnerungsdaten selten aus dem „Großen Krieg“ - der hier zumeist ein fremder Krieg geblieben war. Zentral wurden in der Erinnerung stattdessen die oft erst nach Kriegen und Bürgerkriegen errungene Unabhängigkeit und die durch die Oktoberrevolution herbeigeführte epochale Veränderung des politisch-sozialen Gefüges. Erst nach dem Verfall der sowjetischen Hegemonie, in deren Schlagschatten sich in ganz Osteuropa seit 1945 die russische Revolution als quasi verbindliche Epochengliederung durchgesetzt hatte, begann die Re-Integrierung des Ersten Weltkrieges in den nationalen Erinnerungshaushalt.

Die Ausstellung schließt mit einem Blick auf künstlerische Projekte im Kontext der „Spurensuche“. In ihnen erweist sich, dass der Erste Weltkrieg, auch wenn er mittlerweile aus dem Kreis des Aktuellen verschwunden sein mag, als Chiffre für unser Geschichtsverständnis

Gundula Bavendamm, Kristiane Burchardi, Rainer Rother

nis weiterhin - insbesondere in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa - durchaus aktuell ist.

Die Ausstellung wurde von Beginn an mit dezidiert internationalem Zuschnitt geplant. Mehr als hundert Leihgeber aus allen entscheidenden, damals am Krieg beteiligten Ländern haben großzügig zu einer Präsentation solchen Ausmaßes beigetragen, fast siebenhundert Objekte präsentieren erstmals tatsächlich fast alle Aspekte des Krieges. Dazu zählt nicht zuletzt eine gewisse Anzahl privater Memorabilia. Den Leihgebern gebührt der abschließende Dank für ihre große Kooperationsbereitschaft, ohne die das Projekt nicht realisierbar gewesen wäre. Ihnen gilt der Dank auch deshalb, weil sie es ermöglichten, eine große Zahl nie zuvor oder jedenfalls außerhalb des Herkunftslandes nie gezeigter Objekte präsentieren zu können.

Dr. Rainer Rother

Gundula Bavendamm, M.A.

Dr. Kristiane Burchardi

Deutsches Historisches Museum

Unter den Linden 2

10117 Berlin

Zitierempfehlung:

Gundula Bavendamm, Kristiane Burchardi, Rainer Rother, Erinnerung und Erfahrung – Die langen Schatten des Ersten Weltkrieges. Zur Ausstellung „Der Weltkrieg 1914-1918. Ereignis und Erinnerung“, Deutsches Historisches Museum (Berlin), 13. Mai bis 15. August 2004, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Fronterlebnis und Nachkriegsordnung. Wirkung und Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs, Mai 2004, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Rother-Bavendamm-Burchardi>>

Rezensionen

Literaturbericht: 'Erster Weltkrieg'

Winter, Jay; Parker, Geoffrey; Habeck, Mary R. (Hg.): *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag 2002. ISBN: 3-930908-76-X; 352 S.

Mommsen, Wolfgang: *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918*. Stuttgart: Klett-Cotta 2002. ISBN: 3-608-60017-5; 188 S.

Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2002. ISBN: 3-506-73913-1; 1000 S.

Salewski, Michael: *Der Erste Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2002. ISBN: 3-506-77403-4; 421 S.

Pöhlmann, Markus: *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2002. ISBN: 3-506-74481-X; 421 S.

Förster, Stig (Hg.): *An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1939*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2002. ISBN: 3-506-74482-8; 495 S.

Thoß, Bruno; Volkmann, Hans-Erich (Hg.): *Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg: Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2002. ISBN: 3-506-79161-3; 900 S.

Lipp, Anne: *Meinunglenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2003. ISBN: 3-525-35140-2; 354 S., 18 Abb.

Berghahn, Volker: *Der Erste Weltkrieg*. München: C.H. Beck Verlag 2003. ISBN: 3-406-48012-8; 117 S.

Ferguson, Niall: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2001. ISBN: 3-423-30808-7; 512 S.

Rezensiert von: Volker Ackermann, Historisches Seminar, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Bis weit in die 1960er-Jahre hinein stand im Zentrum der internationalen historischen Forschung zum Ersten Weltkrieg die Frage nach seinen Ursachen und den Verantwortlichen für die ‚Urkatastrophe‘ des 20. Jahrhunderts. In Deutschland zumal verwies die als vordringlich empfundene Widerlegung der Versailler ‚Kriegsschuldfrage‘ alle anderen Themen auf die hinteren Plätze. Erst nach der Kontroverse um Fritz Fischers 1961 erschienenen Buch ‚Griff nach der Weltmacht‘, das Deutschland die Hauptschuld am Kriegsausbruch zuwies, rückten wirtschafts- und sozialhistorische Probleme in den Vordergrund; seit Mitte der 1980er-Jahre haben mentalitäts- und alltagshistorische sowie lokal- und regionalgeschichtliche Arbeiten den Horizont möglicher Fragen erweitert. Was eine moderne Weltkriegs-Forschung zu leisten vermag, zeigen die hier zu rezensierenden Gesamtdarstellungen, Sammelbände und Spezialstudien. Ihr Umfang reicht von knapp mehr als 100 Seiten bis auf gut das Zehnfache dieser Zahl.

Small is beautiful. Volker R. Berghahn analysiert den Ersten Weltkrieg auf nur 115 Seiten

Der an der Columbia University, New York, lehrende Verfasser (Jahrgang 1938) hat eine kenntnisreiche und kluge Darstellung der Geschichte des Ersten Weltkriegs geschrieben. Ungewöhnlich ist der Aufbau seines Büchleins: Es beginnt mit einer Aufstellung der menschlichen und materiellen Kosten des Ersten Weltkriegs, mit den Millionen von Toten und Verletzten, und mit den 175 Mrd. Dollar,

die von den beteiligten Großmächten aufgewendet wurden. Zu den Kosten im weiteren Sinn gehören auch die kollektive Verarbeitung des Massensterbens und die psychischen Folgen wie etwa die ‚Shell Shock‘ genannte Kriegsneurose.

Erst nach diesen einleitenden Bemerkungen und nach einem kurzen Abriss der Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg wendet sich Berghahn den tieferen Ursachen für dessen Ausbruch zu. Er sieht sie im Bündnissystem der europäischen Großmächte und in seiner langsamen Verfestigung in zwei feindliche Blöcke, im Wettrüsten (vor allem zur See) und in der imperialistischen Expansion der Europäer. Auch innenpolitische Kräfte und Konflikte werden in Rechnung gestellt, wie etwa die ungelösten Minderheitenprobleme in multinationalen Reichen. Klar benannt werden die Verantwortlichen für die Entscheidung zum Krieg; weder anonyme Kräfte noch die Bevölkerungsmassen noch bestimmte Elitegruppen, sondern ein kleiner Personenkreis, und zwar weniger in London, Paris und St. Petersburg als vielmehr in Berlin und Wien. Dort zeigten die Entscheidungsträger eine hohe Risikobereitschaft; Missmanagement und Fehlkalkulationen verschärften die Julikrise von 1914 bis zur ‚Flucht nach vorn‘ in den Konflikt mit den anderen Großmächten.

Berghahn analysiert den Krieg zunächst ‚von oben‘. Den Generälen auf beiden Seiten kann er nicht viel Gutes nachrühmen: eiskaltes Kalkül, Starrsinn, Erbarmungslosigkeit, übergroßes Selbstvertrauen, Fehlkalkulationen, unglaubliche Inkompetenz und schlicht Versagen - so lautet sein harsches Urteil. Aber auch andere Elitegruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schneiden nicht besser ab: Alle wurden vom ‚Geist der Härte‘ erfasst, stellten ihr Fachwissen und ihre Arbeitskraft zur Verfügung, um den Sieg zu ermöglichen. Der Krieg führte in allen Ländern zu einer immer stärkeren Zentralisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; die politische und militärische Führung wirkte von oben auf die innenpolitischen Entwicklungen ein. Während England und Frankreich eher zu Reformen und Verfassungsänderungen bereit waren, konnten sich in Deutschland

die reformwilligen Kräfte in Regierung und Wirtschaft nicht durchsetzen.

Bei seiner Analyse des Krieges ‚von unten‘ zeigt Berghahn, dass die Begeisterung der Bevölkerung in Deutschland, Frankreich und England selbst für einen kurzen Verteidigungskrieg wohl doch nicht so groß war, wie sie über Jahrzehnte hinweg in den Geschichtsbüchern geschildert worden ist. Aber warum kämpften dann die Soldaten in einem Krieg, der seit 1915 immer totaler und brutaler wurde? Motive waren kameradschaftlicher Zusammenhalt, Pflicht- und Ehrgefühl, Vaterlandsliebe und nicht zuletzt das militärische Disziplinarrecht. Je länger allerdings der Krieg dauerte, desto lauter wurde die Frage nach dem Sinn des großen Sterbens gestellt; Meutereien und Streiks zeigten die wachsende Neigung, die Bestimmung des Kriegsendes nicht mehr allein den politischen und militärischen Führern zu überlassen.

‚Totale‘ Züge gewann der Krieg nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat. Dort war eines der wichtigsten Probleme die Lebensmittelversorgung, die in England und Frankreich besser als in Deutschland funktionierte, wo es den Behörden nicht gelang, die Verteilungskonflikte zu lösen; ähnlich war die Lage in Österreich-Ungarn, und noch schlimmer in Russland. Dort führte der Protest der Bauern-Soldaten an der Front und der Industriearbeiter in den großen Städten zum Zusammenbruch des Zarismus, und die russische Revolution nahm sowohl die militärische Niederlage als auch den Umsturz der alten politischen Ordnung voraus. Die Kosten des Ersten Weltkrieges machen es verständlich, warum Berghahn in seinem Fazit das Wort ‚Sieger‘ in Anführungszeichen setzt: Für alle Beteiligten war er eine Katastrophe, in der es letztlich keine Sieger gab.

Sind irgendwelche Einwände gegen dieses Buch zu erheben, dessen Klappentext verspricht, es sei „eine vorzügliche Einführung auf dem neuesten Forschungsstand“? Berghahn bietet auf 3 ½ Seiten eine kommentierte Auswahlbibliografie. Auf zwei Bücher, die er in seine Auswahl nicht aufgenommen hat, sei hier hingewiesen. Holger Aff-

lerbach hat in seiner Studie über den Dreibund den Ausbruch des Ersten Weltkriegs als das Resultat schwerer diplomatischer Fehler und Fehleinschätzungen bezeichnet, als ein mögliches, nicht aber als ein zwangsläufiges und sogar ein eher unwahrscheinliches Resultat der damaligen politischen Ordnung; eine unnötige, ja anachronistische Katastrophe beendete gewaltsam die friedliche Entwicklung Europas. Friedrich Kießling hat die Entspannung in den internationalen Beziehungen der Vorkriegszeit untersucht und gezeigt, wie bis unmittelbar vor Kriegsbeginn entsprechende Bemühungen mit konfrontativen und konfliktverschärfenden außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen einhergingen.

Die internationale Politik seit 1890 erscheint also nicht mehr als eine Einbahnstraße, die unweigerlich zum Ersten Weltkrieg führte. Berghahn selbst hat in seinem 2002 erschienenen Buch ‚Europa im Zeitalter der Weltkriege‘ die Alternativen zu den Gewaltorgien zwischen 1914 und 1945 klar aufgezeigt. Seine kleine Geschichte des Ersten Weltkriegs ist daher ohne Einschränkungen zu empfehlen, nicht nur Lesern mit knappem Zeitbudget, sondern auch Studierenden zur Prüfungsvorbereitung. Dieses Urteil gilt auch für das folgende Buch, das in einer Reihe erscheint, die eine auf das Wesentliche konzentrierte Darstellung zum Grundsatz erhoben hat.

Rundumsanierung: Wolfgang J. Mommsen hilft dabei, den ‚Gebhardt‘ zu erneuern

Im ‚Gebhardt‘, dem bedeutendsten Handbuch der deutschen Geschichte, fasst jede Historikergeneration den Stand der deutschen Geschichtsschreibung zusammen. Die Darstellung von Epochen oder Teilepochen wird ergänzt durch detaillierte Angaben zu Hilfsmitteln, Quellen und weiter führender Literatur sowie durch Zeittafel, Orts-, Sach- und Personenregister. Der in 10. Auflage seit 2001 erscheinende ‚Gebhardt‘ folgt einer ganz neuen Konzeption: Nicht mehr Politikgeschichte stellt er in den Mittelpunkt, sondern Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Statt einer bloßen Chronik deutscher Geschichte bietet er Analyse, stellt Fragen, macht weiterführende Inter-

pretationsangebote, weist auf Lücken im Forschungsstand, auf Kontroversen und offene Probleme hin und präsentiert schließlich deutsche Geschichte in ihrer regionalen Vielfalt und in ihren europäischen Zusammenhängen.

Der Vergleich mit früheren Auflagen macht die Neuerungen sofort deutlich. In sechs Kapiteln informiert Wolfgang J. Mommsen (Jahrgang 1930) über den Stand der Forschung und ihre Kontroversen, die Julikrise und den Kriegsausbruch, die politischen und militärischen Ereignisse 1914 bis 1918, die deutsche Gesellschaft sowie die Peripetie des Krieges; in einem Ausblick fragt er nach den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf Politik, Gesellschaft und Kultur. Er berücksichtigt zahlreiche Regionalstudien und Arbeiten zum Kriegsalltag.

Deutlich zurückhaltender als früher formuliert Mommsen die Sozialimperialismus-These, der zufolge die deutschen Eliten einen Krieg anzettelten, um überfällige politische und gesellschaftliche Reformen abzuwehren, die von der Arbeiterbewegung und vom Bürgertum gefordert wurden, wie etwa die Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts. Die deutsche Bevölkerung einschließlich der großen Mehrheit der Arbeiterschaft habe der Regierung geglaubt, die den Krieg als einen lange vorbereiteten Überfall der Alliierten darstellte; eine innerlich bereits überlebte Führungsschicht habe in einem „doppelbödigen machiavellistischen Kalkül“ Vabanque gespielt. „In gewissem Sinne“, heißt es jetzt einschränkend, habe die Führung im Juli 1914 ihre Zuflucht im Kriege gesucht.

Wie sehen die neuen Schwerpunkte Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aus? Mommsen beschreibt die Kriegswirtschaft als eine innerhalb bestimmter Grenzen durchaus effektive Kombination von freier, marktorientierter und gewinnbewusster kapitalistischer Wirtschaft mit staatlich-bürokratischer Lenkung. Den damals aufkommenden und zunächst durchaus positiv gemeinten Begriff ‚Kriegssozialismus‘ lehnt er allerdings als unzutreffend ab, denn der Anteil zentraler Planung am Produktionsprozess sei denkbar gering ge-

wesen. Die Kriegswirtschaft entwickelte sich zu einem System eines kaum gebremsten Lobbyismus; der Kriegsausschuss der Industrie gewann mehr Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen als alle staatlichen Planungen. Finanziert wurde der Krieg nicht durch höhere Steuern, sondern durch Kredite und Kriegsanleihen, in der Hoffnung, nach einem Sieg die unterlegenen Gegner bezahlen zu lassen. Die seit Mitte 1916 eingeführten Kriegssteuern machten nur 14 Prozent aller Kriegskosten aus. Diese Art der Finanzierung führte zu einer mühsam verschleierte Geld- und Kreditinflation, deren wahre Ausmaße sich erst 1920/21 zeigen sollten.

Der Kriegskapitalismus brachte sowohl Gewinner als auch Verlierer hervor; während die Unternehmer ihre ökonomische Lage erheblich verbessern konnten, verarmte der Mittelstand – die Angestellten und Beamten, die kleinen Händler und Gewerbetreibenden sowie die von Renten und Hausbesitz lebenden Bürger. Ihnen stand auch keine Interessenvertretung zur Verfügung wie der industriellen Arbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften. Die Industriearbeiter nahmen zwar am allgemeinen Verarmungsprozess teil und mussten große Entbehrungen auf sich nehmen, konnten aber ihren sozialen Status im Vergleich zu anderen Gruppen deutlich verbessern. Erbitterte Richtungskämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung über die Kriegszielpolitik der Sozialdemokratie schwächten ihr politisches Gewicht; spätestens seit 1920 war sie tief gespalten und für lange Zeit neutralisiert.

Die kulturellen Eliten und die Kirchen begrüßten den Krieg fast einhellig; sie verbreiteten die Ideologie des ‚Durchhaltens‘ und versuchten, die Kriegsmoral aufrecht zu erhalten. Mit den blutigen Schlachten vor Verdun und an der Somme 1916 kam es zu einer Polarisierung der kulturellen Eliten in einander scharf bekämpfende Lager. Auf der einen Seite wurden Rufe nach politischen Reformen und nach Völkerverständigung laut, auf der anderen Seite lösten sich liberale Positionen zugunsten eines völkischen Mysterienkultes auf. Die Zerklüftung der künstlerischen und intellektuellen Kultur kündigte sich an, die in der Weimarer Republik offen ausbrechen und zur Zer-

störung der ersten deutschen Demokratie wesentlich beitragen sollte.

In allen drei Bereichen hatte der Erste Weltkrieg langfristige Folgen. Er brachte einen neuen, aggressiven völkischen Nationalismus und einen radikalen Antisemitismus hervor, ebenso tief greifende Veränderungen der deutschen und europäischen Kultur. Die globale Vorherrschaft Europas war unwiderruflich dahin; der Prozess der Dekolonisation und der Emanzipation der Dritten Welt kündigte sich an, und im Nahen Osten sowie auf dem Balkan entstanden neue Konfliktfelder, die bis heute die internationalen Beziehungen bestimmen.

Wolfgang J. Mommsen schreibt ebenso wie Volker R. Bergahn als Vertreter einer ‚erweiterten‘ Sozialgeschichte, die ihre Begriffe, ihr analytisches Instrumentarium und ihr theoriegeleitetes Erkenntnisinteresse Max Weber verdanken. Von ihrem methodischen Ansatz ist der Autor des nun zu besprechenden Buches meilenweit entfernt.

Vorbild Ranke: Michael Salewski zeigt, wie der Erste Weltkrieg eigentlich gewesen ist

Man müsse sich der Vergangenheit respektvoll, aufgeschlossen, vorurteilsfrei, aber kritisch nähern, versichert der Kieler Ordinarius (Jahrgang 1938); nicht stolze, rechthaberische Besserwisserei sei gefragt, sondern das „bescheidene Hineindenken“ in den Geist der vergangenen Zeiten, die „Anschauung der vergangenen Wesenheiten“. Das klingt nach Ranke, räumt Salewski ein und fügt in entwaffnender Offenheit das Geständnis hinzu, er wisse nicht, wie man über ihn hinwegkommen solle. Sein Buch über den Ersten Weltkrieg orientiert sich an der klassischen Aufforderung, die Historiker sollten zeigen, wie es eigentlich gewesen ist.

So viel ist sicher: Theorien sind Salewskis Sache nicht. Große historische Theorien schadeten dem Erkenntnisprozess eher, als dass sie ihm nutzten, schreibt er auf S. 56, denn man dürfe die Geschichte des Bismarckreiches und die der letzten Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur vom Ergebnis her beurteilen; auch die Frage nach den Kriegsursachen lasse sich nicht „theoretisch“ beantworten.

Einer Theorie allerdings kann Salewski durchaus etwas abgewin-

nen: der Spieltheorie. Wer darüber genauere Auskunft wünscht, wird mit in einer Anmerkung auf zwei Bücher zu diesem Thema und mit der Bemerkung abgespeist, man könne die deutsche Außenpolitik als irrationales Spiel begreifen. Bismarck etwa habe Außenpolitik als Spiel betrieben, und Wilhelm II. sei ebenso eine Spielernatur gewesen wie die Paladine in seinem Dunstkreis. Im Juli und August 1914 habe man sich im Auswärtigen Amt und in der Wiener Hofburg wie bei einem Pokerspiel oder wie beim russischen Roulette verhalten; man sei unfähig zu dem Eingeständnis gewesen, dass man eine Weltmachtrolle im 20. Jahrhundert nicht spielen könne oder wolle. Also doch ein Vabanque-Spiel (wie bei Mommsen), nur eben nicht innenpolitisch motiviert. Aber was hat das alles mit Spieltheorie zu tun?

Wie auch immer - die Auseinandersetzung mit Fritz Fischer und seinen Schülern zieht sich durch das ganze Buch. Die Sozialimperialismus-These? Nichts weiter als ein „Schreibtischphänomen von Historikern“. Im Sinne des Zähmungskonzepts hätten Flottenbau und Kolonialismus kontraproduktiv gewirkt, da sie nicht nur Unsummen von Steuergeldern verschlangen, sondern auch das Geld für soziale Zwecke fehlen ließen. Etwa 1.500 Streiks pro Jahr von 1890 bis 1914 sprächen gegen die These von der Disziplinierung der Arbeiterschaft. Nur ein Krieg habe das Regime retten können? Wer die tradierte Sozialstruktur konservieren wollte, brauchte alles andere als einen Krieg, und überhaupt sei es im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg „normaleuropäisch“, im Vergleich zu anderen Staaten sogar friedfertiger und aggressionsloser zugegangen. Zum Beweis kontrastiert Salewski das angeblich militarisierte Deutschland vor 1914 mit dem „Kriegsreich“ Hitlers und mit der alten Bundesrepublik, die beide weitaus höher gerüstet gewesen seien als das Kaiserreich.

Auch in seiner Erklärung der ‚inneren‘ Kriegsursachen setzt er sich bewusst von einer als „klassisch marxistisch“ bezeichneten Deutung ab. Nicht die Industriearbeiter und Hochofenbesitzer führten den Krieg herbei, im Gegenteil: Sie wollten im Zeichen der Globalisie-

rung vor 1914 ihre Geschäfte machen, und in der volkswirtschaftlichen Lehre wurde die Ansicht vertreten, ein großer Krieg sei wegen des damit verbundenen Zusammenbruchs der komplexen wirtschaftlichen Strukturen so gut wie ausgeschlossen. Wer konnte so dumm sein, den Krieg zu wünschen, wenn doch allen klar sein musste, dass man damit mehr verlieren als gewinnen würde? Schließlich war der Krieg ja „so unnötig wie ein Kropf“, wie der Autor nüchtern bilanziert; er führte nicht zur Modernisierung, sondern zu einem „historischen Rücksturz“ Europas.

Besonders unfreundliche Worte über die Sozialhistoriker fallen immer dann, wenn Salewski sein ureigenstes Gebiet verteidigt. Verständlicherweise spielt der Militärhistoriker seine Kompetenz aus, wenn er etwa den „zivilen“ Historikern die Kenntnis entsprechender Fachbegriffe abverlangt: Wenigstens in groben Zügen müsse man wissen, dass eine Division auf einem Schiff etwas ganz anderes ist als eine Division an Land. Eine jüngere Historikergeneration, so die geradezu erleichterte Feststellung, bemühe sich ernsthafter als die der 1960er und 1970er-Jahre darum, der militärischen Wirklichkeit von damals gerechter zu werden.

Die Analyse von Symbolen und Metaphern nimmt in Salewskis Buch einen bedeutenden Platz ein. Das Schlagwort vom ‚Burgfrieden‘ etwa stellt er in größere Zusammenhänge: 1914 wurde das gesamte deutsche Kaiserreich zur Burg erklärt – das passte zur Einkreisungstheorie und zur Behauptung, man wolle nicht erobern, denn Burgen sind defensive militärische Bauten. Daher war die Burg-Metapher hervorragend für die deutsche Friedenspropaganda geeignet; gleichzeitig suggerierte sie die schicksalhafte Notwendigkeit des Zusammenstehens aller. Im Zweiten Weltkrieg nahm Hitler diesen Gedanken der eingekreisten Burg wieder auf, in der abgewandelten Form der ‚Festung Europa‘. Ähnliche mythische Qualitäten besaß das Wort ‚Skagerrak‘. Die Seeschlacht am 31. Mai 1916 bewirkte strategisch und operativ nichts, psychologisch dagegen umso mehr: Wilhelm II. glaubte gar, der Nimbus der englischen Weltherrschaft sei geschwun-

den.

Salewskis besonderes Interesse gilt der hypothetischen Geschichtsschreibung; in der jungen Disziplin der Parallel- und Alternativgeschichte sieht er sogar einen guten Zugang zum Verständnis vieler Probleme. Warum etwa ist die zeitgenössische akademische Kritik am Schlieffenplan nicht ernst genommen, sondern wütend bekämpft worden? Oder man stelle sich vor, die Reichsleitung und die 3. Oberste Heeresleitung hätten nicht Lenin, sondern Alexander Kerenski unterstützt, eine der zentralen Figuren der Februarrevolution von 1917. Hätte man mit dem Kriegsminister und späteren Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung einen billigen Frieden ausgehandelt - wahrscheinlich wären der Welt 70 Jahre Kommunismus erspart geblieben (Aber, so ist hier einzuwenden, Kerenski *wollte* ja keinen Frieden schließen und wurde deshalb gestürzt!). Und schließlich: Was wäre geschehen, hätte es keine Novemberrevolution, sondern einen kaiserlichen Putsch gegeben? Die alliierten Friedensbedingungen wären kaum härter ausgefallen, aber in den Köpfen der Deutschen hätte sich die Vorstellung festgesetzt, Schuld an der Niederlage sei nicht der Dolchstoß der Heimat, sondern eben diese „Generalsclique“, die damit diskreditiert worden wäre - wahrscheinlich hätten dann die demokratischen Kräfte in Deutschland eine bessere Chance gehabt.

Über Leopold von Ranke kommt Salewski also doch hinweg: Er zeigt nicht nur, wie es gewesen ist, sondern auch, wie es hätte sein können. Anregungen gibt sein schwungvoll geschriebenes, aus einer Vorlesung hervorgegangenes Buch also durchaus. In seiner Vorliebe für kontrafaktische Überlegungen indessen wird sein Autor von einem englischen Historiker weit übertroffen.

Natürlich - die Engländer waren Schuld! Niall Ferguson im Spekulationsfieber

Solch einen kenntnisreichen und engagierten Fürsprecher wie Niall Ferguson (Jahrgang 1963) hat das deutsche Kaiserreich schon lange nicht mehr gehabt. Selten sind der wilhelminischen Gesellschaft und ihren Führungsgruppen so viele sympathische Züge nachgerühmt

worden. Nicht an Deutschlands vermeintlicher Stärke sei die durchaus mögliche englisch-deutsche Allianz gescheitert, sondern an seiner Schwäche. Deutschland habe gar nicht nach der Weltmacht gegriffen, sondern lediglich gefürchtet, den Rüstungswettlauf zu verlieren. Die deutschen Sorgen vor einer Einkreisung zeugten weniger von Verfolgungswahn als von Realismus. Ausgerechnet die Macht, die selber einer bevorstehenden Niederlage im Rüstungswettlauf ins Auge sah, habe im Ruf eines exzessiven Militarismus gestanden.

Je heller das Licht, das auf Deutschland fällt, desto dunkler die Farben, in denen dessen Hauptgegner gemalt wird. Eben das England, von dem Salewski schreibt, ihm sei von allen Hauptbeteiligten wohl doch die geringste Schuld am Kriegsausbruch zuzuweisen, setzt Ferguson auf die Anklagebank. England hätte nicht in den Krieg eintreten müssen, schon gar nicht wegen des Einmarsches deutscher Truppen in Belgien. Die liberale britische Regierung habe sich durch den Vertrag von 1839 nicht gebunden gefühlt, die belgische Neutralität um jeden Preis zu garantieren; hätte Deutschland diese nicht verletzt, so würde Großbritannien es getan haben. Gewiss, Deutschland habe Frankreich und Russland einen Kontinentalkrieg aufgezwungen, aber es sei die britische Regierung gewesen, die den Kontinentalkrieg in einen Weltkrieg verwandelt habe.

Damit aber noch nicht genug. Aus einem Krieg ohne Beteiligung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wäre Deutschland als Sieger hervorgegangen und hätte mit dem ‚Mitteleuropäischen Wirtschaftsbund‘ eine Version der Europäischen Union geschaffen, wie sie erst acht Jahrzehnte später Wirklichkeit wurde. Wäre der deutsche ‚Griff nach der europäischen Union‘ nach Plan verlaufen, so hätte der Krieg nur halb so lange gedauert und weniger Menschenleben gekostet. Ferguson zufolge hätte ein deutscher Sieg auf dem Kontinent nicht den Anfang vom Ende der britischen Weltmacht bedeutet. Dies geschah nur, weil sich Großbritannien am Weltkrieg beteiligte. Deshalb lautet der Titel seines Buches ‚Der falsche Krieg‘.

Auf fast allen Gebieten schneidet Deutschland besser ab als die

Entente: Es konnte seine knappen Ressourcen besser mobilisieren, die Moral seiner Bevölkerung kam zu keiner Zeit einem Zusammenbruch so nahe wie in Russland oder Frankreich, und die Kampfkraft der deutschen Soldaten erreichte meist ein höheres Niveau an militärischer Effektivität. Positives kann Ferguson selbst den im September 1914 formulierten deutschen Kriegszielen abgewinnen, die, wären sie verwirklicht worden, zu einer von Deutschland beherrschten europäischen Zollunion geführt hätten - britische Interessen wären von ihr nicht bedroht worden.

Kein Wunder, dass der Vertrag von Brest-Litowsk im ganzen Buch nur einmal auftaucht. In diesem am 3. März 1918 von den Mittelmächten diktierten ‚Frieden‘ musste die bolschewistische Revolutionsregierung u.a. der Ablösung Polens, Litauens, Estlands, Lettlands und der Ukraine einschließlich der Krim vom Russischen Reich zustimmen, das damit 34 Prozent seiner Einwohner sowie 54 Prozent seiner industriellen Unternehmen und 84 Prozent seiner Kohlenbergwerke verlor. Später folgende Zusatzverträge vervollständigten die wirtschaftliche Ausplünderung Russlands und schoben den deutschen Herrschaftsbereich immer weiter nach Osten vor. Zu Recht schreibt Volker R. Berghahn, dieser ‚Friede‘ zeige, wie ernst es der Obersten Heeresleitung mit ihren Kriegszielen war: Hier sollte der östliche Teil des exorbitanten Annexionsprogramms verwirklicht werden, das Deutschland einen ‚blockadefreien‘ Machtblock auf dem europäischen Kontinent zu errichten erlaubte. Brest-Litowsk gab zu erkennen, was ein siegreiches Deutschland mit Europa gemacht hätte.

Ferguson nun relativiert die Bedeutung dieses Diktatfriedens und lässt ihn sogar als akzeptabel erscheinen: Die Verringerung der russischen Macht in Osteuropa und die Schaffung eines ‚Mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes‘ hätte britischen Interessen nicht widersprochen. Großbritannien hätte die deutsche Hegemonie in Osteuropa als Bollwerk gegen den Bolschewismus durchaus hinnehmen können; schließlich hätten ja Finnland und Litauen ihre Unabhängigkeit er-

langt, während allerdings, so muss Ferguson denn doch einräumen, Lettland, Kurland, die Ukraine und Georgien unter dem Deckmantel der nationalen Selbstbestimmung Opfer einer schlecht verdeckten Annexion geworden seien.

Passagen wie diese erwecken den Verdacht, dass mit Ferguson die wissenschaftliche Phantasie durchgegangen ist. Ganz anders verhält es sich dagegen, wenn der auf dem Klappentext als „Autorität für die Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkriegs“ Gepriesene das Spekulieren lässt und seine in der Tat bewunderungswürdigen ökonomischen Kenntnisse ausbreitet. Man lernt viel über die Finanzierung des Rüstungswettlaufs und über die Steuersysteme verschiedener europäischer Staaten; man liest makaber anmutende, detaillierte Bilanzen über die Kosten für die Tötung eines Soldaten. Auch hier schneidet Deutschland bzw. schneiden die Mittelmächte besser ab als die Entente: Sie töteten mindestens 35 Prozent mehr Soldaten, als sie verloren; auch konnten sie 25 bis 28 Prozent mehr Gefangene machen als die Gegenseite; selbst die Niederlage hatte mehr mit Fehlern der deutschen Strategie zu tun als mit Fortschritten auf alliierter Seite.

Der nahe liegenden Frage, warum trotz aller angeblichen Überlegenheit Deutschland den Krieg schließlich dennoch verlor, weicht Ferguson nicht aus. Er konstatiert eine „Krise der Kampfmoral“ auf deutscher Seite und eine in den letzten drei Kriegsmonaten zunehmende Kapitulationsbereitschaft vieler deutscher Soldaten; daher habe der Krieg nicht länger fortgesetzt werden können. Aber wenn es stimmt, dass alle Soldaten (nicht nur die deutschen) kämpften, weil sich im Krieg eine Art ‚Todestrieb‘ zeigte, dann bleibt zu erklären, warum sie schließlich damit aufhörten. Die gesunkene Kampfmoral wegen der fehlgeschlagenen Frühjahrsoffensive, Ludendorffs Bitte um Waffenstillstand sowie das wachsende Problem von Krankheiten – das alles habe deutsche Soldaten veranlasst, das Kämpfen als kostspieliger anzusehen, als sie es 1917 getan hatten; ihre Kapitulationsbereitschaft könne jedoch nicht als Ausdruck eines allgemeinen Überdrusses an der Gewalt interpretiert werden. Bei seinem Versuch,

auf diese „letzte und schwierigste Frage“ eine abschließende Antwort zu geben, ist Ferguson wieder auf dem Gebiet der Spekulation angekommen.

Letztlich unerforschbar? Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert

„Wer sich mit dem Ersten Weltkrieg befasst, begibt sich auf ein vertrautes und äußerst bedeutsames, im letzten aber doch unerforschbares Gebiet.“ Trotz dieser in der Einleitung ausgedrückten Skepsis versuchen Jay Winter, Geoffrey Parker und Mary R. Habeck in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband den aktuellen Stand der historischen Forschung zusammenzufassen. Von den 13 beteiligten Autoren, die aus den USA, Kanada und Großbritannien kommen, teilen „viele“, wie es in der Einleitung heißt, einen generationenspezifische Erfahrung: Sie haben ihre Berufskarriere in einer Zeit begonnen, als der Kalte Krieg auf dem Höhepunkt war und alle militärpolitischen Fragen im Zeichen des Vietnamkrieges standen. Dieser Krieg habe deutlich gemacht, dass Militärgeschichte mehr einbeziehen müsse als nur strategische Überlegungen, Kriegstechnik, Logistik, Ideologie oder Massenpsychologie; vielmehr müsse sie mit Hilfe eines „umfassenden Ansatzes“ analysiert werden.

Was diesen Sammelband auszeichnet, ist aber nicht ein einziger umfassender, sondern sind viele verschiedene Ansätze. Im ersten Teil („Kriegsbeginn“) spüren die Autoren den tieferen Ursachen des Machtkampfes zwischen den Großmächten nach; im zweiten und dritten Teil („Kriegführung“ und „Im Schatten des Krieges“) präsentieren sie Aspekte des ersten totalen Krieges im 20. Jahrhundert aus vergleichender Sicht, angefangen von der Massenmobilisierung in den beteiligten Staaten bis hin zur Funktion der Kriegsökonomien und den Versuchen einer weitgehenden Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Heimatfront; in den Blick kommen schließlich auch die langfristigen Folgen der ‚Urkatastrophe‘ wie die Entkolonialisierung, die Veränderungen des internationalen Staatensystems sowie die Bildung von Mythen und Legenden.

Auch in diesem Sammelband werden kontrafaktische Szenarien entworfen. Was wäre geschehen, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte? Michael Howards Antwort fällt ganz anders aus als bei Niall Ferguson: Eine antidemokratische Regierung unter Ludendorff hätte die liberale und sozialistische Opposition unterdrückt (wenn auch nicht so brutal wie die Nationalsozialisten), und protofaschistische Ideen hätten sich in Europa früher entfaltet und stärker ausgebreitet; daher habe die Niederlage Deutschlands der Demokratie in Europa wenigstens eine weitere Chance gegeben. Genau entgegengesetzt argumentiert William C. Fuller jr., der daran zweifelt, ob der Sieg der Alliierten ohne Russland tatsächlich der optimale Ausgang des Ersten Weltkriegs war. Wäre ein siegreiches Deutschland für die zivilisierte Menschheit nicht besser gewesen? Es hätte mit dem bolschewistischen Regime kurzen Prozess gemacht, und dem 20. Jahrhundert wäre Hitler und Stalin erspart geblieben.

Die Mobilisierung der Volkswirtschaften für den Krieg untersucht Gerald D. Feldman. Er sieht in der wirtschaftlichen Mobilisierung nicht das potentielle Vorspiel zu einer neuen Wirtschaftsordnung, sondern eine massive Störung und Verzerrung der hoffnungsvollen Ansätze, die das internationale kapitalistische System vor 1914 enthalten hatte. Inflation und Destabilisierung bereiteten den Weg für die Weltwirtschaftskrise, deren Bewältigung nicht gelang; die in Mittel- und Osteuropa eingeführte Zwangswirtschaft bedeutete faktisch Mangelwirtschaft. Feldman kann daher der Kriegswirtschaft keine positiven Seiten abgewinnen. Nicht die Erfahrung der wirtschaftlichen Mobilisierung im Ersten Weltkrieg, sondern die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise gab nach 1945 den Anstoß zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen sowie zur internationalen Zusammenarbeit.

Wie wirkten sich der industrialisierte Massenkrieg und die Mobilisierung aller Ressourcen auf die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung aus? John Horne arbeitet die Unterschiede in den kriegführenden Staaten heraus: In Nationalstaaten mit einem hohen Grad

an demokratischer Legitimität und eingespielten Mechanismen zur Beilegung von Arbeitskonflikten wie Großbritannien und Frankreich hielten sich die Unzufriedenheit der Arbeiter und die sozialistische Agitation gegen den Krieg in Grenzen, zumal sich die Lebensbedingungen nicht so dramatisch verschlechterten wie in Russland und in Deutschland. Aber nicht nur in Europa führte der Erste Weltkrieg zu Revolutionen; er erschütterte auch die Grundlagen der europäischen Kolonialreiche und läutete das Ende der Vorherrschaft des weißen Mannes ein. Dabei habe das Selbstbestimmungsrecht eine Rolle gespielt, behauptet A. S. Kanya-Forstner, aber vor allem die Wahrnehmung Europas in den Kolonien: Der Weltkrieg ramponierte das Ansehen der angeblich überlegenen westlichen Zivilisation, in deren Namen sich die Europäer vier Jahre lang abgeschlachtet hatten.

In seinem Beitrag über ‚Das kulturelle Vermächtnis des Ersten Weltkriegs‘ macht Modris Ekstein noch einmal seine These stark, die er in seinem 1989 erschienenen, Aufsehen erregenden Buch ‚Tanz über Gräben‘ vertreten hat: Deutschland habe vor 1914 in kultureller Hinsicht seinen international anerkannten ‚Platz an der Sonne‘ bereits gehabt, und der Erste Weltkrieg habe den endgültigen Durchbruch zur Moderne gebracht; die militärischen Sieger Großbritannien und Frankreich dagegen hätten den Krieg auf geistigem Gebiet verloren.

In dem Sammelband werden noch weitere Themen aufgegriffen wie etwa die aus der Perspektive des ‚kleinen Mannes‘ gesehene Technik, eine Kulturgeschichte des Kampferlebnisses und die Bedeutung von Mythen. Die Untersuchungen über den Ersten Weltkrieg seien zu einem „Haus mit vielen Wohnungen“ geworden, schreiben die Herausgeber in der Einleitung, und sie wollen auf eine vergleichende Geschichte der Armeen und Gesellschaften hinarbeiten, die im 20. Jahrhundert gegeneinander Krieg geführt haben. Ihre Publikation stellt also nicht das Ende, sondern den Anfang von weiteren Forschungen dar, und so ist wohl auch die Formel von der ‚Unerforschbarkeit‘ des Ersten Weltkriegs zu verstehen (wenn es kein Bescheidenheitstopos ist). Wer Freude an originellen Fragestellungen und an-

regenden Interpretationen hat, kommt jedenfalls bei der Lektüre voll auf seine Kosten.

Das Land der Kompensationsdiskurse – Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann schreiben die Erfahrungsgeschichte beider Weltkriege

Über dem Sammelband ‚Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg‘ schwebt der Geist Ludwig Dehios: Deutschland unternahm im 20. Jahrhundert zwei kriegerische Anläufe zur Weltmacht, die schließlich mit seinem Zusammenbruch und mit der Zerschlagung seines militärischen Machtapparats endeten. Die Herausgeber Bruno Thoß (Jahrgang 1945) und Hans-Erich Volkmann (Jahrgang 1938), Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam bzw. Freiburg, wollen nun zeigen, dass beide Weltkriege zwar den ihnen zugrunde liegenden Typus totaler Kriegführung variierten, aber sowohl verbundene als auch unterscheidbare Kriege waren, wenn man danach fragt, wie sie von den Betroffenen an der Front, in der Heimat und in den besetzten Gebieten wahrgenommen und gedeutet wurden.

Um Erfahrungsgeschichte also geht es, und zwar am Beispiel Deutschlands. Auf eine international vergleichende Bestandsaufnahme wird verzichtet; dafür präsentiert der Sammelband den Stand der Weltkriegsforschung auf möglichst breiter Ebene und gibt zugleich inhaltlich wie methodisch weiter führende Anstöße für künftige Forschungen. Vorgeschlagen wird etwa, Militärgeschichte als historische Soziologie organisierter Gewalt zu betreiben; eine zu entwickelnde Theorie der Macht müsse den vielfältigen Perspektiven von Opfern, Tätern und Zuschauern Rechnung tragen. Ein weiterer Vorschlag lautet, Kollektivbiografien von hohen und höchsten Offizieren zu schreiben. Warum eigentlich, so die ketzerische, weil zum Konzept der ‚Geschichte von unten‘ quer stehende Frage, soll jeder Schütze an der Westfront und jede Näherin in der Heimat interessanter sein als ein General?

Die insgesamt 43 Aufsätze sind sieben Großkapiteln zugeordnet: 1. Die Weltkriege als Kriege neuen Typs, 2. Deutsches Führungsden-

ken und technologische Entwicklung in den Weltkriegen, 3. Krieg als Welt der Soldaten: die militärische Gesellschaft, 4. Krieg als kollektive Erfahrung in der Heimat: die zivile Gesellschaft, 5. Krieg als Besatzungsherrschaft: die Welt der Besatzer und Besetzten, 6. Erinnerungskulturen und Nachkriegszeiten sowie 7. Die Epoche der Weltkriege als Methodenwerkstatt für eine interdisziplinäre Militär-, Gesellschafts- und Erfahrungsgeschichte. Natürlich können hier nicht alle Beiträge gewürdigt werden; zwei Ergebnisse erscheinen dem Rezensenten besonders bemerkenswert.

1. Offen bleibt die Frage, ob trotz aller Gemeinsamkeiten letztlich doch die Unterschiede zwischen beiden bewaffneten Konflikten den Ausschlag geben. Die Herausgeber sprechen von einem qualitativen Sprung: Der Zweite Weltkrieg sei radikaler, brutaler und in jeder Hinsicht extensiver gewesen, und zwar sowohl im Einsatz von Gewaltmitteln und -methoden als auch in der Ausbreitung in die Gesellschaft und in den europäischen Raum. Nationale Stereotypen, Vorurteile und Antisemitismus hätten nach 1941 eine neue Dimension erreicht und die ‚Vernichtung‘ und ‚Ausmerzungen‘ von ‚Untermenschen‘ mit eingeschlossen. Die Ähnlichkeit zwischen beiden Kriegen sei nur scheinbar, resümiert Bruno Thoß, der vor allem in der Radikalisierung das Andersartige sieht.

Allerdings fallen viele Befunde ambivalent aus. Das zeigt etwa der Beitrag über die deutsche Militärjustiz, in dem ein radikaler Bruch zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg behauptet und mit Zahlen gut begründet wird: Es gab 48 vollstreckte Todesurteile im Ersten, dagegen knapp 20.000 im Zweiten Weltkrieg. Zwar wurde ein autoritäres, aber immer noch rechtsstaatliches Verständnis von Justiz durch ein totalitäres abgelöst, aber offensichtlich hatte dies keine Auswirkungen auf den Kriegsverlauf - trotz einer milden Justizpraxis hielt das deutsche Heer im Ersten Weltkrieg jahrelang einer enormen Übermacht stand, und trotz der radikalen Terrorjustiz der Jahre 1939 bis 1945 erlag es dieser Übermacht schließlich auch beim zweiten Anlauf.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zeigen sich auch in der Wirtschaftspolitik. Im Vergleich zum Dritten Reich erscheint das ausgehende spätwilhelminische Deutschland noch als Hort liberaler Wirtschaftsgesinnung. Zwar lagen schon vor Kriegsausbruch theoretische Konzeptionen für einen autoritären Staat mit Kommandowirtschaft bereit, die dann auch seit 1916 von Politik und Verwaltung ansatzweise aufgegriffen wurden, aber von einer konsequenten Verwirklichung kann keine Rede sein. Aufgrund dieser Erfahrungen griffen die Nationalsozialisten zu staatlichen Lenkungsmaßnahmen im Bereich der Versorgungspolitik.

2. In vielen Beiträgen wird der Zusammenhang von Knappheitsproblemen und Kompensationsdiskursen angesprochen. Appelle an Willenskraft und Glaubensbereitschaft, an Tapferkeit und Nervenstärke dienten in beiden Weltkriegen der Mobilisierung psychischer Ressourcen als Ersatz für fehlende personelle und materielle Kräfte. Adressat dieser Kompensationsdiskurse waren zunächst die Soldaten, die im Ersten Weltkrieg den ‚Vaterländischen Unterricht‘ und im Zweiten Weltkrieg die ‚Nationalsozialistische Führung‘ über sich ergehen lassen mussten. Hinzu kam, dass das politische und militärische Führungsdenken hochgradig ideologisch aufgeladen und nicht selten von einem Optimismus ohne jeden Realitätskontakt geprägt war.

Erfahrungen von Knappheit machten etwa die deutschen Luftstreitkräfte. Im Ersten Weltkrieg stellten sie eine bedeutende Streitmacht dar, die allerdings wegen der begrenzten technischen Leistungsfähigkeit der Flugzeuge und der gewaltigen Ressourcen der Alliierten niemals eine strategische Wirkung entfalten konnte. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs war die deutsche Luftwaffe eine der stärksten der Welt, wurde aber 1942 von den Alliierten in der Flugzeugtechnik überholt und ab 1944 regelrecht deklassiert. Überdeutlich wurden ihre Leistungsgrenzen; ein wirkungsvoller Luftkrieg gegen Ziele im feindlichen Hinterland überstieg die Fähigkeiten von Technik und Führung.

Auch im Seekrieg konnten Knappheitsprobleme nicht von überlegenen technischen Innovationen der Ingenieure wettgemacht werden. Die mitteleuropäische Kontinentalmacht Deutschland versuchte zweimal, in einer Konfrontation mit den atlantischen Seemächten durch Vernichtung ihrer Transportmittel eine Entscheidung zu erzwingen; beide Versuche scheiterten. Beim ersten Mal fehlten genügend leistungsfähige U-Boote, beim zweiten Mal setzte man zu sehr auf Quantität statt auf Qualität; spätestens Mitte 1943 war der U-Boot-Krieg unwiderruflich verloren. Als Kompensation für fehlende technische Neuerungen blieben Fanatisierung und Ideologisierung des Kampfes übrig.

Fazit: Deutschland verfügte in beiden Weltkriegen über geringe materielle Ressourcen - in Kompensationsdiskursen dagegen brachte es das Land der Dichter und Denker zu wahrer Meisterschaft.

Das Land der Kriegsdiskurse - Anne Lipp kritisiert bürgerlich-militärische Deutungsanbieter

Der Erste Weltkrieg war auch ein Kommunikationsereignis. Erstmals versuchten Staat und Militär im großen Maßstab, Meinungslenkung und Meinungsführerschaft durchzusetzen. Sie reagierten auf bestimmte negative Erscheinungen, welche die Disziplin der Soldaten zu untergraben drohten: unbotmäßiges Verhalten, Gehorsamsverweigerung, unerlaubtes Entfernen bis hin zur offenen Agitation gegen einen Eroberungskrieg. Auf drei Bereiche richteten sie ihre Bemühungen: auf den Frontalltag der Soldaten, auf deren Wahrnehmung der Heimat und auf den Krieg als nationales Groß- und Gemeinschaftsereignis.

In ihrer Tübinger Dissertation von 2000 analysiert Anne Lipp die von ihr ‚Kriegsdiskurs‘ genannte Propaganda der Behörden und der militärischen Führung. Entstanden ist ihre Arbeit im Rahmen des Forschungsprojektes ‚Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs‘, ein Gemeinschaftsprojekt zwischen den Universitäten Freiburg und Tübingen und der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart sowie im Rahmen des Tübinger Sonderforschungsbereiches ‚Kriegserfahrun-

gen, Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit‘. Lipp fragt nach den soldatischen Einstellungen und Erfahrungen, die diesem Kriegsdiskurs zugrunde lagen, und nach den von ihm hervorgebrachten Deutungs- und Identifikationsangeboten. Antworten sucht sie in den Druckerzeugnissen der Feldpresse sowie in Texten, die im Zusammenhang mit dem im Sommer 1917 eingerichteten ‚Vaterländischen Unterricht‘ entstanden.

Schon oft ist in der Forschung darauf hingewiesen worden, dass sich die grauenvollen Erlebnisse der Soldaten gegen eine sprachliche Vermittlung sperrten. Lipp behauptet nun, der offizielle Kriegsdiskurs der von ihr so bezeichneten ‚bürgerlich-militärischen Deutungsanbieter‘ habe die soldatischen Kriegserfahrungen in bestimmte sprachliche und bildliche Deutungsmuster überführt und damit gewissermaßen monopolisiert. Er habe also das einzige öffentliche sprachliche und bildliche Zeichensystem geschaffen, um über soldatische Kriegserfahrungen zu kommunizieren. Die an die Kriegsteilnehmer gerichteten Deutungs- und Identifikationsangebote regierten stets auf jene Einstellungen und Verhaltensdispositionen, die als bedrohlich für die eigene Kampfstärke wahrgenommen wurden.

Soldatische Erfahrungen, so lautet eine ihrer Thesen, wurden in ihr genaues Gegenteil verkehrt: Gegen das Grauen und die Schwäche, gegen das drohende und tatsächliche Versagen setzte man das heroisierende Identifikationsangebot des Frontkämpfers. Zweifel am Verteidigungscharakter des Krieges versuchte man zu entkräften, indem man ihn in einen aggressiv-nationalistischen Zusammenhang stellte. Drohte die Solidarisierung von Soldaten und Zivilbevölkerung etwa im Hinblick auf die Sicherung der eigenen Existenz oder auf einen Verständigungsfrieden, so spielte man die ‚Front‘ gegen die ‚Heimat‘ aus. Damit wurden gewissermaßen die Weichen für die Nachkriegszeit gestellt, folgert Lipp; weder die Niederlage von 1918 noch das politische und soziale Klima der Weimarer Republik erklären den Erfolg kriegsverherrlichender Mythen und Legenden, sondern die bereits während des Krieges entwickelten und verfestigten Deutungs-

muster soldatischer Kriegserfahrungen mit ihren langfristigen Auswirkungen. Lipp zeigt das an mehreren Beispielen, von denen hier nur eines angeführt werden soll.

Eine der bekanntesten und folgenreichsten Auswüchse des Kriegsdiskurses war die Dolchstoßlegende, die Behauptung also, die militärische Niederlage Deutschlands im Jahre 1918 sei nicht oder nicht in erster Linie dem Versagen der Armeeführung oder der Erschöpfung der Soldaten zuzuschreiben, sondern dem Versagen bzw. dem Verrat von bestimmten Personen oder Gruppen in der Heimat. Die Schuld an der Niederlage wurde vom militärischen in den zivilen Bereich abgeschoben. Dieses Deutungsmuster wurde allerdings schon vor dem 9. November 1918 geschaffen; bereits in den Aprilstreiks von 1917 nahm mit Wertungen wie „versagende und verräterische ‚Heimat‘“ die spätere Dolchstoßrhetorik konkrete Gestalt an, und noch im Januar 1918 wurden in Armee- und Schützengrabenzeitungen die Streikenden als „Brudermörder“ gebrandmarkt. Zur späteren Dolchstoßlegende bestand aber ein wichtiger Unterschied: Auch wenn die Heimat vorübergehend ihre Unterstützung versagte, galt ein deutscher Sieg immer noch als möglich; erst nach der Niederlage wurden die alten Schuldzuweisungen reaktiviert und ausgeweitet. Bereits lange vor Kriegsende und nicht erst im Dezember 1918 wurde also der ‚Dolchstoß-Vorwurf‘ formuliert.

Ihre analytischen Fähigkeiten stellt Lipp nicht nur an Texten, sondern auch an Bildern unter Beweis. In dem Kapitel ‚Bilder des Durchhaltens‘ unterscheidet sie subtil die Darstellung des Soldaten in Armeezeitungen einerseits und in Schützengrabenzeitungen andererseits. Die in den ersten beiden Kriegsjahren vorherrschenden ironischen Porträtskizzen des ‚unbekümmerten Landwehrmanns‘ wichen spätestens 1917 stilisierten Wächter- oder Frontkämpfer-Motiven und heroisierenden Kriegsallégorien. An die Stelle der einfachen Soldaten trat immer häufiger die riesenhafte, gepanzerte Heldengestalt mit dem Stahlhelm auf dem Kopf. Mit diesem Bild vom ‚Frontkämpfer‘ taten sich dagegen die Schützengrabenzeitungen viel schwerer;

sie stellten ihn nicht so schematisch-entpersonalisiert dar und gönnten ihm sogar noch einen Schnurrbart, der in der Frontkämpfer-Ikonografie des stählernen Gesichtes sonst keinen Platz mehr hatte.

In diesem Zusammenhang weist Lipp - wie schon andere vor ihr - darauf hin, dass die Geburtsstunde des deutschen Bildes vom ‚Frontkämpfer‘ weniger die Schlacht von Verdun als vielmehr die Somme-Schlacht war (beide 1916). Die wider Erwarten erfolgreiche Abwehr des englisch-französischen Angriffs bot sich als Symbol für das ‚Durchhalten‘ geradezu an. Verdun dagegen wurde als Symbol erfolgreicher Verteidigung zum französischen Erinnerungsort. In der Nachkriegszeit, das ist hier zu ergänzen, wurde auch in Deutschland der ‚Verdun-Kämpfer‘ mythisiert, wurde Verdun zum Ort eines regelrechten ‚Schlachtfeldtourismus‘, wo sich ehemalige Frontkämpfer aus beiden Ländern trafen, um ihre Kampferlebnisse auszutauschen.

Der lange Abschied von der Schlachtenerzählung - Markus Pöhlmann entdeckt neue Ansätze in der traditionellen Militärgeschichtsschreibung

Zwischen 1914 und 1956 lag die amtliche deutsche Weltkriegsgeschichtsschreibung in den Händen zunächst des Großen Generalstabs, sodann des Potsdamer Reichsarchivs und später dessen Nachfolgebehörden wie dem Bundesarchiv. Die Geschichte dieser Geschichtsschreibung analysiert Markus Pöhlmann (Jahrgang 1967) in seiner bei Stig Förster entstandenen Berner Dissertation. Er wertet zeitgenössische Zeitschriften aus sowie neue Quellen aus dem ehemaligen Zentralarchiv der DDR und dem lange geheimen Sonderarchiv in Moskau. Dabei zeigt er eindrucksvoll, wie konkurrierende Deutungseliten (also keineswegs nur Historiker) ‚Geschichte‘ für ihre politischen Ziele instrumentalisierten.

Das Potsdamer Reichsarchiv wurde nach dem Ersten Weltkrieg vom Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, errichtet. Dort arbeitete das Personal des aufzulösenden Generalstabs; es herrschte ein ausgesprochen militärischer und antirepublikanischer Korpsgeist vor, für den schon die Wahl von Potsdam als Standort sinnbildlich war.

Republikanisch gesinnte Mitarbeiter zählten zur Minderheit, und die politische Führung versäumte es, durch eine entsprechende Personalpolitik einen loyalen Beamtenstab zu schaffen. Überhaupt bejahten die meisten Wissenschaftler den nationalen Machtstaat mit dem Militär als seiner wichtigsten Stütze. Parteiübergreifend lehnten sie den Versailler Vertrag ab und verstanden ihre Arbeit als Dienst nicht an der Republik, sondern an der deutschen Nation. Niemanden konnte überraschen, dass die meisten Forscher die ab 1934 einsetzende Remilitarisierung der amtlichen Kriegsgeschichtsschreibung begrüßten.

Eine Breitenwirkung erzielte die amtliche Kriegsgeschichtsschreibung zwischen 1918 und 1945 allerdings weniger durch ihr 18 Bände umfassendes und von 1925 bis 1956 herausgegebenes Monumentalwerk ‚Der Weltkrieg 1914-1918‘. Erfolg hatten vielmehr amtliche, halbamtliche und private Veröffentlichungen, ein Medienmix aus Büchern, Fachzeitschriften, Presse- und Propagandafotografie sowie dem Film. Die breitenwirksamen, volkstümlichen Regimentsgeschichten und Reihenwerke wie ‚Schlachten des Weltkrieges‘ verschwiegen zwar zahlreiche und teilweise auch schwerste Niederlagen nicht, interpretierten sie aber immer als Drama, Tragödie oder Schicksal, und Buchillustrationen verstärkten diese heroische Trivialisierung und mythische Überhöhung des Krieges. Nach dessen Ursachen und Folgen zu fragen, war tabu.

In diesem reaktionären Sumpf nun entdeckt Pöhlmann einige fortschrittliche Blüten. Über den Historismus mit seiner Orientierung am Nationalstaat und an der ‚großen‘ Persönlichkeit kamen die Mitarbeiter des Reichsarchivs nämlich durchaus hinweg, aber gewissermaßen gegen ihren erklärten Willen. Wer unter Berufung auf Leopold von Ranke den Primat der Außenpolitik stark machte, widersprach damit dem ‚rechten‘ Erklärungsmuster für die Niederlage, nämlich der Dolchstoßlegende, die ja gerade mit dem Primat der Innenpolitik argumentierte. Auch die Auffassung von den Aufgaben amtlicher Kriegsgeschichte veränderte sich; die quellenkritische Methode wurde nun auch von Generalstabshistorikern anerkannt, man nahm die

umfangreiche in- und ausländische Literatur zur Kenntnis, und mit der planmäßigen Befragung von Zeitzeugen erschloss das Reichsarchiv systematisch eine für die damalige Geschichtswissenschaft neuartige Quellengruppe. Erstmals wurde in amtlichen Darstellungen auch Kritik akzeptiert, die jedoch gewissermaßen mit der Reihenfolge der Heeresleitungen an Schärfe verlor: vernichtend für Moltke, negativ für Falkenhayn und apologetisch für Hindenburg und Ludendorff.

Methodische Innovation - das hieß also Kritik an der alten Generalstabshistoriografie, endgültige Übernahme der Methoden der Geschichtswissenschaft, Entwicklung neuer Methoden wie der Zeitzeugenbefragung, Abweichung von der traditionellen, heroisch-apologetischen Darstellung, Auswertung unkonventioneller Quellen wie etwa Stimmungsberichte der militärischen Dienststellen oder Kriegsbriefsammlungen. Kurz: die innovatorischen Leistungen lagen weniger auf inhaltlichem als vielmehr auf methodischem Gebiet; sie betrafen die wachsende Bereitschaft, individualpsychologische Faktoren und ökonomische Strukturen stärker zu berücksichtigen. Die Totalisierung des modernen Massen- und Materialkriegs zu verdeutlichen, die Entwicklung vom Krieg der operativen Führerentscheidungen hin zum Krieg der Bruttosozialprodukte und der Weltanschauungen zu analysieren - das überforderte die deutsche Generalstabshistoriografie in jeder Hinsicht.

Wissenschaftliche Erträge sieht Pöhlmann auch in Gutachten des Reichsarchivs, die im Zusammenhang mit dem Münchner ‚Dolchstoßprozess‘ von 1924 angefertigt wurden. Ergebnis dieses Prozesses war, dass die Mehrheitssozialdemokraten vom Vorwurf entlastet wurden, am ‚Dolchstoß‘ beteiligt gewesen zu sein. Zu diesem Ergebnis hätten Pöhlmann zufolge auch Gutachter des Reichsarchivs beigetragen, die auf die unheilvolle Rolle der annexionistischen Kreise im Krieg oder die Frage der sozialen Missstände in Heer und Marine hinwiesen. Dadurch sei das Schlagwort vom ‚Dolchstoß‘ in politischen und wissenschaftlichen Kreisen weniger gesellschaftsfähig

geworden.

Die kontrafaktische Frage ‚Was wäre wenn‘ kann man auch im Hinblick auf die nicht geschriebene Geschichte stellen. Geplant, aber nicht realisiert wurden Sonderbände etwa zum Kolonialkrieg oder zu den Luftstreitkräften. Die bereits in der Auslieferung befindlichen Bände zur Kriegsrüstung und -wirtschaft wurden auf Befehl des Reichswehrministeriums 1922 eingezogen und vernichtet, und auch der Plan einer ‚Kulturgeschichte des Weltkriegs‘ musste 1934 aufgeben werden. Über Ansätze kam die Militärgeschichtsschreibung also nicht hinaus, und der Beginn des Zweiten Weltkriegs zerstörte alle Chancen zu einer Erneuerung endgültig. Ihr Ende läutete erst die Niederlage 1945 ein, aber der Abschied von der Schlachtenerzählung sollte sich noch lange hinziehen.

Beim nächsten Krieg wird alles anders. Stig Försters Schüler rekonstruieren Sandkasten-Planungen der Zwischenkriegszeit

Von 1918 bis 1939 stand der Begriff des ‚totalen Krieges‘ im Mittelpunkt einer Diskussion über moderne Kriegführung, die in verschiedenen militärischen Fachzeitschriften ausgetragen wurde. An ihr beteiligten sich Offiziere aus der Schweiz, aus dem Deutschen Reich, aus Belgien, Italien, Frankreich, Großbritannien und aus den USA. Bei der Suche nach Lösungen für das Problem der Entgrenzung und der wachsenden Unkontrollierbarkeit des Krieges spielte das Konzept des ‚totalen Krieges‘ eine zentrale Rolle: Sollte man ihn bewusst anstreben oder im Gegenteil vermeiden? Die Debatte über den modernen Krieg vergleichend ausgewertet zu haben, ist das Verdienst mehrerer jüngerer Historiker (meist in den späten 1960er-Jahren geboren), die unter der Leitung des an der Universität Bern lehrenden Historikers Stig Förster (Jahrgang 1951) an einem Mitte der 1990er-Jahre begonnenen Forschungsprojekt mitgewirkt haben.

Förster grenzt das Zeitalter des totalen Krieges auf die Jahre 1861 bis 1945 ein, also vom Amerikanischen Bürgerkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. ‚Total‘ ist ein Krieg, wenn er vier Merkmale aufweist: 1. Totale Kriegsziele: An die Stelle traditionell begrenz-

ter Kriegsziele tritt die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. 2. Totale Kriegsmethoden: Sobald beide Seiten totale Kriegsziele verfolgen, radikalisieren sich die Kriegsmethoden - Beispiele sind die Vernichtungsfeldzüge der Unionsgeneräle Sherman und Sheridan im Amerikanischen Bürgerkrieg, das brutale Auftreten deutscher Truppen in Belgien, die alliierten Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg und die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Deutschen. 3. Totale Mobilisierung: Sie wird zwar angestrebt, aber nie vollständig verwirklicht, so dass man hier lediglich von einer Tendenz sprechen kann, Gesellschaft und Wirtschaft vollständig auf den Krieg auszurichten. 4. Totale Kontrolle: Zensur und Propaganda gelten als normal, ja kriegswichtig, so war blanker Terror alltäglicher Bestandteil der nationalsozialistischen und der sowjetischen Kriegsanstrengungen.

Was beim nächsten Krieg alles anders werden würde, zeigt am besten das Beispiel des Luftkriegs, der den ‚totalen Kriegsmethoden‘ zuzurechnen ist. Im Jahre 1921 veröffentlichte der italienische General Giulio Douhet sein Buch ‚Luftherrschaft‘, in dem er behauptete, der zukünftige Krieg werde von derjenigen Seite entschieden, welche die Luftherrschaft durchsetzen könne; es werde ein sehr gewalttätiger Kampf werden, der im Wesentlichen darauf hinauslaufe, die Moral des Gegners zu brechen. Douhets Buch wurde mehrmals aufgelegt und in verschiedene Sprachen übersetzt, allerdings ganz unterschiedlich wahrgenommen, diskutiert und umgesetzt.

Die italienische Luftwaffe sammelte praktische Erfahrungen mit neuen Kampfflugzeugen im Spanischen Bürgerkrieg. In Frankreich brachte Douhets Theorie eine Spaltung in die Luftstreitkräfte hinein: Einige Offiziere wollten sie komplett übernehmen, andere lehnten sie rundweg ab, ohne allerdings Alternativen anbieten zu können. Diese Uneinigkeit über die Rolle der Luftstreitkräfte in einem künftigen Krieg hatte negative Folgen für die Luftkämpfe von 1940. Frankreichs Nachbar Belgien verfügte in diesem Jahr nur über eine Handvoll moderner Jagdflugzeuge, und die in den USA bestellten modernen

Kampfflieger trafen zu spät in Europa ein.

In den Vereinigten Staaten selbst dominierten traditionalistische Offiziere, die an der revolutionären Kraft moderner Technologie zweifelten. Noch nicht einmal ‚Verdun‘ erschütterte das Dogma von der Infanterie als ‚Königin der Schlacht‘, und man glaubte, der nächste Krieg werde wiederum in Schützengräben und mit Bajonetten ausgefochten; man stellte die Luftwaffe als ‚Auge der Infanterie‘ mit der Kavallerie auf eine Stufe und bestritt damit ihre Eigenständigkeit. Großbritanniens Militärs schließlich rezipierten Douhet erst in den frühen 1930er-Jahren, aber das blieb folgenlos. Trotz eines durchaus existierenden internationalen Informationsaustausches verschloss sich die Royal Air Force (ähnlich wie Heer und Marine) ausländischen Vordenkern.

Die USA und Großbritannien waren diejenigen Mächte, die im Zweiten Weltkrieg mit massiven Luftangriffen die Infrastruktur Deutschlands zerstören und die Moral seiner Bevölkerung brechen wollten. Dort diskutierte man schon seit Mitte der 1920er-Jahre über die Rolle der Luftstreitkräfte im Krieg der Zukunft. Douhets erst 1935 ins Deutsche übersetzte Buch wurde weitgehend abgelehnt; die Bombardierung von Madrid während des Spanischen Bürgerkriegs zeigte, dass die Zerstörung von Großstädten aus der Luft nicht so leicht war, wie es sich die Theoretiker des strategischen Luftkriegs gedacht hatten. Dennoch: Die Planung des Krieges in der dritten Dimension, der ja die Grenzen zwischen Front und Hinterland auflöste, bezog schon früh die Zivilbevölkerung ein, führte zur Gründung des Reichsluftschutzbundes 1933 und zum zwei Jahre später erlassenen Reichsluftschutzgesetz. Gespenstischer Höhepunkt dieser Maßnahmen bildete der Abwurf von 8.000 Papierbomben über München.

An der Diskussion über den Krieg der Zukunft fallen einige Gemeinsamkeiten auf. Zunächst wuchs die Bereitschaft zur technischen Innovation (sieht man einmal ab von der kontrovers diskutierten Rolle der Luftstreitkräfte), sodann versuchten die Offiziere, ihre Stellung in Staat und Gesellschaft zu verteidigen bzw. aufzuwerten, und

schließlich war ganz allgemein die Ansicht verbreitet, der nächste Krieg sei unvermeidbar. Lediglich in Frankreich, auf dessen Territorium sich die furchtbarsten Schlachten des Ersten Weltkriegs abgespielt hatten, bildet sich eine Philosophie der Abschreckung heraus, deren Anhänger hofften, einen neuen Krieg überhaupt verhindern zu können, eben weil er aller Voraussicht nach ‚total‘ sein werde.

Ein entscheidendes Element allerdings fehlte in diesen Debatten, und eben dies sollte ein Merkmal des Zweiten Weltkriegs werden: Die Bereitschaft zum Völkermord überstieg die Vorstellungskraft noch des engagiertesten Befürworters eines totalen Krieges. Insofern übertrafen die Ereignisse von 1939 bis 1945 alles, was die militärischen Denker der Zwischenkriegszeit erhofft bzw. befürchtet hatten.

Die Mutter aller Synthesen - Enzyklopädie Erster Weltkrieg

Zwei Grenzen will diese Enzyklopädie überwinden: erstens die Grenze zwischen den Spezialgebieten und zweitens die Grenze zwischen den immer noch viel zu sehr auf ihre jeweilige Nationen beschränkten Wissenschaftlern, die seit mehr als 80 Jahren die ‚Urkatastrophe‘ des 20. Jahrhunderts erforschen. Die Gesamtheit des Weltkriegs soll wieder in den Blick kommen - dieses anspruchsvolle Ziel setzt sich die erste moderne deutschsprachige Enzyklopädie des Ersten Weltkriegs. Sie versteht sich nicht als eine Sammlung des verfügbaren Wissens über den Krieg, sondern möchte über die Grenzen der einzelnen Arbeitsfelder hinausgelangen und vor allem den internationalen Vergleich ermöglichen. Sie richtet sich nicht nur an Spezialisten und Forscher, an Lehrende und Studierende, sondern insbesondere auch an die allgemein historisch interessierte Öffentlichkeit. Daher verbindet sie essayistische Überblicksdarstellungen mit fundiertem enzyklopädischem Wissen.

Das mehr als eintausend Seiten umfassende Werk ist in drei Großkapitel gegliedert: Auf die Darstellungen folgt ein Lexikon sowie eine Chronik der Ereignisse von 1914 bis 1918. Im ersten Großkapitel werden einzelne europäische Staaten und die USA vorgestellt, die Gesellschaft im Krieg (Frauen, Kinder und Jugendliche, Arbeiter, Solda-

ten und Wissenschaftler sowie Kriegsliteratur, Religion, Propaganda, Medizin und Kriegswirtschaft). Es schließt sich ein Unterkapitel über den Kriegsverlauf an, in dem der Weg in den Krieg, die Entwicklung vom europäischen Krieg zum Weltkrieg, die Kriegführung der Mittelmächte und der Entente ebenso geschildert werden wie das Kriegsrecht, die Kriegsverbrechen und schließlich das Ende des Weltkriegs. Das dritte Unterkapitel handelt von der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik und in der DDR.

Während das erste Großkapitel ein knappes Drittel der Enzyklopädie umfasst, nimmt mit mehr als 660 Seiten und 650 alphabetisch angeordneten Stichworten das Lexikon den weitaus größten Teil ein; es folgt eine ausführliche Chronik, ein Autoren- und Stichwortverzeichnis sowie ein Verzeichnis der 23 Karten und über 100 zumeist unveröffentlichten Abbildungen. 146 Verfasser aus 15 Nationen haben an dieser Enzyklopädie mitgeschrieben. Bei den deutschen Autoren handelt es sich ganz überwiegend um Vertreter der ‚erweiterten‘ Sozialgeschichte, allen voran Wolfgang J. Mommsen mitsamt seinen Schülern. Er ist es, der im Großkapitel ‚Darstellungen‘ den Aufsatz über Deutschland im Ersten Weltkrieg schreibt; Michael Salewski dagegen steuert lediglich einen vier Seiten umfassenden Lexikon-Artikel zum Thema ‚Seekrieg‘ bei.

Als eine wahre Fundgrube erweist sich das Lexikon, das auch auf den ersten Blick exotisch anmutende Stichwörter bietet wie ‚Aberglaube‘, ‚Gerücht‘, ‚Hochspannungszaun‘, ‚Null-Acht-Fünfzehn‘, ‚Soldatenhumor‘ und ‚Ungeziefer‘. Nach der Lektüre stellt sich eigentlich nur noch eine Frage: Ist jetzt nicht alles gesagt, ist nicht jeder Fußbreit vermessen, nicht jeder Winkel ausgeleuchtet worden? Die Herausgeber selbst weisen auf Desiderate hin. So fehlt eine international vergleichende Betrachtung politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und mentaler Prozesse im Weltkrieg. Außerdem ist bislang die Verbindung von kollektiven Mentalitäten und individuellem Entscheidungshandeln noch nicht geglückt. Wer künftig die Geschichte des Weltkriegs im Sinne einer ‚verstehenden‘ Struktur-

geschichte schreiben will, muss den Faktor ‚Mentalität‘ in den politischen und militärischen Entscheidungen berücksichtigen. Zugleich muss er die Grenzen des Verstehens deutlich machen, die Stereotypen der Wahrnehmungen und Einschätzungen, den Gruppendruck im Prozess des ‚decision-making‘, aber auch das schlichte Nichtwissen über den Verlauf des Krieges an der Front und in der Heimat.

Eines jedenfalls ist sicher: Wie auch immer die hier angemahnten künftigen Synthesen aussehen werden - aufbauen müssen sie auf diesem Buch, dessen Rang als Standardwerk schon jetzt klar erkennbar ist. Die ‚Enzyklopädie Erster Weltkrieg‘ stellt eine große wissenschaftliche Leistung dar.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Winter, Jay; Parker, Geoffrey; Habeck, Mary R. (Hg.): *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. Hamburg 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Mommsen, Wolfgang: *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918*. Stuttgart 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Salewski, Michael: *Der Erste Weltkrieg*. Paderborn 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Pöhlmann, Markus: *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956*. Paderborn 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Förster, Stig (Hg.): *An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1939*. Paderborn 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Thoß, Bruno; Volkmann, Hans-Erich (Hg.): *Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg: Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*. Paderborn 2002.

In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Lipp, Anne: *Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918*. Göttingen 2003. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Berghahn, Volker: *Der Erste Weltkrieg*. München 2003. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

HistLit 2004-2-101 / Volker Ackermann über Ferguson, Niall: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. München 2001. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

Sammelrez: Der Erste Weltkrieg

Hamilton, Richard F.; Herwig, Holger H. (Hg.): *The Origins of World War I*. Cambridge: Cambridge University Press 2003. ISBN: 0-521-81735-8; 537 S.

Keegan, John: *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*. Reinbek: Rowohlt Verlag 2003. ISBN: 3-499-61194-5; 637 S.

Steiner, Zara S.; Neilson, Keith: *Britain and the Origins of the First World War*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2003. ISBN: 0-333-73466-1; 341 S.

Sedlmaier, Alexander: *Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913-1921)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2003. ISBN: 3-515-08124-0; 386 S.

Salewski, Michael: *Der Erste Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2003. ISBN: 3-506-77403-4; 415 S.

Neitzel, Sönke: *Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg*. Zürich: Pendo Verlag 2003. ISBN: 3-85842-448-X; 272 S.

Sammelrez: Der Erste Weltkrieg

Rezensiert von: Gerhard Altmann, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Der Erste Weltkrieg markiert eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Menschheit. Auch neunzig Jahre nach seinem Beginn sind die Konsequenzen dieser globalen Auseinandersetzung noch allenthalben zu besichtigen. Ein Blick auf die politische Landschaft des Balkans etwa genügt, um den Weg zu ermessen, den Europa zurücklegen musste, ehe es die zwischen 1914 und 1918 geschlagenen Wunden wenigstens oberflächlich zu heilen vermochte. Nicht von ungefähr hat sich daher im Sprachgebrauch der anglophonen Welt die Bezeichnung „Großer Krieg“ als Synonym für den Ersten Weltkrieg erhalten. Und wenn der Methusalem der internationalen Diplomatie im 20. Jahrhundert, George F. Kennan, die Dimensionen der Gewaltexplosion ab 1914 mit dem vielzitierten Wort der „Urkatastrophe“ zu umreißen versuchte, dann drückt sich darin ein feines Gespür für die Fernwirkungen eines in seiner Dynamik bis dahin maß- und beispiellosen Geschehens aus. Neben den materiellen Verwerfungen, die Europa für lange Zeit zu einem Kontinent der strategischen wie ökonomischen Bittsteller reduzierten, waren es die ideologischen und psychologischen Frontlinien, die die Welt von 1918 so fundamental von der des Frühjahrs 1914 unterschieden. Dass Historiker in ihrem Bemühen, chronologische Sinnabschnitte zu definieren, das „lange 19. Jahrhundert“ meist 1918 enden lassen, hängt aufs Engste mit dieser Entwicklung zusammen. Es gibt zwar begründete Einwände gegen den Vorschlag, die Schüsse von Sarajewo als Auftakt zu einem neuen Dreißigjährigen Krieg zu konzeptualisieren. Die Bürgerkriege, die Europa zwischen 1918 und 1939 erschütterten, sind nicht ohne weiteres den Staatenkriegen zuvor und danach zu assimilieren. Und der Genozid, den Hitler-Deutschland mitten in Europa zu entfesseln verstand, machte den Zweiten Weltkrieg zu einem „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) ganz anderer Qualität als jenen, der die Menschen nach 1914 aus eingeübten Denk- und Verhaltensgewohnheiten herausriss.

Dennoch schuf der Erste Weltkrieg offenbar trotz – oder gerade wegen – seiner präzedenzlosen Schrecken eine Disposition zur Gewalt, die erst 1945, im Schatten der Atombombe, eingehegt werden konnte. Auch danach blieb der Große Krieg freilich präsent: in der Erinnerung, in den Gedenktagen und in den geschichtspolitischen Debatten. Immerhin gilt der Erste Weltkrieg als Geburtsstunde der zeithistorischen Forschung. Die Kontroverse um die Thesen Fritz Fischers gehört neben den Disputen über die Arbeiten Ernst Noltes und Daniel Goldhagens zu den herausragenden historiografischen Kristallisationspunkten deutscher Selbstverständigungsprozesse. Die Frage nach dem „Sonderweg“, auf dem Deutschland vermeintlich in das Fiasko von 1914 geeilt war, hat zwar in den letzten Jahren etwas an Virulenz verloren. Vermittelnde Positionen konnten sich gegenüber deterministischen und exkulpatorischen Interpretationen gleichermaßen behaupten. Dennoch geben die Vorgeschichte und der Verlauf des Ersten Weltkriegs weiterhin Rätsel auf. Kein Wunder also, dass eine Reihe von Neuerscheinungen den neunzigsten Jahrestag des Kriegsbegins begleitet.

In der überarbeiteten Neuauflage eines diplomatiegeschichtlichen Klassikers möchten Zara Steiner und Keith Neilson den britischen Anteil am Ausbruch des Ersten Weltkriegs klären. Das Vereinigte Königreich gilt gemeinhin als jenes Mitglied der 1815 inaugurierten Pentarchie, das am wenigsten Schuld trifft. Die Verpflichtungen eines weltumspannenden und bisweilen als verteidigungspolitische Bürde empfundenen Imperiums ließen Großbritannien zu einer Statusquo-Macht par excellence avancieren. Was auch immer man angesichts der globalen Vernetzung Großbritanniens von der Denkfigur einer „splendid isolation“ halten mag, so waren die Verantwortlichen in London zweifellos darauf erpicht, ein „continental commitment“¹ nur im äußersten Notfall einzugehen. Steiner und Neilson analysieren die Entscheidungsprozesse und -träger der britischen Außenpoli-

¹Nach wie vor anregend dazu Howard, Michael, *The Continental Commitment. The dilemma of British defence policy in the era of the two world wars*, London 1972.

tik in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg und veranschaulichen dabei, wie die „deutsche Gefahr“ immer mehr zum Nervus rerum der britischen Verteidigungsstrategie wurde. Indem die deutsche Diplomatie – begleitet von schrillen Tönen seitens des Kaisers und der Presse – keine Chance ungenutzt ließ, das Wilhelminische Reich ins Abseits zu manövrieren, trieb sie Großbritannien förmlich in die Arme ganz unwahrscheinlicher Bündnispartner. Der Ausgleich mit Frankreich und Russland auf imperialem Terrain ebnete einer engeren Zusammenarbeit in Europa den Weg.

Die „strategische Revolution“ (S. 220) der britisch-französischen Gespräche über eine mögliche militärische Kooperation auf dem Kontinent vollzog sich indes unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Steiner und Neilson porträtieren die außenpolitische Elite Großbritanniens als eine Art Kaste, die nur das Nötigste an die Öffentlichkeit dringen ließ. Selbst innerhalb der Regierung Asquith existierten 1914 nur verschwommene Vorstellungen über die Reichweite der britischen Verpflichtungen im Falle eines europäischen Krieges. In dem Maße, wie das scheinbar zwischen ostentativer Selbstsicherheit und irrationaler Angst schwankende Gebaren Deutschlands in London zusehends als dreister Erpressungsversuch wahrgenommen wurde, betrieben die jingoistischen Massenblätter Großbritanniens antideutsche Stimmungsmache und schränkten damit den Spielraum für Kompromisse zusätzlich ein. Die auf Ausgleich bedachten Stimmen im Umfeld etwa der „Union of Democratic Control“, die wie Norman Angell vor den Fallstricken der Geheimdiplomatie warnen, konnten sich demgegenüber vor 1918 kaum Gehör verschaffen. In den Augen Steiners und Neilsons waren es die Regierungen in Berlin und Wien, die 1914 letztlich die Entscheidung für den Krieg trafen. Der britische Außenminister Lord Grey musste sich den Vorwurf gefallen lassen, naiv an die Handlungsfreiheit Großbritanniens zu glauben, während die Vertreter der Streitkräfte die Entente im Stillen zu einem regelrechten Militärbündnis ausbauten. Dieser Befund, an dem auch die Fehleinschätzungen, denen die Militärs ihrerseits

erlagen, nichts ändern, kollidiert freilich ein Stück weit mit der These Steiners und Neilsons, dass die außenpolitische Elite Großbritanniens die traditionell defensive Strategie des Landes unabhängig von Dritten verfolgen konnte.

Die Autoren des von Richard Hamilton und Holger Herwig edierten Sammelbandes kommen zu anderen Ergebnissen als Steiner und Neilson. Sie lassen sich bei ihrer nach Ländern gegliederten Untersuchung der Kriegsursachen im Wesentlichen von der Annahme leiten, dass eine spezifische Kombination von „Gruppendynamik“ und mehr oder weniger objektiven „Informationen“ (S. 11) zur Eskalation führte. Die Entscheidung für den Krieg wurde Hamilton und Herwig zufolge von kleinen, maximal zehn Männer umfassenden Gruppen getroffen, welche die außenpolitischen Geschicke der fünf Großmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Frankreich und Russland bestimmten. Anders als Steiner und Neilson glauben die Herausgeber mit Blick auf die Politik Berlins nicht an ein Ablenkungsmanöver in die Enge getriebener Eliten, die durch einen Krieg interne Probleme externalisieren wollten. Sie erteilen andererseits auch dem von David Lloyd George popularisierten Diktum, die Staaten Europas seien 1914 unabsichtlich in den Krieg geschlittert, eine klare Absage und verweisen stattdessen auf das Wechselspiel von „Cliques und Kontingenz“ (S. 43). Mit dieser relativ unscharfen Ursachendiagnose scheinen sich die Herausgeber indes Versatzstücke genau von jenen beiden Großthesen – Sozialimperialismus und kollektive Verantwortung – zu borgen, die sie eigentlich dementieren.

Wie Hamilton in seinem Beitrag über Krieg und Frieden zwischen 1815 und 1914 ausführt, brach das Konzert der Mächte, das seit dem Wiener Kongress für eine in gewissem Umfang berechenbare Staatenwelt sorgte, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zusammen. Diese der Lockeschen Vertragstheorie vergleichbare Konfiguration der internationalen Beziehungen sprach den Großmächten ein prinzipielles Existenzrecht zu und knüpfte jedwede Veränderung der zwischenstaatlichen Balance an die Bedingung des Konsenses. Seit

dem Krimkrieg schlichen sich Hobbesianische Elemente in die auf Ausgleich bedachte Diplomatie ein, die obendrein von folgenschweren Fehlentscheidungen unterminiert wurde. Zu den wichtigsten zählt Hamilton die Nichtverlängerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages durch Berlin im Jahre 1890. Fortan gewannen die antideutschen Kräfte in Petersburg allmählich die Oberhand, während Bismarcks „cauchemar des coalitions“ Gestalt annahm.

In Deutschland generierte die Festlegung auf den Schlieffenplan, der einen zeitlich gestaffelten Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland vorsah, einen für die Unwägbarkeiten der Diplomatie und des Krieges sträflich unempfindlichen „Tunnelblick“ (S. 154). Zudem bewegten sich die Verantwortlichen in einem gesellschaftlich-kulturellen Umfeld, das den Krieg nicht nur wie einen festen Bestandteil der natürlichen Ordnung, sondern sogar wie ein sozialdarwinistisches Allheilmittel gegen die krankhaften Auswüchse der Moderne erscheinen ließ. Der Glaube an die Möglichkeit eines kalkulierten Kriegsrisikos komplettierte eine mentale Disposition, die den Ausbruch der Kämpfe als Chance und nicht als Katastrophe konturierte.

Frankreichs Unterstützung für Russland machte zwar einen Krieg wahrscheinlicher. Aber in Paris waren die Politiker genauso wenig an einem bewaffneten Konflikt interessiert wie die in London oder Washington. Österreich hingegen hoffte auf einen dritten Balkankrieg, der die Strafaktion gegen die Hintermänner des Attentats auf Franz Ferdinand mit der Ausschaltung eines für die Doppelmonarchie bedrohlichen Unruheherds verquickte. Die kleineren Mächte Italien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien sannten indes auf territoriale Zugewinne und ordneten diesem Ziel notfalls ältere Loyalitäten unter.

Auch wenn dieses aus den einzelnen Beiträgen extrahierte Motivgeflecht eigentlich auf Wien und Berlin als die Hauptverantwortlichen deutet, kann Herwig keinen „Griff nach der Weltmacht“ erkennen. Vielmehr wagten überall improvisierende Cliques den „Sprung ins Dunkle“, um entweder das als Unterpfand realer Macht uner-

lässliche Prestige der Nation zu sichern oder einer als lebensbedrohlich empfundenen Gefahr zu wehren. Vertragsverpflichtungen spielten dabei die geringste Rolle.

Alexander Sedlmaier untersucht in seiner ideengeschichtlichen Studie die Deutschlandbilder der Wilson-Administration. Die Vereinigten Staaten traten erst in den Krieg ein, als der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Berlins amerikanische Bürger zu wehrlosen Zielscheiben machte. Sedlmaiers diskursanalytisches Interesse richtet sich auf die Bedeutung von wahrnehmungsprägenden Nationenbildern für die Formulierung der amerikanischen Außenpolitik. Damit folgt er einem Trend der jüngeren kulturgeschichtlichen Forschung, die sich intensiv mit der Konstruktion von Fremd- und Feindbildern auseinandersetzt.²

Präsident Woodrow Wilson hatte bereits in seiner Zeit als akademischer Lehrer die historische Entwicklung Großbritanniens mit Bewunderung quittiert, während ihm vor allem das universitäre Leben Deutschlands – trotz dessen weltweiter Vorreiterfunktion – uninspiriert pedantisch vorkam. Nach Beginn des Ersten Weltkriegs wahrte Washington zunächst Neutralität, obwohl die Sympathien insgeheim ungleich, nämlich zugunsten der Entente verteilt waren. Wilson stieß sich jedoch an der von ihm als völkerrechtswidrig erachteten Blockade, mit der London Deutschland in die Knie zu zwingen versuchte. Der 1915 erstmals von Berlin exekutierte U-Boot-Krieg gegen Handelsschiffe und die Washington nicht verborgen bleibenden Aktivitäten deutscher Spitzel in Amerika ließen das deutsch-amerikanische Verhältnis weiter abkühlen. Wilson gelangte zu der Auffassung, die Autokratie der Hohenzollern stelle das mit Abstand größte Friedenshindernis dar. Nach der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 1917 und den plumpen Avancen Berlins gegenüber Mexiko konnte er schließlich die Nation auf den Krieg gegen die Mittelmächte einschwören.

²Siehe stellvertretend hierzu Später, Jörg, Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902-1945, Göttingen 2003.

Wilson charakterisierte den amerikanischen Kriegseintritt in der Folge als Aufbruch in ein neues demokratisches Zeitalter regelgeleiteter zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Maximen der „Farewell Address“ George Washingtons und der Monroe-Doktrin wurden damit de facto annulliert, der Isolationismus Amerikas wich einem liberalen Imperialismus.³ Die zwiespältige Haltung Wilsons, die bei der deutschen Obersten Heeresleitung im Herbst 1918 trügerischen Hoffnungen auf milde Waffenstillstandsbedingungen Vorschub leistete, offenbarte ein „Dilemma des mitspielenden Schiedsrichters“ (S. 117). Die wenig idealistischen Bestrebungen der Alliierten, die nichts von einem Kompromissfrieden hielten und mit ihren territorialen Neuordnungsplänen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Hohn sprachen, mussten dem Präsidenten wie ein Stück aus dem alteuropäischen Tollhaus vorkommen. Doch seine Germanophobie dominierte letztlich die Position des Weißen Hauses bei den Friedensverhandlungen. Allerdings wurden diese für Amerika rasch Makulatur, da die republikanische Mehrheit des Senats den Völkerbundsträumen des Demokraten Wilson ein jähes Ende bereitete.

Die anderen von Sedlmaier untersuchten Protagonisten der US-Außenpolitik wie Colonel House, Robert Lansing oder William Bullitt waren insgesamt weniger für fest gefügte Nationenbilder anfällig. Außenminister Lansing schwenkte zudem nach Kriegsende behende von antideutschen zu antikommunistischen Invektiven über und zeichnete damit eine Entwicklung vor, die sich in Washington ein Vierteljahrhundert später wiederholen sollte. Sedlmaier zufolge eignet sich der Begriff der Nationenbilder besser als der des starren Feindbilds dazu, situationsbedingten Veränderungen unterworfenen Wahrnehmungsroutinen zu beschreiben. Im Fall Präsident Wilsons habe sich die Verschlechterung des Deutschlandbildes nachhaltig in

³Die Widersprüchlichkeit, die dieser Idee innewohnte, spiegelte sich auch in Wilsons Persönlichkeit. Der Mann, der die Welt für die Demokratie sicher machen wollte, verschärfte als Präsident der Universität Princeton und als Präsident der Vereinigten Staaten die Vorschriften zur Rassentrennung erheblich. Vgl. hierzu Ponting, Clive, *The Twentieth Century. A World History*, New York 1999, S. 472.

der Entscheidungsfindung der amerikanischen Administration niedergeschlagen.

Sönke Neitzels geraffte Überblicksdarstellung taucht das Geschehen von 1914 bis 1918 in das fahle Licht fatalistischer Ratlosigkeit. Neitzel beschreibt anschaulich Deutschlands Weg in und durch den Weltkrieg, blickt auf die letztlich vergeblichen Friedensinitiativen und skizziert den Alltag einer Gesellschaft im tendenziell totalen Krieg. Er hebt dabei die Ausweglosigkeit hervor, welche die Kontrahenten von 1914 auf ihren Kollisionskurs zwang, und geht scharf mit den Feldherren von damals ins Gericht. Sie hätten einen Krieg des 20. Jahrhunderts mit Armeen des 19. Jahrhunderts ausgefochten und angesichts maroder Kommunikationsmittel selbst schnell die Orientierung verloren. Das in der Forschung umstrittene „Augusterlebnis“, in dem auf dem Münchner Odeonsplatz der jubelnde Adolf Hitler seine gespenstische Ikone fand, ergriff, so Neitzel, im Wesentlichen das Bürgertum. Dieses hing den um 1900 weit verbreiteten Weltreichslehren an und begrüßte deshalb den Kriegsbeginn als Aufbruch zu neuen Ufern. Allerdings wurde es bald eines besseren belehrt, denn das Inferno des Stellungskriegs und der Materialschlachten an der Westfront entmenslichten nicht nur die Soldaten in unsäglicher Weise. An der Marne, vor Verdun und an der Somme versanken auch die Kopfgeburten wilhelminischen Größenwahns im Morast der von Granaten durchpflügten Front. Zudem bezahlte der bürgerliche Mittelstand seine Kriegsbegeisterung mit dem sozialen Abstieg. Während die Arbeiterschaft dank der Kooperation der Gewerkschaften im Rahmen des Hindenburgprogramms und des Hilfsdienstgesetzes von 1916 über eine schlagkräftige Interessenvertretung verfügte, mussten Beamte und Angestellte ihrer ökonomischen Auszehrung in der Regel hilflos zusehen.

Nicht zuletzt aufgrund der britischen Fernblockade, die Entscheidungsschlachten auf hoher See vermeiden sollte und damit nachträglich das Flottenwettrüsten ad absurdum führte, starben während des Ersten Weltkriegs mehr Deutsche an den Folgen der Unterernäh-

rung als im Zweiten durch die Einwirkung alliierter Bomben. Neitzel macht dafür jedoch hauptsächlich die Ineffizienz der deutschen Verwaltung verantwortlich. Während die Kriegsrohstoffabteilung unter Walther Rathenau bei der Erfassung und Bewirtschaftung industrieller Ressourcen Beachtliches leistete, verschlimmerte sich die Nahrungsmittelknappheit durch administrativen Schlendrian zusätzlich.

Die um Fehlentscheidungen nie verlegene Reichsleitung stellte Neitzel zufolge mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg jenes Schwert auf, in das sie mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten unweigerlich stürzen musste. Selbst das Ausscheiden des revolutionären Russlands aus der Entente konnte Deutschland nicht mehr retten. Die materielle und psychische Überlegenheit der um Amerika verstärkten Westalliierten zwang Ludendorff dazu, der konsternierten zivilen Führung die Augen zu öffnen und den Krieg verloren zu geben. Den Versailler Vertrag apostrophiert Neitzel als „unglückliches Mittelding zwischen Ausgleich und Repression“ (S. 218). Die etwa zehn Millionen Toten des Ersten Weltkriegs waren mithin die Drachensaat, die kaum eine Generation später erneut aufgehen sollte.

Ähnlich dunkle Töne schlägt John Keegan in seiner Monografie über den Ersten Weltkrieg an. Der renommierte britische Militärhistoriker betrachtet den Zweiten Weltkrieg als unmittelbares Produkt des Ersten und die liberal-optimistische Kultur der Zeit vor 1914 als einen der Hauptleidtragenden des Krieges. Die zwischen 1914 und 1918 heraufbeschworenen Hassgefühle vergifteten dauerhaft das Miteinander in Europa und gebaren die Totalitarismen des Kommunismus und Faschismus. Auf die Schuldfrage findet Keegan keine einfache Antwort. Wien wollte eigentlich nur Serbien bestrafen, aber nicht im Alleingang. Deutschland suchte dringend einen diplomatischen Erfolg, aber keinen Krieg. Für Russland galt dasselbe. Und Großbritannien konnte das Ausmaß seines Engagements relativ frei wählen. Das „neurotische Klima des Argwohns und der Unsicherheit“ (S. 583), das durch die mutwillig vom Zaun gebrochene deutsch-britische Rivali-

tät angefacht wurde, verschloss letztlich wohl Auswege aus der Sackgasse, in die sich Europa nach dem Attentat von Sarajewo hineinmannövrierte.

Die Tragik des Ersten Weltkriegs lag Keegan zufolge nicht zuletzt in der militärisch-technischen Unzulänglichkeit der beteiligten Armeen, die den Konflikt wesentlich verlängerte und eine Entscheidungsschlacht verhinderte. Neben der mangelhaften Kommunikation zwischen Front und rückwärtigem Gebiet wirkte sich hier vor allem die völlige Schutzlosigkeit der Infanteristen verheerend aus, die ohne Aussicht auf größere Durchbrüche gegen immer professioneller befestigte Stellungen in den sicheren Tod stürmten. So mussten die indischen Verbände des britischen Expeditionskorps zum Beispiel vorzeitig ausscheiden, da sie die im Vergleich zu klassischen Kolonialkriegen weitaus härtere, auf Abnutzung zielende Gangart an der Westfront nicht ertrugen. Seinem romantischen Naturell gemäß sprach sich Winston Churchill als Erster Lord der Admiralität zudem im Frühjahr 1915 für ein schneidiges militärisches Abenteuer im östlichen Mittelmeer aus, um das Osmanische Reich von den Meerengen zu vertreiben und der russischen Marine so die Durchfahrt zu ermöglichen. Die Landung auf Gallipoli endete jedoch in einem Fiasko und kostete Churchill seinen Posten.

Deutschland versäumte indes die Konstruktion einer hinreichenden Zahl von Panzern, weshalb die britischen und amerikanischen Vorstöße mit dieser neuartigen Waffengattung die kaiserlichen Truppen nachhaltig demoralisierten. Keegan nimmt im Übrigen die Reichsleitung gegen Vorwürfe in Schutz, sie habe mit dem Frieden von Brest-Litowsk die hässliche Fratze des hemmungslosen Raubkriegs entblößt. Da weite Teile Osteuropas ohnehin schon in deutscher sowie Finnland in der Hand Verbündeter waren und die Bolschewiki weder in der Ukraine noch in Transkaukasien eine durchgreifende Kontrolle ausübten, ratifizierte Brest-Litowsk lediglich den Status quo.

Keegans versiert übersetzte Darstellung legt den Schwerpunkt

auf den Verlauf der einzelnen Truppenbewegungen und Schlachten. Dabei gelingt es ihm jedoch zugleich, die menschliche Dimension der Kämpfe ebenso einzublenden wie die politisch-strategischen Rochaden der politisch Verantwortlichen. Hinzu kommt, dass er den Großen Krieg präzise im Kontext der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verorten weiß. Aus der Distanz von neunzig Jahren vermag Keegan deshalb halb resigniert, halb erleichtert zu resümieren: „Wenn einer der typisch lebensmüden Beamten des Habsburgerreiches heute wieder geboren würde, könnte er durchaus fragen, was sich eigentlich verändert habe.“ (S. 590)

Michael Salewskis aus einer Vorlesung hervorgegangenes Buch erweist sich wie das Keegans als Musterbeispiel narrativer Geschichtsschreibung. Trotz Überarbeitung für die Druckfassung blieb der Duktus des gesprochenen Worts bewahrt. Noch stärker als Keegan zieht Salewski freilich Parallelen mit historischen Entwicklungen und Konstellationen seit der Frühen Neuzeit. Seine meinungsfreudige Darstellung enthält verschiedene an Trouvaillen reiche Exkurse und verschafft den Leserinnen und Lesern damit Einblicke nicht nur in die Geschichte des Ersten Weltkriegs, sondern auch in methodische, historiografiegeschichtliche und komparative Aspekte der zeit-historischen Forschung.

Salewski sieht in der Konzeption des Schlieffenplans eine der Hauptursachen des Kriegsausbruchs. Zudem klaffte eine immer bedrohlichere Lücke zwischen „Staatskunst und Kriegshandwerk“.⁴ Ein mediokres politisches Personal jonglierte am Abgrund des Krieges mit Heeren und Flotten und fand im Sommer 1914 schließlich keinen Weg mehr aus der Krise. Die Hybris, die im scheinbar mühelosen Triumph der Bismarckschen Blitzkriege wurzelte, ließ die Reichsleitung das militärische Potential der Kontrahenten sträflich unterschätzen. Allerdings weist Salewski die Sozialimperialismusthese für Deutschland kategorisch zurück. Die wilhelminische Gesell-

⁴Der Zwillingsbegriff stammt von Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 4 Bände, München 1954ff.

schaft musste – anders als die britische – nicht erst durch militaristischen Pomp zusammengeschweißt werden. Vielmehr war der „Militarismus von unten“ (Stig Förster) wirkungsvoll genug, um im Verein mit den populären Weltreichslehren und gebetsmühlenhaft artikulierten Einkreisungssorgen eine „Flucht in den Krieg“ als vermeintlich letzte Rettung vor den politisch-sozialen Fliehkräften überflüssig zu machen. Als die Herrscher Europas 1914 vor der Kriegsentscheidung standen, fürchteten sie Kompromisse auf dem diplomatischen Parkett offenbar mehr als das Risiko eines Krieges. Diese „merkwürdige Verschiebung der Wertigkeiten“ (S. 84) gehört zu den spezifischen Differenzkriterien, die den ersten totalen Krieg des 20. Jahrhunderts von den Kabinettskriegen früherer Zeiten unterscheiden.

Salewskis besonderes Augenmerk gilt den symbolischen, über das konkrete Kampfgeschehen hinausweisenden Aspekten des Krieges. So manifestiert sich für ihn im Ringen um Verdun, das seit karolingischer Zeit immer wieder Schauplatz historischer Ereignisse war, die These, dass Geschichte stets auch Geistesgeschichte sei. Der Retter Verduns, Marschall Pétain, konnte daher 1940 erneut für Frankreich in die Bresche springen. Der Held von Tannenberg, Feldmarschall von Hindenburg, musste seinerseits 1925 – ein zweites Mal – reaktiviert werden, um als eine Art „Vater des Vaterlandes“ die Nation durch die Fährnisse der Nachkriegszeit zu lotsen. Die weltgeschichtliche Zäsur des Jahres 1917, das den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und die Oktoberrevolution in Russland sah, bedeutete für Europa den Beginn einer Marginalisierung, die zumindest seiner Westhälfte nach 1945 durchaus bekommen sollte. Zwei so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Tocqueville und Bismarck hatten im 19. Jahrhundert bereits den unaufhaltsamen Aufstieg Amerikas zur Hegemonialmacht prophezeit. Das sowjetische Intermezzo von 1917 bis 1991 sorgte nach der Auflösung der Anti-Hitler-Koalition für einen engen Schulterschluss zwischen dem Alten Kontinent und der Neuen Welt. Salewski erkennt daher in dem Eingeständnis seitens der Verantwortlichen in Großbritannien, dass der nicht länger finanzierbare

Zweiflottenstandard nur aufgegeben werden könne, falls die Vereinigten Staaten kein potentieller Kriegsgegner mehr seien, den Keim der nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufenen NATO.

Der Reiz von Salewskis Darstellung liegt nicht zuletzt im Mut zur kontrafaktischen Spekulation. Diese in der angloamerikanischen Geschichtswissenschaft jüngsthin mit einer gewissen Respektabilität ausgestattete Methode gibt den Blick frei auf alternative Ereignisketten und kann Historiker gegen quasi-teleologische Betrachtungsweisen immunisieren. In diesen Kontext gehört Salewskis Überlegung, dass Ludendorff die Abwicklung des verlorenen Krieges zwar allzu geflissentlich den demokratischen Kräften des Reiches überließ. Andererseits entsprach dies jedoch den – wenn auch diffusen – Ideen Präsident Wilsons, der das, was er als wilhelminische Autokratie betrachtete, nicht als satisfaktionsfähigen Verhandlungspartner für den Frieden akzeptierte. Und da Ludendorff, anders als Hitler, die Niederlage im Krieg nicht mit dem Ende der Welt gleichsetzte, wollte er das Schicksal seines Landes nicht mit einer militärischen Götterdämmerung herausfordern.

Neunzig Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs müssen auch die hier angezeigten Neuerscheinungen eine gewisse Ratlosigkeit konzedieren, wenn es darum geht, die Ursachen der „Urkatastrophe“ zu benennen oder gar die Verantwortlichen zweifelsfrei zu identifizieren. Schlechter hätte das neue Jahrhundert jedenfalls nicht beginnen können. Und so stehen bei aller Verwunderung über die Wege, die von Sarajewo über Tannenberg, Verdun, das Skagerrak und Brest bis Versailles geführt haben, die Konsequenzen des Großen Krieges recht klar vor Augen. Deutschland entwuchs dem Krieg als eine Demokratie auf Abruf. War die politische Führung vor 1918 auf dem westlichen Auge blind gewesen und hatte deshalb ohne Not zunächst Großbritannien den maritimen Fehdehandschuh hingeworfen und dann die Vereinigten Staaten in den Krieg gezogen, so machte der parteiübergreifende Revisionismus mit Blick auf die neuen Ostgrenzen den Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik hoffähig.

Gerhard Altmann

Die Verrohung und Brutalisierung, die im Krieg ein Stück weit zur Überlebensfrage wurden, avancierten in vielen Regionen Europas zu Kennzeichen des politischen Alltags und hinterließen auch in Kunst und Kultur ihre Spuren. In einer breiten Schütterzone, die praktisch vom Rhein bis an den östlichen Rand des Kontinents reichte, agierten mit Erfolg Polithasardeure, die man heute allenfalls als Schurken aus James-Bond-Filmen kennt. Dass die nationalen Entflechtungskriege der 90er-Jahre auf dem Balkan in gewissem Sinne den Zustand vom Beginn des 20. Jahrhunderts restaurierten, sagt gleichzeitig etwas über die Qualität der in den Pariser Vorortverträgen niedergelegten Friedensordnung aus. Sie bestätigte jene, die sie wie Joseph King, Mitglied der britischen Independent Labour Party, als „Frieden, um den Frieden zu beenden“⁵, denunzierten. Feindbilder und tief sitzende Ressentiments brauchten ohnehin keine notariell beglaubigte Geburtsurkunde.

In globaler Dimension vollzog sich sukzessive der Wachwechsel von der Pax Britannica zur Pax Americana. Beide Friedenskonzepte waren in erheblichem Umfang mit moralischem Partikularismus unterfüttert, der sich indes immer dann gegen seine Urheber wandte, wenn diese sich nicht an ihm messen lassen wollten. Dieses Dilemma ist im Übrigen seit der Antike bekannt, als die Bewohner der Insel Melos während des Peloponnesischen Krieges nichts von der Mustergültigkeit der imperialen Demokraten Athens spürten. Nach 1918 richteten es sich die Vereinigten Staaten freilich wieder in ihrem überkommenen Isolationismus ein und verschafften so dem Britischen Empire eine Atempause, die das Mutterland trotzdem zu überfordern drohte. Die Konversion zur Friedenswirtschaft, die langwierigen Verhandlungen über die deutschen Reparationszahlungen und die gestiegenen Anforderungen kolonialer Entwicklung ließen die weltweite Verantwortung Großbritanniens in einem geostrategisch prekären Umfeld eher als Last denn Lust erscheinen. Der Große Krieg erwies sich demnach als Triebfeder tief greifender Veränderungsprozesse –

⁵King, Michael, *Political Crooks at the Peace Conference*, London 1920, S. 15.

weltweit.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Hamilton, Richard F.; Herwig, Holger H. (Hg.): *The Origins of World War I*. Cambridge 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Keegan, John: *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*. Reinbek 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Steiner, Zara S.; Neilson, Keith: *Britain and the Origins of the First World War*. Basingstoke 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Sedlmaier, Alexander: *Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913-1921)*. Stuttgart 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Salewski, Michael: *Der Erste Weltkrieg*. Paderborn 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

HistLit 2004-2-106 / Gerhard Altmann über Neitzel, Sönke: *Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg*. Zürich 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

Barth, Boris: *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg 1914-1933*. Düsseldorf: Droste Verlag 2003. ISBN: 3-7700-1615-7; 624 S.

Rezensiert von: Patrick Krassnitzer, Centre Marc Bloch, Humboldt-Universität zu Berlin

Die Konstanzer Habilitationsschrift von Boris Barth reiht sich in den aktuellen Trend der neueren mentalitäts- und kulturhistorisch inspirierten Weltkriegsforschung ein, die sich insbesondere einer kritischen Neubetrachtung der Mythologisierung des Ersten Weltkrieges

ges als kommunikativer symbolischer Deutungssysteme widmet.¹ Die klassische Forschung über die Dolchstoßlegende analysierte diese unter rein ideologiekritischen Gesichtspunkten um ihre Apologetik und politische Instrumentalisierung zu entlarven.² Im Gegensatz dazu unternimmt Barth den Versuch einer Rekonstruktion der höchst komplexen Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Dolchstoß-Topos, indem er dessen Genese, Funktion und Verbreitung innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Submilieus des Deutschen Reiches (Konservatives Bildungsbürgertum, Armeeführung, Nationalprotestantismus, Völkisch-Rechtsradikale und Paramilitärs) untersucht, ohne allerdings dabei diese Erweiterung des Milieubegriffs methodisch ausreichend zu fundieren. Er zeigt auf diese Weise die im Titel ange deutete Pluralität der Dolchstoßlegenden auf, die in den skizzierten gesellschaftlichen Gruppierungen teilweise autonom entstanden, sich innerhalb dieser zur integrativen Selbstvergewisserung verfestigten und letztlich als verbindender Grundkonsens der ansonsten heterogenen rechten Republikgegner fungierten.

Obwohl der methodische Aufbau des Buches, die Vorbedingungen für die Genese der Dolchstoßlegenden bis weit in den Weltkrieg hinein zu verfolgen, im Kern überzeugt, wird dem Leser angesichts der Langatmigkeit und des Detailreichtums der Argumentation viel Geduld abverlangt. Trotz einer umfangreichen Materialbasis, insbesondere zahlloser Nachlässe und Zeitschriften und einer beeindruckenden Kenntnis der Sekundärliteratur synthetisiert Barth über weite Strecken Altbekanntes in epischer Breite. Erst ab Seite 212 beginnt die eigentliche Analyse der Dolchstoßlegenden im Kontext der Novemberrevolution. Zuvor breitet Barth aus, wie sich nach 1916 der Dualismus von „Front“ und „Heimat“ innerhalb der Armeeführung

¹z.B. Verhey, Jeffrey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

²v.a. Petzold, Joachim, *Die Dolchstoßlegende*, Berlin-Ost 1963 und Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoßlegende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Ders.; Besson, Waldemar (Hgg.), *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein*, Göttingen 1963, S. 122-160.

zum simplifizierenden Stereotyp angesichts des Scheiterns der totalen Indiennahme einer komplexen modernen Industriegesellschaft für die Kriegsführung verfestigte. Anschließend skizziert er nacheinander die Ausdifferenzierung der Erfahrungsaufschichtung innerhalb des sich nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1918 auflösenden Frontheeres in Etappe, Stab und aktive Front, die Desintegration der bildungsbürgerlichen Schicht, die für Barth seltsamerweise nur aus Professoren zu bestehen scheint, die Kriegstheologie des Nationalprotestantismus, in der eine Niederlage ohne Verrat gar nicht denkbar war und die stetige Delegitimation des monarchischen Systems des Deutschen Reiches, das mit der Flucht des Kaisers kollabierte und im Lager der konservativen Monarchisten ein Vakuum hinterließ. Bei der Betrachtung der Revolution plädiert er für einen erweiterten Revolutionsbegriff, der diese als einen Prozess begreift, der im Juni 1917 mit dem rapiden Machtverfall der staatlichen Eliten einsetzt und erst im Ruhrkrieg 1920 sein Ende findet.

In den insgesamt stärksten Abschnitten des Buches über die Freikorps zeigt Barth wie sich aus diesen mittelfristig ein von der Armee unabhängiger ebenso antibolschewistischer wie antibürgerlicher Militarismus, den er als „paramilitärischen Nihilismus“ bezeichnet, herausbildete. Dies galt insbesondere für die „Warlords“ im Baltikum, die einerseits durch ihre brutalisierenden Erfahrungen im russischen Bürgerkrieg radikalisiert wurden und andererseits aus dem von der Regierung verordneten Rückzug eine eigenständige Dolchstoßlegende entwickelten. Damit bestätigt er die aktuell diskutierte These, dass weniger die eigentlichen Weltkriegserfahrungen, sondern vielmehr die Freikorpskämpfe und insbesondere der Baltikumeinsatz eine brutalisierende Wirkung auf die Veteranen entfalteten.³ Im Zusammenhang mit dem Ruhrkrieg 1920 verweist er zu Recht auf den in der Literatur wenig berücksichtigten Aspekt, dass die Rote Ruhrarmee, die zu Beginn den im Ruhrgebiet stationierten Freikorps massive Nie-

³Wirsching, Andreas; Schumann, Dirk (Hgg.), *Violence and Society after the First World War* (Journal of Modern European History 1), München 2003.

derlagen beibrachte, überwiegend aus ehemaligen Frontsoldaten der Arbeiterschaft bestand. Er interpretiert den Ruhrkrieg daher auch als einen „Aufstand der Frontsoldaten gegen die verhasste Armeehierarchie des Weltkrieges“ (S. 279), die im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch wieder an die Macht zu kommen drohte.

In den folgenden Abschnitten widmet sich Barth der mentalen Verarbeitung der Niederlage und damit der Entfaltung und Wirkung der jeweiligen Dolchstoßlegende in verschiedenen rechten Submilieus der Nachkriegsgesellschaft. Erstens kompensierte demnach die annektonistische Mehrheit des Bildungsbürgertums die Revolution mit einer erfundenen Idealisierung der Vergangenheit vor 1914, was Barth als „invented memories“ (S. 411) bezeichnet, sowie mit einer Hinwendung zu völkischen und raumstrategischen Visionen, während die Minderheit der „Vernunftrepublikaner“ sich mit ihrer Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit der Niederlage nicht diskursbestimmend durchsetzen konnten. Zugleich entstand außerhalb der Gelehrtenwelt die einflussreiche neokonservative Intellektuellenschicht mit totalitären Dispositionen, die von Barth jedoch nur oberflächlich gestreift wird. Zweitens zeigt Barth, dass eine apologetische Version des Dolchstoßes den Minimalkonsens innerhalb der sonst zerstrittenen ehemaligen Armeeführung darstellte. Drittens haben die nationalprotestantischen Kirchenführer wie kaum eine andere Gruppierung neben der Generalität die Dolchstoßlegende als Selbstverständlichkeit propagiert. Viertens entwickelte sich aus dem ehemals alldeutschen Umfeld ein rechtsradikal-völkisches Submilieu, das sich nicht zuletzt mit Hilfe der durchaus instrumentellen Verbreitung einer antisemitischen Dolchstoß-Variation zu einer völkischen Fundamentalopposition entwickelte, die ab ca. 1927 in der nationalsozialistischen Bewegung aufgefangen wurde. Und fünftens bildeten die Freikorpsveteranen, die mit dem Baltikum und Annaberg über eigene Variationen der symbolischen Repräsentation verratener „Siege“ verfügten, in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik ein von allen Parteien unabhängiges militaristisches Submilieu,

das durch eine nihilistische Gewaltbereitschaft und einen radikalen Hass auf die Novemberrepublik zusammengehalten wurde. Allerdings deutet Barth hier auf lediglich einer Seite (S. 386) die bedeutende geschlechterspezifische Dimension der paramilitaristischen Variante des Dolchstoßes an und verpasst es damit, die nach wie vor innovativen Ansätze in Theweileits „Männerphantasien“ in seinen Untersuchungskontext einzubeziehen.⁴

Im letzten Kapitel, das der gesamtgesellschaftlichen Erinnerungskultur an den Weltkrieg gewidmet ist, wird das Scheitern der zerrissenen Nachkriegsgesellschaft, eine allgemein akzeptierte und integrative symbolische Repräsentation der Kriegserinnerung zu etablieren, skizziert. Stattdessen standen sich zwei große gesellschaftliche Lager unversöhnlich gegenüber, zwischen denen die innergesellschaftliche Kommunikation über die Ursachen der Niederlage erfolglos abbrach, wodurch der Dolchstoßmythos im ausdifferenzierten rechten Lager endgültig zur Selbstverständlichkeit wurde.

Trotz eines kurzen Abschnittes, der unter dem Titel „Der Triumph des Nihilismus“ (S. 540) dem Nationalsozialismus gewidmet ist, bleibt die durchaus eigenständige nationalsozialistische Weltkriegsmythologie seltsam unterbelichtet. Die NSDAP erscheint bei Barth lediglich als fast zufälliger Erbe verschiedener Strömungen des völkischen wie paramilitärischen Submilieus, aber nicht als selbstständiger Produzent und Agitator von Dolchstoßlegenden und radikalen Weltkriegsdeutungen.

HistLit 2004-2-105 / Patrick Krassnitzer über Barth, Boris: *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg 1914-1933*. Düsseldorf 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

⁴Es mutet befremdend an, dass trotz der ansonsten sehr gründlichen Aufarbeitung der relevanten Sekundärliteratur Theweileits Buch nicht einmal im Literaturverzeichnis auftaucht. Theweileit, Klaus, *Männerphantasien*, 2 Bde., Reinbek 1980.

Rainer Pöppinghege

Leidinger, Hannes; Moritz, Verena: *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917-1920*. Wien: Böhlau Verlag/Wien 2003. ISBN: 3-205-77068-4; 754 S.

Rezensiert von: Rainer Pöppinghege, Historisches Institut, Universität Paderborn

Als die ersten deutschen Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg aus Russland repatriert wurden, setzte auf Veranlassung General Ludendorffs sogleich eine umfassende propagandistische Offensive ein, um in ihnen vaterländische Gefühle zu reaktivieren. Denn schließlich hatten die Kriegsgefangenen aus den Staaten der Mittelmächte die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 aus erster Hand erlebt und ungewöhnlich enge Kontakte zur Gesellschaft des Nehmerlandes geknüpft. Einige von ihnen beteiligten sich militärisch in Form von Internationalisten-Abteilungen zugunsten der Bolschewiki, von deren Führungsriege zuerst misstrauisch beobachtet und später dann instrumentalisiert. Einige Bekanntheit erlangte auf der Gegenseite die „Tschechoslowakische Legion“, die ebenfalls unter Beteiligung von Kriegsgefangenen gebildet wurde. Auch ihr stand die national-russische Opposition jedoch reserviert gegenüber.

Im Deutschen Reich vermutete die Oberste Heeresleitung, viele der heimkehrenden Kriegsgefangenen seien mit bolschewistischem Gedankengut „infiziert“ worden. Auch auf dem Territorium der (ehemaligen) Habsburgermonarchie sah man in den Rückkehrern eine politische Gefahr. Auf der anderen Seite versuchten die politisch labilen Regierungen der Mittelmächte die russischen Kriegsgefangenen in den eigenen Lagern im Auge zu behalten, um bolschewistische „Umtriebe“ im Keim zu ersticken oder die Russen sogar für eigene Ziele einzuspannen. Bei dieser Gelegenheit verdiente sich der Weltkriegsgefreite Adolf Hitler erste Meriten als antibolschewistischer Redner. Insgesamt wurde die Propagandaarbeit nur halbherzig betrieben

H. Leidinger u.a.: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr

und bei Bedarf den ökonomischen Erfordernissen des Arbeitseinsatzes der Gefangenen untergeordnet. Wenn auch das Misstrauen gegenüber der Masse der Kriegsgefangenen – es gab schätzungsweise bis zu zwei Millionen Heeresangehörige der Mittelmächte in Russland – unbegründet war, so beteiligten sich Einzelne doch aktiv an den revolutionären Entwicklungen. Der spätere Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter war gegen Kriegsende ebenso ein strammer Bolschewist wie der ungarische Revolutionär Béla Kun, der erfolgreich den Rätegedanken in sein Heimatland exportierte. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Kriegsgefangenen in den russischen, österreichisch-ungarischen und deutschen Lagern sehnte sich dagegen nach einer zügigen Heimkehr, weshalb ihr Politisierungspotenzial und ihre Kampfbereitschaft – auf welcher Seite auch immer – nur gering ausgeprägt waren.

Verena Moritz und Hannes Leidinger haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Beitrag der Kriegsgefangenen für die Ausbreitung des frühen Kommunismus in Mittel- und Osteuropa zu untersuchen. Zu diesem Zweck haben sie Teile ihrer Dissertationen in dem vorliegenden Band zusammengeführt und die politische Betätigung der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten der Ostfront untersucht. Ausgangspunkt ist die These, dass die Kriegsgefangenen nach ihrer Rückkehr die „Geschicke ihrer Heimatländer nachhaltig“ beeinflussten (S. 25) – sowohl als politische Akteure als auch als sozialpolitische Integrationsherausforderung. Während dies für die Staaten Osteuropas ohne weiteres zutreffen mag, war der Einfluss der Kriegsgefangenen in Deutschösterreich deutlich geringer, im Deutschen Reich lediglich marginal. Doch steht das Deutsche Reich mit seinem relativ geringen Anteil an den Kriegsgefangenen in Russland auch nicht im Zentrum der Betrachtung. Die Arbeit befasst sich mit den Verhältnissen u.a. in Prag, Wien, Budapest sowie den weiter östlich gelegenen Schauplätzen des alten Zarenreiches und stützt sich dabei auf unveröffentlichtes Material aus russischen und österreichischen Archiven. Bei dem Untersuchungsgegenstand handelt es sich um eine der größten Mi-

Rainer Pöppinghege

grationsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Nicht nur verschwammen ethnische Grenzlinien, auch politische und soziale Interessen kollidierten und sorgten für eine nahezu unüberschaubare Gemengelage – ein Problem, an dem die Darstellung der Ergebnisse leidet: Das 14-seitige Personen- und Ortsregister am Ende des Bandes mag eine wertvolle Hilfe für den Leser bieten, andererseits ist es ein Symptom der Unübersichtlichkeit. Angesichts der äußerst vielfältigen, teilweise verworrenen Interessenkonstellationen im Bürgerkriegs-Russland der Zeit nach 1917 bietet das Buch wenig Strukturierungshilfen für den Leser, sondern es bildet die vielfältigen Gruppierungen, taktischen Winkelzüge, Einzelschicksale sowie gegenläufige Interessen mehr oder weniger ab und wirkt in einigen Passagen überfrachtet. Die Analyseleistung der Autoren wird hierdurch nicht beeinträchtigt, wohl aber die Lektüre des Buches durch den Leser.

Die Autoren geben einen profunden Überblick über die Kriegsgefangenenforschung und setzen sich wohltuend von jenen Ansätzen ab, die die Kriegsgefangenen lediglich als Objekte des Nehmerstaates und der Fürsorge betrachten. Ihre Befunde zeigen, dass sich Kriegsgefangene je nach Konstellation durchaus aktiv politisch betätigten. Auf die Darstellung der konkreten Lebensumstände kann das Buch im Übrigen verzichten, hierzu liegen gesonderte Untersuchungen vor.¹ Allerdings ist diese legitime Abgrenzung mit einer deutlichen Beschränkung der Perspektive verbunden. Denn die Frage, welche Einschätzungen der russischen Revolution unter den Kriegsgefangenen vorherrschten und was sich auf der Diskursebene z.B. in Briefen und Lagerzeitungen abspielte, wird kaum angerissen. Man sieht Akteure, die sich für oder wider die Bolschewiki betätigen, ohne dass deren Motivationen und Diskussionsprozesse im einzelnen transparent würden. Zu fragen wäre auch, welche besonderen Erfahrungen aus der Kriegsgefangenschaft die politische Betätigung beeinflusste? Ob

¹Nachtigal, Reinhard, *Russland und seine österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen (1914-1918)*, Remshalden 2003; Rachamimov, Alon, *POWs and the Great War. Captivity on the Eastern Front*, New York 2002; Wurzer, Georg, *Die Kriegsgefangenen in Russland im Ersten Weltkrieg*, Tübingen 2000.

es angesichts der Heterogenität der Gruppe der Kriegsgefangenen in den einzelnen Staaten überhaupt so etwas wie gemeinsame Dispositionen oder einen gemeinsamen Erfahrungshorizont gegeben hat? Eine weit reichende, sich politisch äussernde Proteststimmung aufgrund schlechter Behandlung scheint unter den Kriegsgefangenen in Russland nicht entstanden zu sein. Hannes Leidinger und Verena Moritz zeigen anhand der Kriegsgefangenenthematik, dass das System der „permanenten Säuberungen“ (S. 281) schon in den ersten Wochen nach der Revolution – und nicht erst unter Stalin – installiert wurde. Eine andere Erkenntnis ist die der engen Verzahnung der unter der Oberfläche der alten Monarchien gärenden Modernisierungsbedürfnisse. So kann das Buch belegen, dass es sich bei der russischen Revolution um den Kulminationspunkt einer Krise handelte, die mit dem Oktober 1917 keineswegs ausgestanden war, sondern in eine lange Phase der politischen Instabilität in ganz Mittel-, Südost- und Osteuropa mündete. Auch jenseits des bolschewistischen Netzwerks zeigt sich der internationale Charakter dieser Vorgänge. So ist das Buch für die politische Geschichte der russischen Revolution und die Entstehung neuer Staaten in Ost- und Mitteleuropa vermutlich sogar ertragreicher als für die Kriegsgefangenenforschung.

HistLit 2004-2-107 / Rainer Pöppinghege über Leidinger, Hannes; Moritz, Verena: *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917-1920*. Wien 2003. In: H-Soz-u-Kult 15.05.2004.

Lerner, Paul: *Hysterical Men. War, Psychiatry, and the Politics of Trauma in Germany, 1890-1930*. Ithaca: Cornell University Press 2003. ISBN: 0-8014-4094-7; 326 S.

Rezensiert von: Hans-Georg Hofer, Institut für Geschichte der Medi-

zin, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Können deutsche Soldaten hysterisch sein? Diese Frage wäre zu Beginn des Ersten Weltkriegs von führenden deutschen Psychiatern mit Entrüstung verneint worden. Denn 1914 war das Jahr der Mobilisierung der nationalen Nervenstärke, und hysterische Männer in Uniform existierten bloß in der flutartig einsetzenden psychiatrischen Diffamierungsliteratur, die den Kriegsgegner als verweichlicht und krank darzustellen suchte. Zwei Jahre später hingegen erhoben die deutschen Psychiater die Hysterie zum bevorzugten Erklärungskonzept für die epidemieartig auftretenden psychischen Erkrankungen der eigenen Soldaten. Wie lässt sich diese erstaunliche Wendung erklären?

Paul Lerner hat in den letzten Jahren durch mehrere Aufsätze zur deutschen Psychiatrie des Ersten Weltkriegs und durch die Mitherausgabe eines viel beachteten Sammelbandes zur Geschichte des Traumas in der Moderne auf sich aufmerksam gemacht.¹ Man durfte schon gespannt auf die Synthese seiner Forschungsarbeiten in Form einer Monografie sein. Von einer Geschichte der männlichen Hysterie ist anfangs weniger die Rede, mehr von einem Deutungsproblem, das ältere deutschsprachige Arbeiten zur Psychiatriegeschichte aufgeworfen hatten. Denn wer bislang an die Psychiater des Ersten Weltkriegs dachte, der hatte sogleich die „Maschinengewehre hinter der Front“ im Ohr, jenes auf Freud zurückgehende Diktum von 1920, das die Psychiater als kriegstreiberische Akteure und brutale Therapeuten beschrieb. 1996 kam dieses Diktum als Buchtitel einer knappen Überblicksdarstellung der deutschen Militärpsychiatrie erneut in Umlauf.² Damit verbunden war eine Sichtweise, die in den Psychiatern des Ersten Weltkriegs unheilvolle Schrittmacher der späteren NS-Vernichtungsaktionen erblickte.

¹Micale, Mark S.; Lerner, Paul (Hgg.), *Traumatic Pasts. History, Psychiatry, and Trauma in the Modern Age, 1870-1930*, Cambridge 2001.

²Riedesser, Peter; Verderber, Axel, „Maschinengewehre hinter der Front.“ *Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie*, Frankfurt am Main 1996.

Dieser linearen und simplifizierenden Sichtweise setzt Lerner Studie eine historische Kontextualisierung psychiatrischer Theoriebildung und Praktiken im Umfeld des Ersten Weltkriegs entgegen, die sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen des Krieges als auch die interessengeleiteten Motive der Psychiater berücksichtigt. Lerner begreift die Psychiatrie im Zusammenhang mit den ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozessen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Zentral ist für ihn der Begriff der Rationalisierung; Lerner meint damit jene von Max Weber beschriebenen wissenschaftlichen und administrativen Prozesse, in deren Mittelpunkt das effiziente Ordnen und Systematisieren der Wirklichkeit steht. Ein auf Effizienzsteigerung abzielendes und nationalistisch aufgeladenes Denken habe zu einer „rationalized psychiatry“ geführt, die ihr Handeln in enger Abstimmung mit militärischen und politischen Zielen umzusetzen suchte.

Die Studie ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil (S. 15-60) gibt einen konzisen Überblick über die Psychiatrie der Wilhelminischen Ära. Lerner skizziert den wissenschaftlichen und sozialen Aufstieg der Psychiater und stellt deren Krankheitskonzepte vor, die am Ende des 19. Jahrhunderts als Begleiterscheinungen des modernen Lebens beschrieben wurden: Neurasthenie, Hysterie und traumatische Neurose. Manches kennt man hier schon aus den Arbeiten von Esther Fischer-Homberger (nicht Fischer-Homburger, wie es durchgehend im Buch heißt). Darauf aufbauend beschreibt Lerner, dass seit den späten 1880er-Jahren die „Rentenkampfneurosen“ im Mittelpunkt hitziger psychiatrischer Debatten standen. In dessen Verlauf erlangten nicht nur psychologische Deutungen von Nervenerkrankungen immer größere Bedeutung, sondern auch das Verantwortungsgefühl der Psychiater gegenüber dem Staat verfestigte sich zusehends. Etwas verwunderlich ist, dass in diesem Teil der Hinweis auf Martin Lengwilers Studie zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie vor 1914 fehlt.³ Eine Auseinandersetzung mit Lengwilers These,

³Lengwiler, Martin, *Zwischen Klinik und Kaserne. Die Geschichte der Militärpsych-*

wonach die Hysteriediagnose schon vor dem Krieg in der deutschen Militärpsychiatrie akzeptiert und mit einer Politik der wohlwollenden Rentenvergabe verbunden war, wäre in diesem Zusammenhang durchaus lohnend gewesen.

Mit einem Kapitel über die psychiatrische Mobilisierung der nationalen Nervenstärke zu Kriegsbeginn leitet Lerner zum zweiten Teil der Arbeit über (S. 61-192). Es ist dies das Kernstück der Studie und Lerner geht hier weit über das hinaus, was bisher zur Geschichte der deutschen Kriegspsychiatrie publiziert wurde. Mittels neuer Quellenfunde in Archiven sowie einer umsichtigen Aus- und Neubewertung der zeitgenössischen Fachliteratur schafft Lerner ein solides empirisches Fundament, das seine Argumentation stets untermauert, nie aber zum Selbstzweck der Darstellung wird. Klare Schwerpunktsetzungen, drängende Fragestellungen und eine virtuose Gedankenführung kennzeichnen diesen Hauptteil. Ein Höhepunkt ist die Analyse des „Falls“ der traumatischen Neurose sowie der „Sieg“ der Hysterie auf der Münchener Kriegstagung der Psychiater im September 1916. Lerner kann zeigen, wie psychiatrische Wissensproduktion und die Gestaltung therapeutischer Praktiken an einzelne Akteure, professionelle Netzwerke, politische Strukturen und militärische Erfordernisse gebunden sind. Von besonderer Bedeutung ist die Rolle, die der Hamburger Psychiater Max Nonne einnahm. Mit seiner hypnotischen Therapie, die er an mitgebrachten Patienten vor den Augen der versammelten Konferenz durchführte, gab er der psychologischen Richtung – und damit der Hysteriediagnose – das entscheidende Argument in die Hand: Die Kriegsnervenkranken seien mit Hilfe suggestiver Behandlungstechniken prinzipiell heilbar. Lerner zeigt hier eindrücklich, dass der Krieg nicht die Neuentdeckung, sondern vielmehr die Wiederentdeckung psychiatrischer Konzepte und therapeutischer Praktiken brachte. Und noch etwas anderes zeigt der Hauptteil des Buches: In diesem Krieg bildeten Magie und Moderne, Scharlatanerie und Wissenschaft zwei Seiten derselben Medaille. Nonnes

iatrie in Deutschland und der Schweiz 1870 bis 1914, Zürich 2000.

„Zauberheilungen“ in einer „entzauberten Welt“ führten die zuvor als unwissenschaftlich verworfene Hypnose als modernste Variante im rationalisierten therapeutischen Arsenal der Psychiater vor. Da trotz aller Anstrengungen viele Soldaten von ihren Symptomen nicht oder nur temporär befreit werden konnten, wurden ab 1916 spezielle Nervenstationen errichtet, in deren Umfeld die Patienten zu landwirtschaftlichen, administrativen und industriellen Arbeiten herangezogen wurden. In einem totalen Krieg, der die Mobilisierung aller Kräfte zum Zwecke des Kriegserfolges bündelte, war auch der Patientenalltag von Produktivitätsdenken bestimmt.

Der dritte Teil des Buches (S. 193-248) beschäftigt sich mit der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie mit dem anhaltenden „Kampf“ der Psychiater gegen die Renten neurosen der Veteranen. Anhand von ärztlichen Gutachten und Krankengeschichten gelangen Lerner neue Einblicke in das fragile politische und kulturelle Gefüge der Weimarer Republik. Die anhaltenden Unsicherheiten in der Begutachtung von Männern, bei denen keine organische Schädigung des Nervensystems nachzuweisen war, bedeuteten die Fortsetzung psychiatrischer Kontroversen über das Wesen der Hysterie. War es der Krieg oder die pathologische Konstitution der Veteranen, die ihre Körper zittern ließen? Den interessengeleiteten Narrativen der Veteranen, die verblissen um die Anerkennung einer Rente kämpften und dafür auf die schockierenden Erfahrungen des Krieges verwiesen, stand eine konsequente Abwehrhaltung der Psychiater entgegen, welche die ökonomische und kollektive Gesundheit des Staates vor Augen hatten. In diesem Kampf um die „Wahrheit“ des Krieges prallten unterschiedliche Erinnerungs- und Deutungsdiskurse aufeinander und mündeten in „politics of trauma“, deren Verlaufslinien von Lerner eingehend besprochen werden.

Am Ende streift Lerner in seiner zweiseitigen Zusammenfassung nochmals die Frage der psychiatrischen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus, und bei diesem Problem (das man das ganze Buch hindurch kaum vermisst hat) fühlt man sich doch etwas alleine gelassen.

Hans-Georg Hofer

Sicher, dass von den Psychiatern des Ersten Weltkriegs keine direkte Linie zu den medizinischen Verbrechen der NS-Ärzte zu ziehen ist, wird nach der Lektüre von *Hysterical Men* sehr deutlich. Auch von den vereinfachenden Qualifizierungen der Psychiater als kriegstreibende und inhumane Täterfiguren wird man sich endgültig verabschieden müssen. Doch geht es in diesem Fall um mehr als nur um das alte Grundproblem historischer Forschung, die ihren Untersuchungszeitraum beginnen und enden lassen und dafür plausible Kriterien entwickeln muss. Es geht um die Frage, welche psychiatrischen Wissensbestände und Praktiken des Ersten Weltkriegs bereitgestellt und von den Psychiatern im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs aufgegriffen wurden. Nicht wenige, ist man nach dem bisherigen, unzureichenden Forschungsstand geneigt zu sagen. Welche aber genau? Lerner sagt hierzu nicht viel, was prinzipiell völlig in Ordnung ist, da er über die Psychiatrie des Ersten Weltkriegs schreibt. Etwas missverständlich ist jedoch, dass er an manchen Stellen selbst mit linear-retrospektiven Formulierungen spielt. So heißt es etwa im Hinblick auf die psychiatrische Diagnosepolitik des Ersten Weltkriegs: „But long before doctors mobilized“ (S. 1). Da Lerner zudem die NS-Wehrpsychiatrie gar nicht in seine Studie einbezogen hat, vermag man seiner distanzierten Position zur Kontinuitätsthese nur bedingt folgen.

Was bleibt als Fazit? *Hysterical Men* ist eine in vielerlei Hinsicht überzeugende Studie zur Geschichte der deutschen Psychiatrie in der Wilhelminischen Ära, während des Ersten Weltkriegs und in der Weimarer Republik. Lerner's Ansatz, die Kriegopsychiatrie jenseits moralischer Bewertungen im Kontext der allgemeinen Modernisierungsprozesse dieser Epochen zu betrachten, ist überaus gelungen. Der sichere Umgang mit den Quellen, die methodische Stringenz, das sorgfältige Abwägen der eigenen Argumentation und nicht zuletzt die fesselnde Darstellung zeichnen dieses Buch aus. Auch die Ausstattung ist mit gut ausgewählten Illustrationen und einem Register vorbildlich. Für alle weiteren Untersuchungen zur Geschichte der deut-

schen Psychiatrie im Umfeld des Ersten Weltkriegs wird Lerner's Studie ohne Zweifel die Referenz sein.

HistLit 2004-2-108 / Hans-Georg Hofer über Lerner, Paul: *Hysterical Men. War, Psychiatry, and the Politics of Trauma in Germany, 1890-1930*. Ithaca 2003. In: H-Soz-u-Kult 15.05.2004.

Liulevicius, Vejas Gabriel: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärrherrschaft im Ersten Weltkrieg*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag 2002. ISBN: 3-930908-81-6; 374 S.

Rezensiert von: Steffen Bruendel, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main

Vom Ostfronterlebnis des Ersten zum Vernichtungskrieg des Zweiten Weltkriegs? Dies ist, zugespitzt formuliert, die Frage, die Vejas Gabriel Liulevicius in seiner Studie über die deutsche Militärrherrschaft in Osteuropa aufwirft. Bis heute konzentrieren sich Historiker zumeist auf die Westfront.¹ Die Kämpfe im Osten werden dagegen wenig beachtet, und selbst der Siegfrieden von Brest-Litowsk ist weitgehend vergessen.² Liulevicius, 1966 in Chicago geboren und gegenwärtig Associate Professor an der University of Tennessee, kritisiert die „ Vernachlässigung der Ostfront“ in der Forschung und richtet sein Erkenntnisinteresse auf die Frage, „welche Bedeutung das Erlebnis an der Ostfront für die Masse der einfachen Soldaten hatte, und welche

¹ Ausnahmen sind z.B. Stone, Norman, *The Eastern Front, 1914-1917*, New York 1975; Strazhas, Aba, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost, 1915-1917*, Wiesbaden 1993.

² Vgl. Churchill, Winston S., *The Unknown War: The Eastern Front*, New York 1931. Auch neue Arbeiten beziehen sich v.a. auf die Westfront, so Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hgg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999. Zum Frieden von Brest-Litowsk vgl. Wheeler-Bennett, John W., *Brest-Litovsk. The Forgotten Peace, March 1918*, New York 1966 (Neudruck von 1938). Älteren Datums auch: Hahlweg, Werner, *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die Bolschewistische Weltrevolution*, Münster 1960.

kulturellen Auswirkungen es zeitigte“ (S. 12f.). Quellengrundlage seiner mentalitätsgeschichtlichen Studie, die im Jahre 2000 erschienen ist und seit Ende 2002 auf Deutsch vorliegt, sind offizielle Dokumente und private Aufzeichnungen, die er im Bundesarchiv/Militärarchiv und in litauischen Archiven ausgewertet hat, sowie Erinnerungen und Romane von Kriegsteilnehmern. Dem deutschen Blick ‚von oben‘ möchte er gestützt auf litauische Quellen den ‚Blick von unten‘ auf die Besatzungsherrschaft gegenüberstellen (S. 15f.). Nach einer – äußerst knappen – Vorbemerkung zu Methodik und Quellen (S. 7-8) und einer Einleitung (S. 9-21) folgen sechs etwa gleichlange Kapitel, in denen Liulevicius die Eindrücke der Deutschen bei ihrem Vormarsch im Osten (S. 22-71), die „militärische Utopie“ des Oberkommandos Ost (S. 72-115), die Verkehrs- und Kulturpolitik (S. 116-142; S. 143-188), sowie das „deutsche Bild vom Osten“ (S. 189-216) und die Krise des Besatzungsregimes (S. 217-277) beschreibt. Die beiden letzten Kapitel sind dem Einsatz der Freikorps 1918/19 (S. 278-300) sowie den mentalitätsgeschichtlichen Folgen des deutschen Ostfronterlebnisses (S. 301-336) gewidmet. In einer kurzen Schlussbemerkung (S. 337-340) fasst Liulevicius seine Ergebnisse noch einmal zusammen.

1. Volk ohne Raum im Land ohne Leute – das Ostfronterlebnis als verborgenes Vermächtnis der Deutschen?

Die deutschen Soldaten eroberten ein ihnen unbekanntes Land. Schon die Verschiedenheit von Flora und Fauna beeindruckte sie und insbesondere die russische „Endlosigkeit“, diese „gewaltige, rätselhafte Weite“ (S. 35, 41f.). Hinzu kam die irritierende Patchwork-Identität der Einwohner, die ganz unterschiedlichen Völkern, Kulturen und Religionen angehörten.³ Unbegreiflich war den Besatzern die Passivität der einheimischen Bevölkerung, die offenbar nie versucht hat-

³Liulevicius, S. 35, 40. Polen, Litauer, Weißrussen, Ostjuden und – vor allem in Kurland – Deutschbalten bildeten diesen „Mischmasch“ (S. 59), der bei deutschen Soldaten aus den polnischen Gebieten Preußens, zu einer Art Identitätskrise führte (S. 238ff.). Dieser Aspekt wird vom Autor aber insgesamt überbewertet, denn letztlich war es, wie er selbst ausführt, gerade die landschaftliche und kulturelle Ödnis, die die Deutschen in ihrem Deutschtum und ihrer kulturellen Überlegenheit bestärkte (S. 239).

te, das unwirtliche Land zu kultivieren.⁴ Liulevicius' Stärke liegt in seiner impressionistischen Schilderung der Eindrücke, die die deutschen Soldaten beim Vormarsch gen Osten erhielten. Es war ein „Wirrwarr aus menschlichem Leid, Schmutz und Krankheit“ (S. 17), das Mitleid wie Abscheu hervorrief. Das Kriegsland im Osten war nicht nur unbekannt, sondern auch befremdlich. Sich in einem „Unland“ zu befinden und von „Unkultur“ umgeben zu sein, war die vorherrschende Meinung (S. 44f.). Das Prinzip der verbrannten Erde, das die zaristischen Truppen beim Rückzug anwendeten, verstärkte den Eindruck allgemeiner Kulturlosigkeit noch und festigte die Überzeugung von einem Kulturgefälle nach Osten (S. 29f.). Die vorgefundene Rückständigkeit ließ den Vormarsch zugleich wie eine Reise in die Vergangenheit wirken (S. 42). War schon in Schule und Universität vermittelt worden, die Deutschen seien seit der „Ostkolonisation“ durch die Deutschordensritter dazu berufen, das Land im Osten auf eine höhere Kulturstufe zu heben, wirkte die Eroberung vormoderne Länder auf die Soldaten wie eine Wiederholung der Geschichte (S. 60). Dementsprechend war die Benennung des ersten großen Sieges an der Ostfront nach dem Ort Tannenberg von hoher symbolischer Bedeutung: Nicht nur manifestierte sie die Wiedergutmachung für die dem Deutschen Orden 1410 von polnisch-litauischen Truppen beigebrachte Niederlage, sondern auch den geschichtlichen Auftrag, dessen Werk fortzusetzen (S. 26f.). So gesehen erschien die leere Ödnis im Osten als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ (S. 75). Liulevicius führt aus, dass die Besatzer mit fortschreitender wirtschaftlicher, verkehrs- und verwaltungstechnischer Erschließung des Gebietes begannen, Anspruch auf das Land zu erheben und Siedlungspläne zu entwerfen. Es reifte eine Überzeugung, die nach Meinung des Autors nach Kriegsende zum „verborgenen Vermächtnis“ (S. 9) wurde: dass das „Volk ohne Raum“ seine Zukunft im Land ohne Leute

⁴Anfangs irritierte auch die Unterwürfigkeit, mit der die ausschließlich bäuerliche Bevölkerung den Deutschen zunächst gegenübertrat (S. 65).

finden müsse.⁵

2. Totaler Krieg und totale Kontrolle – „Militärische Utopie“ und Besatzungspolitik in Ober Ost

Nachdem die Deutschen 1915 zum Angriff übergegangen waren, entschloss sich Ludendorff, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, etwas Neues, „etwas Ganzes zu schaffen“.⁶ Im eroberten Gebiet Litauens und Kurlands wurde ein abgeschotteter Militärstaat – nach dem Oberbefehlshaber Ost kurz „Ober Ost“ genannt – aufgebaut, der Ordnung und Kultur verbreiten sollte (S. 72f.). Es galt, durch eine effiziente Verwaltung und die umfassende wirtschaftliche Ausbeutung von Land und Leuten die Versorgungslage der Deutschen zu verbessern und noch vor Friedensschluss eine dauerhafte Ordnung zu etablieren. Dabei wurden sehr moderne Herrschaftstechniken angewandt wie statistische Erhebungen, Volkszählungen und die Einführung von – bis dato unbekannt – Pässen für die Einwohner. Liulevicius differenziert zwischen zwei Säulen, auf denen der Militärstaat ruhte. Mit Hilfe der „Verkehrspolitik“ sollten die materiellen Ressourcen des besetzten Gebietes erschlossen und die personellen mobilisiert werden (S. 116ff.). Das „Kulturprogramm“ – die Vermittlung deutscher Sprache und Bildung sowie deutscher Hygiene- und Ordnungsvorstellungen – diente dazu, den deutschen Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung nachhaltig zu sichern (S. 143ff.). Trotz des enormen Apparates – Liulevicius schätzt, dass 1918 fast 20.000 Männer in der Verwaltung von Ober Ost arbeiteten (S. 76) – scheiterte Ludendorffs Militärutopie an der Kluft zwischen dem Anspruch des Militärstaates und der Wirklichkeit. Ein der Formel von der „Deutschen Arbeit“ (S. 68ff.) geradezu Hohn sprechendes Chaos sowie die

⁵Liulevicius, S. 125, 205ff., 293, 308 (Zitat). Die in den 1920er-Jahren populäre Selbstbezeichnung ging auf einen zum Schlagwort gewordenen Buchtitel zurück: Grimm, Hans, Volk ohne Raum, 2 Bde., München 1927.

⁶Ludendorff, zit. nach Liulevicius, S. 72. Er spricht von einem „Projekt der totalen Kontrolle“ (S. 20). Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, „Vom ‚absoluten‘ zum ‚totalen‘ Krieg oder: Von Clausewitz zu Ludendorff“, in: Ders., Krisenherde des Kaiserreiches 1914-1918, Göttingen 1979, S. 89-116.

rücksichtslose Ausbeutung der Einheimischen verhinderten die Etablierung von Recht und Ordnung und eine freiwillige Annäherung an Deutschland.⁷ Es war der „desaströse Versuch, Kultur durch Gewalt zu vermitteln“ (S. 242). Der zunehmenden Auflösung der Disziplin und dem wachsenden Widerstand der Einheimischen stand die Militärverwaltung weitgehend machtlos gegenüber.⁸ Nach dem Zusammenbruch Deutschlands versank das Gebiet von Ober Ost 1918/19 in einem Bürgerkrieg, der auf allen Seiten mit äußerster Brutalität geführt wurde (S. 296ff.). Bolschewisten kämpften gegen zarentreue Truppen und einheimische Wehren gegen deutsche Freikorps, deren Einsatz Liulevicius als das „brutale Schlussfanal des Ostfronterlebnisses“ (S. 20) bezeichnet.

3. Vom Ostfronterlebnis des Ersten zum Vernichtungskrieg des Zweiten Weltkriegs?

Geprägt durch das „Ostfronterlebnis“ (S. 14), resümiert Liulevicius, bildeten sich nach dem Ersten Weltkrieg „wichtige Ansichten über den Osten und die Vorstellung einer zivilisatorischen Mission der Deutschen heraus“ (S. 16). Die „Bedeutung der Geschehnisse“ (S. 13) an der Ostfront zeige sich darin, dass zwei bis drei Millionen Soldaten geprägt wurden vom Eindruck unendlicher und ungeordneter Weite sowie der Absenz jeder Kultur. Zum Ostfronterlebnis gehörte die Erfahrung, dass Russland besiegt werden konnte, der Größe seiner Armee und allen Unbilden der Natur zum Trotz (S. 303). Dieser Einstellungswandel ist vor einigen Jahren treffend auf die Formel: „Erst Dampfwalze, dann Sandkastenspiel“⁹ gebracht worden. Dass das

⁷Zum Chaos vgl. Liulevicius, S. 217ff., 223, 232; zur Ausbeutung und Entfremdung vgl. ebd., S. 85, 93, 225ff., 234.

⁸Vgl. Liulevicius, S. 50, 108ff., 171f., 226ff., 231f. Die Krise des Militärstaates spitze sich paradoxerweise zu, als der Zusammenbruch des Zarenreiches und der Frieden von Brest-Litowks die deutsche Herrschaft über Osteuropa dauerhaft zu sichern schienen (S. 243ff.).

⁹Afflerbach, Holger, „Erst Dampfwalze, dann Sandkastenspiel“, in: Die Zeit 35, 26.8.1994. Vgl. auch Ders., „Die militärische Planung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg“, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 280-317.

Steffen Bruendel

Russland- und Osteuropa-Bild durch die „militärische Utopie von Ober Ost und das Ostfronterlebnis“ (S. 336) einem „radikalen Wandel“ (S. 337) unterlag, hatte in der Tat Auswirkungen auf das politische und militärstrategische Denken in den 1920er-Jahren. Der osteuropäischen Vielfalt im Weltkrieg nicht Herr geworden, entwickelten Militärs wie Intellektuelle radikale geopolitische Raumordnungspläne, die später von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurden und schließlich Eingang in den „Generalplan Ost“ fanden.¹⁰ Zwar bringt Liulevicius diesen Radikalisierungsprozess auf die Formel: „Weg mit den Leuten und her mit dem Raum“ (S. 308), aber er stellt fest: „Hitlers alptraumhafte Visionen weisen Gemeinsamkeiten mit dem Projekt Ober Ost [...] auf, aber auch erhebliche Unterschiede dazu“ (S. 332). Obgleich er beides herausgearbeitet hat, suggeriert Liulevicius eine mentalitätsgeschichtliche Kontinuität zwischen dem Ostfeldzug von 1915 und dem Angriffskrieg von 1941. Die Besatzungspolitik des Ersten war aber etwas grundlegend anderes als die Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkrieges.

Dicht belegt hat Liulevicius, wie negativ der Osten gesehen wurde. Paradoxerweise, schreibt er, konnte diese ablehnende Haltung mit dem Drang zur Kolonisation verbunden werden (S. 337). Aber für wen gilt dieses Paradoxon? In der Kluft zwischen dem Anspruch, die „Kriegserfahrungen der einfachen Menschen“ (S. 13) zu untersuchen, und einer letztlich schmalen Quellengrundlage liegt das Problem dieser Studie. Liulevicius belegt seine Thesen fast ausschließlich mit Aussagen von höheren Offizieren und einigen Rechtsintellektuellen wie Ernst von Salomon. Von diesen aber auf die Einstellung aller Ostfrontkämpfer (S. 24) oder gar der „gewöhnlichen Deutschen“ (S. 336) zu schließen, ist zumindest gewagt. So weicht anfängliche Freude über anregende Thesen und impressionistische Beschreibungen zunehmendem Ärger darüber, dass ein großes Thema, die Herausbildung dauerhafter Einstellungen und kollektiver Denkweisen, ohne wirklichen methodischen Ansatz bearbeitet wurde. Obwohl sein

¹⁰Liulevicius, S. 308, 326-332, 338.

Erkenntnisinteresse es verlangt hätte, bezieht sich Liulevicius in seiner Vorbemerkung „zu Methodik und Quellen“ nur auf die Auswertung von Schriftstücken, nicht aber auf Theorien zur Erforschung von Mentalitäten, die anzuwenden seiner Studie gut getan hätte. Indem der Autor auf diese verzichtet, wird er seinem Anspruch nicht gerecht, mehr als Militärherrschaft, nämlich den Zusammenhang von „Culture, National Identity and German Occupation in World War I“¹¹ zu untersuchen. Ärgerlich sind zudem auch die vielen, zum Teil wortgleichen Wiederholungen sowie die fehlerhaften Karten.¹² Liulevicius' Verdienst besteht darin, die Grundlagen der Herrschaftspolitik von Ober Ost und ihre Umsetzung genau untersucht zu haben. Er hat damit den Blick auf die allzu lange ‚vergessene‘ Ostfront gelenkt und überzeugend dargelegt, dass das „Fronterlebnis“ nach West- und Ostfront zu differenzieren ist. Sein Buch gefällt als „Anatomie eines modernen Besatzungssystems“ (S. 339), als mentalitätsgeschichtliche Studie überzeugt es nicht.

HistLit 2004-2-102 / Steffen Bruendel über Liulevicius, Vejas Gabriel: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*. Hamburg 2002. In: H-Soz-u-Kult 13.05.2004.

Lohr, Eric: *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*. Cambridge: Harvard University Press 2003. ISBN: 0-674-01041-8; 237 S.

¹¹So der Untertitel der Originalausgabe. Die deutsche Übersetzung stellt demgegenüber eine Verengung dar.

¹²Merkwürdig ist z.B., dass auf Karte 1 [S. 23: „Osteuropa vor 1914“] eine Art „Generalgouvernement“ zu sehen ist und Deutschland auf Karte 5 [S. 306: „Osteuropa in den zwanziger Jahren“] in den Grenzen von 1939 eingezeichnet zu sein scheint; zudem fehlt hier die Grenze zwischen Lettland und Russland. Auch der Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, dessen umstrittene „Wehrmachtsausstellung“ wegen gravierender Mängel vor einiger Zeit überarbeitet worden ist, muss sich fragen lassen, wie genau er es mit historischen Fakten nimmt.

Rezensiert von: Christian Teichmann, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin

Die Geschichte Russlands verändert sich. Die politischen Entwicklungen der letzten zwei Dekaden und die Öffnung der Archive seit 1991 führten zu grundsätzlichen Neubewertungen. Zwei historiografische Trends sind dabei auszumachen: Russland wurde als Vielvölkerreich entdeckt und es kehrte auf neue Weise in die Geschichte der europäischen Moderne zurück. Während Russland im europäischen Vergleich lange Jahre als defizitär und rückständig interpretiert wurde, lautet nun die Fragestellung, welche Wirkungen die ideologischen Prämissen der europäischen Aufklärung und des Nationalstaats im russischen Imperium entfalteten. Ein herausragendes Beispiel für die innovative Aufnahme beider Trends ist das Buch „Nationalizing the Russian Empire“ von Eric Lohr.

Thema des Buches ist die Reaktion des russischen Ancien régime auf die Herausforderungen einer mit nationalistischer Rhetorik operierenden Massenpolitik in der Zeit vom Kriegsbeginn bis zum Herbst 1917. Wie Lohr im Eröffnungskapitel „Nationalist Challenges, Imperial Dilemmas“ (S. 10-30) zeigt, war das Ziel dieser Massenpolitik sowohl die Nationalisierung der Wirtschaft durch Enteignungen der zu „Feinden“ erklärten „Ausländer“ als auch die ethnische Homogenisierung der Bevölkerung. Während die Zivilbehörden in den ersten Kriegsmonaten die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Person von „feindlichen Ausländern“ als unverrückbar ansahen und in erster Linie an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung interessiert waren, ging die Armee rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung im Frontgebiet vor. Im Generalstab herrschte nicht nur Konsens über die nötige Deportation von deutschen, jüdischen und dann auch polnischen „Feinden“, sondern er war auch der Initiator einer großangelegten Pressekampagne gegen „Spione“.

Die nationalistische Radikalisierung der Presseberichterstattung über die angeblichen Machenschaften „feindlicher Ausländer“ wurde

jedoch nicht nur vom Generalstab befürwortet. Neben einer großen Gruppe von Politikern unterstützten vor allem Unternehmervereinigungen die Kampagne tatkräftig. Diese Gleichlage der Interessen führte während des ersten Kriegsjahres zur Formulierung einer kohärenten Nationalisierungsagenda, die nicht nur die Regierung unter stetigen Handlungszwang setzte, sondern im Ergebnis zu einer Hinterfragung der Grundlagen des Imperiums als Ganzes führte. Denn die Kampagne gegen „feindliche Ausländer“ richtete sich nicht gegen eine marginale Bevölkerungsgruppe, sondern gegen einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Elite des Landes. Eine Schlüsselrolle in Industrie und Landwirtschaft fiel dabei den Deutschen zu, deren Schicksal sich Lohr in seiner Untersuchung schwerpunktmäßig widmet.

Jeder, der einen ausländisch klingenden Namen trug, geriet unter Verdacht. Lohr schildert im Kapitel „The Moscow Riots“ (S. 31-54), wie sich der von der Presse angeheizte Volkszorn gegen vermeintliche „Feinde“ austobte. In den letzten Tagen des Mai 1915 kam es in Moskau zu einem dreitägigen blutigen Pogrom, das sich zunächst gegen Fabriken richtete, in denen Ausländer arbeiteten oder die (angeblich) Ausländern gehörten. Bald weiteten sich die Angriffe gegen Geschäfte im Zentrum aus und ergriffen dann das ganze Stadtgebiet. Auf dem Roten Platz entstand in Windeseile ein Schwarzmarkt mit geplünderten Waren. Die Polizei war ohne die Hilfe der Moskauer Garnison nicht in der Lage, die Kontrolle wiederzuerlangen. Nach diesen Geschehnissen brachte auch der Rücktritt des Innenministers Maklakov Gerüchte nicht zum Verstummen, die Regierung hätte das Pogrom unterstützt. Es wirkte daher wie ein Signal zum Weitermachen. Diesen Eindruck verstärkte die amtliche Untersuchung, die unter so großer Geheimhaltung stattfand, dass am Ende nicht einmal alle Regierungsmitglieder den Untersuchungsbericht lesen durften. Hier hätten sie erfahren können, dass Russland 1915 kein starker Staat war, der Pogrome hätte dirigieren können, sondern ein schwacher Staat, dessen Beamte aus der Angst heraus handelten, die öffentliche

Ordnung könne jeden Moment in sich zusammenbrechen.

Unter dem Druck des Volkszorns und der Presse, die jeden Schritt der Regierung akribisch überwachte, begann eine groß angelegte Kampagne gegen „ausländisches“ Eigentum. In den Kapiteln „Nationalizing the Commercial and Industrial Economy“ (S. 55-83) und „Nationalizing the Land“ (S. 84-120) analysiert Lohr den Prozess der Enteignung von Eigentum im Hinblick auf die Gesetzgebung sowie ihre Implementierung und die Folgen. Nicht nur der ökonomische Schaden der Kampagnen war enorm, sondern auch der außenpolitische. Zunächst waren „Deutsche“ die Zielgruppe, aber schnell kamen andere ausländische Unternehmen unter Verdacht, wie Lohr am Beispiel der amerikanischen Firma Singer zeigt. Ohnehin war die Zielgruppe der ökonomischen Nationalisierung sehr weit gefasst, denn sie betraf neben Staatsbürgern gegnerischer Länder auch alle „feindlichen Ausländer“, die nach dem 1.1.1880 die russische Staatsbürgerschaft erhalten hatten. Lohr folgert daraus, die Enteignungen hätten unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit vor allem zu einer Stärkung des ethnisch russischen Elements in der Wirtschaft führen sollen.

„Forced Migrations“ (S. 121-165) sind eines der bekanntesten Kapitel des russischen Ersten Weltkriegs. Lohr schildert zunächst die Deportation von deutschen Kolonisten aus Kongresspolen ab Herbst 1914 und vergleicht diese relativ geordneten Eisenbahntransporte mit dem Chaos, das wenig später über die jüdische Bevölkerung des Frontgebiets hereinbrach, deren Vertreibung von Pogromen begleitet war. Besonders eindringlich wird die Analyse, wenn Lohr die politischen Konstellationen hinter den Deportationen aufzeigt und ihre Chronologie im Zusammenhang mit der Verkleinerung und der schließlich erfolgten Auflösung des „Ansiedlungsraions“ dokumentiert. Ausführlich wird auf die von der Armee praktizierten Geiselnahmen eingegangen, durch die die Loyalität der als „Spione“ und „Feinde“ verdächtigten Juden erzwungen werden sollte. Doch nicht nur von der russischen Westfront, sondern auch von der Kaukasus-

front wurden „feindliche“ ethnische Gruppen deportiert. So wurden ab Januar 1915 circa 10.000 muslimische Andscharen aus Georgien nach Zentralrussland verbracht.

Die konservativen und nationalistischen Kräfte, die die Kampagne befürworteten und tatkräftig unterstützten, erwiesen Russland einen Bärendienst. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen waren verheerend. In der Provinz führten die Enteignungen und die administrativen Blockaden zum teilweisen Zusammenbruch der Regionalwirtschaft und zu Missernten. An den Zielorten der Deportationen verlieh die Lokalbevölkerung ihrer Unzufriedenheit über die Neuankömmlinge Ausdruck. Die verfolgten Minderheiten organisierten und radikalisierten sich, was ethnische Spannungen verschärfte. Trotzdem setzte die Regierung die Kampagne eifrig fort, weil sie sich vom Vorwurf freizumachen versuchte, die militärischen Misserfolge Russlands seien durch die Verschwörung einer „deutschen“ Kamarilla mit der Zarin im Zentrum verursacht. Je mehr die Regierung auf radikale Forderungen einging, desto schneller entglitt die Situation ihren Händen. Die russische Innenpolitik hatte endgültig mit der imperialen Strategie gebrochen, ökonomisch potente Ausländer zu assimilieren, und war vom Kriterium des Standes und der Staatsbürgerschaft zur ethnischen Kategorisierung der Bevölkerung übergegangen.

Eric Lohrs Untersuchung beeindruckt durch die Präzision der Analyse, die mit knappen Worten auskommt. Nicht gewagte Thesen, sondern der Detailreichtum lässt neue Bilder der russischen Gesellschaft im Ersten Weltkrieg entstehen. Die Verschiebung der Untersuchungsperspektive - von einer Geschichte des Innenlebens von Minoritäten hin zu einer Geschichte nationalisierender Staatspraktiken - macht die Leistung von Lohrs Buch aus. Ihm geht es darum, Nationalisierung nicht als Produkt von Langzeitentwicklungen zu beschreiben, sondern als ein plötzliches, kontingentes Umschlagen der Kategorien im öffentlichen und privaten Leben. Lohr dokumentiert dieses Umschlagen in vier detaillierten Fallstudien. Zugunsten die-

ser Vorgehensweise drängt er die Chronologie der Kampagne gegen „feindliche Ausländer“ zurück. Die Dramaturgie des Buches steigert sich von einem Pogrom in Moskau über die Enteignung von Besitz bis zur Beschreibung von Deportationen. Die Chronologie der Ereignisse lässt den Höhepunkt der Deportationen in das erste Kriegsjahr fallen, während die meisten Landenteignungen Anfang 1917 stattfanden und eine große Anzahl deutscher Firmen erst nach der Februarrevolution liquidiert wurde.

HistLit 2004-2-189 / Christian Teichmann über Lohr, Eric: *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*. Cambridge 2003. In: H-Soz-u-Kult 21.06.2004.

Martus, Steffen; Münkler, Marina; Röcke, Werner (Hg.): *Schlachtfelder. Codierung von Gewalt im medialen Wandel*. Berlin: Akademie Verlag 2003. ISBN: 3-05-003587-0; 300 S.

Rezensiert von: Steffen Bruendel, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main

„Stell Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin“¹ – mit diesem Slogan begleitete die Friedensbewegung in den 1980er-Jahren die NATO-Nachrüstung. Die unreal anmutende und zugleich reizvolle Vorstellung von einem leeren Schlachtfeld machte die Parole zur Metapher für kollektive Verweigerung aufgrund unbedingter Friedensliebe. Zwar wird der Slogan in dem Sammelband „Schlachtfelder“ nicht erwähnt, aber er veranschaulicht auf sehr markante Weise, worum es geht: um das Schlachtfeld als imaginativen Raum, um die mediale Darstellung von Schlachten und ihre Deutung. Ziel ist, so die Herausgeber Steffen Martus, Marina Münkler und Werner Röcke, die

¹Es handelt sich hierbei nicht um ein Zitat von Brecht. Vgl. die Ausführungen von Wolfgang Jeske in: Brecht, Bertold, Gedichte. Zusammengestellt von Wolfgang Jeske. Frankfurt am Main 1991, S. 551.

Ubiquität kriegerischer Gewalt historisch-systematisch zu untersuchen, um „sowohl Formen der Gewalt als auch das spezifische Imaginationspotential konkreter Räume des Krieges zu analysieren“ (S. 9). Die Bedeutung eines Schlachtfeldes wird durch die Memorialkultur bestimmt (S. 13), die es zum „bevorzugten Ort der Kriegsrepräsentation“ (S. 14) macht. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Humboldt-Universität geförderte Graduiertenkolleg „Codierung von Gewalt im medialen Wandel“ hat Schlachtfelder als imaginative Orte epochenübergreifend, interdisziplinär und vergleichend untersucht. Die Forschungsergebnisse wurden erstmals im Juni 2000 auf einer Tagung in Berlin vorgestellt und liegen nun gedruckt vor: In diesem Sammelband beleuchten Historiker und Kunsthistoriker, Soziologen und Juristen sowie Literatur-, Musik- und Filmwissenschaftler die Codierung von Gewalt im medialen Wandel. Sechs Aufsätze befassen sich mit der „Schlachtenrepräsentation“ (S. 19-128), sechs weitere mit der „sozio-kulturellen“ (S. 131-246) und drei mit der „technisch-medialen“ (S. 249-300) Codierung des Schlachtfeldes.

1. Die mediale Repräsentation von Schlachten

Im ersten Beitrag untersucht der Luzerner Mediävist Valentin Groebner Berichte über exzessive Gewalt auf Schlachtfeldern des 15. und 16. Jahrhunderts.² Greuelthaten und Täuschungen sind häufige Topoi dieser Schlachtbeschreibungen (S. 28). Indem die „blutigen Heterologien“ (S. 32) Feind- und Selbstbilder verbreiten, unterscheiden sie sich nicht von der Greuelpropaganda moderner Kriege. Am Beispiel der Schlacht von Borodino³ zeigt der Berliner Politologe Herfried Münkler, dass Clausewitz die impressionistische Berichterstattung des Augenzeugen mit der klaren Analyse des Strategen meisterhaft verband (S. 88f.). Hermann Danusers Beitrag ist nicht Berichten, sondern der Musik als Repräsentationsmedium von Schlacht ereignissen gewid-

²Groebner, Valentin, „Menschenfett und falsche Zeichen. Identifikation und Schrecken auf den Schlachtfeldern des späten Mittelalters und der Renaissance“, S. 22-32.

³Münkler, Herfried, „Clausewitz' Beschreibung und Analyse einer Schlacht: Borodino als Beispiel“, S. 68-91.

met.⁴ Der Musikwissenschaftler weist nach, dass die Gattung der Battaglien schon in der Frühen Neuzeit Geräuschwelten aufgriff, die erst im 20. Jahrhundert als ‚musikalisch‘ akzeptiert wurden, und veranschaulicht am Beispiel Beethovens, dass diese Gattung in einer Symphonik aufging, welche die semiotische Bestimmtheit zugunsten eines musiksprachlich autonomen Kunstwerks aufgab (S. 49). Die Symphonie „Wellingtons Sieg oder Die Schlacht bei Vittoria“ analysiert er als narrativ konzipierte Darstellung des Ereignisverlaufs und bezeichnet sie als „musikalisches Gemälde“ (S. 45). Das Gemälde als Medium der Schlachtdarstellung untersucht Godehard Janzing, Doktorand der Kunstgeschichte, in seiner sehr anregenden Abhandlung über Goyas Kriegsgrafiken.⁵ Er zeigt, wie Goya ab 1810 die Auflösung des Schlachtfeldes und die Entgrenzung des Krieges in der Auflösung traditioneller Schlachtbilder spiegelte. Exzessive Grausamkeiten werden dargestellt, aber die „leichengesäumte[n] Landschaftszüge“ (S. 52) machen jede topografische Bestimmung der „Schlachten“ unmöglich. In der von Goya gewählten formalen Dekomposition des klassischen Schlachtbildes erkennt Janzing die Absicht des Künstlers, überkommene Darstellungsmuster und mit ihnen die im spanischen Partisanenkrieg unbrauchbar gewordenen Regeln formalisierter Kabinettskriege in Frage zu stellen (S. 54).

Eine ganz andere Dekomposition des klassischen Schlachtbildes illustriert der junge Literaturwissenschaftler Martin Dönike am Beispiel eines Schlachtendenkmals des italienischen Bildhauers Canova.⁶ Anstatt den Sieger der Schlacht von Magnano im Gestus des Triumphes darzustellen, bot er der Stadt Verona seine Figurengruppe Herakles und Lichas⁷ an, die er vier Jahre zuvor angefertigt hatte (S. 94f.). Man lehnte ab, weil seine Skulptur zwar den Kampf, nicht

⁴Danuser, Hermann, „Kriegsgetöse. Zur Semiotik musikalischer Battaglien“, S. 33-49.

⁵Janzing, Godehard, „Die Geburt des Partisanen aus dem Geist der Graphik. Krieg als Capriccio bei Francisco de Goya“, S. 51-68.

⁶Dönike, Martin, „Antonio Canovas Herakles und Lichas oder die Unmöglichkeit des Schlachtendenkmals“, S. 93-115.

⁷Aus Sophokles' Tragödie „Die Trachinierinnen“ (S. 94f.).

aber den Sieger, streng genommen sogar nur Opfer repräsentierte (S. 109). Indem Canovas Figurengruppe die selbst zerstörerische Logik der Gewalt reflektierte, nahm sie die Problematik vorweg, die sich insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert noch oft stellen sollte: Wie kann man Kriegsoffern angemessen gedenken, wie mit Sieg oder Niederlage umgehen? Diese Fragen stellten sich auch in Bezug auf das modernste Medium, mit dem Schlachten repräsentiert werden konnten, den Film.⁸ Da keine Originalaufnahmen von Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg gemacht wurden, zeigte man entweder Soldaten kurz vor dem Angriff oder dessen Folgen: Zerstörungen. Das Schlachtfeld erschien somit als leerer tödlicher Raum. Das wirkte nach, so der amerikanische Kulturwissenschaftler Anton Kaes, denn verschiedene Bildmotive aus den Kriegswochenschauen kehrten in bekannten Spielfilmen der Weimarer Republik wieder: klaustrophobische Räume und verzerrte Dimensionen, abstrakte Landschaften, Aggression und Gewalt.⁹

2. Die sozio-kulturelle Codierung des Schlachtfeldes

Der Münsteraner Mediävist Gerd Althoff legt dar, dass Gewalteskalation im Mittelalter wahrscheinlicher war gegenüber Andersgläubigen oder Angehörigen anderer, d.h. niederer Stände als innerhalb einer christlich-adligen Kriegergesellschaft.¹⁰ War man „unter sich“, wurde ein Regelwerk beachtet, um „Gewalt einzudämmen, zu vermeiden oder die Folgen von Gewalt zu verringern“ (S. 137). Regelwerke sind auch Voraussetzungen, um Schlachten als „Rechtsentscheide“ zu deuten. Dies versucht der Bielefelder Jurist Wolfgang Schild in seinem sprachlich verunglückten und inhaltlich unklaren Beitrag zu erhellen.¹¹ Schlachtfeldern kommt als Orten der Kriegsentschei-

⁸Kaes, Anton, „Schlachtfelder im Kino und die Krise der Repräsentation“, S. 117-128.

⁹So z.B. in den Filmen: „Das Kabinett des Dr. Caligari“, „Das Nibelungenlied“, „Metropolis“ und „M“.

¹⁰Althoff, Gerd, „Besiegte finden selten oder nie Gnade“, und wie man aus der Not eine Tugend machte“, S. 131-145.

¹¹Schild, Wolfgang, „Schlacht als Rechtsentscheid“, S. 147-168.

derung eine besondere Bedeutung zu. Wie unterschiedlich Siege und Niederlagen gedeutet werden können, untersucht Gernot Kamecke am Beispiel eines kolonialen Schlachtfeldes.¹² Der Übersetzer und Publizist zeichnet nach, wie die historische Überlieferung eines Sieges der französischen Armee über eine aufständische Kolonie „in die Legende vom heldenhaften Selbstmord einer karibischen Widerstandsbewegung“ (S. 177) transferiert wurde. Dass in der Erinnerung an Schlachten und Kriege Geschlechtsstereotype aktiviert werden, betont die Regensburger Soziologin Ruth Seifert.¹³ Sie bezeichnet Geschlecht, Nation und Krieg als „kulturelle Konstruktionen“ (S. 235) und stellt fest, dass „über die Frauen der Nation auch die Nation in besonderer Weise angreifbar ist“ (S. 241). Die soziokulturelle Codierung von Schlachtfeldern erfolgt mittels Weiblichkeits- und Virilitätskonstruktionen, die für das Konzept des Soldaten als Beschützer von zentraler Bedeutung sind.

Was aber bringt Soldaten dazu, Schlachten auszuhalten und weiterzukämpfen? Diese Frage haben amerikanische Soziologen bereits im Zweiten Weltkrieg untersucht. Ulrich Bröckling stellt die Ergebnisse dieser Analysen vor.¹⁴ Der Freiburger Soziologe zeigt, dass die Codierung des Schlachtfeldes mit der Konstruktion des optimal einsetzbaren Soldaten einherging und reflektiert den Zusammenhang von Kampfmotivation und Gefechtsverhalten. Ausschlaggebend sind die vielfältigen sozialen und affektiven Bindungen innerhalb der unmittelbaren Kameradengemeinschaft.¹⁵ Für die kämpfenden Soldaten sind diese deshalb so bedeutend, weil das Schlachtfeld letztlich

¹²Kamecke, Gernot, „Zur Codierung kolonialer Schlachtfelder. Die heldenhafte Niederlage des Louis Delgrès in Mantouba 1802“, S. 169-188.

¹³Seifert, Ruth, „Im Tod und Schmerz sind nicht alle gleich: Männliche und weibliche Körper in den kulturellen Anordnungen von Krieg und Nation“, S. 235-246.

¹⁴Bröckling, Ulrich, „Schlachtfeldforschung. Die Soziologie im Krieg“, S. 189-206.

¹⁵Folgende fünf Punkte beeinflussten die Kampfmotivation: die Überzeugung von der Notwendigkeit des Krieges, die Strafandrohung für Befehlsverweigerung, die Beziehung zum unmittelbaren Vorgesetzten, der Zusammenhalt in der Primärgruppe sowie religiöse Bindungen und Weltanschauungen. Dabei bildete die Primärgruppenbindung nicht nur die wichtigste Einzelvariable der individuellen Kampfbereitschaft, sondern auch den Transmissionsriemen der übrigen Einflussfaktoren (S. 194-199; S. 205f.).

– in den Worten eines amerikanischen Armeehistorikers – „die einsamste Gegend ist, in der Menschen beisammen sind“ (S. 201). Auch wenn sich das Schlachtfeld als Raum im postindustriellen Zeitalter zunehmend auflöst, bleiben die Erkenntnisse der amerikanischen Forscher gültig. Dass das Schlachtfeld als Ort des Leidens und Schreckens an Bedeutung verliert, konstatiert der in New York lehrende Bernd Hüppauf.¹⁶ Intelligente und unbemannte Waffen sowie die Digitalisierung der Kriegführung machen heutige und künftige Kriege zu einer „Konstruktion ohne Raum“ (S. 228). Mit Blick auf den „War against Terror“ seit dem 11. September 2001 spricht er vom „Krieg ohne Schlachtfeld und geographisch festgelegte Front“ (S. 230) und sieht in der allgemeinen Verunsicherung das Hauptmerkmal dieses neuartigen Krieges aller gegen alle.

3. Die technisch-mediale Codierung des Schlachtfeldes

Ein ungewöhnliches Kriegsspiel beschreibt der Berliner Kulturwissenschaftler Philipp von Hilgers. Mit Hilfe des 1912 für den preußischen König angefertigten „taktischen Kriegsspielapparats“ (S. 261) sollten taktisches Geschick geübt und künftige Schlachten geplant werden.¹⁷ Die Simulation einer Schlacht in Echtzeit – was heutigen Armeen durch rechnergestützte Programme vertraut ist – und die Komprimierung des Schlachtfeldes auf Tischgröße ermöglichten dem Feldherrn den Überblick, der allerdings Ludendorff fehlte, als er 1918 „Schlachten ohne strategische Gesamtsicht“ (S. 266) plante, die – da nur auf den Durchbruch ausgerichtet – scheiterten.¹⁸ Der Medienwissenschaftler Peter Berz arbeitet heraus, wie die (Tank-) Schlachten von 1918 zwei Prinzipien begründeten, die nach dem Krieg verfeinert wurden: „die absolute Bewegung und der absolute Plan“ (S. 267). Maschinentechnische Standardisierung und kriegswirtschaftliche Planung verbanden sich zu einem modularen Kreislauf und machten das

¹⁶Hüppauf, Bernd, „Das Schlachtfeld als Raum im Kopf. Mit einem Postscriptum nach dem 11. September 2001“, S. 207-233.

¹⁷Hilgers, Philipp v., „Räume taktischer Kriegsspiele“, S. 249-263.

¹⁸Berz, Peter, „Die Schlacht im glatten und gekerbten Feld“, S. 265-283.

Steffen Bruendel

Schlachtfeld zum variablen Raum (S. 280).

Die Digitalisierung des Schlachtfeldes in den letzten Jahren hat diese Variabilität noch gesteigert und dazu geführt, dass nicht nur die räumliche Begrenzung aufgelöst wurde, sondern auch die körperliche Präsenz der Soldaten, ihre Anwesenheit auf dem Schlachtfeld ihre Bedeutung verloren hat.¹⁹ Statt der bloßen Gewalt, so der Freiburger Soziologe Stefan Kaufmann, wird die Kriegsentscheidung immer mehr vom zielgerichteten Einsatz von Computertechnik abhängen (S. 287). Rechnergestützte Gefechtsleitsysteme sollen künftig die Informations- und Befehlsübermittlung in Echtzeit ermöglichen. Aber auch der Infanterist der Zukunft wird technologisch aufgerüstet – zum Beispiel mit Nachtsichtgerät, Kamera und Monocular-Display am Helm –, auch wenn diese Rüstung noch nicht in den Körper dringt. Von einer Symbiose aus Mensch und Maschine sind wir noch entfernt. Ziel ist die Risikominimierung für den Kämpfer. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Abhängigkeit des Soldaten von der Technik bei gleichzeitiger sinnespsychologischer Isolierung ausschließlich Fortschritt bedeutet. Mit Blick auf den Aufsatz von Bröckling erinnert Kaufmann daran, dass Kampfmotivation und Gefechtsverhalten ganz wesentlich von seinen unmittelbaren Kameraden, also Menschen bestimmt werden.

5. Resümee: Das Schlachtfeld als imaginativer Raum

Die Herausgeber haben mit ihrem, im renommierten Berliner Akademie Verlag erschienenen, Sammelband ein anspruchsvolles Projekt vollendet. Es ist ihnen gelungen, die Codierung von Gewalt im medialen Wandel anhand sehr unterschiedlicher Beispiele aus verschiedenen Epochen zu untersuchen und aufzuzeigen, dass Schlachtfelder nicht nur konkrete Orte, sondern auch Vorstellungswelten, „Räume der Veranschaulichung und Ästhetisierung von Kriegen“ (S. 13) sind. Zwar ist die Geschichte von Schlachtfeldern nicht mit der Geschichte des Krieges identisch, aber – so ein Fazit des Buches – sie struk-

¹⁹Kaufmann, Stefan, „Der Soldat im Netz digitalisierter Gefechtsfelder. Zur Anthropologie des Kriegers im Zeichen des Network Centric Warfare“, S. 285-300.

turiert die Erinnerung und macht „den Krieg erzählbar“ (S. 13). Das stimmt. Zu kritisieren ist allerdings, dass die Qualität der Beiträge unterschiedlich ist und einige besser noch einmal überarbeitet worden wären. Außerdem ist zu bedauern, dass es den Herausgebern nicht gelingt, die methodische Grundlage aller Beiträge oder eine Synthese zu skizzieren. So wirken die zum Teil hochinteressanten Aufsätze etwas disparat. Auch ist bedauerlich, dass Angaben zu den Autoren fehlen. Gerade weil so diverse und zum Teil spezielle Themen behandelt werden, hätte sich der Leser ein paar Informationen gewünscht. Gleichwohl ist überzeugend dargelegt worden, dass das Schlachtfeld konkreter Ort und hochgradig imaginativer Raum zugleich ist. Gerade deshalb irritiert der heutige Antiterrorkrieg, weil nicht nur der Ort, sondern auch der Raum aufgelöst und doch omnipräsent sind. Das sprengt jede Vorstellungskraft. Vielleicht ist der friedensbewegte Slogan „Stell Dir vor...“ auch deshalb Geschichte geworden, weil ein Schlachtfeld, dass überall ist, nie leer sein wird.

HistLit 2004-2-104 / Steffen Bruendel über Martus, Steffen; Münkler, Marina; Röcke, Werner (Hg.): *Schlachtfelder. Codierung von Gewalt im medialen Wandel*. Berlin 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.05.2004.

Wirsching, Andreas; Schumann, Dirk (Hg.): *Violence and Society after the First World War*. München: C.H. Beck Verlag 2003. ISBN: 1611-8944 (ISSN); 149 S.

Rezensiert von: Patrick Krassnitzer, Centre Marc Bloch, Humboldt-Universität zu Berlin

Da es sich bei dem vorliegenden Kompendium nicht um einen Sammelband im eigentlichen Sinne, sondern um die erste Ausgabe einer neuen historischen Fachzeitschrift handelt, erscheinen ein paar kurze Vorbemerkungen zu deren Gesamtkonzept sinnvoll. Das von ei-

nem renommierten, international besetzten Gremium herausgegebene *Journal of Modern European History* soll künftig zweimal jährlich als dreisprachiges (Englisch, Deutsch, Französisch) Themenheft erscheinen. Die Herausgeber haben sich zum Ziel gesetzt, jeweils größere Themenbereiche aus den vergangenen drei Jahrhunderten unter strikt komparatistischen, transnationalen Perspektiven zu betrachten, wobei ein Vergleich immer mindestens drei europäische Länder umfassen soll. Sie betonen hierbei, keinem programmatischen Europabegriff verpflichtet zu sein und streben eine Erweiterung des gängigen Drei-Länder-Vergleichs zwischen Deutschland, Frankreich und England insbesondere um die osteuropäischen Länder und ggf. um eine globale Perspektive an.

Es lässt sich vorwegnehmen, dass diese Prämissen in der vorliegenden ersten Ausgabe der Zeitschrift beispielgebend umgesetzt wurden. Das Thema *Gewalt und Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg* wird in einem Sechs-Länder-Vergleich behandelt, wobei mit Ausnahme von Österreich-Ungarn alle bedeutenden kriegsführenden Gesellschaften betrachtet wurden: Großbritannien (Adrian Gregory), Frankreich und Italien (Andreas Wirsching), Deutschland (Benjamin Ziemann), Russland bzw. die Sowjetunion (Dietrich Beyrau) sowie das ostmitteleuropäische Staatengeflecht (Piotr Wróbel).

Diese fünf länderspezifischen Artikel werden durch die sehr gelungene Einleitung von Dirk Schumann gebündelt. Dieser macht bereits zu Beginn klar, worum es allen Beiträgern geht: um eine kritische Auseinandersetzung zum einem mit dem "(Ur-)Katastrophenmodell", das den Ersten Weltkrieg als fundamentale Zäsur der bürgerlichen europäischen Welt des 19. Jahrhunderts und die folgende politische Nachkriegsgewalt als dessen direkte Folge deutet und zum anderen mit der damit eng verknüpften „Brutalisierungsthese“, die die angeblich verroht und gewaltbereit heimkehrenden Kriegsveteranen als Hauptakteure und Agenten dieser politischen Gewalt interpretiert. Diesen in der Historiografie nach wie vor gängigen, pauschalisierenden Erklärungsmustern setzt Schu-

mann die These entgegen, dass die beträchtlichen nationalen Unterschiede der Nachkriegsgewalt vielmehr als Kontinuitäten der jeweiligen nationalgesellschaftlichen Traditionen und Modi im Umgang mit Gewalt und als gescheiterte oder erfolgreiche Bewährungsproben der gesellschaftlich-politischen Systeme und politischen Kulturen der Nachkriegszeit erklärt werden können.

Entsprechend dieser Interpretationslinien zeigt Gregory am britischen Beispiel, dass der Weltkrieg keinen Bruch in dem längerfristigen Trend eines Rückgangs von Tötungsdelikten bewirkte und dass vereinzelte gewaltsame Soldatenproteste 1919 eine raschere Demobilisierung zum Ziel hatten. Obwohl Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung Vorkriegs-England eine gewisse Tradition besaß, wurde diese nach 1918 in zunehmenden Maße missbilligt, was er auf eine graduelle Feminisierung der Politik durch die partielle Einführung eines Frauenwahlrechts, eine im Weltkrieg gewachsene Integration der Arbeiterklasse und vor allem auf die „construction of the English character“ (S. 57) als gewaltfrei und zivilisiert zurückführt. Der gewichtigste Faktor scheint jedoch der „Export“ politischer Gewalt u.a. nach Irland zu sein, wo den deutschen Freikorps ähnelnde Freiwilligeneinheiten von Weltkriegsveteranen für eine Brutalisierung des „Krieges“ gegen die IRA verantwortlich waren.

Wirsching konstatiert für Frankreich und Italien nach dem Weltkrieg den Durchbruch eines neuen politischen Gewalttypus – im Gegensatz zu einer traditionellen Gewalt in Form von spontanen Revolten – den er allerdings in eine intellektuelle Traditionslinie zu Georges Sorel stellt und dem Krieg lediglich eine Katalysatorfunktion zubilligt. Der italienische Faschismus sei demnach die erste Erscheinungsform dieser „sorelianischen“ Gewalt, hervorgegangen aus einer Synthese aus Nationalismus, Syndikalismus, kämpferischem Aktionismus und Antimarxismus. Diese (Über-)Interpretation scheint allerdings eine Folge von Wirschings ideengeschichtlichen Ansatz zu sein, schließlich konnte erst jüngst in einer praxeologischen Analyse der Gewaltformen von italienischen Faschisten und Nationalso-

zialisten eine hohe Übereinstimmung der Gewaltformen aufgezeigt werden, obwohl letztere keine syndikalistischen Wurzeln aufweisen.¹ Überzeugender erscheint seine Argumentation in der Frage, warum sich die faschistische Bewegung in Italien durchsetzen konnte und in Frankreich vergleichsweise nur marginalen Einfluss gewann. Er stellt dabei drei italienische Besonderheiten in den Vordergrund: die relative Schwäche der italienischen Zentralregierung, eine weitgehend gescheiterte Reintegration der Veteranen und starke soziale Verwerfungen insbesondere innerhalb der Landbevölkerung. Auf der anderen Seite konnte in Frankreich die moralische Autorität der überwiegend pazifistisch orientierten *anciens combattants* und vor allem die integrative Wirkung tiefverwurzelter republikanischer Symbole, Riten und Mythologien das vorhandene extremistische Gewaltpotential erfolgreich neutralisieren.

Ziemann verzichtet in seinem Beitrag auf eine vergleichbare Analyse der politischen Gewalt in Deutschland und skizziert stattdessen einen methodologisch orientierten Überblick der neueren Gewaltforschung zur Weimarer Republik, die unisono die Brutalisierungsthese relativiert und die Traditionslinien der politischen Gewalt auf lange Sicht in der semantischen Gewaltbereitschaft des rechten Lagers bereits vor dem Weltkrieg und auf kurze Sicht in der realen Gewalterfahrung der Freikorps in den „Bürgerkriegs“-Jahren 1918-23 verortet. Die neuere Forschung versucht dabei, das Phänomen der Nachkriegsgewalt von dem Interpretationshintergrund des Scheiterns der Republik zu lösen und, basierend auf einem neuen theoretischen Gewaltbegriff, der diese als soziale Handlung begreift, „dichte Beschreibungen“ der Gewaltakte in ihrer Eigenlogik vorzunehmen. Ziemann plädiert allerdings für eine noch stärkere Differenzierung zwischen dem ideologischen und semantischen Diskurs über Gewalt und der tatsächlichen Gewalterfahrung der Akteure sowie für eine intensivere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte.

¹Reichardt, Sven, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristismus und in der deutschen SA, Köln 2002.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Gesellschaften zeigt Beyrau auf, dass der Erste Weltkrieg nicht nur im „offiziellen“ Gedächtnis der Sowjetunion als der „vergessene Krieg“ (S. 98) gelten kann. Vielmehr wurde er durch die Erinnerung an den Bürgerkrieg als Selbstbehauptungskampf des Bolschewismus überlagert und als eigentliche Zäsur kann daher das Jahr 1917 gelten. Die russische Revolution und der folgende Bürgerkrieg waren demnach der Ausgangspunkt für die Eskalation ungehemmter Gewalt, zum einen weil die weitgehende Vakanz staatlicher Autorität das unkontrollierte Ausleben von älteren, zum Teil im Weltkrieg aktualisierten, sozialen, regionalen und ethnischen Spannungen beförderte. Und zum anderen weil sich die bolschewistische Partei und ihre (para-)militärischen Institutionen unter den Bedingungen des Bürgerkrieges zu militanten Kampfverbänden entwickelten, wobei sich sozial und ethnisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen des Zarenreiches mit brutaler Gewalt als neue Elite zu etablieren versuchten. Es ist zwar richtig, dass der Bürgerkrieg als Bewegungskrieg eine andere Gewalterfahrung darstellt als der Stellungskrieg des Ersten Weltkrieges, aber die daraus abgeleitete These von Beyrau, die im Übrigen auch von Schumann vertreten wird, dass diese Kriegsform eine deutlich brutalisierendere Wirkung auf die Soldaten hatte, erscheint als eine Überschätzung der verrohenden Folgen von „face-to-face-killing“ bei gleichzeitiger Unterschätzung der Abstumpfung und Gewöhnung an die alltägliche Gegenwart von Gewalt und Tod im Schützengraben.

Wröbel skizziert auf unsystematische und oberflächliche Weise die Einflüsse von Weltkrieg und Bürgerkrieg auf das osteuropäische Staatengeflecht, wobei er etwas wahllos das sich neu formierende Polen, die nach Unabhängigkeit strebende Ukraine und das Baltikum betrachtet. Seine zentrale These ist dabei, dass in den Jahren 1914-21 die überwiegend ländliche Bevölkerung dieser Regionen schlagartig mit einer „modernen“ Gewalt konfrontiert wurde, die traditionelle Werte und Strukturen nachhaltig zerstörte, ein kulturelles Vakuum schuf und die Zivilbevölkerung als Folge davon radikalisierte und

Patrick Krassnitzer

brutalisierte. Wie auch Beyrau für die Sowjetunion setzt er die Zäsur für die Eskalation ungehemmter Gewalt mit dem Jahr 1917 an. Mit seiner allzu simplen Dichotomie zwischen der „heilen“ Welt des 19. Jahrhunderts (vor allem angesichts der langen Tradition antisemitischer Pogrome in Ostmitteleuropa) und der Gewaltsamkeit des 20. konterkariert Wröbel allerdings die Bemühungen des Bandes, nach Kontinuitätslinien der politischen Nachkriegsgewalt zu suchen und reproduziert damit auf neuer Ebene die Brutalisierungsthese.

Die vielfältigen Befunde dieses Ländervergleichs summiert Schumann in seiner Einleitung, indem er die Differenzen der Auswirkungen des Ersten Weltkrieges nicht entlang der gängigeren Schemata Sieger - Besiegte, Revolution - keine Revolution interpretiert, sondern auf eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit der Typologie der Nationalstaaten von Theodor Schieder hinweist: demnach konnten die alten, gewachsenen westeuropäischen Nationen die politische Nachkriegsgewalt weitgehend unter Kontrolle halten, während die verspäteten, aus Einigungsbewegungen hervorgegangenen mitteleuropäischen Staaten mit der demokratiezerstörenden Gewalt paramilitärischer Gruppierungen konfrontiert waren und die nach dem Weltkrieg in Sezessionsbewegungen neuformierten Staaten Osteuropas in der entgrenzten Gewalt der Bürgerkriege versanken.

Der Band setzt insgesamt den Trend der neueren (Nach-)Weltkriegsforschung einer Relativierung von „klassischen“ historischen Interpretationsmustern fort und eröffnet auch methodologisch neue Forschungsfelder, wobei der größte Forschungsbedarf wohl für den bisher zu wenig betrachteten osteuropäischen Raum besteht.

HistLit 2004-2-109 / Patrick Krassnitzer über Wirsching, Andreas; Schumann, Dirk (Hg.): *Violence and Society after the First World War*. München 2003. In: H-Soz-u-Kult 15.05.2004.

Register
Autorinnen und Rezensenten dieser Ausgabe

Ackermann, Volker 129	Hofer, Hans-Georg 184
Altmann, Gerhard 161	
	Krassnitzer, Patrick 176, 208
Bavendamm, Gundula 109	Pöppinghege, Rainer 180
Bruendel, Steffen 29, 190, 201	Rother, Rainer 109
Burchardi, Kristiane 109	
Große Kracht, Klaus 1, 61	Schumann, Dirk H. 7
Hirschfeld, Gerhard 83	Teichmann, Christian 196

Autorinnen und Herausgeber der rezensierten Werke

Barth, Boris 176	Moritz, Verena 180
Berghahn, Volker 129	Münkler, Marina 201
Ferguson, Niall 129	Neilson, Keith 161
Förster, Stig 129	Neitzel, Sönke 161
Habeck, Mary R. 129	Parker, Geoffrey 129
Hamilton, Richard F. 161	Pöhlmann, Markus 129
Herwig, Holger H. 161	
Hirschfeld, Gerhard 129	Renz, Irina 129
	Röcke, Werner 201
Keegan, John 161	Salewski, Michael 129, 161
Krumeich, Gerd 129	Schumann, Dirk 208
	Sedlmaier, Alexander 161
Leidinger, Hannes 180	Steiner, Zara S. 161
Lerner, Paul 184	
Lipp, Anne 129	Thoß, Bruno 129
Liulevicius, Vejas Gabriel 190	
Lohr, Eric 196	Volkmann, Hans-Erich 129
Martus, Steffen 201	Winter, Jay 129
Mommsen, Wolfgang 129	Wirsching, Andreas 208